

Anfrage an das Referat für Öffentlichkeitsarbeit bzw. an die intern. Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Juliette Glas.

Anfragesteller_innen: Alice Socher, Keya Baier und Adrijana Novakovic (GRAS).

Antragsdatum: 18.02.21

Allgemein

1. Wie ist die Aufgabenteilung im Referat? Wie viele Personen arbeiten mit und welche Zuständigkeiten haben diese?

Mit 01.03.21 arbeiten 11 Personen für das Öffentlichkeitsreferat. Die Aufgabenbereiche reichen vom Redaktionsteam der Progress-Zeitung über Organisation hin zu klassischer Öffentlichkeitsarbeit.

- *intern. Referentin: Juliette Glas*
- *Social Media und Layout: vakant (Juliette Glas)*
- *Projektmanagement und Mailbox (OeffRef, Coronainfo): Dalma Trebulová, Linn Mari Aune*
- *Website-Pflege: Nikolaus Walther*
- *Progress: Yi Zhang, Isabella Hoy, Perigan Eraslan*
- *Presse: Florida Kleebinder*
- *Organisation (BV, Bestellungen, Produktion von Drucksorten): Karoline Engstfeld, Paul Pumsenberger, Sonja Frere*

2. Gibt es regelmäßige Treffen des Referats? Wenn ja, wie oft trifft sich das Referat? Wenn nicht, warum nicht? Sind diese Treffen online oder in persona? Wie wird gewährleistet, dass alle Personen im Referat gut und schnell informiert werden?

Das Referat besteht aus drei Teams: das Kommunikationsteam, Organisationsteam und Progress Redaktionsteam. Alle Teams treffen sich wöchentlich zur Koordinierung ihrer Aufgaben, teamübergreifende Meetings finden alle zwei Wochen statt. Aufgrund der aktuellen Situation halten wir diese per Zoom ab, die weitere Kommunikation erfolgt per Mail, Whatsapp und Telegram - klappt bis jetzt sehr gut.

3. Wie viele Fragen kamen bzgl. der aktuellen Neuerungen zur UG-Novelle (Stand 18.02.2020)? Wie lange hat es im Schnitt gedauert bis die Studierenden eine Antwort hatten? Welche Referate waren bei der Beantwortung der Mails involviert?

Es gab nicht viele Mails bezüglich der UG-Novelle in der Öffref-Mailbox. Die wenigen wurden innerhalb von 24h beantwortet. Neben Öffref war das Referat für Bildungspolitik in die Beantwortung der Mails involviert.

Bitte für Punkt 1-3 um detaillierte Ausführungen sowie die Zusendung von Belegen sowie allen Unterlagen und Gesprächsprotokollen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

In Anhang 1 findet Ihr die Protokollsammlung für die Montags-Jour-Fixe des ÖffRefs, schriftliche Gesprächsprotokolle zu allen weiteren internen Koordinationstreffen gibt es nicht.

Die Referentin steht für konkrete Updates zu Projekten jederzeit auch telefonisch zur Verfügung!

Unterstützung und Vorbereitung von Stakeholder_innenterminen:

1. Welche Termine mit welchen Stakeholder_innen hast du, als Referentin, mit vorbereitet?

Ich durfte während meiner bisherigen Zeit als interim. Referentin zwei externe Stakeholder-Termine begleiten: die Kollegen von ACSL College Sport (auf Anfrage des Wirrefs zur Vorbereitung des Kooperationsvertrages) und die Kollegen der Studo-App.

2. Wie sah bzw. sieht eine derartige Vorbereitung und Unterstützung aus?

Termin wird vereinbart, Teamvorstellungen, Projektbesprechung, Follow-Up Fragen werden per E-Mail geklärt.

3. Wie viele Stunden pro Woche wurden für die Unterstützung und Vorbereitung von Stakeholder_innenterminen aufgewandt? (persönliche Einschätzung)

Pro Woche verbringe ich als interim. Referentin ca. 2 Stunden bei der Stakeholder_innen-Kontaktpflege.

Bitte für Punkt 1-3 um detaillierte Ausführungen sowie die Zusendung von Belegen sowie allen Unterlagen und Gesprächsprotokollen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Es sind leider keine detaillierten Protokolle anlässlich dieser Stakeholder_innen-Termine angefertigt worden, ich stehe als interim. Referentin wiederum jederzeit auch telefonisch für konkrete Updates zur Verfügung.

Unterstützung der Vorsitze bei allfälligen Terminvorbereitungen und Terminbegleitungen:

1. Wie sieht die Terminvorbereitung bei allfälligen Terminen aus?

Terminvereinbarung, Zoomlink, Follow-Up Fragen per E-Mail oder telefonisch.

2. Unterscheidet sie sich von der Vorbereitung von Stakeholder_innenterminen? Wenn ja, wie?

Nein, die handelnden Personen sind auf die Termine immer gleich gut vorbereitet.

Bitte für Punkt 1-2 um detaillierte Ausführungen sowie die Zusendung von Belegen sowie allen Unterlagen und Gesprächsprotokollen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Die Antragssteller_innen werden gebeten zu spezifizieren welche Unterlagen zu welchen Terminen sie einsehen wollen, da die Übermittlung dieses Nachrichtenkonvoluts den Rahmen sprengen würde. Auch hier steht die interim. Referentin jederzeit telefonisch zur Verfügung und beantwortet gerne Fragen auch im persönlichen Gespräch.

Pressearbeit

1. Wie viele Presseaussendungen wurden seit der letzten Sitzung am 11.12.2020 über APA-OTS sowie über die ÖH-Website veröffentlicht? Zu welchen Themen waren diese OTS?

Seit der letzten Sitzung wurden drei PA ausgeschiedt: übrigens, der Pressroom der ÖH kann jederzeit [hier](#) eingesehen werden. Themen: UG-Novelle, Hochschulbetrieb während Corona, Freilassung Ahmed Samirs.

2. Mit welchen Medien wurde zu welchen Themen Interviews geführt? Wie lief hierbei die Vorbereitung des Vorsitzes auf die Interviews ab?

Es wurden Interviews mit dem Österreichischen Rundfunk, der Kronen Zeitung, der Kleinen Zeitung, Puls4, ATV, der Zeit, dem Bildungsmagazin Was Jetzt, Die Themen waren allumfassend das Corona Semester und die daraus resultierenden Herausforderungen, die finanzielle Situation der Studierenden, die UG Novelle, die psychische Gesundheit der Studierenden und die kommenden ÖH Wahlen.

Die Vorbereitung auf die Interviews erfolgt je nach Thema unterschiedlich. In den meisten Fällen bereitet sich die Vorsitzende mit Unterstützung des ÖffRefs selbstständig auf die Interviews vor, bei speziellen Themen erfolgt die Einbindung des inhaltlich zuständigen Referats.

3. Wer ist Pressesprecher_in der ÖH Bundesvertretung?

Die ÖH Bundesvertretung stellt keine_n offizielle_n Pressesprecher_in zur Zeit, Florida Kleebinder unterstützt die Pressearbeit im ÖffRef. Diese Anfrage wird jedoch dankbar zum Anlass genommen, einen Fokus auf die Pressearbeit im ÖffRef zu legen und personell entsprechend aufzustoßen.

4. Welche Interviews gab es? Wie wurde für diese Kontakt aufgenommen? Wie und mit wem ist der Kontakt abgelaufen?

Siehe Frage 2. Der Kontakt wurde in 98% der Fällen telefonisch oder per Mail direkt mit Sabine Hanger als Person aufgenommen. In den kaum vorhandenen Anfragen, die nicht direkt an die Vorsitzende gingen, wurde der Kontakt telefonisch über das ÖffRef aufgenommen und dezidiert Sabine Hanger als Interview-Partnerin angefragt.

Bitte für Punkt 1-4 um detaillierte Ausführungen sowie die Zusendung von Belegen sowie allen Unterlagen und Gesprächsprotokollen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

In Anlage 2 finden die Antragssteller_innen einen Pressespiegel zum Thema ÖH & UG-Novelle, sowie ÖH & Ahmed Samirs Freilassung. Die Presseaussendungen können auf der Plattform APA OTS jederzeit [hier](#) eingesehen werden.

Progress

1. Aus welchem Grund wurden in der Woche vom 14.01.2021 mehrere Tausend Ausgaben des Progress-Magazins an die Hochschulvertretungen gesandt, ohne diese vorher zu informieren? An welche Hochschulvertretungen wurde jeweils wie viele

Ausgaben geschickt? Wie wurde entschieden, an welche Hochschulvertretung welche Anzahl an Ausgaben geschickt wurde? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Der Versand des Progress Magazins an die Hochschulvertretungen ist aufgrund nicht rechtzeitig erhaltener Studierendenevidenzdaten seitens Cards&System erfolgt. Um die Studierenden österreichweit dennoch mit der aktuellen Ausgabe des Progress zu versorgen, wurde beschlossen 2/3 dieser einen Januar-Ausgabe an die Hochschulvertretungen zu schicken. Die Progress-Redaktion konnte die Hochschulvertretungen dazu nicht rechtzeitig informieren. Alternative Lösungen, wie zum Beispiel die Druckerei um eine Verschiebung des Drucktermins zu bitten, war aufgrund der langen Vorlaufzeit für den Druck und der knappen Zeit für die Änderung nicht mehr möglich. Die Redaktion erhielt trotz Rückfrage selbst am Vorabend der Aussendung (10.01.2021) die Information, dass die Studierendenevidenzdaten nicht rechtzeitig ankommen würden. Die Hochschulvertretungen wurden anhand einer früheren Liste (Excell-Tabelle im Anhang) ausgewählt und entsprechend deren Studierendenzahl anteilmäßig mit dem Progress Magazin beliefert.

2. Wie haben die betroffenen Hochschulvertretungen auf die unabgesprochene Zusendung reagiert? Welche Unterstützung wurde diesen bei dem weiteren Vorgehen mit der Zusendung geboten? Sind der ÖH Bundesvertretung oder den Hochschulvertretungen hierdurch zusätzliche Kosten entstanden und falls ja, in welcher Höhe? Von welcher Kostenstelle werden diese abgezogen? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Die Hochschulvertretungen haben unterschiedlich reagiert. Kleinere Fachhochschulvertretungen haben die teils geringen Mengen an Zusendungen gerne entgegengenommen. Größere Hochschulvertretungen wie zum Beispiel die Uni Wien oder TU Wien haben aus Platzgründen die Zusendung verweigert. Der Vorsitz hat denjenigen Hochschulvertretungen, die die Zusendung verweigert haben, eine Rücksendung angeboten. Die Mehrkosten (Portoaufwand) müssen vom Wirref erst ermittelt werden. Weitere Informationen in der Causa könnt ihr dem Referatsbericht vor der Sitzung entnehmen.

3. Wie konnte es dazu kommen, dass das Progress nicht wie sonst üblich direkt an die Studierenden ausgeschickt wurde? Haben Personen auf der Bundesvertretung Weisungen der Vorsitzenden zu dieser Thematik nicht erfüllt oder liegt ein Versagen der Vorsitzenden vor? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Wie zu Frage 1 bereits beantwortet, konnte der übliche Versand an die Studierenden nicht erfolgen, weil die Studierendenevidenzdaten nicht rechtzeitig von Cards&System eingeholt werden konnten. Eine Verfehlung seitens des Vorsitzes liegt ausdrücklich nicht vor, es handelt sich um ein administratives Verschulden.

4. Welche weiteren Personen auf der BV waren in diese Thematik eingebunden? Wie lang vorab war bekannt, dass die Evidenz der Studierenden nicht vorliegt und wann und unter Beteiligung welcher Personen wurde die Entscheidung getroffen, diese stattdessen an die Hochschulvertretungen zu senden ohne diese davon zu informieren? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller

Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Bereits Mitte November bemühte man sich die entsprechenden Datensätze einzuholen. Aufgrund der personellen Umschwünge und mangelnder Kommunikation im Redaktionsteam war es dem Progress-Team nicht möglich die richtige Ansprechperson auszumachen. Das Redaktionsteam einigte sich mit der Vorsitzenden am 10.01.2021 darauf, die entsprechenden Exemplare an die Hochschulvertretungen zu senden. Der Druckauftrag konnte seitens der Druckerei nicht verschoben werden.

5. Ist eine Entschuldigung an die Hochschulvertretungen erfolgt? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Eine Entschuldigung an alle Hochschulvertretungen ist per Email erfolgt. Zusätzlich entschuldigten sich das Progress-Redaktionsteam bei allen Hochschulvertretungen die per Telefon in Kontakt getreten sind.

6. Welche Schritte wurden und werden unternommen damit es nicht wieder zu einer solch peinlichen Aktion kommt? Bitte um Zusendung aller Belege und Unterlagen sowie aller Gedächtnisprotokolle von Gesprächen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

Um einen solchen Fehler zukünftig nicht zu wiederholen, einigte sich das Progress Redaktion Team, das ÖffRef und der Vorsitz darauf, die Kommunikation untereinander zu verbessern. Neben einem wöchentlichen Jour Fixe der Progress Redaktion findet nun auch alle 2 Wochen ein Jour Fixe mit der interim. ÖffRef-Referentin und einem Mitglied des Vorsitzes statt. Durch den wöchentlichen Austausch zwischen Referent_innen des ÖffRefs und Wirrefs ist auch das finanzielle Kontrollorgan der ÖH mit eingebunden.

Außerdem wurde das Progress-Redaktionsteam um die Sachbearbeiterin Perigan Eraslan ergänzt, die bereits Erfahrung bei der Umsetzung des Magazins vorweisen konnte und in Zukunft rechtzeitig vor solchen Fehlern warnen kann. Besondere Vorsicht und Aufmerksamkeit genießt das Progress-Redaktionsteam vor allem gerade hinsichtlich der Wahlausgabe, zu welcher die wahlwerbende Gruppe der Antragsteller_innen bereits ein Mitglied des erweiterten Redaktionsteams angemeldet hat.

ÖH Wahlkampagne

1. Wie lief die Zusammenarbeit mit der FH WKW, die in Kooperation mit der ÖH Bundesvertretung einen ÖH Wahlkampagne erarbeitet hat? Wie lief die Zusammenarbeit mit dem Gewinner_innenteam? Werden die Gewinner_innen als Sachbearbeiter_innen eingesetzt, um die Kampagne zu begleiten? Wenn nicht, wer wird sich um die Umsetzung der Kampagne kümmern und diese betreuen?

Die Zusammenarbeit sowohl mit der FH WKW, als auch mit dem Gewinner_innenteam verlief sehr gut. am 5. Februar fand die Präsentation der Wahlkampagne des Gewinner_innenteams statt. Die Gewinner_innen werden (auf eigenen Wunsch) nicht als Sachbearbeiter_innen eingestellt, da das Team keine zeitlichen Kapazitäten für diese Aufgabe hat.

Die Wahlkampagne wird also ressourcenschonend "in house" umgesetzt, die interim. ÖffRef Referentin Juliette Glas befindet sich dabei, das optimale Team dafür zusammenzustellen. Die Wahlkampagne wird außerdem von einer Agentur mitbetreut werden, an welche alle Aufgaben ausgelagert werden, die nicht im Kompetenzbereich des ÖffRefs liegen. Das Gewinner_innenteam der FHW WKW steht dennoch regelmäßig mit dem ÖffRef im Kontakt und arbeitet das Feedback der Fraktionen ein.

2. Auf welcher Basis wurde gerade die Kampagne vom Gewinner_innenteam ausgesucht? Welche Unterschiede gab es zu den anderen Teams?

Das Gewinner_innenteam hatte einen ausgefeilten hands-on-approach, als auch eine detaillierte Budgetierung, welche sie von den anderen Präsentationen wesentlich abhob. Das Konzept der Wahlkampagne wurde bei der Präsentation innerhalb der ÖH auch an alle Interessent_innen übermittelt. Andere Teams hatten Stärken in anderen Bereichen, sprich Präsentationstechnik oder Design - der Vorsitz entschied sich bewusst für dieses Team, da einiges an Expertise im Bereich Budgetierung, Presse und Werbekampagnen bei den Mitgliedern vorhanden war. Erwähnt werden muss auch, dass alle anderen Teams bereits im vorhinein verkündeten, dass sie anschließend nicht an der Umsetzung der Kampagne arbeiten können würden.

Bitte für Punkt 1-2 um detaillierte Ausführungen sowie die Zusendung von Belegen sowie allen Unterlagen und Gesprächsprotokollen zu dieser Thematik (datenschutzrechtlich relevante Aspekte können geschwärzt werden).

In Anlage 3 übermitteln wir euch nochmals die Unterlagen der FHW WKW Kampagne (Feedback nicht eingearbeitet). Ein detailliertes Update zum Budget und zu ersten Ergebnissen der Zusammenarbeit mit der Werbeagentur erfolgt zur nächsten BV-Sitzung.

Tagesordnungen des Öffentlichkeitsreferats

Aktueller Stand zum 02.03.2021,

vorgelegt von Juliette Glas,

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Tagesordnung 01.03.21

- Update Terminkalender Vorsitz
- Update Mailbox ÖffRef, Presse
- Update Statistiken
- Update Kampagnen
 - Mental Health Kampagne
 - Klartext Kampagne
 - Wahlkampagne
- Progress Aktionstag
- Update
 - BV Sitzung
 - Elefantenrunde
- Cards & Systems / Newsletter
- Social Media Plan

Tagesordnung 22.02.21

1. Update Terminkalender Vorsitz
 - a. Presseanfragen
 - b. Pressekonferenz
2. Update Mailbox
3. Update Statistiken
4. Update Anträge-Board
5. Feministische Aktionstage
6. Stellungnahmen-Dashboard
7. Mental-Health Kampagne
8. Social-Media Plan
9. Progress Aktionstag

Tagesordnung, 15.02.21

1. Aktuelle Termine
2. Aktuelle Themen: UG Novelle, #freeAhmed, Referatsvorstellungen
3. Update Mailbox
4. Update Progress
5. Update Mental Health Kampagne
6. Update Website
7. Social Media Plan

Tagesordnung 08.02.2021

1. Aktuelle Termine
2. Aktuelle Themen: Referatsvorstellungen, #freeAhmed, Studentenwohnheime
3. Update Mailbox
4. Update Progress

5. Update Wahlkampagne
6. Update Website
7. Social Media Plan erstellen
8. Update Kooperationen
9. Update Newsletter

Tagesordnung 01.02.2021

1. Aktuelle Termine
2. Aktuelle Themen: Sozialfonds und Corona Härtefallfonds, Newsletter, Studentenwohnheime
3. Update Mailbox
4. Update Progress
5. Update Website
6. Social Media Plan erstellen
7. Update Wahlkampagne

Tagesordnung 25.1.2021

1. Aktuelle Termine
2. Aktuelle Themen: Best Practice Umfrage, Referatsvorstellungen, Schwarzes Brett, Sozial Fonds und Corona Härtefallfonds, Büro aufräumen
3. Update Mailbox
4. Update Progress
5. Update Website
6. Social Media Plan erstellen
7. Update Wahlkampagne

Tagesordnung 18.1.2021

1. Aktuelle Termine
2. Aktuelle Themen
3. Update Wahlkampagne
4. Update Newsletter
5. Update ÖffRef Inbox
6. Pressearbeit Update
7. Social Media Plan

Tagesordnung 11.1.2021

1. Update ÖffRef Inbox
2. Aktuelle Themen
3. Pressearbeit Update
4. Newsletter Update
5. Progress Update

ÖH - Bundesvertretung

"Heute" vom 09.02.2021 Seite 8 Ressort: Österreich Heute Von: Florian Horcicka Heute Hauptausgabe, Heute Niederösterreich, Heute Oberösterreich

Wiener Student in Kairo gefoltert

29-Jährigem wird Mitgliedschaft in Terrorzelle vorgeworfen

Ahmed Samir Abdelhay Alij studiert an der Wiener Central European University Soziologie. Bei einem Ferienaufenthalt wurde der ägyptisch-stämmige Mann in Kairo am 1. Februar nach einem überraschenden Verhör festgenommen. Erst nach einer Woche erhielt seine Familie erste Lebenszeichen.

Ihm wird in Ägypten der Beitritt zu einer terroristischen Organisation, die Veröffentlichung von Fake-News und die Erstellung eines Fake-Profiles zur Verbreitung von Fake-News unterstellt. Seine Haftstrafe soll auf 15 Tage mit der Option auf Verlängerung auf unbestimmte Zeit festgesetzt worden sein.

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) berichtet von Folterungen und fordert seine Freilassung. "Es kann nicht sein, dass andere Staaten grundlos österreichische Studierende festnehmen, sie foltern und auf unbestimmte Zeit inhaftieren", so Sabine Hanger, Vorsitzende der ÖH.

Der "lange Arm der ägyptischen Machthaber reicht bis nach Österreich" und Sorge dafür, dass Wiener Studenten in "Folterkellern verschwinden", sagt die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Ewa Ernst-Dziedzic

Ahmed Abdelhay ist CEU-Student.

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
Reichweite (2.HJ 2019)	Di, 913.000
Druckauflage (2.HJ 2019)	Di, 557.235

**Riesiger Bergsturz in Urlaubsregion
Felsblöcke zerstören
Attersee-Uferstraße**

Seit Wochen donnern Gesteinsmassen in den Salzkammergut-See. Über der vielbefahrenen Straße nach Bad Ischl hängt gar ein 2.500 Kubikmeter-Block, der abzubrechen droht. Folge: Sperre bis Ostern **H**



**„Faustschläge in Gesicht und auf Kopf“
Mann schwer verletzt:
Polizei glaubt Opfer nicht**

Vor seinem Haus in Stooß (Bgd.) soll ein Mann von Unbekannten verprügelt worden sein. Blut befand sich allerdings nur auf seiner Kleidung, nicht am angeblichen Tatort oder im Haus. Das lässt die Ermittler an der Tatversion zweifeln **H**

Foto: picturedesk



**Lockdown war
Gefahr für Tiere**

Alarm um junge Eichhörnchen. Weil in den letzten Wochen viele Bäume in Privatgärten gefällt wurden, fielen reihenweise Kraxler aus ihren Nestern. Diese suchen allerdings als eine der wenigen Arten Schutz und Hilfe bei Menschen. Die Tierrettungen stehen in fast allen Bundesländern mit Hilfseinrichtungen bereit **H**

Foto: Tierheim Villach

**„Flirt“ auf Instagram endete
mit Vergewaltigung**

Eine 16-Jährige wurde Opfer eines Sexualstraftäters. Der Beschuldigte leugnete zunächst, behauptete frech: „Es ist normal, dass türkische Mädchen lügen.“ Der Richter war anderer Meinung.

Es muss ein Martyrium gewesen sein, das eine 16-Jährige am Morgen des 12. Mai 2020 ertragen musste. Ein heute knapp 18-Jähriger soll die Wienerin mehrfach vergewaltigt haben.

von Florian Horcicka

Das schwer verletzte Mädchen erstattete Anzeige. Gestern stand der Verdächtige vor dem Wiener Straflandesgericht.

Schnell war klar: H. B. mangelt es an vielem im Leben, auch an Bildung und Benehmen. Dennoch war er ein „Aufreißer“,

hatte Erfolg bei Frauen. Im ersten Lockdown lernte er via Instagram ein minderjähriges Mädchen kennen. Nach ein paar Nachrichten wechselten die beiden auf die Plattform Snapchat, wo ihm die junge Türkin intime Bilder von sich schickte – angeblich freiwillig. Der Angeklagte filmte die Fotos mit einem Freund ab. Wenige Tage darauf endete die „Beziehung“.

Es begannen Drohungen, Einschüchterungen, schließlich willigte das Mädchen zu einem Treffen ein, bei dem H. B. über



Der Verdächtige muss ins Gefängnis.

Foto: Helmut Graf

sie herfiel. Vor den Schöffen gab er gestern erst alles zu, als die Lage aussichtslos erschien und den Juristen der (Hermelin-)Kragen platzte. Urteil (nicht rechtskräftig): 24 Monate teilbedingt **H**

Wiener Student in Kairo gefoltert

29-Jährigem wird Mitgliedschaft in Terrorzelle vorgeworfen

Ahmed Samir Abdelhay Alj studiert an der Wiener Central European University Soziologie. Bei einem Ferientaufenthalt wurde der ägyptisch-stämmige Mann in Kairo am 1. Februar

nach einem überraschenden Verhör festgenommen. Erst nach einer Woche erhielt seine Familie erste Lebenszeichen.

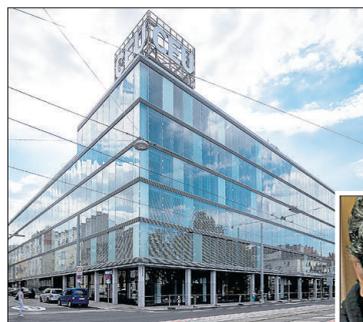
von Florian Horcicka

Ihm wird in Ägypten der Beitritt zu einer terroristischen Organisation, die Veröffentlichung von Fake-News und die Erstellung eines Fake-Profiles zur Verbreitung von Fake-News unterstellt. Seine Haftstrafe soll auf 15 Tage mit der Option auf Verlängerung auf unbestimmte Zeit festgesetzt worden sein.

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) berichtet von Folterungen und fordert seine Freilassung. „Es kann nicht sein, dass andere Staaten grundlos österreichische Studierende festnehmen, sie foltern und auf unbestimmte Zeit inhaftieren“, so Sabine Hanger, Vorsitzende der ÖH.

Der „lange Arm der ägyptischen Machthaber reicht bis nach Österreich“ und Sorge dafür, dass Wiener Studenten in „Folterkellern verschwinden“, sagt die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Ewa Ernst-Dziedzic **H**

Fotos: Picturedesk, privat



Ahmed Abdelhay ist CEU-Student.



Covid-Helden:

Corona hat tiefe Spuren bei Pflegern und Ärzten hinterlassen. Wie sich das ständige Tragen der Maske und der tägliche Einsatz am Limit abzeichnen, dokumentiert Gün-

von Sandra Kartik

ter Valda mit der beeindruckenden Selfie-Serie „Gesichter der Pandemie“.

Der Fotograf und Krankenpfleger weiß, dass seit einem Jahr „teils Übermenschliches“ geleistet wird. So zeigt Valda, der noch eine Finanzierung für sein Buch sucht, Covid-Heldinnen wie die Wiener Altenpflegerin Theresa (31). „Am

"Kurier" vom 10.02.2021 Seite: 7 Ressort: Außenpolitik Länder, Länder2, Wi

Nach Reise von Wien nach Kairo: Student der CEU verschwunden

Ägypten. Als Ahmed Samir Santawy für die Semesterferien aus Wien nach Ägypten reiste, plante er einen Besuch bei seiner Familie in Sharm el-Sheikh. Der Master Student an der Central European University (CEU) in Wien wurde am 1. Februar 2021 von der Kairoer Polizei zu einem Verhör geladen, nachdem das Haus seiner Eltern Tage zuvor durchsucht worden war. Die Polizeistation hat Santawy nicht mehr selber verlassen dürfen. Er galt eine Woche lang als vermisst. Mittlerweile wissen sein Anwalt und seine Familie zumindest seinen Aufenthaltsort. Seine Angehörigen berichten unter anderem von Folter.

Dem 29-jährigen Studenten wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, die Veröffentlichung von Fake News und die Erstellung eines falschen Social-Media-Profiles zur Verbreitung von Fake News vorgeworfen. Seine Haftstrafe sei auf 15 Tage mit der Option auf Verlängerung auf unbestimmte Zeit festgesetzt, berichtet die österreichische Studierendenvertretung ÖH in einer Aussendung. Die Central European University und deren Rektor, Michael Ignatieff, fordern die "sofortige Freilassung und sichere Rückkehr zu seiner Familie und seinen Studien".

Ähnlicher Fall ÖH und Menschenrechtsorganisationen befürchten, Ahmed Samir Santawy könnte willkürlich länger festgehalten und gefoltert werden. Das Verschwinden Santawys erinnert an den Fall von Patrick George Zaki, einem Menschenrechtsaktivisten und Studenten im italienischen Bologna, der vor einem Jahr von den ägyptischen Behörden festgenommen wurde. Ihm wurden dieselben Vergehen vorgeworfen und eine Haftstrafe von 15 Tagen verhängt. Zaki sitzt immer noch im Gefängnis. Einen Prozess gab es in den zwölf Monaten nicht.

Karoline Krause-Sandner

 Typ	Tageszeitung
Mutation: Länder	
<i>Reichweite (1.HJ 2020)</i>	Mi, 58.829
<i>Druckauflage (1.HJ 2020)</i>	Mi, 20.286
Mutation: Wien	
<i>Reichweite (1.HJ 2020)</i>	Mi, 204.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2020)</i>	Mi, 45.480



Russlands Außenminister Lawrow (li.) führte EU-Chefdiplomaten Borrell in der Vorwoche geradezu vor. Dass er sich das gefallen ließ, sorgt in Brüssel für Empörung

Diplomatischer Schwächekollaps

Russland-Beziehungen. Für seinen verunglückten Moskau-Besuch musste sich EU-Chefdiplomat böse Kritik anhören. Schuld für die Blamage trägt er aber nicht allein

AUS BRÜSSEL
INGRID STEINER-GASHI

Josep Borrell kann auch anders: Als ein Journalist den damaligen spanischen Außenminister mit bohrenden Fragen beim Radio-Interview nervte, stand Borrell auf, brach das Interview kurzerhand ab und fauchte: Der Journalist möge „weniger parteiisch fragen“. Genau so hätte der 74-jährige Spanier auch am Freitag in Moskau reagieren sollen, sagt der grüne EU-Abgeordnete Thomas Waitz: „Borrell hätte die Pressekonferenz abbrechen und gehen müssen.“

Das Problem dabei: Borrells Gegenüber war Russlands wortgewaltiger Außenminister Sergej Lawrow. Und Borrell vertrat nicht Spanien, sondern als EU-Außenbeauftragter die gesamte Europäische Union. Umso schwerer

wiegt die Demütigung und der Affront, den Lawrow dem europäischen Chef-Diplomaten zufügte: Er blamierte die gesamte EU. Aber die, so sagte Lawrow trocken, sei ohnehin „für Russland kein zuverlässiger Partner“.

„Eine außenpolitische Peinlichkeit“, konstatiert auch die Neos-Abgeordnete im EU-Parlament, Claudia Gamon: „Wie Borrell vorgeführt wurde, war schmerzhaft anzuschauen.“ Eine ganze Kaskade an Vorwürfen und Lügen ließ Lawrow auf den erstarrten EU-„Außenminister“ niedergehen. Ein Besuch Borrells beim inhaftierten Kremlkritiker Nawalny? Leider nein, schmetterte Lawrow ab: Da müsse Borrell schon den üblichen diplomatischen Besuchsweg beantragen. Höhepunkt des Dramas: Drei europäische Diplomaten wurden aus Russland

ausgewiesen. Borrells Protest dagegen ging völlig ins Leere.

Fazit: Schlechter hätte ein Besuch in Moskau nicht laufen können. Borrells Versuch, einen Neuanfang der nach der Nawalny-Verurteilung angespannten russisch-europäischen Beziehungen einzuleiten, ist gescheitert. In ihrer Russland-Politik steht die EU vor einem Scherbenhaufen.

„Keine Illusionen“

Die Empörung über das diplomatische Fiasko bekam der Spanier am Dienstag im EU-Parlament zu spüren: War diese Reise jetzt wirklich notwendig?, wurde Borrell von den Abgeordneten mehrmals gefragt. „Ich hatte schon vor meiner Reise keine Illusionen“, antwortete Borrell, „aber jetzt bin ich noch besorgter“. Die russische Regierung habe einen autoritären

Weg eingeschlagen, es gebe keinen Spielraum mehr für demokratische Alternativen. „Russland ist immer weiter von uns weg gerückt. Wir stehen jetzt an einer Wegkreuzung bei unseren Beziehungen zu Russland“, zog Borrell ernüchternde Bilanz.

81 EU-Abgeordnete reicht das nicht. Sie fordern in einem Brief an EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen den Rücktritt Borrells. Dabei plädieren vor allem konservative und christdemokratische Abgeordnete aus Osteuropa für den Abgang des spanischen Sozialisten. SPÖ-EU-Delegationsleiter Andreas Schieder sieht deshalb vor allem „partei-politisches Kalkül“ in dieser Forderung. EU-Ratschef Charles Michel stärkte Borrell gestern den Rücken.

Und doch ist die Unzufriedenheit in Brüssel über Borrell groß. „Man kann

auch in so einer Situation besser reagieren“, brummt ein Diplomat. Dabei war die Wahl für Europas Chefdiplomaten vor eineinhalb Jahren nicht zufällig auf den gebürtigen Katalanen Borrell gefallen: Als Politiker alter Schule gilt er als pragmatisch, erfahren, durchsetzungsstark, aber auch als ruppig. Kurz: Ein Charakterkopf. Seine Aufgabe ist es, den Kontrahenten China und Russland selbstbewusst gegenüber zu treten – als ein Repräsentant der eigenständigen Macht Europäische Union.

Einen politischen Hebel hat der Außenbeauftragte nicht. Welchen Kurs Europas Außenpolitik fährt, entscheiden die 27 Regierungen und nicht Borrell. Nach dem Affront in Moskau dürfte klar sein: Über mögliche Sanktionen gegen Moskau wird zumindest wieder diskutiert.

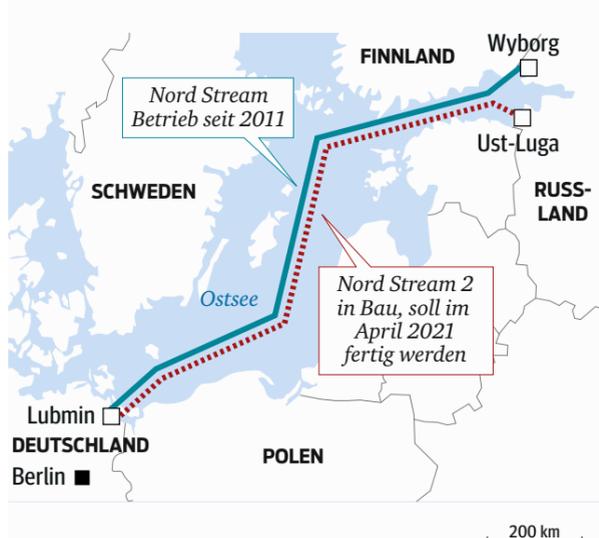
Nord Stream 2 – höchst umstrittenes Druckmittel

Rufe nach Stopp der fast fertig gebauten russischen Gaspipeline – alles hängt an der deutschen Kanzlerin

Energie. Für die einen ist sie ein ideales politisches Druckmittel, für die anderen ein unverzichtbares Wirtschaftsjahr: die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2. Nur noch 150 Kilometer fehlen, bis die insgesamt 1.230 km lange Gasleitung durch die Ostsee fertiggestellt ist. Im April könnte das letzte Rohr zwischen Russland und Deutschland verlegt sein.

Doch der Streit über Nord Stream 2 wird damit noch lange nicht enden: Für Russlands Präsidenten Wladimir Putin ist die Pipeline, die vom russischen Energiegiganten Gazprom betrieben wird, ein Prestigeobjekt – das nach Inbetriebnahme gutes Geld einbringen wird. Würde sie gestoppt, hätte

OSTSEE-GAS-PIPELINE NORD STREAM



KURIER Grafik: MPO, APA | Quelle: APA/dpa

dies für Russland schmerzhafteste finanzielle Folgen – inklusive Imageverlust. Nach der Verurteilung von Kremlkritiker Alexej Nawalny und der Niederschlagung der Proteste in Russland wurde daher einmal mehr die Forderung laut: Nord Stream 2 müsse gestoppt werden. Dieser Forderung stimmte zuletzt sogar Frankreich zu, obwohl das französische Energieunternehmen Engie die Pipeline mitfinanziert.

Merkel winkt ab

Die EU hingegen hat bei der Frage – Nord Stream 2 sanktionieren oder nicht – gar nichts mitzuentcheiden. Das insgesamt 9,5 Milliarden teure Projekt wurde zur Hälfte von Gazprom, zur anderen

Hälfte von einer westlichen Investorengruppe finanziert. Die OMV ist Teil davon. Sie hat bereits knapp 960 Millionen Euro in Nord Stream 2 gesteckt. Das Projekt könnte höchstens von der deutschen Regierung gestoppt werden. Doch Kanzlerin Angela Merkel winkt stets ab: Die Frage der Pipeline sei eine wirtschaftliche und müsse von politischen Problemen getrennt behandelt werden, lautet ihr Credo.

Ähnlich sieht es Kanzler Sebastian Kurz. „Wer glaubt, dass die neue Pipeline nur im Interesse Russlands wäre, der irrt“, sagte Kurz am Sonntag gegenüber der Welt. „Die gesamte Pipeline ist insgesamt ein sehr positives Projekt.“

Nach Reise von Wien nach Kairo: Student der CEU verschwunden

Ägypten. Als Ahmed Samir Santawy für die Semesterferien aus Wien nach Ägypten reiste, plante er einen Besuch bei seiner Familie in Sharm el-Sheikh. Der Master Student an der Central European University (CEU) in Wien wurde am 1. Februar 2021 von der Kairoer Polizei zu einem Verhör geladen, nachdem das Haus seiner Eltern Tage zuvor durchsucht worden war. Die Polizeistation hat Santawy nicht mehr selber verlassen dürfen. Er galt eine Woche lang als vermisst. Mittlerweile wissen sein Anwalt und seine Familie zumindest seinen Aufenthaltsort. Seine Angehörigen berichten unter anderem von Folter.

Dem 29-jährigen Studenten wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, die Veröffentlichung von Fake News und die Erstellung eines falschen Social-Media-Profiles zur Verbreitung von Fake News vorgeworfen. Seine Haftstrafe sei auf 15 Tage mit der Option auf Verlängerung auf unbestimmte Zeit festgesetzt, berichtet die österreichische Studierendenvertretung ÖH in einer Aussendung. Die Central European University und deren Rektor, Michael Ignatieff, fordern die „sofortige Freilassung und sichere Rückkehr zu seiner Familie und seinen Studien“.

Ähnlicher Fall

ÖH und Menschenrechtsorganisationen befürchten, Ahmed Samir Santawy könnte willkürlich länger festgehalten und gefoltert werden. Das Verschwinden Santawys erinnert an den Fall von Patrick George Zaki, einem Menschenrechtsaktivisten und Studenten im italienischen Bologna, der vor einem Jahr von den ägyptischen Behörden festgenommen wurde. Ihm wurden dieselben Vergehen vorgeworfen und eine Haftstrafe von 15 Tagen verhängt. Zaki sitzt immer noch im Gefängnis. Einen Prozess gab es in den zwölf Monaten nicht.

KAROLINE KRAUSE-SANDNER

Impeachment: Erste Niederlage für Trump-Team

USA. Die Verteidiger von Donald Trump sind mit dem Versuch gescheitert, das Amtsenthebungsverfahren gegen den Ex-US-Präsidenten zu Beginn zu stoppen. Sie hatten argumentiert, das Verfahren sei verfassungswidrig, weil Trump nicht mehr im Amt sei. Der US-Senat wertete das Verfahren gestern jedoch als verfassungsgemäß und machte so den Weg frei für das weitere Prozedere.

Die Anklagevertreter argumentierten, Trump müsse für sein Handeln als Präsident bis zum letzten Tag im Amt geradestehen – und damit auch für die Attacke seiner Anhänger auf das Kapitol zwei Wochen vor seinem Abschied aus dem Weißen Haus.

IST

"Tiroler Tageszeitung" vom 09.02.2021 Seite 12 Ressort: Nachrichten Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

CEU-Student in Kairo in Haft

Wien-Die Österreichische Hochschülerschaft schlägt Alarm. Ahmed Samir Abdelhay Ali, Master-Student an der Central European University (CEU) in Wien, der während eines Familienbesuchs in Kairo verhaftet wurde, sei eine Woche lang verschwunden gewesen und in dieser Zeit mehrmals verlegt und gefoltert worden. Ihm würden der Beitritt zu einer terroristischen Organisation und die Veröffentlichung von Fake News vorgeworfen. Die ÖH forderte in einer Aussendung gemeinsam mit der CEU Student Union die sichere Rückkehr von Ahmed nach Wien. Die außenpolitische und Menschenrechtssprecherin der Grünen, Ewa Ernst-Dziedzic, schloss sich der Forderung an. (APA)

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Imst	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 22.480
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 8.425
Mutation: Innsbruck	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 118.004
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 44.224
Mutation: Kitzbühel	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 24.453
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 9.164
Mutation: Kufstein	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 40.841
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 15.306
Mutation: Landeck	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 17.074
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 6.399
Mutation: Osttirol	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 19.076
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 7.149
Mutation: Reutte	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 12.412
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 4.652
Mutation: Schwaz	
Reichweite (2015)	Mo-Fr, 31.689
Druckauflage (2015)	Mo-Fr, 11.876

Prozess: Forscher kratzten an Polens Geschichtsmythos

Zwei Historiker müssen sich für ihre Forschung zum Holocaust vor einem Warschauer Gericht verantworten.

Warschau – Kollaboration mit den Nazis während der deutschen Besatzungszeit – wer sich in Polen damit befasst, gerät schnell ins Visier der Rechtskonservativen. Das bekommen gerade die Holocaust-Forscher Barbara Engelking und Jan Grabowski zu spüren. Sie stehen in Warschau vor Gericht – wegen ein paar Sätzen und zwei Fußnoten in einer Studie. Das Urteil soll heute fallen.

In ihrem 2018 erschienenen Forschungswerk „Dalej jest noc“ (Und immer noch ist Nacht) haben Engelking und Grabowski gemeinsam mit anderen Autoren in neun Lokalstudien untersucht, welche Überlebensstrategien Juden in der ostpolnischen Provinz unter deutscher Besatzung hatten. Dabei geht es auch um die Rolle der polnischen Bevölkerung – und genau damit treffen die Historiker einen wunden Punkt.

Polen wurde 1939 von Nazi-Deutschland überfallen, bis 1945 war es besetzt. Insgesamt drei Millionen polnische Juden wurden von den Nazis ermordet. Die Besatzer verfügten die Todesstrafe für jeden Polen, der Juden half. Trotzdem gab es viele Mutige, die genau das taten. Auch im Buch von Engelking und Grabowski finden sich viele Beispiele dafür. Aber auch

schwer erträgliche Schilderungen von Antisemitismus, Denunziation und Verstrickung von Polen in NS-Verbrechen. Das kratzt heftig am Geschichtsmythos der polnischen Rechten.

Gegen die Historiker klagt die 80-jährige Nichte eines früheren Ortsvorstehers. Sie sieht die Erinnerung an ihren Onkel geschädigt, verlangt rund 22.500 Euro Entschädigung und eine öffentliche Entschuldigung. Unterstützt wird die Klage von der rechtsnationalen Stiftung „Reduta. Festung des guten Namens – Liga gegen Verleumdung“, die den Mann als Helden darstellt.

Das Bild, das Engelking und Grabowski zeichnen, ist ein anderes: Er sei mitschuldig am Tode von mehr als 20 im Wald versteckten Juden gewesen, die den Deutschen ausgehändigt worden seien. In einem Nachkriegsprozess sei er freigesprochen worden, nachdem eine jüdische Zeugin falsch und zu seinen Gunsten ausgesagt habe.

Dass Grabowski und Engelking für ihr Buch vor den Richter gezerrt werden, entsetzt Historiker und Holocaust-Experten. Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem spricht von „einer schwerwiegenden Attacke auf freie und offene Forschung“. (TT, dpa)



Vor dem Gerichtsgebäude protestiert eine als Justitia verkleidete Frau. Die Gegner des Premiers gehen seit Monaten auf die Straße. Foto: AFP/Dunand

Netanjahu beteuert Unschuld

Israels Premier wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht.

Jerusalem – Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hat die Korruptionsvorwürfe gegen ihn erstmals offiziell vor Gericht zurückgewiesen. Zu Beginn der Sitzung dementierte der mit schwarzer Maske im Gerichtssaal erschienene Ministerpräsident die Vorwürfe des Betrugs, der Untreue und Bestechlichkeit. Netanjahu hatte Polizei und Staatsanwaltschaft zuvor vorgeworfen, sie hätten die Anklage gegen ihn „fabriziert“. Außerhalb des Jerusalemer Gerichts demonstrierten Gegner Netanjahus lautstark.

Der 71-Jährige nahm etwa zwanzig Minuten an der Sitzung teil. Netanjahus Anwalt sprach anschließend in einer langen Rede von angeblichen Verfahrensfehlern. Er warf der Polizei vor, ohne schriftliche

Genehmigung des Generalstaatsanwalts Ermittlungen aufgenommen zu haben. Die Vertreterin der Anklage wies dies zurück. Es sei alles schriftlich protokolliert.

Nach rund vier Stunden beendete das Gericht den Sitzungstag. Eine Entscheidung über eine Verschiebung des Beginns der Zeugenbefragungen fiel zunächst nicht. Nach israelischen Medienberichten drang die Verteidigung auf eine Verschiebung um mindestens drei Monate.

Vor dem Bezirksgericht in Jerusalem hatten sich Dutzende Gegner Netanjahus zu einer Demonstration versammelt. Einer der Gegner trug Häftlingskleidung und eine Netanjahu-Maske. Eine Gruppe von Demonstranten war als Straßenfeger verklei-



Premier Netanjahu blieb 20 Minuten im Gericht. Foto: AFP/Pool

det, die symbolisch die Straße von Korruption reinigte. „Bibi go home“, riefen die Gegner immer wieder in Sprechchören. Bibi ist Netanjahus Spitzname. Er selbst hatte seine Anhänger aufgefordert, wegen der Pandemie nicht zu kommen, daher kamen nur vereinzelt Unterstützer. Die Sitzung sollte ursprüng-

lich bereits im Jänner stattfinden, wurde jedoch wegen eines Corona-Lockdowns verschoben. Parlamentspräsident Yariv Levin forderte vor der neuen Sitzung, die Beweisaufnahme im Prozess gegen Netanjahu bis nach der Parlamentswahl am 23. März zu verschieben. Andernfalls drohe eine „Einmischung der Justiz in den Wahlprozess“, sagte Levin, Mitglied von Netanjahus rechtskonservativer Likud-Partei, Medienberichten zufolge.

Es ist das erste Mal in Israels Geschichte, dass ein amtierender Ministerpräsident vor Gericht steht. Netanjahu will sich in sechs Wochen erneut zur Wahl stellen. Israel wählt bereits zum vierten Mal binnen zwei Jahren. (TT, dpa, APA)

Beratung in sieben Sprachen

Wien – Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) hat seine Onlineberatungen für Migranten über Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie in verschiedenen Fremdsprachen ausgeweitet: Nunmehr beantworten dabei auch Ärzte Fragen rund um Infektionsrisiko, Maskenpflicht und Virusmutanten. Alle Beratungen finden auf Deutsch statt und werden zusätzlich in die Sprachen Arabisch, Dari/Farsi, Somali, Englisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Türkisch übersetzt. Anmeldung unter <http://www.integrationsfonds.at/onlinekurse> (APA)



Im Tunnel eingeschlossen

Nach der massiven Sturzflut in Indien ist die Opferzahl auf mindestens 26 gestiegen. Mehr als 180 Menschen wurden gestern vermisst. Ein Gletscher war am Sonntagmorgen von einem Berg im Himalaya abgebrochen und in einen Fluss gestürzt. Die meisten Toten und Vermissten sind Mitarbeiter der Elektrizitätswerke. Mindestens 34 waren in einem 2,5 Kilometer langen Tunnel des Kraftwerks eingeschlossen. Kollegen versuchten, den zugeschütteten Schacht freizubekommen. Foto: AFP/Hussain

Internet-Bekanntheit (16) vergewaltigt: 2 Jahre Haft

Wien – Das Geständnis kam erst spät: Am Wiener Landesgericht wurde gestern ein 17-Jähriger zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er eine 16-Jährige vergewaltigt haben soll. Die beiden hatten sich im Internet kennen gelernt. Sie schickte ihm Nacktfotos, er setzte sie unter Druck. Das Urteil – acht Monate unbedingt, der Rest auf Bewährung – ist nicht rechtskräftig. Der Bursch muss dem Mädchen zudem 5000 Euro zahlen.

Der Angeklagte hatte die Tat zuerst geleugnet und behauptet, das Opfer belaste ihn zu Unrecht. Die Gründe dafür lagen in der „türkischen Kul-

tur“, aus der beide stammen. Um vor ihren Eltern gut dazustehen, könne sie nicht zugeben, „dass was war“.

Dann ließ das Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit das Video mit der kontradiktorischen Befragung des Opfers abspielen und zeigte Bilder von Überwachungskameras des Tatorts, des Wiener Hauptbahnhofs. Nach kurzer Rücksprache mit dem Verteidiger legte der Angeklagte schließlich ein Geständnis ab. Warum er das gemacht habe, wisse er aber bis heute nicht, sagte er sinngemäß.

Der Angeklagte und sein Opfer kannten einander über In-

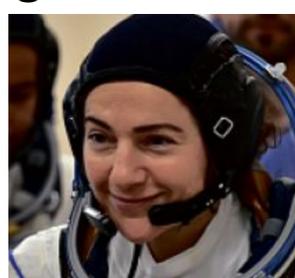
stagram, tauschten sich über Snapchat aus, und irgendwann erhielt der 17-Jährige Nacktbilder des Mädchens, das er noch gar nicht persönlich getroffen hatte. Dessen ungeachtet habe er sie als seine Freundin betrachtet, sagte er.

Nach einem ersten Treffen erklärte er allerdings die Beziehung für beendet, weil sie ihr Handy nicht von ihm kontrollieren lassen wollte. Später drohte er, die Nacktbilder öffentlich zu machen, und erzwang damit ein weiteres Treffen. Dabei lockte er sie in einen abgelegenen Bereich und vergewaltigte sie. (APA, TT)

Kurzmeldungen

AstronautInnen gesucht

Paris – Europas Raumfahrtagentur ESA sucht erstmals seit elf Jahren neue Astronautinnen und Astronauten. Der Bewerbungszeitraum beginnt am 31. März. Es folgt ein sechstufiger Auswahlprozess, der im Oktober 2022 enden soll. Die ESA ermutigt ausdrücklich Frauen, sich zu bewerben, so David Parker, Direktor für Astronautische und Robotische Exploration. (APA)



Wer will, wie Jessica Meir 2019, ins Weltall fliegen? Foto: AFP/Berg

Briten senken Terrorwarnstufe

London – Die Terrorgefahr in Großbritannien ist nach Einschätzung der Regierung leicht gesunken. Die Terrorwarnstufe sei von „schwerwiegend“ auf „erheblich“ abgeschwächt worden, sagte Innenministerin Priti Patel im Parlament in London. Allerdings blieben Attentate weiterhin „wahrscheinlich“. (dpa)

Putin verliert an Zustimmung

Moskau – Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach den Korruptionsvorwürfen seines Kritikers Alexej Nawalny rund um den Palast am Schwarzen Meer einer Umfrage zufolge an Zustimmung eingebüßt. 17 Prozent jener, die die Vorwürfe kennen, haben nun eine schlechtere Meinung von Putin. (dpa)

CEU-Student in Kairo in Haft

Wien – Die Österreichische Hochschülerschaft schlägt Alarm. Ahmed Samir Abdelhay Ali, Master-Student an der Central European University (CEU) in Wien, der während eines Familienbesuchs in Kairo verhaftet wurde, sei eine Woche lang verschwunden gewesen und in dieser Zeit mehrmals verlegt und gefoltert worden. Ihm würden der Beitritt zu

einer terroristischen Organisation und die Veröffentlichung von Fake News vorgeworfen. Die ÖH forderte in einer Aussendung gemeinsam mit der CEU Student Union die sichere Rückkehr von Ahmed nach Wien. Die außenpolitische und Menschenrechtssprecherin der Grünen, Ewa Ernst-Dziedzic, schloss sich der Forderung an. (APA)

"Wiener Zeitung" vom 09.02.2021 Seite: 6 Ressort: Politik Abendausgabe, Morgenausgabe

Wiener Student seit einer Woche in Ägypten inhaftiert

Wien/Kairo. Viele seiner Freunde hatten Ahmed Samir Abdelhay Ali von der Reise nach Ägypten abgeraten. Doch der Student an der Central European University (CEU) in Wien wollte sich nicht davon abbringen lassen, in seiner Heimat für seine Masterarbeit zu recherchieren, die sich mit der Geschichte der Abtreibungsgesetze und dem in Ägypten nach wie vor heiklen Thema der Frauenrechte auseinandersetzt.

Dass die Sorge seines Umfelds berechtigt war, hat sich aber mittlerweile bestätigt. Wie am Montag bekannt wurde, ist Samir, der eine Woche lang als verschwunden galt, bereits am 1. Februar von der Polizei in Kairo festgenommen worden. Inzwischen konnte der 29-Jährige laut Informationen der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) zwar wieder lokalisiert werden und durfte auch Kontakt zu seinem Anwalt aufnehmen, doch die Sache scheint für Samir alles andere als ausgestanden zu sein. Denn laut der vor kurzem veröffentlichten Anklage der Staatsanwaltschaft wird Samir neben der Veröffentlichung von Fake-News und die Erstellung eines Fake-Profiles zur Verbreitung von Fake-News auch der Beitritt zu einer nicht näher benannten terroristischen Organisation vorgeworfen.

Mehrere ähnliche Fälle

Samir, für dessen Freilassung sich neben CEU-Rektor Michael Ignatieff und der ÖH mittlerweile auch die österreichischen Grünen einsetzen, ist nicht der einzige junge Akademiker, der in den vergangenen Jahren in Ägypten verhaftet wurde.

Inhaftiert wurden auch der Doktorand Walid al-Shobaky der University of Washington und Patrick George Zaki, der in Italien studierte und im Februar letzten Jahres bei seiner Ankunft am Flughafen in Kairo festgenommen wurde. Wie Samir verurteilte man auch Zaki zunächst zu 15 Tagen Haft. Zaki, der mit Samir befreundet ist, befindet sich allerdings bis heute im Gefängnis.

Samirs Verhaftung weckt zudem auch Erinnerungen an den italienischen Doktoranden Giulio Regeni in Ägypten, der für seine Doktorarbeit zur Gewerkschaftsbewegung geforscht hatte. Regenis mit Foltermalen übersäte Leiche war 2016 an einer Überlandstraße gefunden worden.

i Typ	Tageszeitung
Mutation: gesamt	
<i>Reichweite (2018)</i>	Di, 63.800
<i>Druckauflage (2018)</i>	Di, 22.000



Am Holocaust-Gedenktag im Jänner fuhr eine historische Straßenbahn durch die Straßen Warschaws. Doch die Mitbeteiligung von Polen an Judenverfolgungen bleibt ein Reizthema.

Foto: afp / Janek Skarzynski

Wiener Student seit einer Woche in Ägypten inhaftiert

Wien/Kairo. Viele seiner Freunde hatten Ahmed Samir Abdelhay Ali von der Reise nach Ägypten abgeraten. Doch der Student an der Central European University (CEU) in Wien wollte sich nicht davon abbringen lassen, in seiner Heimat für seine Masterarbeit zu recherchieren, die sich mit der Geschichte der Abtreibungsgesetze und dem in Ägypten nach wie vor heiklen Thema der Frauenrechte auseinandersetzt.

Dass die Sorge seines Umfelds berechtigt war, hat sich aber mittlerweile bestätigt. Wie am Montag bekannt wurde, ist Samir, der eine Woche lang als verschwunden galt, bereits am 1. Februar von der Polizei in Kairo festgenommen worden. Inzwischen konnte der 29-Jährige laut Informationen der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) zwar wieder lokalisiert werden und durfte auch Kontakt zu seinem Anwalt aufnehmen, doch die Sache scheint für Samir alles andere als ausgestanden zu sein. Denn laut der vor kurzem veröffentlichten Anklage der Staatsanwaltschaft wird Samir neben der Veröffentlichung von Fake-News und die Erstellung eines Fake-Profiles zur Verbreitung von Fake-News auch der Beitritt zu einer nicht näher benannten terroristischen Organisation vorgeworfen.

Mehrere ähnliche Fälle

Samir, für dessen Freilassung sich neben CEU-Rektor Michael Ignatieff und der ÖH mittlerweile auch die österreichischen Grünen einsetzen, ist nicht der einzige junge Akademiker, der in den vergangenen Jahren in Ägypten verhaftet wurde.

Inhaftiert wurden auch der Doktorand Walid al-Shobaky der University of Washington und Patrick George Zaki, der in Italien studierte und im Februar letzten Jahres bei seiner Ankunft am Flughafen in Kairo festgenommen wurde. Wie Samir verurteilte man auch Zaki zunächst zu 15 Tagen Haft. Zaki, der mit Samir befreundet ist, befindet sich allerdings bis heute im Gefängnis.

Samirs Verhaftung weckt zudem auch Erinnerungen an den italienischen Doktoranden Giulio Regeni in Ägypten, der für seine Doktorarbeit zur Gewerkschaftsbewegung geforscht hatte. Regeni mit Foltermalen übersäte Leiche war 2016 an einer Überlandstraße gefunden worden.

Forschung auf der Anklagebank

In Polen müssen sich zwei Holocaust-Forscher gegen den Vorwurf der Verleumdung verteidigen. Historiker im In- und Ausland fürchten um die Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Von Martyna Czarnowska

Der Onkel ein Nazi-Kollaborateur? Filomena Leszczynska will diese Darstellung nicht gelten lassen. Die 80-Jährige hat zwei Holocaust-Forscher wegen Verleumdung verklagt: Sie sieht durch ein paar Absätze in einer wissenschaftlichen Abhandlung den Ruf ihrer Familie beschädigt, fordert eine Entschuldigung und Schadenersatz in Höhe von knapp 23.000 Euro. Ein Gericht in Warschau soll am heutigen Dienstag ein Urteil fällen.

Damit rückt ein historisches Werk in den Fokus der Aufmerksamkeit, das bereits bei seinem Erscheinen 2018 von rechtskonservativen Politikern und Publizisten angegriffen wurde. Die Autoren von „Weiter ist Nacht“ beschreiben darin die Überlebensstrategien von Juden in ausgewählten Regionen Polens während der NS-Herrschaft. Die Rolle der polnischen Bevölkerung wird dabei auch beleuchtet – und die hatte nicht nur heroische Momente. So haben Polen Juden auch an die Deutschen ausgeliefert, und einer der Beteiligten soll Edward Malinowski, Leszczynskas Onkel, gewesen sein. In einem Nach-

kriegsprozess wurde er allerdings freigesprochen. Eine Jüdin sagte zu seinen Gunsten aus.

Darauf wird auch in dem Verfahren verwiesen, das gegen zwei der Autoren, die Historiker und Holocaust-Forscher Jan Grabowski sowie Barbara Engelking, in Warschau eröffnet wurde. Dabei schreiben auch sie, dass Malinowski auf der anderen Seite der jüdischen Frau geholfen hatte – gegen Entlohnung. Dass dies in Polen noch immer ein Reizthema sein kann, zeigt der laufende Prozess.

Festhalten am Opferbild

Auch Historiker haben professionelle Standards zu erfüllen, tragen Verantwortung gegenüber ihrer Quellenauswahl und deren Interpretation. Ihre Fachkollegen und zuständige akademische Gremien können daran Kritik üben. Sie haben keine Immunität, wenn Nachkommen auch nach dem Tod der beschriebenen Personen deren Persönlichkeitsrechte verletzt sehen und deswegen vor Gericht ziehen. Solche Anklagen sind so gut wie in jedem Land möglich.

Doch in Polen spielt sich der Prozess vor dem Hintergrund einer seit gut zwei Jahrzehnten laufenden Geschichtsdebatte ab, die

an das historische Selbstverständnis vieler Menschen rührt. Davor grenzte es an ein Tabu, über die Mitwirkung von Polen an der Verfolgung von Juden zu schreiben. Dass auch Polen nicht frei von Antisemitismus war, dass es Fälle von Kollaboration mit den deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg gegeben hatte, dass in mehreren Dörfern und Städten Polen selbst Pogrome an ihren jüdischen Nachbarn begangen hatten, wurde kaum thematisiert und wird es bis heute in nationalkonservativen Kreisen untern. Vielmehr dominierte das Bild von der polnischen Nation – ungeachtet der damaligen ethnischen und religiösen Vielfalt –, die einerseits ein Opfer von Nazi-Deutschland und andererseits ein tragischer Held im Kampf gegen das Dritte Reich war.

Das hatte und hat in Polen auch politische Implikationen. Vor gut zwei Jahren löste die nationalkonservative Regierung in Warschau international Unverständnis bis Empörung mit ihren Plänen für eine Regelung aus, die als Holocaust-Gesetz bezeichnet wurde. Dieses sah Haftstrafen für jene vor, die dem polnischen Staat oder Volk Mitverantwortung für

Verbrechen des deutschen Nazi-Regimes zuschreiben. Historiker sahen in dem Passus, der dann abgemildert wurde, eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Forschung: Wer sollte noch über polnische Kollaborateure schreiben oder auf Universitäten davon erzählen, wenn ihm dafür Gefängnis droht?

Diese Frage klingt nun wieder mit – auch wenn das aktuelle Verfahren ein ziviles und kein Strafprozess ist. Besorgte Stimmen kommen daher schon aus dem In- und Ausland. Der Verband der Historiker Deutschlands warnt vor den gesellschaftlichen Schäden, wenn Forschungsergebnisse nicht im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs, sondern vor Gericht verhandelt werden. Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem spricht von einer Attacke auf die freie Forschung.

Kritik übt ebenfalls die Polnische Akademie der Wissenschaften. Falls eine wissenschaftliche Publikation Fehler enthalte, sollte eine Auseinandersetzung damit auf wissenschaftlichem und nicht auf dem Gerichtsweg erfolgen. Alles andere könnte die freie Forschung und eine offene Debatte entmutigen. ■



Peter Hilpold, Manfred Matzka, Walter Hämmerle (Hrsg.)

100 Jahre Verfassung

77 Stimmen zum Jubiläum des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG)



facultas 2020, 244 Seiten
ISBN 978-3-7089-2055-9
EUR 24,-

Mit Beiträgen von

Alexander Van der Bellen,

Christoph Grabenwarter,

Karoline Edtstadler, Alma Zadić,

Margarete Schramböck uva

ÖH - Bundesvertretung

"Kronen Zeitung" vom 12.01.2021 Seite: 26 Ressort: Lokal Von: S. Angerer Sbg

200 Salzburger gingen gegen Uni-Novelle auf die Straße Senat wartet ab

Studenten kritisieren Gesetz

Mit Megafonen und Plakaten ausgerüstet zogen am Montag rund 200 Studenten durch Salzburg. Sie machten ihrem Ärger Luft: Seit Monaten kritisieren Hochschüler sowie der Senat die Novelle im Uni-Gesetz. Es geht um Mindestleistungen im Studium sowie das Mitspracherecht durch den Senat. „Die Novelle kommt zum falschen Zeitpunkt“, so eine Studentenvertreterin.

200 Studenten nahmen am Montag bei der Demonstration gegen die Novelle des Universitätsgesetzes in der Stadt Salzburg teil.

„Es gibt definitiv Einfacheres, als in Corona-Zeiten eine Demonstration zu organisieren. Aber wenn der Hut brennt, muss man auf die Straße gehen“, bekräftigt Keya Baier, Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) der Uni. Rund 200 Studis zogen am Montag lautstark vom Hauptbahnhof Richtung Residenzplatz. Die Demo war nicht die erste Protestaktion gegen die neue Uni-Gesetzesnovelle. Am 7. Dezember befestigten Studenten Banner mit der Aufschrift „Bildung brennt“ am Uni-Gebäude. „Die Novelle kommt einerseits zum falschen Zeitpunkt, andererseits geht sie komplett an der Lebensrealität der Studenten vorbei“, so Hande Armagan, stellvertretende ÖH-Vorsitzende.

Kritiker hoffen auf laufendes Prüfverfahren Weniger Prüfungstermine, eine Mindestleistung am Studienanfang, mehr Rechte für das Rektorat – das sind die heiß diskutierten Punkte der Novelle. Bis 15. Jänner läuft die Begutachtungsphase. Auch die Kritik des Senats wird lauter: „Wir hoffen noch immer, dass sich unsere Argumente durchsetzen. Ein Begutachtungsverfahren ist ja dafür da, dass kritische Punkte zur Sprache kommen“, betont Senatsvorsitzender Wolfgang Faber, der bei der Demo eine Ansprache auf dem Residenzplatz hielt.

Was uns bewegt



FRANZISKA TROST
franziska.trost@kronenzeitung.at

Sturm und Drang und Corona

Die Jugend, meinte meine 86-jährige Mutter, die tue ihr in dieser Krise am meisten leid. Natürlich legen sich ihr selbst die vielen Einschränkungen immer mehr aufs Gemüt, die Einsamkeit und Eintönigkeit langer Tage im Lockdown, diese Unsicherheit darüber, wie lange das alles noch dauern wird. Für junge Menschen, betont sie aber stets, muss das alles noch so viel schwieriger sein.

Es ist ein Verständnis, das sich unsere Jugend eigentlich verdient hat. Natürlich gibt es schwarze Schafe, die mit Corona-Partys Schlagzeilen machen – und derwegen die Jungen von vielen pauschal als Sündenbock der Pandemie beschimpft wurden. Aber eine Studie ergab vor Kurzem, dass drei Viertel der Jugendlichen die strengen Maßnahmen gutheißen und mittragen. Und das in der Sturm-und-Drang-Zeit ihres Lebens, die so sehr im Gegensatz zur verordneten Stubenhockerei steht. In einer Phase, in der sie gerade dabei sind, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden – dabei aber die Gesellschaft auf soziale Distanz halten müssen.

Man kann verstehen, dass viele von ihnen im Homeschooling die Freude am Lernen verlieren, dass ihnen die Schule fehlt, wo doch das Schönste immer die Pausen mit den Freunden waren. Dass sie die Zuversicht verlieren, wenn sowohl Corona- und Klimakrise so bedrohlich ihre Zukunft verstellen.

Die „Generation Corona“ wächst mit großen Hürden auf, sie steht unter enormem Druck. Dafür braucht sie Unterstützung – und Verständnis.

➔ 200 Salzburger gingen gegen Uni-Novelle auf die Straße

Studenten kritisieren

Mich ärgern die geplanten Mindestleistungen für Studenten. Als wäre die Corona-Pandemie zurzeit nicht schon schwer genug, erhöht das den Leistungsdruck gleich noch um ein Vielfaches.

Anne Kolckmann, 20, studiert Philosophie, Politik und Ökonomie



Foto: Markus Tschepp

Mit Megafonen und Plakaten ausgerüstet zogen am Montag rund 200 Studenten durch Salzburg. Sie machten ihrem Ärger Luft: Seit Monaten kritisieren Hochschüler sowie der Senat die Novelle im Uni-Gesetz. Es geht um Mindestleistungen im Studium sowie das Mitspracherecht durch den Senat. „Die Novelle kommt zum falschen Zeitpunkt“, so eine Studentinnenvertreterin.

„Es gibt definitiv Einfacheres, als in Corona-Zeiten eine Demonstration zu organisieren. Aber wenn der Hut brennt, muss man auf die Straße gehen“, bekräftigt Keya Baier, Vorsitzende der Österreichischen

Hochschülerschaft (ÖH) der Uni. Rund 200 Studis zogen am Montag lautstark vom Hauptbahnhof Richtung Residenzplatz. Die Demo war nicht die erste Protestaktion gegen die neue Uni-Gesetzesnovelle. Am 7. De-



Foto: Markus Tschepp



Foto: Markus Tschepp

200 Studenten nahmen am Montag bei der Demonstration gegen die Novelle des Universitätsgesetzes in der Stadt Salzburg teil.

➔ Senat wartet ab

Gesetz

zember befestigten Studenten Banner mit der Aufschrift „Bildung brennt“ am Uni-Gebäude. „Die Novelle kommt einerseits zum falschen Zeitpunkt, andererseits geht sie komplett an der Lebensrealität der Studenten vorbei“, so Hande Armagan, stellvertretende ÖH-Vorsitzende.

Kritiker hoffen auf laufendes Prüfverfahren

Weniger Prüfungstermine, eine Mindestleistung am Studienanfang, mehr Rechte für das Rektorat – das sind die heiß diskutierten Punkte der Novelle. Bis 15. Jänner läuft die Begutachtungsphase. Auch die Kritik des Senats wird lauter: „Wir hoffen noch immer, dass sich unsere Argumente durchsetzen. Ein Begutachtungsverfahren ist ja dafür da, dass kritische Punkte zur Sprache kommen“, betont Senatsvorsitzender Wolfgang Faber, der bei der Demo eine Ansprache auf dem Residenzplatz hielt. S. Angerer



Foto: Roland Holtzky

In der Lungauer Gemeinde zeigte das Thermometer zu Wochenbeginn - 23,4 Grad Celsius

Gemeinde am Montag drittkältester Ort österreichweit

Eisige Kälte in St. Michael

Minus 23,4 Grad Celsius: Diese Temperatur wurde von Meteorologen am Montag um 6 Uhr in der Früh in St. Michael im Lungau gemessen. Die 3512 Einwohner zählende Gemeinde war damit in der Liste der kältesten Orte in Österreich an dritter Stelle.

Nur in den beiden Tiroler Orten Lienz und St. Jakob sorgte der Wettergott für noch mehr Minusgrade. Zeitweise ergatterte St. Michael sogar den zweiten Platz im Kälte-Ranking. Auch die Marktgemeinde Tamsweg sowie die Gemeinde Mariapfarr erreichten

mit minus 20,9 und minus 20,4 Grad Celsius ordentlich tiefe Temperaturen. „Speziell auf Grund von hoher Lage und wenig Wind kommen solche Temperaturen im Lungau zustande“, erklärt Nikolas Zimmermann vom Wetterdienstleister Ubimet.

SALZBURG AKTUELL AUS STADT & LAND

➔ **Mit Drogen erwischt**

94 Gramm Marihuana stellten Polizisten in Neumarkt Montagmittag bei einer Kontrolle eines Rumänen (16) am Hauptplatz sicher. Er gab an, das Marihuana nur für den Eigengebrauch zu besitzen. Anzeige.

➔ **In Mauer gekracht**

Stark alkoholisiert (1,84 Promille) kam am Montag ein Lenker (29) mit seinem Pkw in Wagrain von der Fahrbahn ab. Das Auto schlitterte und prallte in eine Grundstücksmauer. Der Mann blieb unverletzt. Er musste seinen Führerschein abgeben.

➔ **Covid-Anzeigen**

Im ganzen Bundesland gab es am Sonntag 30 Anzeigen wegen Verstößen gegen die Corona-Bestimmungen. Ein Großteil der Anzeigen gab es beim Aufmarsch der Covid-Skeptiker in der Salzburger Innenstadt.

➔ **Langläufer verletzt**

Ein 68-jähriger Mann aus Deutschland kam am Montag um kurz vor 12.30 Uhr auf der Langlaufloipe Thalgauberg zu Sturz. Er brach sich den linken Oberschenkelhalsknochen. Die Bergrettung rückte aus, versorgte den Verletzten und transportierte ihn ab.

Nach schwerem Unfall

Brüder stabil

Nach dem schweren Bobunfall zweier Brüder (10, 7) auf dem Dürrnberg am Sonntag konnte der Zehnjährige bereits das Spital verlassen. Der Siebenjährige befindet sich laut Uniklinikum noch auf der Normalstation. „Sein Zustand ist stabil“, hieß es aus dem Krankenhaus. Die Brüder aus der Stadt Salzburg waren mit ihrem Gefährt gegen einen Pkw geprallt.

Jeannée macht Urlaub



ANZEIGE

Audi FIS Ski World Cup
DAMEN
NACHT NSLALOM
FLACHAU

HEUTE
1. DG 18:00 UHR
2. DG 20:45 UHR

LIVE IM TV

Audi FIS Ski World Cup
FLACHAU SNOW WAGRAIN SPACE ST. JOHANN SALZBURG
SKI AUSTRIA
FLACHAU

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 17.02.2021 Seite: 2 Ressort: Politik Innviertler Nachrichten, Welser Zeitung, Steyrer Zeitung, Linzer Nachrichten, Salzkammergut Nachrichten, Mühlviertler Nachrichten

Nach Kritik lenkt Faßmann bei Uni-Novelle ein

WIEN. "Diskurs ist nicht Zeitverschwendung, und Kompromiss ist nicht Schwäche", sagte Bildungsminister Heinz Faßmann (VP) am Dienstag zur geplanten Novelle des Uni-Gesetzes. Begutachtungsprozess und koalitionsinterne Verhandlungen hätten dieses Ergebnis gebracht. Die Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird im Vergleich zum ersten Entwurf verringert und erst 2022/2023 eingeführt. Studienanfänger müssen nicht 16 ECTS pro Jahr, sondern binnen zwei Jahren erreichen. Die Studiensperre bei Nichterfolg wird von zehn auf zwei Jahre verkürzt. Für ein Bachelorstudium sind 180 ECTS nötig - bei 16 ECTS alle zwei Jahre würde die Absolvierung 22,5 Jahre dauern.

Geändert werden nach der Affäre um die Ex-Arbeitsministerin Christine Aschbacher die Plagiatskriterien. Nach den Unis wird akademische Integrität im Gesetz auch für Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Privatunis explizit festgeschrieben.

Die ÖH zeigte sich gestern zufrieden, die Universitätenkonferenz hätte sich mehr gewünscht.

Bild: "Kompromiss ist nicht Schwäche."(APA)

KOMMENTAR

VON
ALEXANDER ZENS



Rund um Ostern

Ein Tag nach der Verkündung der Verlängerung des Lockdowns ging es damit los, die Entscheidung politisch infrage zu stellen bzw. kreativ zu interpretieren. „Das akzeptiere ich so nicht“, sagte mit dem streitbaren Franz Hörl ein Abgeordneter der Kanzlerpartei – noch merkbar erzürnt von den Turbulenzen um sein Bundes-

Eine vage Perspektive für das Lockdown-Ende

land Tirol. Die beiden roten Landeshauptleute Michael Ludwig und Peter Kaiser – tags zuvor bei den Beratungen mit der Regierung dabei – brachten Öffnungsschritte jedenfalls im März ins Spiel.

Mit der Ankündigung, es gebe Lockerungen „rund um Ostern“, hat die Regierung zwar eine gewisse Perspektive gegeben, jedoch eine vage. Die meisten haben nun Anfang April im Kopf, aber angesichts der Osterzeit von 28. März bis 5. April bedeutet „rund um Ostern“ wohl Mitte März bis Mitte April.

Ganz einfach übersetzt: Alles ist möglich. Niemand weiß, wie sich die Corona-Zahlen in den nächsten Tagen und Wochen tatsächlich entwickeln. Auch ein schärferer Lockdown ist noch eine Option, bevor Impfungen und warmes Wetter große Chancen auf Besserung bringen.

✉ a.zens@nachrichten.at



„Kompromiss ist nicht Schwäche.“ (APA)

Nach Kritik lenkt Faßmann bei Uni-Novelle ein

WIEN. „Diskurs ist nicht Zeitverschwendung, und Kompromiss ist nicht Schwäche“, sagte Bildungsminister Heinz Faßmann (VP) am Dienstag zur geplanten Novelle des Uni-Gesetzes. Begutachtungsprozess und koalitionsinterne Verhandlungen hätten dieses Ergebnis gebracht. Die Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird im Vergleich zum ersten Entwurf verringert und erst 2022/2023 eingeführt. Studienanfänger müssen nicht 16 ECTS pro Jahr, sondern binnen zwei Jahren erreichen. Die Studiensperre bei Nichterfolg wird von zehn auf zwei Jahre verkürzt. Für ein Bachelorstudium sind 180 ECTS nötig – bei 16 ECTS alle zwei Jahre würde die Absolvierung 22,5 Jahre dauern.

Geändert werden nach der Affäre um die Ex-Arbeitsministerin Christine Aschbacher die Plagiatskriterien. Nach den Unis wird akademische Integrität im Gesetz auch für Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Privatusen explizit festgeschrieben.

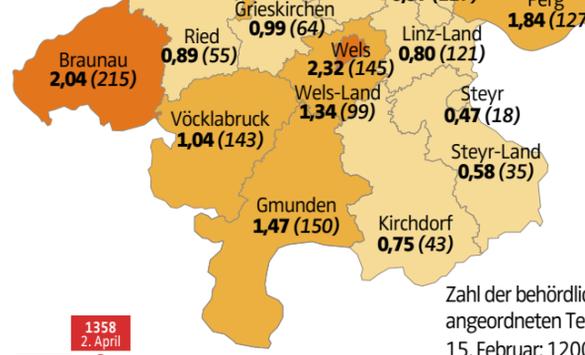
Die ÖH zeigte sich gestern zufrieden, die Universitätenkonferenz hätte sich mehr gewünscht.

CORONA-FÄLLE IN OBERÖSTERREICH

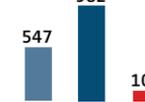
Fälle in Promille zur Gesamtbevölkerung

- 0-1
- 1-2
- 2-3
- 3-4
- 4+

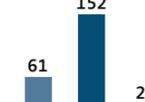
(in Klammer: Fälle absolut)



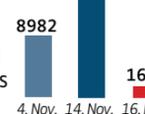
Normalbetten belegt



Intensivbetten belegt



Infizierte aktuell



7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner

Burgenland	105,3
Kärnten	139,0
Niederösterreich	115,2
Oberösterreich	88,3
Salzburg	131,8
Steiermark	118,1
Tirol	77,5
Vorarlberg	71,8
Wien	117,3
Österreich	108,6

Verstorben: 1499
In Quarantäne: 3464
Stand: 16. 2., 17 Uhr

Bisher geimpft: 81.284
davon:
in Alten- und Pflegeheimen: 22.129
in Krankenanstalten: 8217
über 80-Jährige (außerhalb Heimen): 15.880
niedergelassene Ärzte: 2051
Rettungsdienste: 3305
zweite Teilimpfung: 29.702
Stand: 16. 2., 7 Uhr



Deutlich weniger Corona-Fälle in den Heimen, Zunahme in den Schulen

Nur 122 Oberösterreicher müssen derzeit wegen Covid-19 im Spital behandelt werden

LINZ. Die Zahl der Verdachtsfälle, wonach es sich bei den Corona-Infektionen um jene der britischen Mutation handeln könnte, steigt in Oberösterreich täglich. Mittlerweile hält man bei 783, was fast der Hälfte der derzeit aktiven Corona-Fälle im Bundesland (1654) entspricht. Allerdings: Bisher wurden lediglich 13 Fälle von der AGES bestätigt. Die dafür notwendige Vollsequenzierung nimmt mehrere Tage in Anspruch.

Auffallend, aber einfach erklärt ist die regionale Verteilung der Verdachtsfälle. Die höchste Zahl gibt es mit 115 Mutations-Verdachtsfällen im Bezirk Wels-Land, gefolgt von Vöcklabruck mit 101 möglichen Fällen und der Stadt Wels (94 mögliche Fälle).

Keine größeren Cluster

Das liegt daran, dass das Krankenhaus Wels-Grieskirchen mit dem Salzkammergut-Klinikum schon früh mit dem Screening auf Verdachtsfälle begonnen hat. Daher finden sich in diesen Bezirken vermehrt Fälle, heißt es dazu aus dem Krisenstab. Größere Verdachtscluster gebe es nicht, bei den Fallhäufungen handle es sich um Fälle im „familiären Bereich“ und in einem „abgrenzbaren betrieblichen Umfeld“.

3,29 Prozent der Oberösterreicher sind geimpft, damit liegt man im Bundesländer-Vergleich an der Spitze. Bis Ende Februar sollen alle Zweitimpfungen in den Alten- und Pflegeheimen abgeschlossen werden. Zudem hat das Land mit den Impfungen mit dem AstraZeneca-Impfstoff im Gesundheitsbereich begonnen. Bis Ende Februar sollen rund 6000 Personen im Rettungsdienst, 13.000 Krankenhausbedienstete und 7000 Ordinationsangestellte geimpft werden. AstraZeneca wird nicht für Personen über 65 verwendet.

Bisher wurden rund 16.000 Oberösterreicher, die älter als 80 Jahre sind und nicht in einem Heim leben, geimpft.

Über 84-Jährige werden geimpft

Ab dieser Woche werden 15.900 Personen kontaktiert, die sich registriert haben und älter als 84 Jahre sind. Sie sollen in der kommenden und darauffolgenden Woche einen Impftermin erhalten. Die Anmeldung erfolgt über einen Link in der Email. Jene, die keine Email-Adresse hinterlegt haben, werden telefonisch kontaktiert. Alle ande-

ren, die sich registriert haben, werden „so bald wie möglich“ ein Angebot erhalten, sagt Gesundheitslandesrätin Christine Haberlander (VP): „Die Impfstoffe sind noch ein knappes Gut, wir bitten um Verständnis, dass es da und dort noch dauern kann und wird.“

Gestern wurden 215 Neuinfektionen in Oberösterreich gemeldet, was ziemlich genau dem Wert von vor einer Woche entspricht.

In den Alten- und Pflegeheimen gibt es aber einen deutlichen Rückgang: In 21 Heimen sind 16 Mitarbeiter und 28 Bewohner betroffen. Vor einer Woche gab es insgesamt 86 Fälle in 32 Heimen, am 1. Jänner 470 Fälle in 69 Heimen.

Zugenommen hat hingegen die Zahl der positiven Corona-Tests in Schulen. Waren es vor einer Woche noch 67 Covid-19-betroffene Schulstandorte, so waren es mit Stand gestern 84 Standorte.

Die Zahl der Menschen, die aufgrund einer Covid-Erkrankung im Spital behandelt werden, ist gesunken: Sie lag gestern bei 101 Erkrankten auf der Normalstation und 21 Menschen, die intensivmedizinisch betreut wurden. Am 23. November des vergangenen Jahres zählte man 1061 hospitalisierte Corona-Betroffene, davon 139 auf einer Intensivstation. (eiba)

MASSENTESTUNGEN IN OBERÖSTERREICH

Mit Stand gestern wurden seit der Einrichtung des dauerhaften Testangebotes seit 25. Jänner **370.312 Antigen-Tests** durchgeführt. Davon waren 1065 positiv, 368.520 negativ und 727 nicht bestimmbar. Das ergibt eine Positivitätsquote von **0,29 Prozent**. Die Kosten für die gesamte Testaktion an mittlerweile **54 Standorten** seien noch nicht letztgültig abzuschätzen, da gewisse Kosten – vor allem Personal- und Sachkosten laufend

eingemeldet werden, hieß es vonseiten des Landes Oberösterreich auf OÖN-Anfrage. Fest steht aber, dass die Antigen-Test-Kits 2,20 Euro pro Stück kosten und man für die Schutzausrüstung 0,36 Euro pro Testung rechnet. Ergibt **2,56 Euro** pro durchgeführtem Test und damit knapp **948.000 Euro**. Eine Anfragebeantwortung ergab zudem, dass **350.000 Euro** für die Informationskampagne im Vorfeld der Corona-Massentestungen ausgegeben wurden.

Vierter Impfstoff könnte Mitte März zugelassen werden

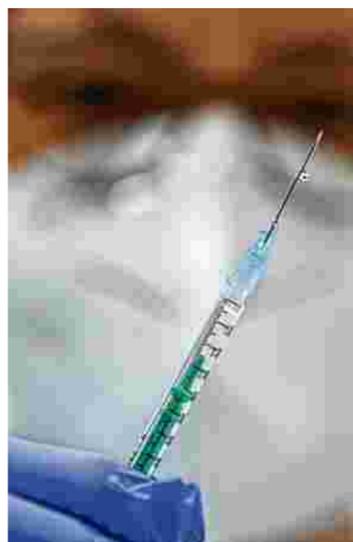
Johnson & Johnson beantragte Zulassung – Nebenwirkungen sind bei AstraZeneca am häufigsten

AMSTERDAM/WIEN. Der US-Pharmakonzern Johnson & Johnson hat die Zulassung seines Corona-Impfstoffs in der EU beantragt. Es sei ein Antrag auf „bedingte Zulassung“ von der europäischen Tochtergesellschaft von Johnson & Johnson eingegangen, teilte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit. Sie erklärte, man werde das Vakzin in einem beschleunigten Verfahren prüfen. Der zuständige Ausschuss könnte seine Bewertung Mitte März abgeben. Voraussetzung sei, dass die Daten der Firma zur Wirksamkeit, Sicherheit und Qualität des Impfstoffs umfassend und robust seien.

Es wäre dann der vierte Corona-Impfstoff mit einer bedingten Marktzulassung für die Europäi-

sche Union. Genutzt werden können derzeit bereits die Vakzine von Biontech/Pfizer, Moderna und AstraZeneca. Aktuell ist der Impfstoff aber noch überall in der EU knapp. Von Johnson & Johnson hat die EU-Kommission Impfdosen für 200 Millionen Menschen bestellt. Nach dem üblichen Verteilungsschlüssel würden Österreich vier Millionen Dosen zustehen. Die Besonderheit: Voraussichtlich reicht eine Dosis zur Immunisierung. Alle übrigen derzeit genutzten Vakzine müssen zweimal gespritzt werden.

Der Impfstoff von AstraZeneca ist jener mit den häufigsten Nebenwirkungen. Das geht aus der aktuellen Auswertung des Bundesamts für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) in Wien hervor. Gezählt



Bei neuem Vakzin reicht eine Impfdosis

wurden in Österreich bisher 14,9 Impfreaktionen pro 1000 Impfungen. Beim Vakzin von Biontech/Pfizer lag die Rate bei 3,79, bei jener von Moderna bei 5,71. Die Nebenwirkungen sind überwiegend leicht. Es geht vor allem um Kopfschmerzen, Fieber, Müdigkeit und Schmerzen an der Impfstelle.

Laut BASG gab es bisher also bei 1,49 Prozent der AstraZeneca-Impfungen Nebenwirkungen. Laut Berichten aus Spitalern aus Schweden, Deutschland oder auch Österreich ist die Rate aber höher und beträgt ein Viertel bis ein Drittel. Auf Anfrage teilt das BASG mit, dass man nur jene Nebenwirkungen erfasse, die dem Amt aktiv gemeldet werden – von Ärzten, Pflegekräften oder Geimpften selbst.

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 13.01.2021 Seite: 2 Ressort: Politik Innviertler Nachrichten, Mühlviertler Nachrichten, Welser Zeitung, Steyrer Zeitung, Salzkammergut Nachrichten, Linzer Nachrichten

Demonstrationen gegen Uni-Gesetz-Novelle

WIEN. Mehrere hundert Demonstranten folgten am Dienstag dem Aufruf der Initiative "Bildung brennt" und protestierten in Linz, Wien und Graz gegen die anstehende Novelle des Universitätsgesetzes (UG). ÖH-Vorsitzende Sabine Hanger von der VP-nahen AG hatte sich von den Demonstrationen im Lockdown distanziert.



Die Auslieferung hat begonnen. (APA)

7200 Impfdosen von Moderna in Österreich

WIEN. Knapp eine Woche nachdem in Europa der zweite Corona-Impfstoff zugelassen worden ist, wurden die ersten Vakzine des US-Pharmaunternehmens Moderna nach Österreich geliefert. In einer Pharmadistribution in Niederösterreich sind 7200 Dosen eingelagert. Laut Gesundheitsminister Rudi Anschober (Grüne) kommen bis Ende Jänner weitere 10.000 Dosen. Für das erste Quartal stehen 200.000 Stück zur Verfügung.

„Im zweiten Quartal folgen weitere 690.000 Dosen, sodass Moderna in der wichtigsten Impffase im ersten Halbjahr auch eine wichtige Säule unseres Impfplans darstellt“, so Anschober. Der Impfstoff von Moderna muss wie das Biontech/Pfizer-Produkt stark gekühlt werden. Für einen kontrollierten Auftauprozess sind 48 Stunden notwendig. Dann muss innerhalb von 30 Tagen verimpft werden.

Österreichs Mediziner erhalten pro Corona-Impfung laut Vereinbarung von Bund und Ärztekammer ein Honorar von 25 Euro. Sind sie mobil im Impfeinsatz, wie etwa in Alten- und Pflegeheimen, gibt es einen Stundensatz von 150 Euro.

ÜBERBLICK

Kickl nimmt Kritik von Mahr „nicht so ernst“

LINZ/WIEN. Die Kritik von Oberösterreichs FP-Klubobmann Herwig Mahr nimmt FP-Nationalratsklubchef Herbert Kickl „nicht so ernst“, wie er am Dienstag in Wien sagte. Er sei überzeugt, dass die Freiheitlichen in Oberösterreich auch freiheitliche Politik machen. Wie berichtet, hatte Mahr Kickls harsche Begrüßung des neuen Arbeitsministers Martin Kocher als deplatziert bezeichnet.

Demonstrationen gegen Uni-Gesetz-Novelle

WIEN. Mehrere hundert Demonstranten folgten am Dienstag dem Aufruf der Initiative „Bildung brennt“ und protestierten in Linz, Wien und Graz gegen die anstehende Novelle des Universitätsgesetzes (UG). ÖH-Vorsitzende Sabine Hanger von der VP-nahen AG hatte sich von den Demonstrationen im Lockdown distanziert.

Glock lernte Hofer in Tierheim kennen

WIEN. Kathrin Glock sagte gestern im Ibiza-U-Ausschuss aus, die Befragung verlief teils launig. Ex-FP-Minister Norbert Hofer, der sie in den Aufsichtsrat der Austro Control holte, habe sie erstmals 2016 bei einem Tierheimbesuch in Villach getroffen, so die Ehefrau des Waffenproduzenten Gaston Glock. „Ich lasse mich nicht wie ein Schulmädchen behandeln“, sagte sie auf Fragen nach ihrer Qualifizierung als Aufsichtsrätin.

Die Schulen sollen länger zu

- Verlängerung des Heimunterrichts bis nach den Semesterferien möglich
- Gestern noch Diskussionen auf Regierungsebene

WIEN. Am Montag erhielten viele Eltern von Bildungsminister Heinz Faßmann (VP) einen Brief. Darin stellt er ein Ende des Unterrichts zu Hause mit 18. Jänner in Aussicht. Gestern war davon keine Rede mehr, in Medienberichten wurde die Verlängerung bis nach den Semesterferien angedeutet. Offiziell bestätigte ließ sich dies gestern nicht. „Wie es weitergeht, ist vom Infektionsgeschehen abhängig, die Gespräche laufen“, hieß es gleichlautend aus dem Bundeskanzleramt und dem Gesundheitsministerium. Auch im Bildungsministerium verwies man auf die noch laufenden Gespräche.

Inoffiziell ist zu hören, dass die Zeichen bis vor wenigen Tagen Richtung Öffnung zeigten. Doch die Virusmutation aus Großbritannien, von der es gestern auch in Tirol und Wien Verdachtsfälle gab (mehr dazu auf Seite 21), dürfte die Pläne zunichtegemacht haben.

Ärger in den Ländern

Gefeilt wird nun an Details und der Frage, wie generell mit Öffnungen umgegangen wird. Ein vollständiges Ende des Lockdowns mit 25. Jänner gilt als unwahrscheinlich. Zu groß ist die Sorge, ansonsten schon nach kurzer Zeit einen vierten Lockdown verordnen zu müssen. Heute soll es dazu mehr Informationen geben.

Grundsätzlich galt bisher, dass Schulen zuerst geöffnet werden. Zu gut hat die Bundesregierung die Kritik aus dem Frühjahr noch im Ohr, als Baumärkte öffneten und die Schulen geschlossen blieben. Bildungsminister Faßmann ist ein Verfechter der Schulöffnungen, wo möglich. Damit die Rückkehr in den Präsenzunterricht gelingt, hatte er zuletzt wöchentliche Tests für Schüler angekündigt.



Am Samstag präsentierte Minister Faßmann die Teststrategie an den Schulen für eine Öffnung am 18. Jänner. (APA)



„Es ist verantwortungslos, dass seit Wochen keine klaren Ansagen gemacht werden.“

■ Sonja Hammerschmid, Bildungssprecherin SPÖ

Fünf Millionen Antigen-Schnelltests wurden dafür geordert. Die erste Tranche ist ab Freitagnacht einsatzbereit – müsste also übers Wochenende an die Schüler verteilt werden, wenn es am Montag doch eine Rückkehr in die Schulen geben sollte.

Diskutiert wurde dem Vernehmen nach auch eine regional unterschiedliche Vorgehensweise: So könnten Schüler in Bundesländern mit geringerer Inzidenz – wie etwa Wien – vor den Semesterferien noch einmal zum Präsenzunterricht zurückkehren. Dagegen gibt es aber auch in Bundesländern mit höherer Inzidenz Widerstand.

SCHULEN IM LOCKDOWN

■ Für die **Oberstufenschüler** ging es im Vorjahr direkt aus den Herbstferien ins Distance Learning: Für sie wurde ab **3. November** der Präsenzunterricht mit wenigen Ausnahmen ausgesetzt. Die Pflichtschüler kehrten im November zunächst noch an die Schulen zurück, seit **16. November** heißt es auch für sie wieder Homeschooling. Die Weihnachtsferien wurden nicht, wie ursprünglich angedacht, verlängert, seit 7. Jänner wird wieder digital unterrichtet.

■ Der **erste Lockdown** im März 2020 bedeutete für die meisten Schüler neun Wochen ohne Präsenzunterricht. Am **16. März** stellten die Schulen ihren Unterrichtsbetrieb vor Ort ein, am **15. Mai** kehrten Pflichtschüler zum Präsenzunterricht zurück. Maturanten und Schüler in anderen Abschlussklassen waren am **4. Mai** wieder in die Schulen zurückgekehrt. Eine Woche vor Ferienbeginn sperrte Oberösterreich noch einmal in **fünf Bezirken** die Pflichtschulen zu.

bruar in Oberösterreich und der Steiermark die Semesterferien.

Heftige Kritik kam gestern von der Opposition. Die FPÖ sprach sich in Aussendungen strikt gegen weitere Schulschließungen aus. SPÖ-Bildungssprecherin Sonja Hammerschmid forderte von Faßmann klare Worte: „Es ist verantwortungslos, dass seit Wochen keine klaren Ansagen gemacht werden.“ Ebenso Neos-Bildungssprecherin Martina Künsberg Sarre: Dass die Betroffenen eine Woche vor dem ursprünglich geplanten Start des Unterrichts vor Ort auf Spekulationen angewiesen seien, sei „inakzeptabel und unerträglich.“ (eiba/jabü)

„Viele andere Möglichkeiten haben wir nicht mehr“

Komplexitätsforscher Peter Klimek: Abnutzungseffekt des Lockdowns. wöchentliche Tests zu Hause

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Peter Klimek ist Komplexitätsforscher an der Medizinischen Universität Wien, für das Gesundheitsministerium prognostiziert er die Entwicklungen der Coronapandemie. Doch das mutierte britische Virus wirbelt alle Kalkulationen durcheinander.

„Wenn es so ist, dass sich durch die britische Variante der Reproduktionsfaktor um 0,4 bis 0,7 erhöht, dann ist zu erwarten, dass sich die Fälle jede Woche verdoppeln werden.“ Klimek verweist auf Irland, wo die Corona-Infektionen trotz Lockdown-Nachsärfungen nach oben schießen. Auch in Österreich werde sich erst in den nächsten Wochen zeigen, wie sich nach Bekanntwerden der ersten Anste-

ckungen mit der britischen Virusvariante die Fallzahlen entwickeln.

Doch die aktuellen Entwicklungen dürften ohnehin nur der Anfang sein. „Klar ist, dass wir mit immer mehr Varianten rechnen werden müssen“, sagt Klimek. Man spreche deshalb nicht mehr von einer Pandemie, sondern einer fortwährenden Endemie.

Nicht die gewünschte Wirkung

Derzeit stelle sich das Problem, dass die Ausgangsbeschränkungen kaum noch die erwünschte Bremswirkung zeigen. „Von Lockdown zu Lockdown hat sich die Wirkung abgenutzt“, sagt Klimek und verweist auf die stagnierenden Infektionszahlen. Man müsse deshalb andere Möglichkeiten nützen, allzu viele gebe es aber nicht mehr.



Simulationsexperte Klimek (meduni)

„Man wird beim Testen neue Wege gehen“, erklärt Klimek. Derzeit kommen neue Schnelltests, die jeder selbst bei sich zu Hause durchführen kann, heraus. In den

Modellierungen, die er durchführt, habe sich gezeigt, dass durch die neuen Tests ein Schutz möglich sei. Idealerweise sollten diese zweimal pro Woche durchgeführt werden, um das Virus oder auch dessen Mutationen in Schach zu halten, sagt Klimek.

Impfung und Mutation liefern sich einen Wettlauf. Dass nach der Durchimpfung der vulnerablen Gruppen – ältere Menschen sowie Risikogruppen mit Vorerkrankungen – eine Rückkehr zur Normalität möglich ist, bezweifelt der Simulationsexperte. Damit wäre nur ein kurzfristiger Effekt bei den Hospitalisierungen erreicht, in Folge würden die Jüngeren ins Krankenhaus kommen. Erst eine Durchimpfungsrate von deutlich mehr als 50 Prozent schaffe Abhilfe.

"Die Presse" vom 16.01.2021 Seite: 7 Ressort: Inland Österreich, Abend, Österreich, Niederösterreich, Morgen

Breite Kritik an neuem Uni-Gesetz

Hochschulen. Studierende sollen eine Mindeststudienleistung erbringen, Senate erhalten weniger Kompetenzen: Gegen die türkis-grüne Gesetzesnovelle gibt es Protest.

Wien. Vor knapp zwanzig Jahren trat das Universitätsgesetz (UG) in Kraft - und nun soll erstmals wieder an zahlreichen Details des Regelwerks gedreht werden. Betroffen sind praktisch alle zentralen Bereiche von Studien- über Organisations- bis zum Personalrecht. Dementsprechend breit gefächert ist auch die Kritik an der Reform. Bis gestern, Freitag, konnte sie im Begutachtungsverfahren im Parlament eingebracht werden.

Am heftigsten diskutiert wurde die Einführung einer Mindeststudienleistung für künftige Studienanfänger: Sie sollen in den ersten beiden Jahren mindestens 24 ECTS erbringen müssen. Zum Vergleich: Studiert man in der Regelstudienzeit, wäre für vier Semester die fünffache Studienleistung vorgesehen. Kritik daran kommt von der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH): "Durch diese Maßnahme wird einerseits verhindert, dass sich Studierende eingehend mit Studieninhalten in einem individuellen Lerntempo auseinandersetzen können, andererseits werden die Lebensrealitäten der Studierenden mit Berufstätigkeit, Betreuungspflichten, die psychische Konstitution und soziale Absicherung vollkommen außer Acht gelassen", heißt es in ihrer Stellungnahme.

Zustimmung von Rektoraten

Begrüßt wird die Mindeststudienleistung von den Rektoraten: Die Universitätenkonferenz (Uniko) sieht damit eine langjährige Forderung umgesetzt. Vereinzelt kommen aber auch Bedenken, zum Beispiel von den Rektoraten und Senaten der Kunst-Unis. Auf jeden Fall zu weit geht auch der Uniko die geplante Sanktion einer zehnjährigen Sperre bei Nichterreichen der Mindestleistung - zwei Jahre seien ausreichend. Gelten soll die Mindeststudienleistung übrigens für alle Anfänger ab dem Wintersemester 2021/22. Wobei sich das noch ändern könnte.

Widerstand gibt es auch gegen zahlreiche Kompetenzverschiebungen im Gefüge der drei universitären Leitungsgremien Rektorat, Senat und Uni-Rat. Am klarsten zeigt sich das bei der schon jetzt möglichen Wiederbestellung von Rektoren ohne Ausschreibung: Diese ist derzeit nur mit jeweils Zwei-Drittel-Mehrheit von Senat und Uni-Rat möglich.

Künftig soll für die erste Wiederbestellung aber lediglich die Zustimmung des Uni-Rats nötig sein. Die Senate würden damit die Möglichkeit verlieren, einen Rektor "loszuwerden". Dementsprechend deutlich fiel die Kritik aus - überraschend ist, dass selbst die Uniko diesen Punkt ablehnt und auch manche Uni-Räte keinen Grund für eine Änderung sehen. (APA/red.)

„Schüler und Lehrer haben Ferien verdient“

Bildungsminister.

Dass der Handel vor den Schulen aufsperrt, hält Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) für ausgeschlossen. Er selbst werde die Periode durchhalten.

VON JULIA NEUHAUSER

Die Presse: Der Schulunterricht vor Ort soll am 25. Jänner wieder losgehen. Würden Sie sich trauen, auf dieses Datum zu wetten?

Heinz Faßmann: Als erstes werden die Schulen öffnen, das ist klar. Ich habe aber auch gesagt: Wenn mit der britischen Mutation des Virus wirklich gewichtige Dinge passieren, müssen wir flexibel sein.

Wovon hängt das genau ab? Wie hoch dürfen die Infektionszahlen maximal sein?

Ich weiß, dass die Journalisten auf der Suche nach der magischen Inzidenzzahl sind, ab der Entscheidungen getroffen werden. Aber die gibt es nicht. Wir haben eine holistische Sichtweise: Dabei geht es auch um die Auslastung in den Krankenhäusern, die Rückführbarkeit auf bestimmte Cluster usw.

Rot-Kreuz-Manager Gerry Foitk hat eine magische Zahl genannt. Er würde die Schulen bei einer Wocheninzidenz von 50 pro 100.000 Einwohner wieder aufmachen. Wäre das nicht eine Lösung?

Ich bleibe dabei: Es geht nicht darum, dass man eine Zahl definiert. Man muss auch die Notwendigkeit, Schule als örtliches Ereignis stattfinden zu lassen, einpreisen.

Könnte es passieren, dass der Handel aufsperrt, aber die Schulen geschlossen bleiben?

Der Kanzler und ich, wir sind einer Meinung, dass die Schule die erste Institution sein muss, die aufgesperrt wird. Das kann gleichzeitig mit dem Handel sein.

Also Handel vor Schule ist ausgeschlossen?

Das ist aus meiner Perspektive ausgeschlossen.

Sind die Semesterferien in Stein gemeißelt?

Ferien werden stattfinden. Es ist ein Irrglaube, dass das Distance-Learning nicht anstrengend ist. Schüler und Lehrer haben sich die Ferien verdient.

Durch Corona sind im Vorjahr bis zur Hälfte der Schultage vor Ort ausgefallen. Wie groß sind denn die Bildungsverluste?

Das ist schwierig zu quantifizieren. Natürlich kann Fernunterricht den Präsenzunterricht nicht hundertprozentig ersetzen. Aber der digitale Unterricht hat im Herbst gut funktioniert. Deshalb sind die rein kognitiven Bildungsverluste nicht so groß. Ich nehme aber die Warnungen ernst, die sagen, dass hier etwas im psychischen Bereich passiert. Den Jugendlichen fehlt die Peergroup und es stellt sich eine gewisse Zukunftsverdrossenheit bei den 16-, 17-, 18-Jährigen ein.

Können Sie diesen Jahrgängen, die wohl selbst einen Bildungsverlust fürchten, diese Zukunftsangst nehmen?

Wenn die Schüler einem 65-jährigen Glauben schenken, dann sage ich: Alles ist aufholbar. Die Zeit heilt dahingehend alle Defizite, die in dieser vergleichsweise kurzen Phase aufgetreten sind.



Bildungs- und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) ortet eine Zukunftsverdrossenheit bei den Jugendlichen und beruhigt: „Alles ist aufholbar.“

[Clemens Fabry]

Das sehen nicht alle so optimistisch wie Sie. Der niederösterreichische Bildungsdirektor warnte zuletzt vor „geistigen Umsatzrückgängen“. Um die auszugleichen brauche es drei Unterrichtsstunden pro Woche zusätzlich.

Davon halte ich wenig. Natürlich muss es Förderunterricht geben. Aber wir wollen ihn konzentriert jenen Schülern zukommen lassen, die ihn besonders brauchen.

Wie viele Förderstunden werden diese Schüler bekommen?

Wir werden 200 Millionen Euro in die Hand nehmen. Damit kann man viel machen.

Man könnte einen Teil der Sommerferien zum Nachholen des verpassten Stoffes nutzen. Ist das völlig ausgeschlossen?

Ich beginne Mitte Jänner keine Feriendiskussion. Das Fell wird jetzt noch nicht verteilt.

Beim Neustart der Schule wird es wieder einen Schichtbetrieb geben. Wie soll der aussehen?

Derzeit kann ich eines sagen: Ein Reißverschlussverfahren, wo jede Gruppe jeden zweiten Tag in die Schule kommt, ist besser als an-

dere Modelle. Das gilt auch für Oberstufenschüler.

Vereinzelt könnten Schulen trotz Schichtbetrieb gut gefüllt sein. In manchen Klassen werden schon jetzt bis zu 50 Prozent der Schüler in die Betreuung geschickt.

Die Schulen werden sicher nicht voll besetzt sein. Wir versuchen hier einen Ausgleich zu finden.

Und zwar wie?

In dem wir das freiwillige Home-schooling forcieren. Derzeit müssen Eltern, die ihre Kinder aufgrund von gesundheitlichen Bedenken daheim unterrichten wollen, ärztliche Atteste bringen. Hier könnte es eine Liberalisierung geben.

Das Halbjahreszeugnis steht vor der Tür. Eltern fordern eine „situationsangepasste Notengebung“. Wird es die geben?

Das gibt es sowieso. Jeder Lehrer berücksichtigt die Situation und gibt auch eine milde Bewertung.

Wird es heuer überhaupt ein Sitzbleiben geben?

Das ist nicht ausgeschlossen. Es kann sein, dass sich Schüler insgesamt einem Lernprozess entzie-

hen, in diesen Fällen muss es auch eine Wiederholung geben.

Die Maskenpflicht im Unterricht wird es weiterhin geben. Experten befürworten FFP2-Masken. Sollen die auch in der Schule verpflichtend sein?

Geben Sie mir noch ein bisschen Zeit, um dies auch in Absprache mit Kinderärzten zu entscheiden.

Zu den Hochschulen. Werden die Studierenden bis zum Sommer noch einen großen Vorlesungssaal vor innen sehen?

Da bin ich skeptisch. Große Lehrveranstaltungen mit hunderten Personen auf engem Raum wird es nicht geben. Kleinere Übungen aber schon.

Soll man sich auch an der Universität „reintesten“ können?

Das ist durchaus möglich. Die Anterionasalen Tests könnten auch an den Unis in größerer Zahl eingesetzt werden. Das ist dort aber autonom zu entscheiden.

Stellt das Ministerium auch den Unis solche Tests zur Verfügung?

Wir könnten gegen Refinanzierung zentral für die Beschaffung sorgen, wenn das erwünscht ist.

Zur Novelle des Universitätsgesetzes. Studenten, die eine bestimmte Mindeststudienleistung nicht erbringen, sollen künftig für zehn Jahre gesperrt werden. Das sorgt für Kritik. Werden Sie daran noch etwas ändern?

Die Begutachtung macht dann einen Sinn, wenn man die Kritik, die vorgebracht wird, auch würdigt. Man wird sich das also noch einmal überlegen.

Die Senate beklagten die Kompetenzverschiebung bei der Wiederbestellung von Rektoren. Sehen Sie auch da noch einen Spielraum für Veränderung?

Ich nehme alles ernst, was kommt. Aber ich sehe keine grundsätzliche Machtverschiebung. Denn: Ein Rektor kann kein Rektor werden, wenn nicht der Senat bei der Wahl zustimmt. Aber auch die Frage der Wiederbestellung wird man sich noch einmal anschauen. Es kann Veränderungen geben.

Was haben Sie sich eigentlich gedacht als Sie die Dissertation von Ex-Ministerin Christine Aschbacher gelesen haben?

Ich möchte keine persönliche Wertung abgeben. Als Ministerin war Kollegin Aschbacher sehr engagiert.

Als Wissenschaftsminister werden Sie ja sehen, dass hier wissenschaftliche Standards nicht eingehalten wurden?

Die formelle Kritik daran hat Stefan Weber (Plagiatorforscher, Anm.) vorgebracht. Christine Aschbacher hat dafür die Konsequenzen getragen.

Hätten Sie als Bildungsminister in der Krise Zeit für den Abschluss einer Dissertation gefunden?

Man ist als Minister ordentlich ausgelastet. Gar keine Frage.

Der neue Arbeitsminister heißt Martin Kocher. Er kommt wie sie aus der Wissenschaft. Haben Sie einen Ratschlag für ihn?

Als Wissenschaftler hat man ein hohes Ausmaß der Selbstbestimmung. Als Politiker hat man das nicht mehr in dem Maß. Man sollte mit Disziplin und Demut an die Aufgabe heran gehen und dann kann man das schon durchstehen. Aber es ist ein anderes Leben.

Werden Sie das noch länger durchstehen?

Ich werde es bis zum Ende der Legislaturperiode durchstehen.

Breite Kritik an neuem Uni-Gesetz

Hochschulen. Studierende sollen eine Mindeststudienleistung erbringen, Senate erhalten weniger Kompetenzen: Gegen die türkis-grüne Gesetzesnovelle gibt es Protest.

Wien. Vor knapp zwanzig Jahren trat das Universitätsgesetz (UG) in Kraft – und nun soll erstmals wieder an zahlreichen Details des Regelwerks gedreht werden. Betroffen sind praktisch alle zentralen Bereiche von Studien- über Organisations- bis zum Personalrecht. Dementsprechend breit gefächert ist auch die Kritik an der Reform. Bis gestern, Freitag, konnte sie im Begutachtungsverfahren im Parlament eingebracht werden.

Am heftigsten diskutiert wurde die Einführung einer Mindeststudienleistung für künftige Studienanfänger: Sie sollen in den ersten beiden Jahren mindestens 24 ECTS erbringen müssen. Zum Vergleich: Studiert man in der Regelstudienzeit, wäre für vier Semester die fünffache Studienleistung vorgesehen. Kritik daran kommt von der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH): „Durch diese Maßnahme wird einerseits verhin-

dert, dass sich Studierende eingehend mit Studieninhalten in einem individuellen Lerntempo auseinandersetzen können, andererseits werden die Lebensrealitäten der Studierenden mit Berufstätigkeit, Betreuungspflichten, die psychische Konstitution und soziale Absicherung vollkommen außer Acht gelassen“, heißt es in ihrer Stellungnahme.

Zustimmung von Rektoraten

Begrüßt wird die Mindeststudienleistung von den Rektoraten: Die Universitätenkonferenz (Uniko) sieht damit eine langjährige Forderung umgesetzt. Vereinzelt kommen aber auch Bedenken, zum Beispiel von den Rektoraten und Senaten der Kunst-Unis. Auf jeden Fall zu weit geht auch der Uniko die geplante Sanktion einer zehnjährigen Sperre bei Nichterreichen der Mindestleistung – zwei Jahre seien ausreichend. Gelten soll die

Mindeststudienleistung übrigens für alle Anfänger ab dem Wintersemester 2021/22. Wobei sich das noch ändern könnte.

Widerstand gibt es auch gegen zahlreiche Kompetenzverschiebungen im Gefüge der drei universitären Leitungsgremien Rektorat, Senat und Uni-Rat. Am klarsten zeigt sich das bei der schon jetzt möglichen Wiederbestellung von Rektoren ohne Ausschreibung: Diese ist derzeit nur mit jeweils Zwei-Drittel-Mehrheit von Senat und Uni-Rat möglich.

Künftig soll für die erste Wiederbestellung aber lediglich die Zustimmung des Uni-Rats nötig sein. Die Senate würden damit die Möglichkeit verlieren, einen Rektor „loszuwerden“. Dementsprechend deutlich fiel die Kritik aus – überraschend ist, dass selbst die Uniko diesen Punkt ablehnt und auch manche Uni-Räte keinen Grund für eine Änderung sehen. (APA/red.)

"Die Presse" vom 13.01.2021 Seite: 10 Ressort: Inland Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Proteste gegen neues Uni-Gesetz: "Wir sind die Vielen"

Demo. "Bildung brennt" mobilisierte am Dienstag landesweit gegen die geplante Novelle.

von Julia Wenzel

Wien. Nicht die Uni wie 2009, sondern die Bildung brennt 2021 - zumindest sinngemäß, wenn es nach verärgerten Hochschülern geht, die unter diesem Motto in Wien, Graz, Innsbruck, Linz und Dornbirn zu Demos gegen die geplante Reform des Universitätsgesetzes (UG) aufriefen.

"Bildung brennt" hatte am späten Dienstagnachmittag in Wien mit 1500 Teilnehmern gerechnet, in Linz waren es zuvor 200 Teilnehmer. Eine entsprechende Petition der Initiative sammelte bisher zudem rund 22.000 Unterschriften. Zielscheibe ihrer Kritik ist die noch bis 15. Jänner in Begutachtung befindliche UG-Novelle, die Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) und die grüne Wissenschaftssprecherin Eva Blimlinger im Dezember präsentiert haben. Zum Ziel haben die "rund 150 Änderungen", wie "Bildung brennt" vorab zählte, die allgemeine Prüfungsaktivität zu steigern, die Studiendauer zu verkürzen, die Zahl der -abbrüche zu reduzieren und damit die Studierbarkeit zu verbessern.

Ein Detail, das insbesondere Studierenden sauer aufstößt, ist die geplante Mindeststudienleistung von 24 ECTS-Punkten in den ersten beiden Semestern. Gleichzeitig können Prüfungstermine künftig nur noch zweimal (statt bisher dreimal) pro Semester angeboten werden.

"Starker Zustrom" mit Masken

"Wir sind die Vielen", rief ein Sprecher am Dienstagabend in die Menge vor der Minoritenkirche, in der auch Fahnen der Links-Partei wehten. Angesichts des geltenden Lockdowns hieß es zwar, "es ist super wichtig, diese schiachen Masken zu tragen". Doch die hunderten Teilnehmer in dicken Jacken und bunten Hauben trotzten dem Schneefall aneinandergedrängt - ohne Einhaltung des Mindestabstands. Wie viele sich am Protest am Ende beteiligten, konnte die Polizei bis Redaktionsschluss nicht sagen. "Der Zustrom ist stark", hieß es zur "Presse" seitens der Wiener Landespolizeidirektion (LPD).

Mit Spitzen gegen den Kanzler "ohne Hochschulabschluss" und die Ex-Arbeitsministerin, die ihren "mit fragwürdigen Methoden" erlangt habe, machten die Studierenden ihrem Ärger Luft. Die türkis-grüne Novelle würde "eine privilegierte Bildungselite" schaffen, der eine "neoliberale und spaltende Ideologie" zugrunde liege.

Die Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) von der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft, Sabine Hanger, distanzierte sich indes von den Protesten: Mitten im Lockdown werde "das Vorurteil verstärkt, wir Studierenden seien verantwortungslose Superspreader". Anstatt jetzt "Schildchen zu malen und Protestparolen auswendig zu lernen, hätte die ehemalige linke Exekutive lieber von Anfang an richtige Vertretungsarbeit für die Studierenden machen sollen".

Der im Ministerium zuständige Sektionschef, Elmar Pichl, hatte die Debatte bereits im Dezember "Studieren auf Österreichisch" genannt: In anderen Ländern würde man studieren oder eben nicht. "Bei uns ist das etwas unaufgeräumt." Nur sechs Prozent der heimischen Studierenden würden in Mindestzeit fertig. Die Neuerungen bedeuteten nicht nur strengere Vorgaben, sondern auch bessere Planbarkeit für die Studierenden, sagte er.

Abseits des Protests sammeln sich seit Dezember 95 Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf auf der Parlaments-Website. Der Großteil stammt von heimischen Universitäten, deren Kritik sich jedoch nicht auf die neuen ECTS-Regeln bezieht, die sie "befürworten". Vielmehr lehnen sie die Änderungen bei der Wiederbestellung von Rektoren sowie die Änderungen bei der Unvereinbarkeit von politischen Funktionen der Uniräte ab.

NACHRICHTEN

Gewaltschutz: Mehr spezialisierte Polizisten

2020 hat die Polizei 11.652 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen und 9.689 Gefährder weggewiesen. Diese Fälle sind während der Corona-Krise deutlich gestiegen: 2019 wurden 8254 Gefährder weggewiesen. Ab 2021 soll der Kampf gegen häusliche Gewalt laut Innenministerium unter anderem durch mehr speziell ausgebildete Polizeikräfte ausgebaut werden: Ihre Anzahl soll von 500 auf 700 erhöht werden.

Doskozil regeneriert sich nach Operation

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ) befindet sich nach seiner Operation am Kehlkopf noch im Universitätsklinikum Leipzig. Er sei aber mit seinem Büro täglich in Kontakt und in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden, hieß es am Dienstag. Doskozil leidet an einer seltenen Erkrankung der Knorpelstruktur des Kehlkopfergüsts und musste sich vor wenigen Tagen einer vierten Operation unterziehen.

Das Bundesheer sucht 100 Lehrlinge

Das Bundesheer sucht 100 Lehrlinge. Laut einer Aussendung werden Stellen in verschiedenen Bereichen ab September vergeben: Betriebslogistik, Luftfahrzeugtechnik sowie Elektronik bis hin zur Gastronomie. Das Schwergewicht liege in den Bundesländern Salzburg und Oberösterreich.

Proteste gegen neues Uni-Gesetz: „Wir sind die Vielen“

Demo. „Bildung brennt“ mobilisierte am Dienstag landesweit gegen die geplante Novelle.

VON JULIA WENZEL

Wien. Nicht die Uni wie 2009, sondern die Bildung brennt 2021 – zumindest sinngemäß, wenn es nach verärgerten Hochschülern geht, die unter diesem Motto in Wien, Graz, Innsbruck, Linz und Dornbirn zu Demos gegen die geplante Reform des Universitätsgesetzes (UG) aufriefen.

„Bildung brennt“ hatte am späten Dienstagnachmittag in Wien mit 1500 Teilnehmern gerechnet, in Linz waren es zuvor 200 Teilnehmer. Eine entsprechende Petition der Initiative sammelte bisher zudem rund 22.000 Unterschriften. Zielscheibe ihrer Kritik ist die noch bis 15. Jänner in Begutachtung befindliche UG-Novelle, die Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) und die grüne Wissenschaftssprecherin Eva Blimlinger im Dezember präsentiert haben. Zum Ziel haben die „rund 150 Änderungen“, wie „Bildung brennt“ vorab zählte, die allgemeine Prüfungsaktivität zu steigern, die Studiendauer zu verkürzen, die Zahl der -abbrüche zu reduzieren und damit die Studierbarkeit zu verbessern.

Ein Detail, das insbesondere Studierenden sauer aufstößt, ist die geplante Mindeststudienleis-

tung von 24 ECTS-Punkten in den ersten beiden Semestern. Gleichzeitig können Prüfungstermine künftig nur noch zweimal (statt bisher dreimal) pro Semester angeboten werden.

„Starker Zustrom“ mit Masken

„Wir sind die Vielen“, rief ein Sprecher am Dienstagabend in die Menge vor der Minoritenkirche, in der auch Fahnen der Links-Partei wehten. Angesichts des geltenden Lockdowns hieß es zwar, „es ist super wichtig, diese schiachen Masken zu tragen“. Doch die hundert Teilnehmer in dicken Jacken und bunten Hauben trotzten dem Schneefall aneinandergedrängt – ohne Einhaltung des Mindestabstands. Wie viele sich am Protest am Ende beteiligten, konnte die Polizei bis Redaktionsschluss nicht sagen. „Der Zustrom ist stark“, hieß es zur „Presse“ seitens der Wiener Landespolizeidirektion (LPD).

Mit Spitzten gegen den Kanzler „ohne Hochschulabschluss“ und die Ex-Arbeitsministerin, die ihren „mit fragwürdigen Methoden“ erlangt habe, machten die Studierenden ihrem Ärger Luft. Die türkisgrüne Novelle würde „eine privilegierte Bildungselite“ schaffen, der eine „neoliberale und spaltende Ideologie“ zugrunde liege.



In Linz, Wien, Innsbruck und Dornbirn wurde gegen die Novelle protestiert.

[APA]

Die Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) von der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft, Sabine Hanger, distanzierte sich indes von den Protesten: Mitten im Lockdown werde „das Vorurteil verstärkt, wir Studierenden seien verantwortungslose Superspreeder“. Anstatt jetzt „Schildchen zu malen und Protestparolen auswendig zu lernen, hätte die ehemalige linke Exekutive lieber von Anfang an richtige Vertretungsarbeit für die Studierenden machen sollen“.

Der im Ministerium zuständige Sektionschef, Elmar Pichl, hatte die Debatte bereits im Dezember „Studieren auf Österreichisch“ genannt: In anderen Ländern würde man studieren oder eben nicht.

„Bei uns ist das etwas unaufgeräumt.“ Nur sechs Prozent der heimischen Studierenden würden in Mindestzeit fertig. Die Neuerungen bedeuteten nicht nur strengere Vorgaben, sondern auch bessere Planbarkeit für die Studierenden, sagte er.

Abseits des Protests sammeln sich seit Dezember 95 Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf auf der Parlaments-Website. Der Großteil stammt von heimischen Universitäten, deren Kritik sich jedoch nicht auf die neuen ECTS-Regeln bezieht, die sie „befürworten“. Vielmehr lehnen sie die Änderungen bei der Wiederbestellung von Rektoren sowie die Änderungen bei der Unvereinbarkeit von politischen Funktionen der Uniräte ab.

TV ORF I

16.00 ZIB Flash 16.05 Die Simpsons 16.25 Die Simpsons 16.50 Modern Family 17.10 ZIB Flash 17.15 Modern Family 17.35 The Big Bang Theory 18.00 ZIB 18 18.10 Magazin 1 18.20 Q1 Ein Hinweis ist falsch 19.05 The Big Bang Theory. Das Suppentattoo 19.30 Zeit im Bild 19.56 Sport Aktuell

20 h 20.03 Hallo Österreich 20.15 Dok 1 Tiertransporte – Billiges Fleisch um jeden Preis? 21.05 A Team für Österreich 21.50 ZIB Flash

22 h 22.00 Wir sind Kaiser*in – Neues aus der Hofkanzlei 22.30 Talk 1 23.10 ZIB Nacht 23.20 Will & Grace 23.40 Blindspot 0.25 Unforgettable

ARTE

ab 18 h 18.30 Kielings wilde Welt. Kreislauf des Lebens 19.20 Arte Journal 19.40 Re: Hass im Netz – Wenn anonyme Täter zur Bedrohung werden 20.15 Die Unschuldigen. Drama (F/PL 2015) Mit Lou de Laage, Agata Buzek, Vincent Macaigne 22.05 Nürnberg und seine Lehre. Ein Film gegen das Vergessen 23.05 Geboren in Auschwitz. Dokumentation 0.05 Ashcan. Dokumentarfilm (B/D/L 2018). Das geheime Gefängnis 1.35 Wild. Drama (D 2015) Mit Lilith Stangenberg, Georg Friedrich, Silke Bodenbenber, Georg Friedrich, Silke Bodenbenber, 3.10 Amerika mit David Yelman 3.35 28 Minuten

ATV

18.00 ATV Aktuell 18.25 The Mentalist. Das kleine schwarze Buch 19.20 ATV Aktuell 19.30 Rizzoli & Isles. Orange 20.15 Bauer sucht Frau. Datschow 21.40 Alles Liebe. Datschow 22.45 ATV – Die Reportage. Blutsverwandt 23.50 Bauer sucht Frau. Datschow 1.10 Alles Liebe. Datschow 2.05 ATV – Die Reportage. Blutsverwandt 3.00 Stadtpolizei Baden. Reportage 3.50 The Millers. Hilfe, die Eltern kommen 4.10 Vampire Diaries. Wer wird Miss Mystic Falls? 4.50 Crazy Ex-Girlfriend. Thanksgiving mit Josh

BEST OF sky

18.30 SKY COMEDY Die Hochzeit meines besten Freundes. Komödie (USA 1997) 20.15 Kinowelt TV 5 Zimmer Küche Sarg. Horrorkomödie (NZ 2014) 20.15 SCI FI Die Bestimmung – Allegiant. Science-Fiction-Film (USA 2016) 20.15 SKY CINEMA The Beast. Actionfilm (ROK 2019) 20.15 SKY KRIMI Wahrheit oder Lüge. Drama (D 2020) 22.10 TNTFILM The Equalizer. Actionfilm (USA 2014) 22.25 SKY CINEMA HITS Wo die Liebe hinfällt ... Liebeskomödie (USA/AUS/D 2005)

ORF 2

13.15 Aktuell nach eins 14.05 Silvia kocht 14.30 Die Rosenheim-Cops 15.15 Die Rosenheim-Cops 16.00 Die Barbara Karlich Show 17.00 ZIB 17.05 Aktuell nach fünf 17.30 Studio 2 18.30 konkret 18.47 infos & tips 18.48 Lotto 19.00 Bundesland heute 19.30 Zeit im Bild 19.56 Sport Aktuell

20.03 Seitenblicke 20.15 Der Bergdoktor: Aus Mut gemacht Arztreihe (A/D 2021) Mit Hans Sigi, Heiko Ruprecht, Ronja Forcher 21.50 Autofocus Mehr als nur Geschwindigkeit

22.00 ZIB 2 22.30 Menschen & Mächte 23.25 Die Kinder der Villa Emma Drama (A/D 2016) 1.10 Der Bergdoktor: Aus Mut gemacht Arztreihe (A/D 2021) 2.40 Autofocus

SERVUS TV

18.00 Nachrichten 18.05 Servus am Abend 18.30 Bares für Rares 19.15 Servus Sport aktuell 19.20 Nachrichten 19.35 Quizmaster 20.15 Terra Mater. Afrikas Naturwunder – Ein Tag wie kein anderer 21.10 Spione im Schnee. Tiere 22.05 Triple 9. Actionfilm (USA 2016) Mit Casey Affleck, Chiwetel Ejiofor, Anthony Mackie 0.00 Supermaschinen. Der E-Rennwagen 0.45 Spione im Schnee. Tiere 1.30 Triple 9. Actionfilm (USA 2016) Mit Casey Affleck, Chiwetel Ejiofor, Anthony Mackie 3.15 Heilige Stätten 3.55 Bilderwelten 4.10 Auf legendären Routen

ARD

18.00 Wer weiß denn sowas? Quizshow 18.50 Hubert ohne Staller. Die Kinder der fünf Seen 19.45 Sportschau vor acht 19.50 Wetter vor acht 19.55 Börse vor acht 20.00 Tagesschau 20.15 Sportschau. DFB-Pokal. 2. Hauptrunde: Holstein Kiel – FC Bayern München. live 23.00 maischberger. die woche. Talkshow 0.15 Nachtmagazin 0.35 Die Legende der Maske. Abenteuerfilm (D 2014) Mit Claudia Michelsen 2.08 Tagesschau 2.10 Der Seerosenteich (1/2). Liebesfilm (D 2002)

KABEL EINS AUSTRIA

18.55 Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum. Handy am Steuer – Großkontrolle der Polizei auf der Autobahn 20.15 Der Knochenjäger. Thriller (USA 1999) Mit Denzel Washington, Angelina Jolie, Queen Latifah 22.35 Dämon – Trau keiner Seele. Kriminalfilm (USA 1998) Mit Denzel Washington, John Goodman 1.00 Watch Me – das Kinomagazin 1.10 Kabel Eins Late News 1.15 Der Knochenjäger. Thriller (USA 1999) 3.05 Kabel Eins Late News 3.10 Dämon – Trau keiner Seele. Kriminalfilm (USA 1998)

ORF III

14.40 Winteridylle in Vorarlberg 15.05 Arlberg – Der weiße Rausch 15.55 Kommissar Rex 16.45 Kommissar Rex 17.35 Kommissar Rex 18.25 Kommissar Rex 19.18 Österreich Heute 19.25 Nachrichten in einfacher Sprache 19.30 Österreich Heute – Das Magazin 19.45 Kultur Heute

20.15 Heimat Österreich 21.05 Land der Berge Die Alpen im Winter – Zwischen Dreikönig und Fasnacht 21.55 Land der Berge Dokumentation

22.25 Meryns sprechzimmer 23.15 treffpunkt medizin 0.00 Erbe Österreich Wien zur Kaiserzeit – Bilder von damals 0.50 Erbe Österreich 1.35 Erbe Österreich

3SAT

12.15 Servicezeit 12.45 freizeit 13.15 Abenteuer Alpen 14.00 Abenteuer Alpen 14.40 Abenteuer Alpen 15.25 Die Bergretter 16.20 Schweizer Hotelgeschichten 17.10 Schweizer Hotelgeschichten 18.00 Der Fischer vom Genfersee 18.30 nano 19.00 heute 19.20 Kulturzeit

20.00 Tagesschau 20.15 Vom Lieben und Lügen Dokumentation 21.05 Sexuelle Aufklärung – Einst und heute Dokumentation 22.00 ZIB 2 22.25 Die verlorene Tochter Dramaserie. Geister 23.10 Gleiches Glück Drama (D 2015) 0.45 10 vor 10 1.15 Panorama – Unterwegs

RTL

18.00 Explosiv – Das Magazin 18.30 Exklusiv – Das Starmagazin 18.45 RTL Aktuell 19.05 Alles was zählt. Daily Soap 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Daily Soap 20.15 Die 25 unglaublichesten Storys, die sie garantiert weiter erzählen werden. Ranking-show 22.15 stern TV. Infomagazin 0.00 RTL Nachtjournal 0.30 CSI: Den Tätern auf der Spur. Bestrafung nach Modell 1.20 CSI: Den Tätern auf der Spur. Der Mann ihrer Träume 2.10 CSI: Den Tätern auf der Spur. Rückkehr eines Killers? (1/2)

PULS4

15.30 Bones – Die Knochenjägerin 16.30 Immer wieder Jim 16.55 Two and a Half Men 17.20 Two and a Half Men 17.50 Two and a Half Men 18.15 Two and a Half Men 18.45 Puls 24 News 19.00 Café Puls – Das Magazin 19.25 Two and a Half Men 19.55 Two and a Half Men

20.15 Navy CIS Krimiserie. Zeugin X. Gibbs und sein Team müssen die Unschuld von Gabriel Hicks beweisen. 21.10 Navy CIS Krimiserie. Stimmen im Kopf

22.10 Navy CIS Krimiserie. 15 Jahre Rache 23.00 Pro und Contra mit Corinna Milborn 23.55 Navy CIS 0.50 Navy CIS 1.45 Navy CIS 2.25 Auf Streife

PROSIEBEN AUSTRIA

18.00 Puls 24 News 18.10 Die Simpsons. Im Namen des Großvaters 18.35 Die Simpsons. Hochzeit kommt vor dem Fall 19.05 Galileo. Das Rennen um das fliegende Auto 20.15 Spy – Susan Cooper Undercover. Actionkomödie (USA 2015) Mit Melissa McCarthy 22.35 Bad Teacher. Komödie (USA 2011) 0.25 Project X. Komödie (USA 2012) 1.55 ProSieben Spätnachrichten

SAT.1 ÖSTERREICH

18.00 Buchstaben Battle. Spielshow 19.00 5 Gold Rings. Spielshow 19.55 Werbesendung 20.00 Puls 24 News 20.15 111 komische Kindsöpfe! 22.05 So liebt Deutschland – Alles über unsere Männer 0.05 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. Reality-Soap 1.45 Auf Streife – Die Spezialisten. Reality-Soap 2.30 Auf Streife – Die Spezialisten. Reality-Soap

RADIOPROGRAMM

Ö1

9.05 Radiokolleg – Problemfall: Pensionen 9.30 Radiokolleg – Körperwahrnehmung und Selbstkonzentration 9.45 Radiokolleg – Der Erneuerer der Kirchenmusik 10.05 Anklang 11.05 Radiogeschichten 11.25 nach-gehört 11.30 Des Cis 12.00 Mittagsjournal 13.00 Punkt eins 13.55 Wissen aktuell 14.05 Das Konzert 15.30 Moment 15.55 Rudi! Der rasende Radiohond 16.05 Praxis – Religion und Gesellschaft 16.40 Das Gesundheitsmagazin 16.55 Digital. leben 17.00 Journal um fünf 17.09 Kulturjournal 17.30 Spielräume 17.55 Betrifft: Geschichte 18.00 Abendjournal 18.25 Journal-Panorama 18.55 Religion aktuell 19.05 Dimensionen 19.30 Alte Musik – neu interpretiert 21.00 Salzburger Nachtstudio 21.55 nach-gehört 22.00 Nachtjournal 22.08 Radiokolleg 23.03 Zeit-Ton 0.05 Anklang

FM4

5.00 Sleepless. With Joe-Joe, Robin Lee & Johnny Bliss 6.00 Morning Show. Getting up with someone who cares 10.00 You're At Home, Baby! Helping you stay sane while staying safe 14.00 Unlimited. FM4's daily mix show with DJs Funktionist and Beware 15.00 Connected. Die Spielwiese am Nachmittag 19.00 Homepage. Alles zu Film, Musik, Politik, Jugend- und Popkultur 22.00 House Of Pain. Der mittwöchige Streifzug durch die Welt der schweren Riffs und grollenden Bässe, metallischen Sounds und düsteren Elektronik 0.00 Bonusstrack. Talk Radio mit Martin Blumenau 1.00 Sleepless 3.00 Sound Selection Sunny

RADIO KLASSIK STEPHANSDOM

21.00 PER OPERA AD ASTRA Richard Schmitz über Bizets „Carmen“ an der Staatsoper Wien.

SUDOKU-LÖSUNG

3	7	8	5	9	2	4	1	6
6	5	9	1	4	7	8	2	3
2	1	4	8	3	6	5	7	9
4	8	5	7	1	9	3	6	2
7	3	2	4	6	8	1	9	5
1	9	6	2	5	3	7	4	8
9	6	7	3	8	1	2	5	4
8	4	1	6	2	5	9	3	7
5	2	3	9	7	4	6	8	1

Das komplette TV-Programm: diepresse.com/tv

ORF I

Dok 1: Tiertransporte

Billiges Fleisch um jeden Preis?

Heute 20:15

echt. anders.

ORF I

Dok 1: Tiertransporte

Billiges Fleisch um jeden Preis?

Heute 20:15

echt. anders.

ÖH - Lokales

"Kronen Zeitung" vom 23.01.2021 Seite: 32 Ressort: Lokal Von: nais Ti

ÖH zeigt sich mit geplanter Universitätsgesetzesnovelle nicht einverstanden:

„Zu viel Druck auf Studenten“

Es soll sich etwas ändern im Uni-Gesetz, aber nicht alle sind mit den geplanten Änderungen einverstanden – die „Krone“ berichtete. Es gab sogar schon Demonstrationen, auch in Innsbruck. Nun meldet sich auch deren Vertretung, die ÖH, zu Wort. Diese sieht zu viel Einmischung der Politik und zu viel Druck auf Studierende.

Die Gesetzesnovelle sorgt für Kritik seitens Studierender

Vorsitzender Johann Katzlinger sucht vergebens nach Änderungen, die auf eine bessere Hochschulbildung abzielen. Im Gegenteil, es ginge vor allem um politische Kontrolle über Entscheidungen und Positionen. Besonders folgende Punkte lösen Kritik aus:

In den ersten vier Semestern müssen dann mindestens 24 ECTS-Punkte erreicht werden. Sonst droht Exmatrikulation mit zehnjähriger Sperre. Das setze Studierende mit Mehrfachbelastung z.B. durch eine Erwerbstätigkeit unter Druck.

Prüfungsantritte soll es künftig nur noch zwei statt drei pro Semester geben.

Bisher durfte der Uni-Senat über die Wiederbestellung eines Rektors mitentscheiden. Damit soll Schluss sein. Zukünftig soll das nur noch der Universitätsrat dürfen. In dem sitzen aber keine Studierenden.

Altersdiskriminierend finde es die ÖH außerdem, dass künftig keine Rektoren mehr bestellt werden sollen, die über 70 Jahre alt sind.

Auch rechtliche Mängel werden in der Novelle seitens der ÖH geortet. Zudem werden verschiedene Aspekte der Barrierefreiheit an der Universität von Referent Georg Ebster kritisiert.



KRONE BUNT-EXTRA AM NÄCHSTEN
SONNTAG, DEM 24. JÄNNER 2021

Sonderausgabe
zum 100. Geburtstag

Die starke Stimme für unser Land

Hans Dichand, der Gründer der Kronen Zeitung, fürchtete nie den Konflikt mit den Mächtigen. Seine Passion war es, eine Meinung zu haben und diese so auszudrücken, dass sie gelesen wird. Er wäre dieser Tage 100 Jahre alt geworden. Anlass genug für eine ganze Sonderausgabe der Krone BUNT. Machen Sie sich Ihr Bild vom legendären Zeitungsmacher. Am Sonntag, dem 24. Jänner. Aktuell und bestens informiert auf krone.at

➔ Nach Missachtung der Sperrstunde

Skandaltreff:

Es war einer der Polit-Skandale des Vorjahres, den die „Krone“ aufgedeckt hat: Tiroler Politiker – überwiegend ÖVP-Funktionäre – haben im Zuge des Oktober-Landtages die 22-Uhr-Corona-Sperrstunde „übersehen“ und es sich bei einem Glas Wein gemütlich gemacht. Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) nimmt Stellung – und zwar kurz und knackig.

Nach dem offiziellen Ende der Landtags Sitzung Mitte Oktober setzte sich die illustre Runde im Foyer des Congress Innsbruck auf ein Glas Wein zusammen. Wie das der „Tiroler Krone“ zugespielte Foto beweist, war es bereits nach 22 Uhr – siehe Bild rechts.

Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (ÖVP) entschuldigte sich in der Folge für die „übersehene Sperrstunde“. Außerdem gab es Konsequenzen: Die Obleute haben sich darauf geeinigt, dass in der Landtagskantine bis auf Weiteres kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden darf. Und die Sitzungen dürfen auch nicht mehr länger als bis exakt 22 Uhr dauern.

FPÖ-NR Peter Wurm hat nachgehakt und bezüglich dieses ÖVP-Fauxpas eine Anfrage an Gesund-

heitsminister Rudolf Anschober (Grüne) gestellt. Die acht Fragen hat er nun beantwortet – interessant: Seine Antworten fallen kurz und bündig aus.

„Gehe davon aus, dass Schritte gesetzt werden“

Auf die Frage, wie Anschober das Verhalten der Politiker in Tirol beurteilt, verdeutlicht er: „Mir ist dieser Sachverhalt nicht bekannt. Falls sich hier herausstellt, dass die kolportierten Nachrichten stimmen, gehe ich davon aus, dass die entsprechenden Schritte gemäß der gültigen Rechtslage seitens der zuständigen Behörden gesetzt werden. Jede Österreicherin und jeder Österreicher, egal welchem Beruf sie/er nachgeht, sind derzeit gefordert, sich gemäß den Corona-Regelungen zu verhalten.“



Die Gesetzesnovelle sorgt für Kritik seitens Studierender

von Politikern stellte FPÖ Anfrage an Gesundheitsminister ➔ Kurze Antworten

„Sachverhalt nicht bekannt“



Foto: FPÖ/Kohlhofer

⊙ FPÖ-NR Wurm hat eine Anfrage an Minister Rudolf Anschober (Grüne) gestellt.

Dieser Fauxpas der Politiker-Runde aus Tirol machte österreichweit Schlagzeilen. ⊙

Ob der Gesundheitsminister mit LH Günther Platter (ÖVP) zwecks einer Rechtsbelehrung für die Politiker in Verbindung getreten sei, verneinte Anschober abermals mit der Begründung, dass ihm dieser Sachverhalt nicht bekannt sei. Ebenso wenig habe er sich darüber



Foto: zVg

mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) ausgetauscht.

FPÖ bringt Folgeanfrage an Innenminister ein

Außerdem wurde ihm die Frage gestellt, ob ihm „spät-abendliche und nächtliche Gelage“ in anderen Bundes-

ländern von ÖVP-Spitzenpolitikern bekannt seien. „Dazu liegen mir keine Informationen vor“, betont Anschober. Und das war es dann auch schon...

Die FPÖ-Fraktion im Nationalrat wird nun eine Folgeanfrage an Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) ein-

bringen. „Darin soll geklärt werden, ob die Exekutive in dieser Causa bereits tätig geworden ist oder nicht. Vor allem stellen wir die Frage, ob die Covid-19-Beschränkungen für alle Bürger gelten oder eben nicht“, verdeutlichen die Freiheitlichen.

Jasmin Steiner

ÖH zeigt sich mit geplanter Universitätsgesetzesnovelle nicht einverstanden:

„Zu viel Druck auf Studenten“

Es soll sich etwas ändern im Uni-Gesetz, aber nicht alle sind mit den geplanten Änderungen einverstanden – die „Krone“ berichtete. Es gab sogar schon Demonstrationen, auch in Innsbruck. Nun meldet sich auch deren Vertretung, die ÖH, zu Wort. Diese sieht zu viel Einmischung der Politik und zu viel Druck auf Studierende.

Vorsitzender Johann Katzlinger sucht vergebens nach Änderungen, die auf eine bessere Hochschulbildung abzielen. Im Gegenteil, es ginge vor allem um politische Kontrolle über Ent-

scheidungen und Positionen. Besonders folgende Punkte lösen Kritik aus:

➔ In den ersten vier Semestern müssen dann mindestens 24 ECTS-Punkte erreicht werden. Sonst droht

Exmatrikulation mit zehnjähriger Sperre. Das setze Studierende mit Mehrfachbelastung z.B. durch eine Erwerbstätigkeit unter Druck.

➔ Prüfungsantritte soll es künftig nur noch zwei statt drei pro Semester geben.

➔ Bisher durfte der Uni-Senat über die Wiederbestellung eines Rektors mitentscheiden. Damit soll Schluss sein. Zukünftig soll das nur noch der Universitätsrat

dürfen. In dem sitzen aber keine Studierenden.

➔ Altersdiskriminierend finde es die ÖH außerdem, dass künftig keine Rektoren mehr bestellt werden sollen, die über 70 Jahre alt sind.

➔ Auch rechtliche Mängel werden in der Novelle seitens der ÖH geortet. Zudem werden verschiedene Aspekte der Barrierefreiheit an der Universität von Referent Georg Ebster kritisiert. nais

"Salzburger Nachrichten" Nr. 5 vom 08.01.2021 Seite: L6 Ressort: Lokal Von: Sn

Studenten- Protest gegen Uni-Gesetz

Demonstration am Montag vom Bahnhof zum Residenzplatz.

SALZBURG. Dass die Novelle des Universitätsgesetzes eine Mindeststudienleistung von 24 Semesterwochenstunden binnen zwei Jahren vorsieht, ist für die Hochschülerschaft nicht akzeptabel. Daher wird diesen Montag dagegen protestiert. Start der Demonstration ist um 12 Uhr am Hauptbahnhof, um 13.30 Uhr ist die Abschlusskundgebung am Residenzplatz. Dort werden auch die Senatsvorsitzenden von Uni Salzburg und Mozarteum sprechen. Keya Baier, ÖH-Vorsitzende an der Uni Salzburg, rechnet mit 300 Teilnehmern. Und Corona? Beyer: „Wir werden auf die Mindestabstände achten, Masken tragen und haben viele Ordner.“ stv

Studenten-Protest gegen Uni-Gesetz

Demonstration am Montag vom Bahnhof zum Residenzplatz.

SALZBURG. Dass die Novelle des Universitätsgesetzes eine Mindeststudienleistung von 24 Semesterwochenstunden binnen zwei Jahren vorsieht, ist für die Hochschülerschaft nicht akzeptabel. Daher wird diesen Montag dagegen protestiert. Start der Demonstration ist um 12 Uhr am Hauptbahnhof, um 13.30 Uhr ist die Abschlusskundgebung am Residenzplatz. Dort werden auch die Senatsvorsitzenden von Uni Salzburg und Mozarteum sprechen. Keya Baier, ÖH-Vorsitzende an der Uni Salzburg, rechnet mit 300 Teilnehmern. Und Corona? Beyer: „Wir werden auf die Mindestabstände achten, Masken tragen und haben viele Ordner.“ **stv**

LEO



„Die bayerische Polizei straft österreichische Tourengerher beim Roßfeld-Gipfelkreuz. So wird das nichts mit dem Abspecken der Weihnachtsskilos im neuen Jahr.“

Nach Überfall auf Nadler-Villa sitzt ein zweiter Verdächtiger in Puch in Haft

KOPPL, PRAG. Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Villa der Salzburger Juwelierfamilie Nadler am 15. August 2019 auf dem Heuberg in Koppl wurde ein zweiter dringend Tatverdächtiger nach Salzburg ausgeliefert. Der 39-jährige Tscheche, am 9. Dezember in Prag verhaftet, sitzt nun in der Justizanstalt in Puch-Urstein in U-Haft. Aufgrund eines DNA-Spurenabgleichs war der 39-Jährige mit hoher Wahrscheinlichkeit am Coup beteiligt.

Ein weiterer mutmaßlicher Mittäter, ein 43-jähriger Tsche-

Bad Gastein belebt das Zentrum: Parkhaus schon in neuen Händen

THOMAS AUINGER

BAD GASTEIN. Die Großprojekte für die Wiederbelebung des historischen Ortszentrums in Bad Gastein treten jetzt in die Umsetzungsphase. Der erste Schritt ist schon gesetzt: mit der Übernahme des Parkhauses am Wasserfall und neuen, günstigeren Tarifen. Und das Hotelprojekt am Straubingerplatz steht nun im Jänner offenbar vor dem Baubeginn.

Mit 1. Jänner hat die Bad Gasteiner Parkgaragen- und Vertical Link Errichtungs- und Betriebs-ges.m.b.H. das Apcoa-Parkhaus mit 380 Stellplätzen von der Zeller Parkgaragen GmbH übernommen. Gesellschafter der neuen, im Herbst gegründeten Firma sind die Gemeinde (62,8 Prozent), die Gasteiner Bergbahnen (23,6 %) und der Tourismusverband (13,6 %). Weitere Aufgaben dieser Gesellschaft sind laut Gemeinde-

der Neubau eines Parkdecks bei der Talstation der Stubnerkogelbahn mit zirka 500 Stellplätzen und der Bau einer unterirdischen Verbindung („Vertical Link“) zwischen den beiden Parkhäusern und damit dem Zentrum und der Bahnhofsebene. Für diese Ver-



„Die Ges.m.b.H. wurde für drei zentrale Projekte gegründet.“

Gerhard Steinbauer, Bgm.

bindung mit Förderbändern sollen im Frühjahr die behördlichen Bewilligungen erwirkt werden.

Die Vorhaben sind Teile des umfassenden Mobilitätskonzepts. Dessen Ziele sind, zusätzliche Parkmöglichkeiten zu schaffen und den Individualverkehr zu reduzieren. Das alles sind auch

Voraussetzungen für die Revitalisierung der seit Jahrzehnten leer stehenden Gebäude am Straubingerplatz durch die Travel Charme Hotels, die zur Münchner Hirmer-Gruppe gehören.

Dafür seien seit Dezember alle Baubewilligungen der Bezirks-hauptmannschaft vorhanden, sagt Bürgermeister Gerhard Steinbauer (ÖVP) auf SN-Anfrage. Seinen Informationen nach solle in Kürze, wenn möglich bereits in wenigen Tagen, die Entkernung des Altbestands starten und im Frühling der Abbruch der nicht denkmalgeschützten Teile des Badeschlusses folgen.

Für das neue Parkdeck beim Stubnerkogel sei heuer ein „kleiner Architektenwettbewerb“ geplant. Im alten Parkhaus im Zentrum sind übrigens nun je angefangene halbe Stunde 50 Cent zu bezahlen. Ein 24-Stunden-Ticket z. B. kostet acht Euro.

Covid-Verstöße: Zahl der Strafprozesse wächst

SALZBURG. Am Landesgericht steigt die Zahl der Prozesse wegen des Vorwurfs der „vorsätzlichen Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten“ (Paragraf 178 StGB) im Zusammenhang mit Covid-19. Kommenden Montag wird einem im Flachgau wohnhaften Bauarbeiter (39) der Prozess gemacht; laut Strafantrag der Staatsanwaltschaft hat der Türke im August 2020 trotz Covid-Symptomen und Quarantäneauflage seine Wohnung verlassen und ist einkaufen gegangen.

Im November und Dezember wurden bereits drei weitere einschlägige Prozesse geführt: So wurde am 15. Dezember ein 20-jähriger, in der Stadt Salzburg wohnhafter Bosnier zu sechs Monaten bedingter Haft verurteilt, weil er im Sommer im Urlaub in einer

Bar in Kroatien nachweislich Kontakt mit coronainfizierten Gästen hatte; wieder zurück in Salzburg besuchte er dann mehrere Lokale, obwohl er laut Urteil wusste, dass er in Kroatien mit infizierten Leuten in Kontakt war, und obwohl er auch bereits selbst Symptome hatte. Das Urteil war vorerst noch nicht rechtskräftig.

Am 11. November hatte ein Afghane (29) nicht rechtskräftig sieben Monate teilbedingte Haft (einen Monat unbedingt) erhalten. Laut Urteil war er trotz positiven Covid-Tests und Quarantäneanordnung mit dem Zug quer durch Österreich gereist.

Anhängig ist zudem noch ein am 20. November eröffneter Prozess gegen einen Deutschen (48). Laut Strafantrag verließ er – nach einem Skiunfall ins Spital eingeliefert und im LKH positiv getestet – Ende März 2020 eigenmächtig das LKH und reiste heim. **wid**

"Tiroler Tageszeitung" vom 19.01.2021 Seite 6 Ressort: Tirol Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Kritik der ÖH an Uni-Gesetz

Innsbruck-Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) Innsbruck zeigt sich mit der derzeit in Begutachtung befindlichen Novelle des Universitätsgesetzes nicht zufrieden. Diese richte mehr Schaden an, als sie Innovation und Fortschritt bringe, heißt es in einer Aussendung der ÖH. Besonders an der bereits im Vorfeld der Begutachtungsfrist diskutierten Mindeststudienleistung von 24 ECTS (Leistungspunkten) in den ersten vier Semestern übt die ÖH Innsbruck Kritik. "Dieser neue Vorschlag verfehlt empfindlich die Bedürfnisse von uns Studierenden und sorgt für enorme Nachteile für eine Reihe von Studierendengruppen. Vor allem Studierende mit Mehrfachstudien, arbeitstätige und ehrenamtlich tätige Studierende, aber auch Studierende mit psychischen Problemen, Lernschwächen oder Beeinträchtigungen sind dadurch betroffen", sagt der ÖH-Vorsitzende Johann Katzlinger.

Weiters kritisieren die Studierendenvertreter die geplante Reduzierung der Prüfungstermine von drei auf zwei pro Semester, das fehlende Mitspracherecht der Studierenden im Senat bei der ersten Wiederbestellung des Rektors sowie die Altersobergrenze für den Rektor von 70 Jahren. Gelobt wird, dass die ECTS-Punkte künftig besser an den Arbeitsaufwand angepasst werden sollen sowie das klare Bekenntnis zur Digitalisierung. (TT)

Die ÖH in Innsbruck ist mit zahlreichen Punkten der Gesetzesnovelle nicht einverstanden. Foto: Muraue

Kritik der ÖH an Uni-Gesetz

Innsbruck – Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) Innsbruck zeigt sich mit der derzeit in Begutachtung befindlichen Novelle des Universitätsgesetzes nicht zufrieden. Diese richte mehr Schaden an, als sie Innovation und Fortschritt bringe, heißt es in einer Aussendung der ÖH. Besonders an der bereits im Vorfeld der Begutachtungsfrist diskutierten Mindeststudienleistung von 24 ECTS (Leistungspunkten) in den ersten vier Semestern übt die ÖH Innsbruck Kritik. „Dieser neue Vorschlag verfehlt empfindlich die Bedürfnisse von uns Studierenden und sorgt für enorme Nachteile für eine Reihe von Studierenden.“ Vor allem Studierende mit Mehrfachstudien, arbeitstätige und ehrenamtlich tätige Studierende, aber auch Studierende mit psychischen Problemen, Lernschwächen oder Beeinträchtigungen sind dadurch betroffen“, sagt der ÖH-Vorsitzende Johann Katzlinger.

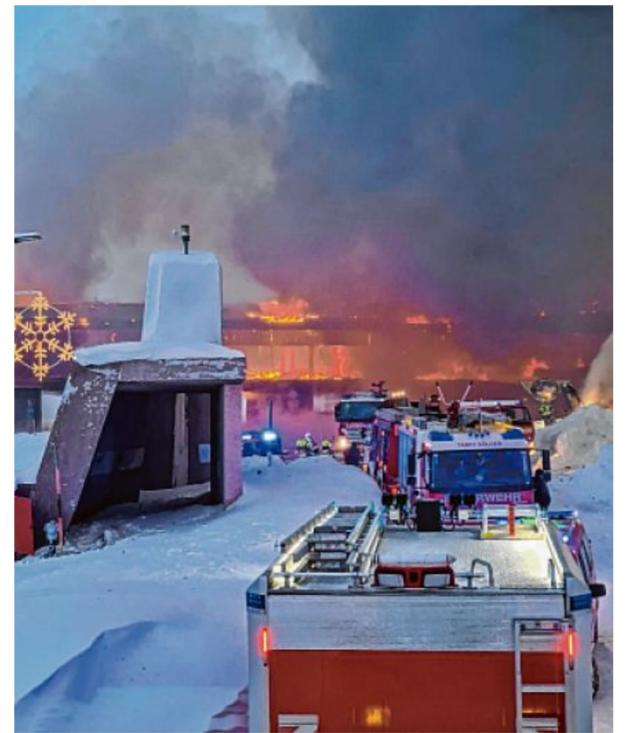
Weiters kritisieren die Studierendenvertreter die geplante Reduzierung der Prüfungstermine von drei auf zwei pro Semester, das fehlende Mitspracherecht der Studierenden im Senat bei der ersten Wiederbestellung des Rektors sowie die Altersobergrenze für den Rektor von 70 Jahren. Gelobt wird, dass die ECTS-Punkte künftig besser an den Arbeitsaufwand angepasst werden sollen sowie das klare Bekenntnis zur Digitalisierung. (TT)



Die ÖH in Innsbruck ist mit zahlreichen Punkten der Gesetzesnovelle nicht einverstanden. Foto: Murauer



Das Gebäude am Timmelsjoch stand nach kurzer Zeit in Vollbrand (links). Über 100 Feuerwehrleute von sechs Wehren waren stundenlang im Einsatz.



Fotos: zoom.tirol, zeitungsfoto.at

Schutt, Asche und 280 Wracks

Das Motorradmuseum in Hochgurgl wurde gestern durch ein Feuer komplett zerstört. Zahlreiche Exponate von unschätzbarem Wert verbrannten. Verletzte gab es keine.

Von Benedikt Mair

Hochgurgl – Alban Scheiber ringt um Worte. Im Motorradmuseum bei der Timmelsjoch-Mautstation in Hochgurgl, das der Öztaler Hotelier und Seilbahner gemeinsam mit seinem Bruder Attila im Jahr 2016 eröffnet hat, bricht gestern Früh ein Brand aus. Das Gebäude wird komplett zerstört. Und mit ihm rund 280 Motorräder und Autos. Ein „wahnsinniger Wert“, sagt Scheiber. Schwerer als der materielle Schaden, der „einen noch nicht genau bestimmten, hohen Millionenbetrag ausmacht“, wiegt aber der ideelle. Denn unter den Exponaten befanden sich Raritäten, „uralte Dinger“. Ein Teil der Technikgeschichte der Menschheit ist für immer verloren.

Das Feuer bricht am Montag gegen 4.40 Uhr aus, vermutlich im Bereich der Ausstellung, die genaue Ursache ist noch nicht geklärt. Zwei

Menschen hatten die Nacht in angrenzenden Wohnungen am Timmelsjoch auf rund 2200 Metern Höhe verbracht. Sie werden von Brandmeldern aus dem Schlaf gerissen und können sich unverletzt ins Freie retten. Einer der beiden, der Hausmeister, versucht mit einem Feuerlöscher die Flammen zu ersticken – vergeblich. Als die bereits alarmierte Feuerwehr von Gurgl gegen 5 Uhr am Einsatzort eintrifft, steigt bereits dichter, schwarzer Rauch auf.

„Wir haben noch versucht, den Brandherd im Museum zu löschen“, sagt Kommandant Matthias Klotz. „Das ist aber nicht gelungen.“ Die Feuerwehrleute haben sich zurückgezogen. „Innerhalb von wenigen Minuten stand das Bauwerk in Vollbrand. Dann haben wir uns nur noch darauf konzentriert zu verhindern, dass die Flammen auf die Nachbargebäude übergreifen“, erzählt Klotz. „Was zum Glück gelungen



Ein Übergreifen der Flammen auf die angrenzenden Gebäude – ein Restaurant und eine Seilbahnstation – wurde verhindert. Foto: zeitungsfoto.at

ist. Das Restaurant blieb verschont, die Seilbahnstation wurde durch den Rauch und das Löschwasser leicht beschädigt.“ Gestern Nachmittag dauert der Einsatz noch an. Insgesamt sind den Tag über rund 110 Feuerwehrleute von sechs Wehren mit 20 Fahrzeugen vor Ort, dazu Rotes Kreuz und Polizei.

Der in Erfüllung gegangene Traum der Gebrüder Scheiber – so nannten sie das Motorradmuseum bei seiner Eröffnung vor mehr als vier Jahren – liegt nach wenigen Stunden in Trümmern. „Es sind Maschinen von uns kaputt“, sagt Alban Scheiber. „Aber auch Leihgaben von anderen Museen, Oldtimer und Stücke,

die uns Freunde, Gönner und bekannte Sammler zur Verfügung gestellt haben. Wir hatten uns vorgenommen, das beste Motorradmuseum Europas zu werden, wollten weiter ausbauen.“ Das Erreichen dieses Ziels müssen die Öztaler auf unbestimmte Zeit verschieben.

„Wir sind eine starke Familie, schauen nach vorne“, sagt Scheiber, „Es bleibt uns ja nichts anderes übrig.“ Nach den ständigen Einschränkungen durch die Pandemie, den damit einhergehenden finanziellen Einbußen im Hotel- und Ski-Geschäft und der Tatsache, dass die Timmelsjochstraße, welche ebenfalls von der Familie betrieben wird, nach einem Felssturz im Sommer später als üblich geöffnet werden konnte, sei der Brand „der nächste, schwere wirtschaftliche Dämpfer“. Es werden schwierige Jahre auf das Unternehmen zukommen, glaubt er. „So oder so, es wird wieder einen Aufbau geben.“

Nebendarsteller bei Drogenfall in Hauptrollen

Innsbruck – Der zweitgrößte Drogenaufgriff in der Tiroler Kriminalgeschichte war am Montag Thema am Innsbrucker Landesgericht. Doch auf der Anklagebank saßen weder Schmuggler noch Hintermänner. Stattdessen waren die Hauptrollen im Gerichtssaal mit vier Nebendarstellern besetzt: einem Gelegenheitsdieb, seinem Helfer, einer vermeintlichen Dealerin und einem Lkw-Fahrer.

Die Vorgeschichte begann mit einem Zufall: Ende Juni 2020 zogen Polizisten auf der Inntalautobahn einen Lkw wegen schwerer technischer Mängel aus dem Verkehr. In der Werkstatt eines Wörgler Logistikunternehmens sollte das Schwerfahrzeug repariert werden. Dass im Sattelzug 96 Kilo Marihuana versteckt wa-

ren, ahnten die Beamten zunächst nicht. In der Nacht zum 1. Juli wollte einer der beiden Lkw-Lenker, ein Serbe, die illegale Fracht mit Hilfe eines Logistikmitarbeiters heimlich

„Dass der Angeklagte trotz Lockdown und Schnee erschienen ist, spricht für ihn.“

Staatsanwalt Thomas Willam über den rumänischen Lenker

bergen. Erfolglos – die Männer wurden überrascht, der Serbe flüchtete und tauchte unter. Im Anschluss fand die Polizei die Drogen.

Drei Kilo fehlten allerdings. Die hatte der ebenfalls aus Serbien stammende Logistik-Mitarbeiter gestohlen. Das gab er bei der Verhandlung

am Montag auch unumwunden zu. Sein mitangeklagter Freund räumte ein, den Dieb samt Beute abgeholt und durch Wörgl gefahren zu haben. Die beiden Männer wurden zu zwei Jahren bzw. zehn Monaten Haft (nicht rechtskräftig) verurteilt. Eine Unterländerin soll die Drogen übernommen und in Umlauf gebracht haben. Die Angeklagte bestritt das allerdings unter Tränen. Ein Zeuge soll jetzt für Klarheit sorgen. Auch der zweite Lkw-Fahrer aus Rumänien saß auf der Anklagebank. Der Mann, der eigens für den Prozess aus seiner Heimat angereist war, beteuerte, von den Drogen nichts gewusst zu haben. Der Drogendieb bestätigte das. So wurde der Rumäne freigesprochen. (tom)



Karl Hamberger wurde leicht verletzt. Rechts der Blick aus der Fahrerkabine vor und nach dem Unfall. Fotos: zoom.tirol



Rätsel um geborstene Scheibe

Schwaz – Der Arbeitstag von Karl Hamberger, der einen Hausmeisterservice betreibt, wurde gestern Früh von einem unbekanntem Gegenstand vorzeitig beendet. Während Schneeräumungsarbeiten im Raum Schwaz traf um drei Uhr morgens ein bislang nicht identifiziertes Objekt von oben auf die Frontscheibe seines Schneepflugs. Der 27-Jährige erlitt durch

die Glassplitter leichte Verletzungen an der Hand, welche jedoch im Krankenhaus rasch behandelt werden konnten. Der Schaden am Fahrzeug und der dadurch verursachte Dienstentgang belaufen sich auf etwa 3000 Euro.

„Beim Schneeräumen konzentriere ich mich auf den Boden, die Augen sind dabei nach unten gerichtet. Plötzlich hörte ich ein lautes Kra-

chen, dann war's vorbei“, beschreibt Hamberger den Zwischenfall. Die Ursache für den bizarren Unfall ist für der Schwazer bis dato noch ungeklärt. Er habe weder andere Personen gesehen noch einen Fremdkörper in unmittelbarer Nähe des Schneepflugs ausmachen können, so Hamberger. Den Vorfall habe er der Polizei bereits gemeldet, eine Anzeige folgt. (rosa)

Politik

"Heute" vom 17.02.2021 Seite 5 Ressort: Politik Heute Heute Hauptausgabe, Heute Niederösterreich, Heute Oberösterreich

Faßmann legt die Latte für alle Studienanfänger nun niedriger

Die geplante Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird im neuen Uni-Gesetz deutlich abgeschwächt und kommt erst ab dem Wintersemester 22/23. Die grüne Wissenschaftssprecherin Eva Blimlinger und Bildungs-

minister Heinz Faßmann gaben bekannt, dass Studenten in den ersten beiden Uni-Jahren nur mehr 16 ECTS-Punkte brauchen. Zuvor waren 24 Punkte vorgeschrieben. Für ein Medizindoktorat werden 360 ECTS-Punkte benötigt

Eva Blimlinger und Heinz Faßmann (r.)

Fotos: Helmut Graf, picturedesk



Van der Bellen bei Trauerfeier
**Begräbnis von Arik Brauer:
 „Nobel war ganze Person“**



Universalkünstler Arik Brauer wurde am Dienstag am Zentralfriedhof im kleinen Kreis verabschiedet. Bundespräsident Van der Bellen würdigte die Noblesse und den Humanismus von Brauer **H**



Tiroler Seilbahn-Chef rebelliert
**Hörl will Gastro-Sperre
 „nicht akzeptieren“**

Einen Lockdown für Hotels und Gastro-Betriebe bis Ostern will der Tiroler VP-Abgeordnete Franz Hörl partout nicht hinnehmen. Ende Februar müsse die Lage von der Regierung neu bewertet werden, forderte Hörl gegenüber der APA. Sonst würden Skigebiete schließen **H**

Schularbeiten am Freitag nur in getrennten Klassen

Schularbeiten im Schichtbetrieb stellt viele Schulen vor Probleme, denn diese Arbeiten dürfen nur im Präsenzunterricht abgehalten werden. Die Hälfte der Schüler ist derzeit aber nur Montag und Dienstag anwesend, die andere Hälfte von Mittwoch bis Donnerstag. Wann schreibt die Klasse also

ihre Schularbeiten? Die Lösung: Wenn es die baulichen Voraussetzungen im Gebäude zulassen, sollen alle Schüler am Freitag in die Schule kommen und zeitgleich in zwei Gruppen ihre Arbeiten schreiben. Ursprünglich war am Freitag Distance-Learning vorgeschrieben, die Schulleitungen können das nun bei Bedarf selbständig ändern. Die Jugendlichen müssen aber auch am Freitag betreut werden.

Gibt es in der Schule nicht ausreichend Platz für beide Gruppen einer Klasse, müssen die Schularbeiten im Schichtbetrieb stattfinden. Der Nachteil: Lehrer müssen zwei verschiedene Arbeiten vorbereiten, ein Teil der Klasse kann sich länger auf den Test vorbereiten **H**



Schularbeiten statt Distance-Learning

Foto: iStock



Eva Blimlinger und Heinz Faßmann (r.)

Faßmann legt die Latte für alle Studienanfänger nun niedriger

Die geplante Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird im neuen Uni-Gesetz deutlich abgeschwächt und kommt erst ab dem Wintersemester 22/23. Die grüne Wissenschaftssprecherin Eva Blimlinger und Bildungsminister Heinz Faßmann gaben bekannt, dass Studenten in den ersten beiden Uni-Jahren nur mehr 16 ECTS-Punkte brauchen. Zuvor waren 24 Punkte vorgeschrieben. Für ein Medizindoktorat werden 360 ECTS-Punkte benötigt **H**

nister Heinz Faßmann gaben bekannt, dass Studenten in den ersten beiden Uni-Jahren nur mehr 16 ECTS-Punkte brauchen. Zuvor waren 24 Punkte vorgeschrieben. Für ein Medizindoktorat werden 360 ECTS-Punkte benötigt **H**

Foto: Sabine Hertel

JEDERZEIT
ONLINE WETTEN!

www.admiral.at

LIVE-Streams
 Wett-Konfigurator
 Top-Quoten

CHAMPIONS LEAGUE 17.02.2021

FC SEVILLA vs DORTMUND

1	2,45	X	3,40	2	2,90
----------	-------------	----------	-------------	----------	-------------

Quotenänderungen möglich. Alle Angaben ohne Gewähr.

ADMIRAL

"Kleine Zeitung" vom 16.02.2021 Seite: 12 Ressort: Politik Steiermark

Uni-Gesetz

Entschärft

Die in der Novelle zum Universitätsgesetz geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft: Statt der vorgesehenen 24 ECTS in den ersten zwei Studienjahren sollen nun 16 reichen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft findet sich – abermals – im Visier der ÖVP. Eine pragmatische Auseinandersetzung mit Für und Wider der Behörde ist kaum noch möglich.

Von Georg Renner

Nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel liegt die Stimmung zwischen der Volkspartei und der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wieder einmal auf Eis. „Es hat so viele Verfehlungen gegeben, dass ich glaube, dass es dort dringenden Änderungsbedarf gibt“, sagt Bundeskanzler Sebastian Kurz am Montag in Richtung WKStA – zum wiederholten Mal.

Kaum eine Behörde erregt in der ÖVP eine solche Nervosität wie die rund 40 Staatsanwälte, die an einigen der aufsehenerregendsten Fälle der Republik

arbeiten – neben den aktuellen Ibiza-Ermittlungen waren zuletzt etwa Verfahren wie die Eurofighter-Ermittlungen oder jene gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser dort anhängig. Aber auch die misslungene Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung war von einer Korruptionsjägerin beantragt worden.

Fälle, die der WKStA einen zweifelhaften Ruf eingebracht haben. Ihre Verteidiger sehen in der Anklagebehörde, die in ihrer heutigen Form heuer ihr zehnjähriges Bestehen feiert, ein Bollwerk gegen Korruption, stets bedrängt von Mächtigen, die ihre Ermittlungen fürchten.

Ihre Kritiker – nicht alle so erpicht darauf, sich mit vollem Namen hinter diese Kritik zu stellen – sehen dagegen eine Behörde außer Rand und Band, die schlampig arbeitet und so zahlreiche Verfahren in den Sand setzt.

Sachliche Argumente haben dabei beide Seiten – „kein Ruhmesblatt“ sah etwa der Präsident der Wiener Rechtsan-

waltskammer, Michael Enzinger, vergangenes Jahr in der Arbeit der WKStA – und verwies unter anderem auf die lange Verfahrensdauer in Großverfahren. „Wenn innerhalb von zwei bis drei Jahren nicht genügend Tatsachen vorliegen, die für eine wahrscheinliche Verurteilung sprechen, muss das Verfahren eingestellt werden.“

Auf der anderen Seite argumentiert die WKStA, zu straff am politischen Gängelband geführt zu werden: Eine ehemals für den Ibiza-Akt zuständige Ex-Staatsanwältin hatte letzte Woche im Untersuchungsausschuss erklärt, durch bürokratische Schikanen und überbordende Berichtspflichten behindert worden zu sein. Etwa habe es eine Reihe dienstrechtlicher Prüfungen gegeben, „die in dieser Zahl unüblich sind“, und: „Unter diesem Druck kann man kaum arbeiten.“

Spätestens seit den ersten Ausritten der ÖVP gegen die WKStA vor einem Jahr und mehreren Anzeigen der Behörde gegen ihre Führungsbeamten im Justizministerium haben

solche Vorwürfe wenig Chance auf eine pragmatische Lösung – die Frage, wie man mit den Korruptionsanklägern umgeht, ist längst Gegenstand der (partei-)politischen Auseinandersetzung.

Die ÖVP macht nun wieder mobil: In vorgefertigten Wordings behauptet sie, nur ein Prozent aller 4000 von der WKStA Beschuldigten sei bisher verurteilt worden – eine Begriffsverwirrung: Die 4000 waren nicht nur die Beschuldigten, gegen die tatsächlich ermittelt worden ist, sondern auch bloß „Verdächtige“, gegen die die WKStA keinen konkreten Anfangsverdacht sah.

Auf der anderen Seite hat sich Justizministerin Alma Zadić – derzeit in Babypause – seit ihrem Amtsantritt mehrfach hinter die Staatsanwaltschaft gestellt. Sie hat unter anderem einige zusätzliche Planstellen für die WKStA genehmigt und angekündigt, Verfahren zu beschleunigen und die Berichtspflichten zurückzunehmen.

Ein Plan, der mit neuen ÖVP-Attacken auf die WKStA nicht einfacher werden dürfte.

Panorama

Aktuelle Meldungen aus der Innenpolitik

PFLEGE

Bericht positiv

Die großen Trägerorganisationen Caritas, Volkshilfe und Hilfswerk haben sich zu dem neuen Bericht der „Taskforce Pflege“ grundsätzlich positiv geäußert. Das Papier stelle „eine gute Zusammenfassung“ dar.

SPÖ WIEN

Online-Klausur

Die traditionelle Klubklausur der Wiener SPÖ muss heuer in den virtuellen Raum ausweichen. Die nun als „Klubkonferenz“ titulierte Veranstaltung findet diesmal online an mehreren Tagen statt.

FPÖ

Misstrauensantrag gegen Blümel

Sondersitzung diskutiert über den Finanzminister.

Die FPÖ wird bei der heutigen Sondersitzung des Nationalrats einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) stellen. Die aufgetauchten Ermittlungsergebnisse der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zur Causa Casinos zeigten, dass die ÖVP seit vielen Jahren in einer sehr engen Beziehung zum Glücksspielkonzern Novomatic stehe, sagte der FPÖ-Abgeordnete im Ibiza-Untersuchungsausschuss



Hafenecker (F) misstraut Blümel

APA

Christian Hafenecker am Montag.

Blümel kenne Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann keineswegs nur „vom Wegschauen“, meinte Hafenecker. Stattdessen handle es sich um eine über die Jahre gewachsene enge Beziehung. Blümel sei in der

Glücksspielbranche „live dabei“ gewesen. Hafenecker will auch SMS und andere Chats von Blümel und Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im U-Ausschuss behandeln.

SPÖ BURGENLAND

Zuwander-Stopp

Die SPÖ Burgenland fordert aufgrund der Coronakrise einen Zuwanderungsstopp. Das Recht auf Asyl sei „unverhandelbar“, aber nun müsse man sich auf die Coronakrise konzentrieren, so Geschäftsführer Fürst.

UNI-GESETZ

Entschärft

Die in der Novelle zum Universitätsgesetz geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft: Statt der vorgesehenen 24 ECTS in den ersten zwei Studienjahren sollen nun 16 reichen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft findet sich – abermals – im Visier der ÖVP. Eine pragmatische Auseinandersetzung mit Für und Wider der Behörde ist kaum noch möglich.

Von Georg Renner

Nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel liegt die Stimmung zwischen der Volkspartei und der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wieder einmal auf Eis. „Es hat so viele Verfehlungen gegeben, dass ich glaube, dass es dort dringenden Änderungsbedarf gibt“, sagt Bundeskanzler Sebastian Kurz am Montag in Richtung WKStA – zum wiederholten Mal.

Kaum eine Behörde erregt in der ÖVP eine solche Nervosität wie die rund 40 Staatsanwälte, die an einigen der aufsehenerregendsten Fälle der Republik

arbeiten – neben den aktuellen Ibiza-Ermittlungen waren zuletzt etwa Verfahren wie die Eurofighter-Ermittlungen oder jene gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser dort anhängig. Aber auch die misslungene Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung war von einer Korruptionsjägerin beantragt worden.

Fälle, die der WKStA einen zweifelhaften Ruf eingebracht haben. Ihre Verteidiger sehen in der Anklagebehörde, die in ihrer heutigen Form heuer ihr zehnjähriges Bestehen feiert, ein Bollwerk gegen Korruption, stets bedrängt von Mächtigen, die ihre Ermittlungen fürchten.

Ihre Kritiker – nicht alle so erpicht darauf, sich mit vollem Namen hinter diese Kritik zu stellen – sehen dagegen eine Behörde außer Rand und Band, die schlampig arbeitet und so zahlreiche Verfahren in den Sand setzt.

Sachliche Argumente haben dabei beide Seiten – „kein Ruhmesblatt“ sah etwa der Präsident der Wiener Rechtsan-

waltskammer, Michael Enzinger, vergangenes Jahr in der Arbeit der WKStA – und verwies unter anderem auf die lange Verfahrensdauer in Großverfahren. „Wenn innerhalb von zwei bis drei Jahren nicht genügend Tatsachen vorliegen, die für eine wahrscheinliche Verurteilung sprechen, muss das Verfahren eingestellt werden.“

Auf der anderen Seite argumentiert die WKStA, zu straff am politischen Gängelband geführt zu werden: Eine ehemals für den Ibiza-Akt zuständige Ex-Staatsanwältin hatte letzte Woche im Untersuchungsausschuss erklärt, durch bürokratische Schikanen und überbordende Berichtspflichten behindert worden zu sein. Etwa habe es eine Reihe dienstrechtlicher Prüfungen gegeben, „die in dieser Zahl unüblich sind“, und: „Unter diesem Druck kann man kaum arbeiten.“

Spätestens seit den ersten Ausritten der ÖVP gegen die WKStA vor einem Jahr und mehreren Anzeigen der Behörde gegen ihre Führungsbeamten im Justizministerium haben

solche Vorwürfe wenig Chance auf eine pragmatische Lösung – die Frage, wie man mit den Korruptionsanklägern umgeht, ist längst Gegenstand der (partei-)politischen Auseinandersetzung.

Die ÖVP macht nun wieder mobil: In vorgefertigten Wordings behauptet sie, nur ein Prozent aller 4000 von der WKStA Beschuldigten sei bisher verurteilt worden – eine Begriffsverwirrung: Die 4000 waren nicht nur die Beschuldigten, gegen die tatsächlich ermittelt worden ist, sondern auch bloß „Verdächtige“, gegen die die WKStA keinen konkreten Anfangsverdacht sah.

Auf der anderen Seite hat sich Justizministerin Alma Zadić – derzeit in Babypause – seit ihrem Amtsantritt mehrfach hinter die Staatsanwaltschaft gestellt. Sie hat unter anderem einige zusätzliche Planstellen für die WKStA genehmigt und angekündigt, Verfahren zu beschleunigen und die Berichtspflichten zurückzunehmen.

Ein Plan, der mit neuen ÖVP-Attacken auf die WKStA nicht einfacher werden dürfte.

Panorama

Aktuelle Meldungen aus der Innenpolitik

PFLEGE

Bericht positiv

Die großen Trägerorganisationen Caritas, Volkshilfe und Hilfswerk haben sich zu dem neuen Bericht der „Taskforce Pflege“ grundsätzlich positiv geäußert. Das Papier stelle „eine gute Zusammenfassung“ dar.

SPÖ WIEN

Online-Klausur

Die traditionelle Klubklausur der Wiener SPÖ muss heuer in den virtuellen Raum ausweichen. Die nun als „Klubkonferenz“ titulierte Veranstaltung findet diesmal online an mehreren Tagen statt.

FPÖ

Misstrauensantrag gegen Blümel

Sondersitzung diskutiert über den Finanzminister.

Die FPÖ wird bei der heutigen Sondersitzung des Nationalrats einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) stellen. Die aufgetauchten Ermittlungsergebnisse der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zur Causa Casinos zeigten, dass die ÖVP seit vielen Jahren in einer sehr engen Beziehung zum Glücksspielkonzern Novomatic stehe, sagte der FPÖ-Abgeordnete im Ibiza-Untersuchungsausschuss



Hafenecker (F) misstraut Blümel

APA

Christian Hafenecker am Montag.

Blümel kenne Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann keineswegs nur „vom Wegschauen“, meinte Hafenecker. Stattdessen handle es sich um eine über die Jahre gewachsene enge Beziehung. Blümel sei in der

Glücksspielbranche „live dabei“ gewesen. Hafenecker will auch SMS und andere Chats von Blümel und Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im U-Ausschuss behandeln.

SPÖ BURGENLAND

Zuwander-Stopp

Die SPÖ Burgenland fordert aufgrund der Coronakrise einen Zuwanderungsstopp. Das Recht auf Asyl sei „unverhandelbar“, aber nun müsse man sich auf die Coronakrise konzentrieren, so Geschäftsführer Fürst.

UNI-GESETZ

Entschärft

Die in der Novelle zum Universitätsgesetz geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft: Statt der vorgesehenen 24 ECTS in den ersten zwei Studienjahren sollen nun 16 reichen.

"Kleine Zeitung" vom 19.01.2021 Seite: 14 Ressort: Österreich Steiermark

UNI-NOVELLE

Ausschluss vom Studium

Viele Debatten um Uni-Gesetz-Entwurf.

Am Wochenende endete die Begutachtungsfrist für die geplante Novelle zum Universitätsgesetz; mehr als 350 Stellungnahmen wurden abgegeben.

Umstritten sind vor allem drei Bereiche: Studierende sollen künftig in den ersten beiden Studienjahren eine Mindeststudienleistung (24 ECTS-Punkte) leisten müssen – etwa ein Fünftel dessen, was in dieser Zeit möglich wäre. Wenn nicht, sollen sie vom Studium für zehn Jahre ausgeschlossen werden. Kritisiert wird, dass dies zu großen Härten führen könnte, etwa bei Berufstätigkeit oder Betreuungspflichten. Die Rektorate sind dafür, Studierende-, Mittelbau- und Professorenvertreter dagegen. Die Kunstunis (die völlig andere Verhältnisse haben) wollen hier ausgenommen werden. Widerstand gibt es auch zu den Kompetenzverschiebungen zwischen den drei Leitungsgremien an den Unis. Die Rektorate sollen hier gegenüber den Senaten (Vertreter der Uni) gestärkt werden. So soll die Amtsverlängerung eines Rektors am Senat vorbei möglich werden. Auch bei der Erstellung von Studien- und Lehrplänen soll das Rektorat stärker eingreifen können.

Umstritten ist auch die Neuregelung der sogenannten „Kettenverträge“, eine Besonderheit im universitären Raum. Betroffen sind hier der wissenschaftliche Nachwuchs und die Lektoren. Fix ist nun, dass aktive Politiker nicht mehr in die Aufsichtsgremien entsandt werden dürfen.



was heute von jungen Menschen geleistet wird – Stichworte Internationalisierung, Wettbewerb, Zusatzqualifikationen. Auch international sind viele Absolventen gefragt.

Es ist Exzellenz und Wissenschaftlichkeit gefordert, denn Universitäten müssen definitionsgemäß die Spitze anstreben und zur Spitze hin ausbilden. Aber nur ein kleiner Prozentsatz der Studierenden ist zum Wissenschaftler geboren und kann als solcher später Platz finden. Der weit größere Teil der Studierenden will eine solide (Aus-)Bildung, die am Arbeitsmarkt gefragt ist.

Und noch ein Aspekt: In Krisenzeiten werden die Universitäten – politisch gewollt – gern als Weiterbildungs- und Umschulungsstätten herangezogen und verschleiern damit Arbeitslosenraten bzw. mildern die gesellschaftlichen Folgen von Krisen.

Soll man da dann nicht gleich auf Diplom- und Bachelorarbeiten verzichten? Da ist Vorsicht angebracht, wie Experten fin-

den: Eine Bachelorarbeit ist in Zeiten der Massenstudien und dichten Lehrpläne oft das einzige Mal, dass ein Student selbstständig arbeiten muss.

Studium ist ja nicht Studium – es herrschen krasse Unterschiede im tertiären System. So gibt es beinahe ideale Verhältnisse mit Einzelunterricht und Kleingruppen an den Kunstunis. Musikstudenten aus aller Welt kommen nach Österreich – ein beinhartes Ausleseverfahren trennt hier allerdings gnadenlos Spreu vom Weizen.

Bei den universitären Massenfächern sind hingegen heute Multiple-Choice-Verfahren üblich, der Kontakt zu den Lehrenden ist oft sehr bescheiden. Und intensive Bachelor-Arbeit-Betreuung? Kaum möglich.

Wieder völlig anders die Situationen an den technischen Universitäten: Die angegliederten Forschungszentren in Kooperation mit der Industrie führen zu einer Verschränkung mit der Praxis – und zu quasi paradiesischen Zuständen bei den Be-

treuungsrelationen. Dieser sogenannte Drittmittelbereich hat längst eine bedeutende Größe erreicht und ist ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb.

Medizin-Unis ähneln beim Aufnahmeverfahren und strukturell den Fachhochschulen – jeder Studienplatz ist garantiert, die Studierenden werden intensiv begleitet, Ausfälle und Studienabbrecher sind selten.

Die Institutionen stehen umgekehrt selbst im internationalen Wettbewerb. Aber da zählt wiederum fast nur die Forschungsleistung, die Zahl und Güte der Publikationen und die Relevanz der Arbeiten.

Die Gesellschaft will alles: Alle sollen an Weltspitzen-Unis gratis studieren können. Alle sollen erfolgreich und rasch durchgeschleust werden. Und dann als kleine, feine Elite mit einem Titel herauspurzeln. Und das alles kostengünstig. Kein Wunder, dass dieser Spagat zwischen den Massen und dem Doktorideal nicht immer perfekt gelingt.

UNI-NOVELLE

Ausschluss vom Studium

Viele Debatten um Uni-Gesetz-Entwurf.

Am Wochenende endete die Begutachtungsfrist für die geplante Novelle zum Universitätsgesetz; mehr als 350 Stellungnahmen wurden abgegeben.

Umstritten sind vor allem drei Bereiche: Studierende sollen künftig in den ersten beiden Studienjahren eine Mindeststudienleistung (24 ECTS-Punkte) leisten müssen – etwa ein Fünftel dessen, was in dieser Zeit möglich wäre. Wenn nicht, sollen sie vom Studium für zehn Jahre ausgeschlossen werden. Kritisiert wird, dass dies zu großen Härten führen könnte, etwa bei Berufstätigkeit oder Betreuungspflichten. Die Rektorate sind dafür, Studierende-, Mittelbau- und Professorenvertreter dagegen. Die Kunstunis (die völlig andere Verhältnisse haben) wollen hier ausgenommen werden. Widerstand gibt es auch zu den Kompetenzverschiebungen zwischen den drei Leitungsgremien an den Unis. Die Rektorate sollen hier gegenüber den Senaten (Vertreter der Uni) gestärkt werden. So soll die Amtsverlängerung eines Rektors am Senat vorbei möglich werden. Auch bei der Erstellung von Studien- und Lehrplänen soll das Rektorat stärker eingreifen können.

Umstritten ist auch die Neuregelung der sogenannten „Kettenverträge“, eine Besonderheit im universitären Raum. Betroffen sind hier der wissenschaftliche Nachwuchs und die Lektoren. Fix ist nun, dass aktive Politiker nicht mehr in die Aufsichtsgremien entsandt werden dürfen.

"Kleine Zeitung" vom 14.01.2021 Seite: 6 Ressort: Politik Von: Michael Jungwirth Steiermark

„Ein paar Tage Homeoffice werden zur Normalität“

Martin Kocher glaubt nicht, dass er sich als neuer ÖVP-Arbeitsminister verbiegen muss. Der Ökonom sieht sich auch nicht in der Rolle eines Superministers.

Sie sind von der Wissenschaft in die Politik gewechselt. Werden wir schonungslose Analysen aus Ihrem Mund jetzt nicht mehr hören?

Martin KOCHER: Na ja, die waren auch bisher nicht schonungslos. Es gibt nicht die reine Lehre. Der Experte hat den Vorteil, dass er sich kein Werturteil leisten muss. Die Analyse ist nur der erste Schritt. Der zweite Schritt wird sicher schwieriger für mich, denn ich bin es nicht gewohnt, politische Mehrheiten zu suchen.

Sie müssen auf politische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Müssen Sie sich da in neuer Zurückhaltung üben?

Auch als Experte sollte man sich, wenn man ein Institut leitet, in Zurückhaltung üben. Das spielt jetzt eine noch stärkere Rolle, das sollte mich nicht bei der Analyse einschränken. Der Vorteil beim Thema Arbeitsmarkt ist allerdings, dass bei der Analyse und beim Ziel, nämlich Vollbeschäftigung, Konsens herrscht. Die Ideologie, die sonst eine Rolle spielt, steht nicht so im Vordergrund.

Sonja Hammerschmid, die ehemalige Rektorin der Veterinär-Uni, kam auch aus der Wissenschaft. Für sie war die Parteilogik die größte Herausforderung.

Da habe ich einen Vorteil. Beim Arbeitsmarkt herrscht große Einigkeit. Noch dazu habe ich in einem Umfeld gearbeitet, das sehr politiknahe war. Ich weiß, wie politische Prozesse ablaufen, aber natürlich gibt es für mich noch viel zu lernen.

Haben Sie sich eine gewisse Unabhängigkeit ausgehandelt? Werden Sie der ÖVP beitreten?

Wir haben natürlich über die Rahmenbedingungen gesprochen. Es war gerade der Wunsch des Kanzlers, dass ich meine Expertise einbringe. Es war nie von einer ÖVP-Mitgliedschaft die Rede. Das bleibt mir vorbehalten.

Wären Sie nicht lieber Superminister geworden, verantwortlich für Arbeit, Wirtschaft, Finanzen?

Nein, ich werde mich stark auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Es wird natürlich Gespräche zwischen den genannten Ministerien geben, um gemeinsam einen Plan zu entwickeln, um aus der Krise rauszukommen. Ich bin ehrlich gesagt sehr froh, dass ich mich auf einen Bereich konzentrieren kann, der noch handhabbar ist – als Rookie im Team. Ein Superministerium hätte ich mir nicht zugetraut, dazu bräuchte man politische Erfahrung. Man muss nur nach Deutschland schauen, um zu sehen, wie schwer sich Superminister Wolfgang Clement getan hat.

Wären Sie in die Regierung gegangen, wenn Kurz mit der FPÖ koalitiert hätte?

Ich weiß es nicht. Die jetzige Konstellation fällt mir leichter.

Sie wollen jetzt bald ein Homeoffice-Gesetz präsentieren. Peilen Sie eine permanente Regelung an, etwa für Menschen mit Kindern?

Solange zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Einigkeit herrscht, kann man über verschiedene Modelle diskutieren. Die große Frage wird sein, wer Anspruch darauf hat, wer die Kosten übernimmt, was steuerlich absetzbar ist, was der Unternehmer, was der Arbeitnehmer leisten muss.

Wären zwei, drei Tage Homeoffice pro Woche nicht auch ökologisch sehr sinnvoll?

Homeoffice ist nicht überall möglich, aber ich glaube, es wird zur neuen Normalität werden, dass die Leute einige Tage im Office und die anderen im Homeoffice sitzen. Auch Unternehmen haben

ein Interesse daran. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll. Studien besagen, dass das Pendeln stark das Wohlbefinden beeinträchtigt. Leute, die mehr pendeln, sind unglücklicher, egal, ob sie öffentlich unterwegs sind oder mit dem Auto im Stau stehen.

Viele Unternehmer suchen händeringend Beschäftigte, finden aber niemanden. Da heißt es, schuld sei die Kurzarbeit, die eine Komfortzone sei.

Es stimmt, dass die Kurzarbeit die Struktur am Arbeitsmarkt konserviert und dazu geführt hat, dass Menschen nicht wechseln. Das ist auch verständlich, denn das Ziel ist, dass die Leute in der Beschäftigung bleiben. Wegen der Knappheit in gewissen Segmenten des Arbeitsmarktes und der hohen Arbeitslosigkeit muss die Kurzarbeit, wenn die Gesundheitskrise bewältigt ist, in der jetzigen Form zu Ende gehen. Wann das genau ist, wissen wir nicht. Kurzarbeit in der Breitflächigkeit ist keine Dauerlösung.

Die Regelung läuft im März aus, die Pandemie ist dann vorbei?

Wir werden sehen, wie schnell es mit den Impfungen vorangeht, wie sich die Infektionszahlen entwickeln, aber natürlich müssen wir uns auf eine Verlängerung vorbereiten. Wie sie im Detail aussieht, wird sehr stark von den Öffnungsschritten, den Infektionszahlen, der Mutation abhängig sein.

Wie lange kann sich der Staat das noch leisten?

Wir müssen uns das leisten, denn die Alternative ist die Arbeitslosigkeit. Diese ist noch kostspieliger und hat langfristig noch negativere Folgen. Im Moment gibt es keine Alternative.

Auch nicht zur milliardenschweren Finanzspritze für Unternehmen?

Wäre man zurückhaltend geblieben und hätte man den Betrieben nicht die Liquidität bereitgestellt, dann hätten wir nicht nur eine Massenarbeitslosigkeit, sondern auch ein Unternehmenssterben gehabt. Das hätte viel wirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Da ist es besser, Strukturen mit den Hilfen zu konservieren, einzufrieren.

Rechnen Sie mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenn die Kurzarbeit beendet ist?

Ich bin optimistisch, dass es nur wenige betrifft. 94,5 Prozent der Leute, die im April in Kurzarbeit gekommen sind, waren im Herbst immer noch beschäftigt. Wenn die Unternehmen glauben, dass es später nicht besser wird, hätten sie die Leute nicht zur Kurzarbeit angemeldet.

Auch angesichts der Insolvenzfälle?

Auch da hoffe ich, dass es keine große Welle geben wird. Es wird einen Nachholeffekt geben. Da geht es um Stundungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, es darf keinen Kippeffekt geben, aber das ist nicht mein Ressort.

In Österreich sind die Lohnnebenkosten besonders hoch. Sollten diese durch eine CO₂-Abgabe ersetzt werden?

Unsere Steuerstruktur ist nicht optimal, die Steuerbelastung insgesamt zu hoch, wir sind einer der Spitzenreiter in Europa. Möchte man aus Gründen des Klimaschutzes die Bepreisung von CO₂ einführen, sollen anderswo Steuern gesenkt werden.

Sie waren bisher immer für eine CO₂-Bepreisung?

Die Regierung hat sich zum Pariser Klimaabkommen bekannt, das sehr ambitioniert ist. Die Frage ist, wie man dorthin kommt. Es gibt kein Allheilmittel. Wir brauchen einen Mix an Maßnahmen. Es sollten Dinge, die zu stark gefördert werden und klimaschädlich sind, zurückgefahren werden. Der letzte Punkt ist die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes. Wir haben das Problem, dass der Rückgang der Emissionen nicht stark genug ist, weil die privaten Haushalte durch ihr Mobilitäts- und Bauverhalten nicht genug Reduktion zustande bringen. Es muss eine Veränderung im Verhalten geben, was ich konsumiere, welches Auto ich kaufe.

Haben die Grünen mit Ihnen einen neuen Bündnispartner?

Ich weiß nicht, ob die Grünen so glücklich mit der CO2-Bepreisung sind, diese belastet die Geringverdiener stärker.

Sie wollen sich zur Migration nicht zu Wort melden, weil das nicht Ihr Ressort ist. Was halten Sie von der Abschiebung von Lehrlingen mit negativem Verfahren?

Wer in Österreich integriert werden soll, muss rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das gilt auch für Asylberechtigte, im Unterschied zu Asylwerbern. Man muss Migration und Asyl streng voneinander trennen. Wir haben immer eine hochideologisierte Diskussion, man muss pragmatischer sein. Wir werden weiterhin Zuwanderer brauchen, etwa im Bereich der Pflege oder IT. Wenn wir nicht attraktiv sind, haben wir ein Problem.

Sie laufen Marathon. Wollen Sie komplett in die Politik wechseln?

Ich habe mir darüber noch keine Gedanken gemacht. Das Ziel ist die laufende Legislaturperiode, aber man weiß, wie schnell sich die Dinge in der Politik ändern können. Wir haben mit Alexander Van der Bellen jemanden, der nach seinem politischen Engagement als Chef der Grünen wieder in die Wissenschaft zurückgekehrt ist.

Das heißt nicht, dass Sie eines Tages Bundespräsident werden wollen?

Nein, bitte interpretieren Sie mich nicht falsch.

AUSTRO CONTROL

Kathrin Glock abberufen

Grund: „Geringschätzung des U-Ausschusses“.

Die unter Norbert Hofer (FPÖ) zur Aufsichtsrätin der für die Flugsicherheit zuständigen Austro Control ernannte Kathrin Glock wurde „mit sofortiger Wirkung abberufen“. Diese Entscheidung verkündete die zuständige Ministerin Leonore Gewessler (Grüne) per Aussendung. Grund für diese Entscheidung sei die „Geringschätzung gegenüber einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss“, die die Frau des Waffenproduzenten Gaston Glock bei ihrer Befragung im Ibiza-U-Ausschuss am Dienstag an den Tag gelegt habe. Eine halbe Stunde nach der Aussendung ließ Glock über die Pressestelle des Kärntner Waffenherstellers erklären, dass sie keine Zeit mehr für die Kontrolltätigkeit in der Flugsicherheitsbehörde habe. Den freigebliebenen Sitz im Aufsichtsrat wird künftig Sektionschefin Judith Engel innehaben. Glock selbst hat indes Revision gegen die über sie verhängte Beugestrafe eingelegt. Weil sie eine Befragung zunächst verweigert hatte, muss sie 2000 Euro zahlen.

IBIZA-VIDEO

Abgeordnete werden gescannt

Bei der Vorführung des Ibiza-Videos für den U-Ausschuss kommende Woche gibt es strenge Sicherheitsvorkehrungen für die Abgeordneten. So werden diese per Scanner auf verbotene Mobiltelefone durchsucht. Notwendig ist dies, da das Beweisstück der Sicherheitsstufe 4 unterliegt und somit „streng geheim“ ist.

INTERVIEW. Martin Kocher glaubt nicht, dass er sich als neuer ÖVP-Arbeitsminister verbiegen muss. Der Ökonom sieht sich auch nicht in der Rolle eines Superministers.

Von Michael Jungwirth

Sie sind von der Wissenschaft in die Politik gewechselt. Werden wir schonungslose Analysen aus Ihrem Mund jetzt nicht mehr hören?

MARTIN KOCHER: Na ja, die waren auch bisher nicht schonungslos. Es gibt nicht die reine Lehre. Der Experte hat den Vorteil, dass er sich kein Werturteil leisten muss. Die Analyse ist nur der erste Schritt. Der zweite Schritt wird sicher schwieriger für mich, denn ich bin es nicht gewohnt, politische Mehrheiten zu suchen.

Sie müssen auf politische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Müssen Sie sich da in neuer Zurückhaltung üben?

Auch als Experte sollte man sich, wenn man ein Institut leitet, in Zurückhaltung üben. Das spielt jetzt eine noch stärkere Rolle, das sollte mich nicht bei der Analyse einschränken. Der Vorteil beim Thema Arbeitsmarkt ist allerdings, dass bei der Analyse und beim Ziel, nämlich Vollbeschäftigung, Konsens herrscht. Die Ideologie, die sonst eine Rolle spielt, steht nicht so im Vordergrund.

Sonja Hammerschmid, die ehemalige Rektorin der Veterinär-Uni, kam auch aus der Wissenschaft. Für sie war die Parteilogik die größte Herausforderung.

Da habe ich einen Vorteil. Beim Arbeitsmarkt herrscht große Einigkeit. Noch dazu habe ich in einem Umfeld gearbeitet, das sehr politiknahe war. Ich weiß, wie politische Prozesse ablaufen, aber natürlich gibt es für mich noch viel zu lernen.

Haben Sie sich eine gewisse



Die Kurzarbeit konserviert die Struktur am Arbeitsmarkt: Martin Kocher

KURIER/FRANZ GRUBER

Unabhängigkeit ausgehandelt? Werden Sie der ÖVP beitreten?

Wir haben natürlich über die Rahmenbedingungen gesprochen. Es war gerade der Wunsch des Kanzlers, dass ich meine Expertise einbringe. Es war nie von einer ÖVP-Mitgliedschaft die Rede. Das bleibt mir vorbehalten.

Wären Sie nicht lieber Superminister geworden, verantwortlich für Arbeit, Wirtschaft, Finanzen?

Nein, ich werde mich stark auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Es wird natürlich Gespräche zwischen den genannten Ministerien geben, um gemeinsam einen Plan zu entwickeln, um aus der Krise rauszukommen. Ich bin ehrlich gesagt sehr froh, dass ich mich auf einen Bereich konzentrieren kann, der noch handhabbar ist – als Rookie im Team. Ein Superministerium hätte ich mir nicht zugeutraut, dazu bräuchte man politische Erfahrung. Man muss nur

nach Deutschland schauen, um zu sehen, wie schwer sich Superminister Wolfgang Clement getan hat.

Wären Sie in die Regierung gegangen, wenn Kurz mit der FPÖ koalitiert hätte?

Ich weiß es nicht. Die jetzige Konstellation fällt mir leichter.

Sie wollen jetzt bald ein Homeoffice-Gesetz präsentieren. Peilen Sie eine permanente Regelung an, etwa für Menschen mit Kindern?

Solange zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Einigkeit herrscht, kann man über verschiedene Modelle diskutieren. Die große Frage wird sein, wer Anspruch darauf hat, wer die Kosten übernimmt, was steuerlich absetzbar ist, was der Unternehmer, was der Arbeitnehmer leisten muss.

Wären zwei, drei Tage Homeoffice pro Woche nicht auch ökologisch sehr sinnvoll?

„Ein paar Tage Homeoffice werden zur Normalität“



Homeoffice ist nicht überall möglich, aber ich glaube, es wird zur neuen Normalität werden, dass die Leute einige Tage im Office und die anderen im Homeoffice sitzen. Auch Unternehmen haben ein Interesse daran. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll. Studien besagen, dass das Pendeln stark das Wohlbefinden beeinträchtigt. Leute, die mehr pendeln, sind unglücklicher, egal, ob sie öffentlich unterwegs sind oder mit dem Auto im Stau stehen.

Viele Unternehmer suchen händeringend Beschäftigte, finden aber niemanden. Da heißt es, schuld sei die Kurzarbeit, die eine Komfortzone sei.

Es stimmt, dass die Kurzarbeit die Struktur am Arbeitsmarkt konserviert und dazu geführt hat, dass Menschen nicht wechseln. Das ist auch verständlich, denn das Ziel ist, dass die Leute in der Beschäftigung bleiben. Wegen der Knappheit in gewis-

sen Segmenten des Arbeitsmarktes und der hohen Arbeitslosigkeit muss die Kurzarbeit, wenn die Gesundheitskrise bewältigt ist, in der jetzigen Form zu Ende gehen. Wann das genau ist, wissen wir nicht. Kurzarbeit in der Breitflächigkeit ist keine Dauerlösung.

Die Regelung läuft im März aus, die Pandemie ist dann vorbei?

Wir werden sehen, wie schnell es mit den Impfungen vorangeht, wie sich die Infektionszahlen entwickeln, aber natürlich müssen wir uns auf eine Verlängerung vorbereiten. Wie sie im Detail aussieht, wird sehr stark von den Öffnungsschritten, den Infektionszahlen, der Mutation abhängig sein.

Wie lange kann sich der Staat das noch leisten?

Wir müssen uns das leisten, denn die Alternative ist die Arbeitslosigkeit. Diese ist noch kostspieliger und hat langfristig

noch negativere Folgen. Im Moment gibt es keine Alternative.

Auch nicht zur milliarden-schweren Finanzspritze für Unternehmen?

Wäre man zurückhaltend geblieben und hätte man den Betrieben nicht die Liquidität bereitgestellt, dann hätten wir nicht nur eine Massenarbeitslosigkeit, sondern auch ein Unternehmenssterben gehabt. Das hätte viel wirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Da ist es besser, Strukturen mit den Hilfen zu konservieren, einzufrieren.

Rechnen Sie mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenn die Kurzarbeit beendet ist?

Ich bin optimistisch, dass es nur wenige betrifft. 94,5 Prozent der Leute, die im April in Kurzarbeit gekommen sind, waren im Herbst immer noch beschäftigt. Wenn die Unternehmen glauben, dass es später nicht besser wird, hätten sie die Leute nicht zur Kurzarbeit angemeldet.

Auch angesichts der Insolvenz-fälle?

Auch da hoffe ich, dass es keine große Welle geben wird. Es wird einen Nachholeffekt geben. Da geht es um Stundungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, es darf keinen Kippeffekt geben, aber das ist nicht mein Ressort.

In Österreich sind die Lohnnebenkosten besonders hoch. Sollen diese durch eine CO₂-Abgabe ersetzt werden?

Unsere Steuerstruktur ist nicht optimal, die Steuerbelastung insgesamt zu hoch, wir sind einer der Spitzenreiter in Europa. Möchte man aus Gründen des Klimaschutzes die Bepreisung von CO₂ einführen, sollen anderswo Steuern gesenkt werden.

Sie waren bisher immer für eine CO₂-Bepreisung?

Die Regierung hat sich zum Pariser Klimaabkommen bekannt, das sehr ambitioniert ist. Die Frage ist, wie man dorthin kommt. Es gibt kein Allheilmittel. Wir brauchen einen Mix an

Maßnahmen. Es sollten Dinge, die zu stark gefördert werden und klimaschädlich sind, zurückgefahren werden. Der letzte Punkt ist die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes. Wir haben das Problem, dass der Rückgang der Emissionen nicht stark genug ist, weil die privaten Haushalte durch ihr Mobilitäts- und Bauverhalten nicht genug Reduktion zustande bringen. Es muss eine Veränderung im Verhalten geben, was ich konsumiere, welches Auto ich kaufe.

Haben die Grünen mit Ihnen einen neuen Bündnispartner?

Ich weiß nicht, ob die Grünen so glücklich mit der CO₂-Bepreisung sind, diese belastet die Geringverdiener stärker.

Sie wollen sich zur Migration nicht zu Wort melden, weil das nicht Ihr Ressort ist. Was halten Sie von der Abschiebung von Lehrlingen mit negativem Verfahren?

Wer in Österreich integriert werden soll, muss rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das gilt auch für Asylberechtigte, im Unterschied zu Asylwerbern. Man muss Migration und Asyl streng voneinander trennen. Wir haben immer eine hochideologisierte Diskussion, man muss pragmatischer sein. Wir werden weiterhin Zuwanderer brauchen, etwa im Bereich der Pflege oder IT. Wenn wir nicht attraktiv sind, haben wir ein Problem.

Sie laufen Marathon. Wollen Sie komplett in die Politik wechseln?

Ich habe mir darüber noch keine Gedanken gemacht. Das Ziel ist die laufende Legislaturperiode, aber man weiß, wie schnell sich die Dinge in der Politik ändern können. Wir haben mit Alexander Van der Bellen jemanden, der nach seinem politischen Engagement als Chef der Grünen wieder in die Wissenschaft zurückgekehrt ist.

Das heißt nicht, dass Sie eines Tages Bundespräsident werden wollen?

Nein, bitte interpretieren Sie mich nicht falsch.

"Kurier" vom 23.01.2021 Seite: 6 Ressort: Karriere

Nachgefragt

"Warum erntet die Uni-Novelle so viel Kritik, Herr Kröger?"

Odin Kröger ist einer von 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der einen offenen Brief gegen die Uni-Novelle unterschrieb. Warum?

KURIER: Das Uni-Gesetz aus dem Jahr 2002 wurde reformiert. Warum erntet das so viel Kritik?

Odin Kröger: Weil die Reform eine deutliche Verschlechterung der Studienbedingungen ist und eine Stärkung des Rektorats vorsieht, etwa das Recht, Richtlinien für Studienpläne zu erlassen. Damit wird in die bisherige Kompetenz der Senate eingegriffen. Zudem stellt das verschärfte Dienstrecht viele KollegInnen in der Wissenschaft vor existenzielle Sorgen.

Sind Sie auch von den Kettenverträgen betroffen?

Ich bin einerseits befristet in der Lehre tätig, meistens für das Sommersemester, und andererseits unbefristet in der Verwaltung der Uni Wien. Diese Kombination ist gar nicht so selten, weil sie mehr Planungssicherheit verschafft.

Neu ist die Mindeststudienleistung von 24 ECTS-Punkten in zwei Jahren. Das ist doch machbar.

Ja, es ist machbar. Aber der Wechsel an eine Hochschule ist auch ein Umbruch, der nicht immer glatt verläuft. Außerdem wird es schwer, zwei Studiengänge abzuschließen, die Regel gilt pro Studium, zudem sind 65 Prozent der Studenten nebenbei berufstätig. ornella wächter

Odin Kröger arbeitet und lehrt am Institut für Philosophie der Universität Wien;

NACHGEFRAGT

„Warum erntet die Uni-Novelle so viel Kritik, Herr Kröger?“

Odin Kröger ist einer von 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der einen offenen Brief gegen die Uni-Novelle unterschrieb. Warum?

KURIER: Das Uni-Gesetz aus dem Jahr 2002 wurde reformiert. Warum erntet das so viel Kritik?

Odin Kröger: Weil die Reform eine deutliche Verschlechterung der Studienbedingungen ist und eine Stärkung des Rektorats vorsieht, etwa das Recht, Richtlinien für Studienpläne zu erlassen. Damit wird in die bisherige Kompetenz der Senate eingegriffen. Zudem stellt das verschärfte Dienstrecht viele KollegInnen in der Wissenschaft vor existenzielle Sorgen.

Sind Sie auch von den Kettenverträgen betroffen?

Ich bin einerseits befristet in der Lehre tätig, meistens für das Sommersemester, und andererseits unbefristet in der Verwaltung der Uni Wien. Diese Kombination ist gar nicht so selten, weil sie mehr Planungssicherheit verschafft.

Neu ist die Mindeststudienleistung von 24 ECTS-Punkten in zwei Jahren. Das ist doch machbar.

Ja, es ist machbar. Aber der Wechsel an eine Hochschule ist auch ein Umbruch, der nicht immer glatt verläuft. Außerdem wird es schwer, zwei Studiengänge abzuschließen, die Regel gilt pro Studium, zudem sind 65 Prozent der Studenten nebenbei berufstätig. – ORNELLA WÄCHTER



Odin Kröger arbeitet und lehrt am Institut für Philosophie der Universität Wien

EINGEORDNET

Arbeiter oder Angestellte?

Für Juni 2021 ist eine rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten geplant. Doch worin liegen die Unterschiede?

„Eine gesetzliche Regel dafür, wer Arbeiter ist, gibt es nicht, sie üben aber häufig manuelle Tätigkeiten aus. Arbeiter können Hilfsarbeiten ausüben oder als qualifizierte Facharbeiter tätig sein“, erklärt Arbeitsrechtsexpertin Sara Pöcheim von der Arbeiterkammer (AK). Aufgaben von Angestellten seien rechtlich definiert. Sie erledigen u. a. kaufmännische Dienste oder Kanzleiarbeiten. Die Unterscheidung der Arbeitnehmer in Angestellte und Arbeiter sei historisch gewachsen, so Pöcheim. Heute zeigt sich der Unterschied in formalen, rechtlichen Merkmalen. Für Angestellte gilt das Angestellten-Gesetz, für Arbeiter die Gewerbeordnung bzw. das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch. Unterschiedlich sind auch Entlassungsgründe oder Sonderzahlungen. Doch die Unterschiede werden weniger. „2018 wurden die Dauer der Entgeltfortzahlung im Krankenstand und die Dienstverhinderungsgründe gleichgesetzt.“ Im Juli 2021 erfolgt eine Harmonisierung der Kündigungstermine und -fristen. Bei Arbeitgeberkündigungen beträgt sie bei Angestellten bis zum vollendeten zweiten Dienstjahr sechs Wochen, bei Arbeitern – sofern nicht vertraglich geregelt – zwei Wochen. Ab Juni gelten für Arbeiter dieselben Kündigungstermine und -fristen wie bei Angestellten. – OW

NEU AM MARKT



Die Bäckerei Ankerbrot feiert 130 Jahre Firmengeschichte und kreierte dafür das „Süße Anker!“, erhältlich in allen Filialen



Mit der gelben Isolierflasche von Zandiara kann man nichts falsch machen. Denn „Illuminating Gelb“ ist eine der Farben des Jahres 2021



Bei Tom Ford Eyewear setzt man bei der Frühjahrskollektion auf bewährte Formen aus den 50-ern und 70-ern



Pernod Ricard Austria erweitert sein Portfolio um ein neues, alkoholfreies Wacholder-Destillat mit dem Namen Ceder's



Was gegen den Lagerkoller hilft: Bananenbrot! Mit dem Just-Spice-Gewürzmix aus Mandeln, Banane, Kakao und Zimt hilft es noch besser

"Kronen Zeitung" vom 14.01.2021 Seite: 10 Ressort: Politik Von: Doris Vettermann Bgld, Ktn, Wi, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg

Der neue Arbeitsminister Martin Kocher über seinen Wechsel vom externen Experten in die Politik Er ist für eine generelle Reform des Arbeitslosengeldes

„Ich behalte mir vor, eine eigene Meinung zu haben“

Das Büro im zehnten Stock des Arbeitsministeriums am Wiener Donaukanal kennt Martin Kocher gut, als Uni-Professor und Chef des Instituts für Höhere Studien war er oft hier. An die Anrede „Herr Minister“ hat er sich jedoch noch nicht gewöhnt. Was auffällt: Kocher spricht nicht in typischen Politiker-Floskeln. Noch nicht?

Gut gelaunt, ernst, nachdenklich, bestimmt: Der neue Arbeitsminister Martin Kocher spricht über seinen Handlungsspielraum, das Homeoffice-Gesetz, Arbeitszeit und Wachstum.

Herr Minister, hat es in Ihrem Umfeld auch warnende Stimmen gegeben, die Ihnen geraten haben, den Posten nicht anzunehmen?

Da gab es viele, aber auch viele, die gesagt haben, „super, dass du das machst“. Es ist immer ein Wagnis, sich aus der Komfortzone zu begeben, und für mich ist das ein großer Schritt heraus aus der Komfortzone. Aber ich finde es interessant, das gelegentlich zu machen, und ich bin zu jung, um die Tage bis zur Pension zu zählen.

Hätten Sie den Job auch in der ÖVP-FPÖ-Koalition übernommen?

Das kann ich nicht sagen. In dieser Konstellation fällt es mir aber leichter.

Pamela Rendi-Wagner ist kurz vor Ihrer Angelobung als Gesundheitsministerin im Jahr 2017 noch schnell SPÖ-Mitglied geworden. Wann werden Sie ein türkises Parteibuch haben?

Darüber haben der Kanzler und ich überhaupt nicht gesprochen. Ich habe derzeit auch nicht vor, Parteimitglied zu werden. Das heißt nicht, dass es ausgeschlossen ist, aber es gibt im Moment keinen Anlass dafür.

Wie lange wird es dauern, bis wir bei der Arbeitslosigkeit das ohnehin hohe Vorkrisenniveau wieder erreichen?

Das wird bestimmt einige Jahre dauern. Entscheidend wird sein, ob wir es schaffen, Wachstum und den Standort zu stärken, wenn die Gesundheitskrise vorbei ist. Ein Prozent mehr Wachstum bringt extrem viel Beschäftigung. Wenn uns das gelingt, kann es durchaus auch etwas schneller gehen.

Der Finanzminister hat gesagt: „Koste es, was es wolle.“ ist das auch Ihr Motto?

Da habe ich kein Motto gewählt. Aber es gibt ein gutes Argument dafür, als Staat in Krisenzeiten als großer Rückversicherer aufzutreten. Deshalb macht es Sinn, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, aber es macht auch Sinn, in guten Zeiten sparsamer zu sein. Der Schuldenstand ist im Moment kein großes Problem.

Die Pandemie dauert nun schon zehn Monate, viele Personen sind ebenso lang im Homeoffice. Dennoch ist das entsprechende Gesetz noch immer nicht fertig. Können Sie die heftige Kritik an dieser Verzögerung nachvollziehen?

Die Gespräche sind schon weit gediehen, ich hoffe, dass wir in den kommenden Wochen eine Regelung vorlegen können. Man hat es bisher durch viel Pragmatismus geschafft, die Regeln nicht so streng auszulegen, und es hat ganz gut funktioniert. Aber es muss jetzt klarerweise eine Regelung geben. Vor allem weil es eine stärkere Nachfrage nach Homeoffice geben wird, auch wenn die Pandemie vorbei ist.

Sie sind als Minister nun auch mit politischen Forderungen konfrontiert, etwa jener nach einer Arbeitszeitverkürzung. Ist das für Sie ein probates Mittel in der Krise?

Dies kann in einzelnen Branchen sinnvoll sein und existiert in Kollektivverträgen auch bereits. Aber ich denke, dass das als generelles Mittel nicht funktioniert. Es wäre sogar gefährlich, weil die Lohnkosten steigen, und das ist vor allem für jene Bereiche kritisch, die von der Automatisierung betroffen sind. Wir wollen nicht, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden.

Sind Sie eigentlich für die Sonntagsöffnung?

Das steht aus meiner Sicht nicht an. Aber wir müssen uns nach der Krise Gedanken darüber machen, wie wir den Standort attraktiv gestalten. Die Öffnungszeiten sind dabei ein Punkt. Es gibt viele Regeln, die einengen.

Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Das haben Sie derzeit schon abgelehnt. Aber wann sollte es denn eine Debatte darüber geben?

Die große Gefahr einer Erhöhung ist, dass sie nicht rückgängig gemacht werden kann. Daher würde ich für eine generelle Reform des Arbeitslosengeldes plädieren. Das ist zwar nicht im Koalitionsvertrag festgehalten, aber es gibt einen Hinweis, dass man sich das anschauen sollte. Es gibt Modelle in anderen Ländern, wonach es am Anfang höhere Entschädigungen gibt und diese dann abnehmen. In Österreich sind wir relativ großzügig bei der Dauer, was dazu führt, dass einige Leute zu lange warten, bis sie sich intensiv auf die Suche nach einem neuen Job machen. Andererseits ist der Absturz zu Beginn von hundert auf 55 Prozent sehr groß. Ein degressives Modell macht Sinn – am Anfang mehr, dann weniger, man kann sich aber auch über Bonusmodelle unterhalten. Da sollte man eine ganz offene Diskussion führen.

Sie haben gerade selbst gesagt, dass dieser Punkt nicht im Regierungsprogramm, an das sich Türkis und Grün ja streng halten, steht. Wie viele Freiheiten, wie viel Handlungsspielraum haben Sie?

Ich habe viel Handlungsspielraum, aber natürlich leitet das Koalitionsabkommen die Arbeit. Es spricht jedoch nichts dagegen, hin und wieder über Dinge zu diskutieren. Da fühle ich mich nicht eingeschränkt.

Sie haben am Montag in der „ZIB 2“ gesagt, Sie stimmen mit „einigen Gedanken“ der ÖVP überein. Mit welchen nicht?

Wie viel Zeit haben Sie denn, damit wir das ganze Regierungsprogramm durchgehen? (lacht). Ich stehe hinter vielen Dingen, aber ich behalte mir vor, eine eigene Meinung zu haben.

Und diese dürfen Sie auch öffentlich kundtun?

Natürlich.

Auch in der Flüchtlingsfrage? Es gibt Initiativen, auch von ÖVP-Bürgermeistern, die Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufnehmen wollen. Wie stehen Sie dazu?

Ich möchte mich vor allem bei Themen zu Wort melden, bei denen ich Expertise habe. Das heißt nicht, dass ich kalt und gefühllos bin. Es sind sich alle einig, dass den Kindern geholfen werden muss. Die Frage ist, wie – und das ist nicht mein Ressort und auch nicht meine Expertise.

Bildungsminister Heinz Faßmann hat von Beginn an gesagt, er macht eine Legislaturperiode. Wie lange wollen Sie in der Politik zu bleiben?

Ich habe noch keine Zeit gehabt, mir darüber Gedanken zu machen. Prinzipiell bin ich jemand, der Sachen zu Ende bringen möchte, aber auch nicht jemand, der in der Position dann Jahrzehnte bleibt.

Das heißt, wenn die Krise vorbei ist, ist Ihre Aufgabe als Minister erledigt?

Dann ist ein wichtiger Schritt getan. Aber die Krise am Arbeitsmarkt wird erst in einigen Jahren vorbei sein. Dann sehen wir weiter.

Das Interview wurde gemeinsam mit den „Salzburger Nachrichten“ geführt.



Gut gelaunt, ernst, nachdenklich, bestimmt: Der neue Arbeitsminister Martin Kocher spricht über seinen Handlungsspielraum, das Homeoffice-Gesetz, Arbeitszeit und Wachstum.



Fotos: Klemens Groh

➤ Der neue Arbeitsminister Martin Kocher über seinen Wechsel vom externen

„Ich behalte mir vor, eine

Das Büro im zehnten Stock des Arbeitsministeriums am Wiener Donaukanal kennt Martin Kocher gut, als Uni-Professor und Chef des Instituts für Höhere Studien war er oft hier. An die Anrede „Herr Minister“ hat er sich jedoch noch nicht gewöhnt. Was auffällt: Kocher spricht nicht in typischen Politiker-Floskeln. Noch nicht?

Herr Minister, hat es in Ihrem Umfeld auch warnende Stimmen gegeben, die Ihnen geraten haben, den Posten nicht anzunehmen?

Da gab es viele, aber auch viele, die gesagt haben, „super, dass du das machst“. Es ist immer ein Wagnis, sich aus der Komfortzone zu begeben, und für mich ist das ein großer Schritt heraus aus der Komfortzone. Aber ich finde es interessant, das gelegentlich zu machen, und ich bin zu jung, um die Tage bis zur Pension zu zählen.

Hätten Sie den Job auch in der ÖVP-FPÖ-Koalition übernommen?

Das kann ich nicht sagen. In dieser Konstellation fällt es mir aber leichter.

Pamela Rendi-Wagner ist kurz vor Ihrer Angelobung als Gesundheitsministerin im Jahr

Interview

2017 noch schnell SPÖ-Mitglied geworden. Wann werden Sie ein türkises Parteibuch haben?

Darüber haben der Kanzler und ich überhaupt nicht gesprochen. Ich habe derzeit auch nicht vor, Parteimitglied zu werden. Das heißt nicht, dass es ausgeschlossen ist, aber es gibt im Moment keinen Anlass dafür.

Wie lange wird es dauern, bis wir bei der Arbeitslosigkeit das ohnehin hohe Vorkrisenniveau wieder erreichen?

Das wird bestimmt einige Jahre dauern. Entscheidend wird sein, ob wir es schaffen, Wachstum und den Standort zu stärken, wenn die Gesund-

heitskrise vorbei ist. Ein Prozent mehr Wachstum bringt extrem viel Beschäftigung. Wenn uns das gelingt, kann es durchaus auch etwas schneller gehen.

Der Finanzminister hat gesagt: „Koste es, was es wolle.“ ist das auch Ihr Motto?

Da habe ich kein Motto gewählt. Aber es gibt ein gutes Argument dafür, als Staat in Krisenzeiten als großer Rückversicherer aufzutreten. Deshalb macht es Sinn, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, aber es macht auch Sinn, in guten Zeiten sparsamer zu sein. Der Schuldenstand ist im Moment kein großes Problem.

Die Pandemie dauert nun schon zehn Monate, viele Personen sind ebenso lang im Homeoffice. Dennoch ist das entsprechende Gesetz noch im-

Ich habe derzeit nicht vor, ÖVP-Parteimitglied zu werden. Im Moment gibt es keinen Anlass dafür.

mer nicht fertig. Können Sie die heftige Kritik an dieser Verzögerung nachvollziehen?

Die Gespräche sind schon weit gediehen, ich hoffe, dass wir in den kommenden Wochen eine Regelung vorlegen können. Man hat es bisher durch viel Pragmatismus geschafft, die Regeln nicht so streng auszulegen, und es hat ganz gut funktioniert. Aber es muss jetzt klarerweise eine Regelung geben. Vor allem weil es eine stärkere Nachfrage nach Homeoffice geben wird, auch wenn die Pandemie vorbei ist.

Sie sind als Minister nun auch mit politischen Forderungen konfrontiert, etwa jener nach einer Arbeitszeitverkürzung. Ist das für Sie ein probates Mittel in der Krise?

Dies kann in einzelnen Branchen sinnvoll sein und existiert in Kollektivverträgen auch bereits. Aber ich denke, dass das als generelles Mittel nicht funktioniert. Es wäre sogar gefährlich, weil die Lohnkosten steigen, und das ist vor allem für jene Be-

Experten in die Politik ➤ Er ist für eine generelle Reform des Arbeitslosengeldes

eigene Meinung zu haben“

reiche kritisch, die von der Automatisierung betroffen sind. Wir wollen nicht, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden.

Sind Sie eigentlich für die Sonntagsöffnung?

Das steht aus meiner Sicht nicht an. Aber wir müssen uns nach der Krise Gedanken darüber machen, wie wir den Standort attraktiv gestalten. Die Öffnungszeiten sind dabei ein Punkt. Es gibt viele Regeln, die einengen.

Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Das haben Sie derzeit schon abgelehnt. Aber wann sollte es denn eine Debatte darüber geben?

Die große Gefahr einer Erhöhung ist, dass sie nicht rückgängig gemacht werden kann. Daher würde ich für eine generelle Reform des Arbeitslosengeldes plädieren. Das ist zwar nicht im Koalitionsvertrag festgehalten, aber es gibt einen Hinweis, dass man sich das anschauen sollte. Es gibt Modelle in anderen Ländern, wonach es

am Anfang höhere Entschädigungen gibt und diese dann abnehmen. In Österreich sind wir relativ großzügig bei der Dauer, was dazu führt, dass einige Leute zu lange warten, bis sie sich intensiv auf die Suche nach einem neuen Job machen. Andererseits ist der Absturz zu Beginn von hundert auf 55 Prozent sehr groß. Ein degressives Modell macht Sinn – am Anfang mehr, dann weniger, man kann sich aber auch über Bonusmodelle unterhalten. Da sollte man eine ganz offene Diskussion führen.

Sie haben gerade selbst gesagt, dass dieser Punkt nicht im Regierungsprogramm, an das sich Türkis und Grün ja streng halten, steht. Wie viele Freiheiten, wie viel Handlungsspielraum haben Sie?

Ich habe viel Handlungsspielraum, aber natürlich leitet das Koalitionsabkommen die Arbeit. Es spricht jedoch nichts dagegen, hin und wieder über Dinge zu diskutieren. Da fühle ich mich nicht eingeschränkt.

Ich würde für eine generelle Reform des Arbeitslosengeldes plädieren. Am Anfang mehr, dann weniger Unterstützung wäre eine mögliche Variante.

Sie haben am Montag in der „ZIB 2“ gesagt, Sie stimmen mit „einigen Gedanken“ der ÖVP überein. Mit welchen nicht?

Wie viel Zeit haben Sie denn, damit wir das ganze Regierungsprogramm durchgehen? (lacht). Ich stehe hinter vielen Dingen, aber ich behalte mir vor, eine eigene Meinung zu haben.

Und diese dürfen Sie auch öffentlich kundtun?

Natürlich. Auch in der Flüchtlingsfrage? Es gibt Initiativen, auch von ÖVP-Bürgermeistern, die Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufnehmen wollen. Wie stehen Sie dazu?

Ich möchte mich vor allem

bei Themen zu Wort melden, bei denen ich Expertise habe. Das heißt nicht, dass ich kalt und gefühllos bin. Es sind sich alle einig, dass den Kindern geholfen werden muss. Die Frage ist, wie – und das ist nicht mein Ressort und auch nicht meine Expertise.

Bildungsminister Heinz Faßmann hat von Beginn an gesagt, er macht eine Legislaturperiode. Wie lange wollen Sie in der Politik zu bleiben?

Ich habe noch keine Zeit gehabt, mir darüber Gedanken zu machen. Prinzipiell bin ich jemand, der Sachen zu Ende bringen möchte, aber auch nicht jemand, der in der Position dann Jahrzehnte bleibt.

Das heißt, wenn die Krise vorbei ist, ist Ihre Aufgabe als Minister erledigt?

Dann ist ein wichtiger Schritt getan. Aber die Krise am Arbeitsmarkt wird erst in einigen Jahren vorbei sein. Dann sehen wir weiter.

Doris Vettermann

Das Interview wurde gemeinsam mit den „Salzburger Nachrichten“ geführt.

"Kronen Zeitung" vom 12.01.2021 Seite: 1 Ressort: Seite1 Sbg

Studenten-Demo gegen Uni-Gesetz

200 Teilnehmer

Seiten 26/27

„Zahlen sind ein großes Rätsel“

BERICHT SEITEN 20/21

Dienstag, 12. Jänner 2021 € 1,50

**Kronen
Zeitung**
UNABHÄNGIG

Salzburg Krone

krone.at Ausgabe Nr. 21.817
Salzburg, Karolingerstraße 36, Redaktion:
☎ 05 7060-55 040, Abo: ☎ 05 7060-600

KINDER LEIDEN
**Ratlosigkeit bei
Rückkehr in Schule**

SEITEN 4/5

POSITIV-RATE SINKT
**Test-Stationen sind
wieder gut besucht**

SEITEN 22/23

200 TEILNEHMER
**Studenten-Demo
gegen Uni-Gesetz**

SEITEN 26/27



**Mit Lob
in harte
Aufgabe**



Mit Vorschusslorbeeren wurde gestern der neue Arbeitsminister Martin Kocher von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt. Auf den 47-jährigen Wirtschaftsprofessor warten unter anderem mit einer halben Million Arbeitslosen etliche Großbaustellen.
SEITEN 8/9

Foto: Dragan Tatic

SLALOM IN FLACHAU
**Ersten Heimsieg
seit 2011 im Visier**

Der Nachtslalom in Flachau steigt erstmals ohne Fans. Dafür peilt Katharina Liensberger den ersten ÖSV-Sieg seit Marlies Schild 2011 an.

SPORT

ANZEIGE

JETZT ZU GEWINNEN:

**41
MIO** ERWARTETE
GEWINNSUMME
**EURO
MILLIONEN**

spiele-mit-verantwortung.at

ANZEIGE

DAMIT'S WEITER
SPORTLN KINNT'S *Weitere Infos*

WWW.IKO-WORLD.AT

0662 - 660 663 69
sofort Abholung / Lieferung möglich

Mo - Fr 9.00 - 18.00 Uhr
Sa 9.00 - 17.00 Uhr



"Oberösterreichische Nachrichten" vom 16.01.2021 Seite: 2 Ressort: Politik Mühlviertler Nachrichten, Welser Zeitung, Innviertler Nachrichten, Linzer Nachrichten, Salzkammergut Nachrichten, Steyrer Zeitung

Uni-Gesetz: Viel Kritik an geplanter Änderung

Wien. VP-Bildungsminister Heinz Faßmann bekommt Gegenwind bei der geplanten Novelle des Universitätsorganisationsgesetzes. Gestern endete das Begutachtungsverfahren. Am meisten diskutiert wurde die Mindeststudienleistung für Studienanfänger. Sie sollte ab dem Wintersemester 2021/22 gelten. Eine Verschiebung wegen der Coronakrise ist laut Faßmann möglich.

CORONA | WARTEN AUF ENTSCHEIDUNGEN

KOMMENTAR

VON
WOLFGANG BRAUN

Retour von Wolke 7

Anfang April verzeichnete der regelmäßig erhobene APA/OGM-Vertrauensindex einen historischen Höchststand für die heimischen Regierungspolitiker. Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) segelte in den ersten Corona-Wochen gar auf einen Vertrauenswert von plus 51.

Die Koalition und ihre Vertrauenswerte

Das Hoch dauerte für Kurz, Ansober & Co bis in den Sommer hinein, aber seit Herbst sind alle wieder retour von Wolke 7.

Aktuell spiegelt der Index (siehe Seite 3) die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Corona-Management.

Bemerkenswert ist aber, dass die Werte der türkis-grünen Regierungsmitglieder im Schnitt immer noch höher sind als jene von Koalitionspolitikern früherer Jahre, und zweitens, dass aus den Reihen der Opposition kein klarer Herausforderer auf die Bühne drängt.

Die Koalition hat also viel von ihrem Kredit verschleudert, aber für die (hoffentlich) letzte Phase der Pandemie ist noch ein Bonus geblieben – weniger als ein sicherer Polster, aber auch mehr als bloß ein Notgroschen.

✉ w.braun@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Uni-Gesetz: Viel Kritik an geplanter Änderung



Foto: APA

WIEN. VP-Bildungsminister **Heinz Faßmann** bekommt Gegenwind bei der geplanten Novelle des Universitätsorganisationsgesetzes. Gestern endete das Begutachtungsverfahren. Am meisten diskutiert wurde die Mindeststudienleistung für Studienanfänger. Sie sollte ab dem Wintersemester 2021/22 gelten. Eine Verschiebung wegen der Corona-Krise ist laut Faßmann möglich.

Am meisten diskutiert wurde die Mindeststudienleistung für Studienanfänger. Sie sollte ab dem Wintersemester 2021/22 gelten. Eine Verschiebung wegen der Corona-Krise ist laut Faßmann möglich.

Terroranschlag in Wien: Zwischenbericht vorgelegt

WIEN. Im Geheimdienstsausschuss wurde am Freitag der Zwischenbericht der Untersuchungskommission zum Terroranschlag in Wien vorgelegt. Innenminister Karl Nehammer (VP) müsse Antworten liefern, hatte Neos-Wehrsprecher Douglas Hoyos gefordert. Nach der Sitzung zeigte er sich zufrieden. Sein Vertrauen in die Kommission sei noch gestiegen.

Österreicher befehligt die EU-Bosnien-Truppe

WIEN. Österreich stellt für ein weiteres Jahr den Kommandanten der EU-Stabilisierungstruppe in Bosnien-Herzegowina. Generalmajor Alexander Platzer aus Salzburg übernimmt die Führung vom Burgenländer Reinhard Trischak. Die Truppe besteht aus 600 Soldaten aus 19 Ländern, darunter 300 Österreicher.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit:
In kleinen Schritten aus dem Lockdown

Regierung und Landeshauptleute ringen um erste Öffnungsschritte ab 25. Jänner

VON LUCIAN MAYRINGER

WIEN. Es war wieder einmal ein Freitag, an dem Weichen in der Coronakrise gestellt wurden. Am Abend beriet Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) mit den Landeshauptleuten, wie es nach dem Ende des dritten Lockdowns ab 25. Jänner weitergehen soll. Das Treffen der Runde fand diesmal nicht virtuell per Video, sondern auf Einladung des steirischen LH-Vorsitzenden Hermann Schützenhöfer (VP) physisch im Palais Niederösterreich in Wien statt. Entscheidungen will man – nach weiteren Gesprächen der Regierung mit Sozialpartnern und Experten – im Laufe des Wochenendes, vermutlich am Sonntag, bekannt geben.

Die Eckpunkte zeichneten sich schon davor ab: Unter Hinweis auf die kaum absehbare Bedrohung durch die viel ansteckendere britische Virusvariante B.1.1.7 soll der Großteil der Einschränkungen verlängert werden. „Die Situation ist alarmierend, wir müssen sie sehr ernst nehmen“, schickte Gesundheitsminister Rudi Ansober (Grüne) voraus. Immerhin dürfte sich der Pessimismus des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig (SP) nicht erfüllen, der am Vormittag davon ausging, „dass es Verschärfungen gibt“.

FFP2-Masken werden wichtiger

Trotz stagnierender Infektionslage und schon 100 Verdachtsfällen für Ansteckungen mit dem britischen Virus soll als Erstes der Handel wieder vorsichtig öffnen dürfen, hieß es aus Regierungskreisen – mit verschärften Auflagen: In den Geschäften soll ein Mindestabstand von zwei Metern einzuhalten sein, worauf die maximale Kundenkapazität anzupassen wäre.

Personal wie Kunden müssen die hochwertigeren FFP2-Masken tragen. Unklar war, wer für die Beschaffung und Verteilung dieser Masken, die deutlich teurer als der einfache Mund-Nasen-Schutz



Echtes Treffen statt Videokonferenz: LH-Vorsitzender Schützenhöfer und Kanzler Kurz

Foto: APA

„SCHWIERIGSTE PHASE DER PANDEMIE“

■ Rund 100 „auf ganz Österreich verteilte“ Verdachtsfälle zur britischen Coronavirus-Mutation B.1.1.7 meldete **Gesundheitsminister Rudi Ansober** (Grüne). Für den **Mikrobiologen Andreas Bergthaler** wäre es „nicht überraschend“, wenn sich diese Variante, die um 50 bis 70 Prozent ansteckender sein soll als die Urform, „schon breitflächiger in Österreich befinden“ würde.

■ Innerhalb eines Monats müsse man mit einer Verachtfachung der Infektionsfälle rechnen, sagt Bergthaler. Aufspüren will man

diese über **Gensequenzierungen** von positiven PCR-Tests und **Abwasseranalysen** in Kläranlagen. In ganz Europa herrsche deshalb eine „sehr alarmierte Stimmung“, das gelte auch für Österreich, so Ansober. Wegen der höheren Übertragungslast steige auch das Risiko für Ältere und andere vulnerable Gruppen. Deshalb müsse man jetzt „die Bremse einlegen“. Bis Ostern sei „die schwierigste Phase der Pandemie“. Mittelfristig sei er „positiv gestimmt“, so der Minister, weil die Impfrate steige und das Wetter wieder wärmer wird.

sind, zu sorgen hat. Weshalb es etwa erst Anfang Februar zur Öffnung kommen könnte. Zur Anwendung könnten bereits die ebensetzlich verankerten Berufsgruppentests kommen, die auch für Mitarbeiter mit Kundenkontakt im Handel gelten sollen. Wo-

mit auch körpernahe Dienstleister wieder tätig werden könnten. Ebenfalls vor der Öffnung stehen die Schulen. Ab 25. Jänner ist bis zu den Semesterferien Schichtbetrieb in den Klassen und der freiwillige Selbsttest (oder Maskenpflicht) vorgesehen.

„Das ist unfassbar viel in einer Pandemie.“

■ **Rudi Ansober**, Gesundheitsminister (Grüne), über den Umstand, dass die Corona-Variante B.1.1.7 um bis zu 70 Prozent ansteckender sein soll als die Urform

Keine Signale für eine Öffnung gab es zuletzt trotz des Drängens von Branchenvertretern für die Gastronomie- und Tourismusbetriebe. Auch die Möglichkeit, Kultur- oder Sportveranstaltungen über das neue „Reintesten“ zu besuchen, soll aufgeschoben werden. Immerhin dürften die Skipisten offen bleiben. Auch die Einschränkungen im privaten Bereich dürften verlängert werden. Womit etwa die Ausgangsbeschränkungen (mit den bekanntesten Ausnahmen) aufrechtblieben. Ebenso wie die Regel für Privattreffen, bei denen nur eine haushaltsfremde Person empfangen werden darf.

Ziele bei den Corona-Zahlen derzeit außer Reichweite

Wieder mehr als 1500 Neuinfektionen am Freitag – Zahl der Todesfälle auf rund 7000 gestiegen

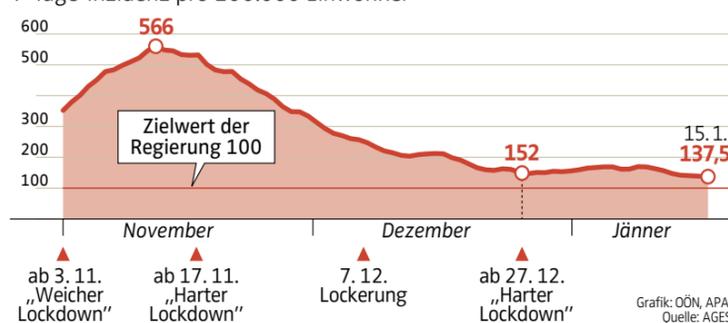
WIEN. Knapp drei Wochen nach Beginn des dritten harten Lockdowns in Österreich sind die Zahlen noch immer deutlich von den Zielen der Bundesregierung entfernt. Wie berichtet, sollte die Zahl der täglichen Neuinfektionen unter 1000 sinken, die Sieben-Tage-Inzidenz (Ansteckungen pro 100.000 Einwohner in einer Woche) unter 100 und die Zahl der Intensivpatienten auf 200.

Am Freitag meldeten Gesundheits- und Innenministerium 1528 Neuinfektionen binnen 24 Stunden, die Inzidenz lag bei 137,5, und 337 Patienten lagen auf einer Intensivstation.

Zwar gab es in den vergangenen Tagen Rückgänge bei wichtigen Kennzahlen. So sank die durchschnittliche Zahl der Neuinfektionen im Wochenvergleich unter 2000 – auf 1999 pro Tag. Bei den In-

CORONA-NEUINFESTIONEN IN ÖSTERREICH

7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner



Grafik: OÖN, APA, Quelle: AGES

tensivpatienten gab es binnen einer Woche ein Minus von neun Prozent. Das alles habe aber eher den Charakter einer Stagnation bzw. einer sogenannten Seitwärtsbewegung – die Ziele, etwa eine Inzidenz unter 100, scheinen derzeit außer Reichweite zu sein, heißt es in Re-

gierungskreisen. Was unter anderem an dem im Vergleich zum Frühjahr nicht ganz so strengen Lockdown, den niedrigen Temperaturen und der britischen Virusmutation liegen kann.

In Oberösterreich ist die Zahl der Intensivpatienten am Freitag von

57 auf 51 gesunken. Insgesamt werden derzeit 100 Intensivbetten für Corona-Patienten in den Spitälern vorgehalten. Ein aktueller Todesfall und fünf Nachmeldungen wurden vom Landes-Krisenstab gemeldet. Die Zahl der Corona-Todesfälle stieg somit auf insgesamt 1364.

Bundesweit dürfte wohl an diesem Wochenende die Marke von 7000 Corona-Todesopfern überschritten werden. Am Freitag stieg die Zahl um 66 auf 6987.

Bei der Sieben-Tage-Inzidenz lag Vorarlberg am besten mit 106,5 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche, vor dem Burgenland mit 106,6 und Tirol mit 108,6. Oberösterreich war an der sechsten Stelle (132,3). Die mit Abstand höchste Inzidenz hatte Salzburg mit 256,8.

"Die Presse" vom 20.01.2021 Seite: 12 Ressort: Bi Österreich, Abend, Österreich, Niederösterreich, Morgen

Rektoren gegen zehnjährige Sperre

Die Änderungen im Uni-Gesetz sorgen weiter für Kritik.

Wien. Die geplanten Neuerungen im Universitätsgesetz sorgen auch nach Ende der Begutachtungsfrist weiter für Diskussionen. Selbst die Universitätenkonferenz (Uniko), die grundsätzlich für die Einführung einer Mindeststudienleistung für künftige Studienanfänger ist, hält die genauen Pläne für zu weitgehend.

Konkret sollen Studienanfänger in den ersten beiden Jahren mindestens 24 ECTS erbringen. Wer das nicht schafft, wird für das entsprechende Studium an dieser Universität gesperrt und zwar zehn Jahre lang. Das geht den Rektoren zu weit. "Im Hinblick auf die Gestaltung der individuellen Bildungswege von Studierenden wird das als zu einschränkend gesehen", sagte Uniko-Präsidentin Sabine Seidler am Dienstag. Sie plädiert für eine zweijährige Sperre.

Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) scheint hier grundsätzlich gesprächsbereit zu sein. "Die Begutachtung macht dann einen Sinn, wenn man die Kritik, die vorgebracht wird, auch würdigt. Man wird sich das also noch einmal überlegen", sagte er zuletzt im Interview mit der "Presse".

"Gibt keine ideale Lösung"

Mit der vorgeschlagenen Neuregelung der Kettenverträge an Universitäten ist die Uniko "zufriedener als wir zuvor gewesen sind". Grundsätzlich ist in Österreich die mehrmalige Aneinanderreihung von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachliche Rechtfertigung nicht zulässig. Im Universitätsgesetz (UG) gibt es dazu aber eine Ausnahmeregelung. Mit der Neuregelung dürfen grundsätzlich nur mehr höchstens drei befristete Verträge aneinandergereiht werden. Die Höchstbefristung beträgt acht Jahre (auf die gesamte Lebenszeit gerechnet).

Auch daran gibt es Kritik. Die Probleme mit der Aneinanderreihung befristeter Verträge blieben zwar bestehen, sagte Rektorenchefin Seidler. "Es gibt aber keine ideale Lösung." (APA/j. n.)

Rektoren gegen zehnjährige Sperre

Die Änderungen im Uni-Gesetz sorgen weiter für Kritik.

Wien. Die geplanten Neuerungen im Universitätsgesetz sorgen auch nach Ende der Begutachtungsfrist weiter für Diskussionen. Selbst die Universitätenkonferenz (Uniko), die grundsätzlich für die Einführung einer Mindeststudienleistung für künftige Studienanfänger ist, hält die genauen Pläne für zu weitgehend.

Konkret sollen Studienanfänger in den ersten beiden Jahren mindestens 24 ECTS erbringen. Wer das nicht schafft, wird für das entsprechende Studium an dieser Universität gesperrt und zwar zehn Jahre lang. Das geht den Rektoren zu weit. „Im Hinblick auf die Gestaltung der individuellen Bildungswege von Studierenden wird das als zu einschränkend gesehen“, sagte Uniko-Präsidentin Sabine Seidler am Dienstag. Sie plädiert für eine zweijährige Sperre.

Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) scheint hier grundsätzlich gesprächsbereit zu sein. „Die Begutachtung macht dann einen Sinn, wenn man die Kritik, die vorgebracht wird, auch würdigt. Man wird sich das also noch einmal überlegen“, sagte er zuletzt im Interview mit der „Presse“.

„Gibt keine ideale Lösung“

Mit der vorgeschlagenen Neuregelung der Kettenverträge an Universitäten ist die Uniko „zufriedener als wir zuvor gewesen sind“. Grundsätzlich ist in Österreich die mehrmalige Aneinanderreihung von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachliche Rechtfertigung nicht zulässig. Im Universitätsgesetz (UG) gibt es dazu aber eine Ausnahmeregelung. Mit der Neuregelung dürfen grundsätzlich nur mehr höchstens drei befristete Verträge aneinandergereiht werden. Die Höchstbefristung beträgt acht Jahre (auf die gesamte Lebenszeit gerechnet).

Auch daran gibt es Kritik. Die Probleme mit der Aneinanderreihung befristeter Verträge blieben zwar bestehen, sagte Rektorin Sabine Seidler. „Es gibt aber keine ideale Lösung.“ (APA/j. n.)

Studium. Die Rektoren wünschen sich Selbsttests und eine Vorreihung bei den Impfungen. Mit einer Rückkehr in Vorlesungen ist vor dem Sommer dennoch nicht mehr zu rechnen.

Wie geht es an Universitäten weiter?

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Als die Coronapandemie Österreich erreichte, waren die Studierenden die Ersten, die offiziell in den Lockdown geschickt wurden. Nun, zehn Monate später, zeichnet sich ab: Sie werden wohl auch zu den Letzten gehören, die wieder in den Normalbetrieb zurückkehren: „Wir gehen davon aus, dass wir bis zum Ende des Sommersemesters unter erschwerten, also hybriden Bedingungen den Lehr- und Forschungsbetrieb durchführen müssen“, sagte Sabine Seidler, die Präsidentin der Universitätenkonferenz (Uniko), am Dienstag.

Bereits seit November befinden sich die Hochschulen erneut im Distanzmodus. Seither finden keine Vorlesungen vor Ort statt. Dasselbe gilt in der Regel für Seminare. Einzelne Ausnahmen gibt es aber. Denn „nicht substituierbare Lehrveranstaltungen“, dazu zählen etwa Übungen im Labor, dürfen sehr wohl abgehalten werden. Diesen hybriden Betrieb hätten die

Universitäten im Laufe der Zeit zwar immer besser „im Griff“, wie Seidler betonte, es zeichne sich mittlerweile aber eine „gewisse Müdigkeit“ bei Studierenden und Lehrenden ab. Die psychische Belastung steige. Das sehe man auch an den wachsenden Anfrageszahlen der Beratungsstellen.

Besondere Sorge bereiten der Rektorin die Studienanfänger. Man stelle sich vor, man sei im Oktober zum Studieren nach Wien gezogen, habe gerade einmal vier Wochen lang Lehrveranstaltungen an der Universität besuchen können – und selbst davon nur die Hälfte –, und seither sitze man nur noch im WG-Zimmer oder gar wieder bei den Eltern zu Hause vor dem Bildschirm. Die Motivation für das Studium aufrechtzuerhalten sei da schwierig. „Ich befürchte, es wird

mehr Studienabbrecher geben“, sagt die Rektorin der Technischen Universität Wien.

Coronatest vor Prüfungen?

Nicht nur deshalb soll der Präsenzbetrieb so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Dazu brauche es Tests und Impfungen. Hier sei Bildungs- und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) gefordert. Der will zwar die Schulen mit fünf Millionen Selbsttests versorgen (siehe unten), bei den Universitäten zeigte er sich zuletzt aber zögerlich. Dass sich Studierende in Lehrveranstaltungen „reintesten“ und Anterio-Nasal-Tests auch an den Unis in großer Zahl eingesetzt werden, sei zwar „durchaus möglich“. Geplant und finanziert müsste das aber an den Hochschulen selbst werden. „Wir

könnten gegen Refinanzierung zentral für die Beschaffung sorgen, wenn das erwünscht ist“, sagte Faßmann zuletzt im Interview mit der „Presse“.

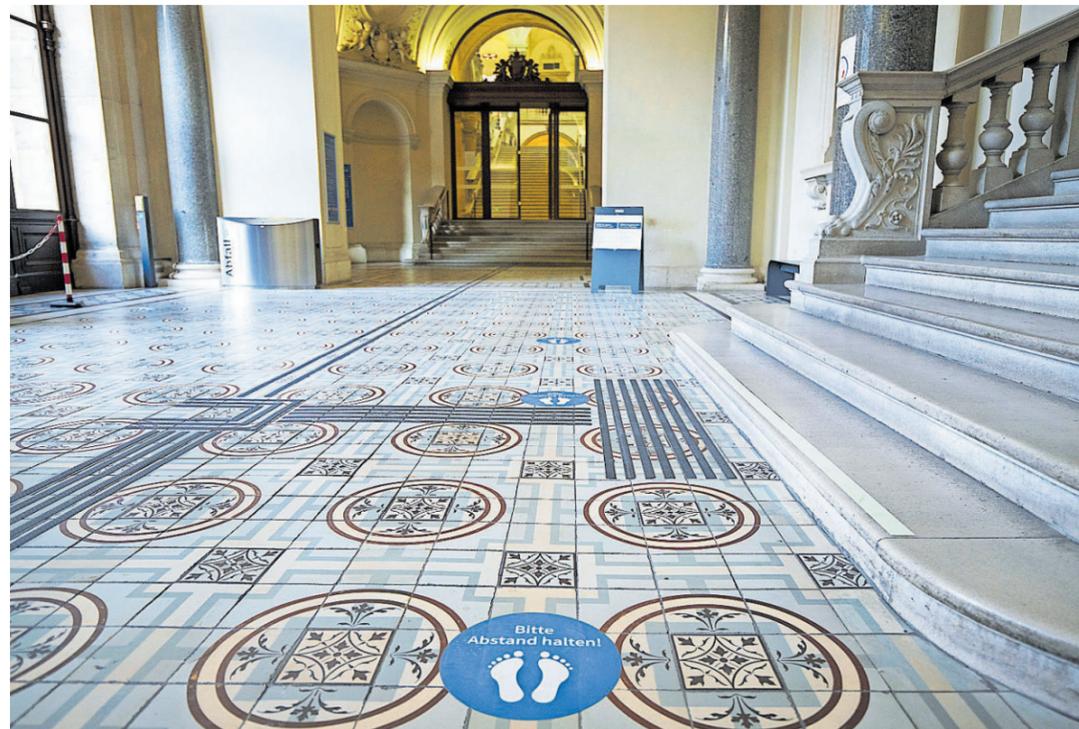
Den Universitäten ist das zu wenig. Man brauche, wie Seidler sagte, keine organisatorische Unterstützung, „sondern eher eine finanzielle“. Von einem flächendeckenden „Reintesten“ in alle Lehrveranstaltungen hält sie wenig. Bei speziellen Lehrveranstaltungen im künstlerischen oder medizinischen Bereich oder auch im Laborbetrieb könnten Selbsttests aber schon sinnvoll sein. Auch Präsenzprüfungen könne man so ermöglichen.

Prüfungen wird es in den kommenden Wochen viele geben. Denn auch an den Unis endet bald das Semester. Der Großteil der Klausuren wird diesmal online stattfinden. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. An der größten Hochschule des Landes, der Uni Wien, wird es etwa fallweise „dort, wo es fachlich notwendig ist“, Präsenzprüfungen geben. Die Vorschriften dafür werden gerade nachjustiert, heißt es gegenüber der „Presse“. Bei den Prüfungen wird nämlich der vergrößerte Sicherheitsabstand von zwei Metern sowie eine FFP2-Maskenpflicht gelten.

Unis fühlen sich benachteiligt

Für eine Normalisierung des Hochschulbetriebs soll die Impfung sorgen. Doch auch hier fühlen sich die Universitäten benachteiligt. Im Gegensatz zu den Schulen werde man von der Politik nicht erwähnt. „Wir drängen uns sicher nicht vor, aber es besteht Konsens in den Rektoren darüber, dass die Universitäten nicht an letzter Stelle gereiht werden dürfen“, sagte Seidler. Derzeit sei man an sechster Stelle von sieben Prioritätsstufen vorgesehen. Man solle das Personal und die Studierenden „früher impfen“.

Überhaupt würden sich viele Lehrende und Studierende eine größere Beachtung durch die Politik wünschen. Man werde höchst selten direkt adressiert. „Ein bisschen Zuspruch wäre manchmal schon auch hilfreich“, sagte Seidler. Man muss ja offenbar noch länger als andere durchhalten.



Die Gänge in den Unis sind leer. Seit November befinden sich die Hochschulen im Distanzmodus.

[Tobias Steinmaurer/picturedesk.com]

Lehrervertreter zu Tests: „Gesamtdesaster“ in Schulen

Kritik. Testkits teils unvollständig und zu spät geliefert.

Wien. Nach Berichten über unvollständige oder verspätete Lieferungen von Corona-Selbsttests für die Schulen übte am Dienstag Lehrervertreter Paul Kimberger Kritik: „Es geht chaotisch zu – das ist ein einziges organisatorisches und logistisches Gesamtdesaster“, lautete sein Resümee.

Tatsächlich beklagen einzelne Schulstandorte seit Montag, entweder zu wenige oder zu viele Tests erhalten zu haben. Teils wurden Testkits auch ohne Flüssigkeit verteilt. Mittlerweile hätten Bildungsministerium und -direktionen den Zeitplan mehrmals geändert, aber dennoch nicht eingehalten, kritisierte Kimberger. Das sei problematisch, da an manchen Standorten zwischen 50 und 80 Prozent der Schüler für die Betreuung anwesend sind. „Es ist inakzeptabel, was da mit Schulleitungen und Lehrern gemacht wird.“

Arbeiterkammer und Gewerkschaft forderten indes, auch Berufs- und Landwirtschafts-

schulen sofort mit Testkits auszustatten. Nach den Plänen des Bildungsministeriums werden diese aber erst nächste Woche berücksichtigt. Als Grund nennt man dort die noch laufenden Massentests und den Umstand, dass viele Lehrlinge in ihren Unternehmen regelmäßig getestet würden. Kimberger berichtete, dass einzelne Schulen nun Berufsschulen Testkits zur Verfügung gestellt hätten.

Tests in Kindergarten negativ

Inzwischen gibt es von den Selbsttests in Wiener Kindergärten, die ebenfalls am Montag starteten, bessere Nachrichten: Von 1069 getesteten Mitarbeitern waren 617 negativ, die restlichen Ergebnisse werden noch erwartet.

Insgesamt 7356 Mitarbeiter können sich bis Freitag testen lassen. Die Selbsttests des Personals in den rund 1300 privaten Kindergärten starten dann kommende Woche. (APA)

Zeugnis wird erst nach Ferien verteilt

Noten. Nur die Schüler, die vor einem Schulwechsel stehen, sollen die Schulnachricht rechtzeitig abholen können. In den Ferien wird es einen Ergänzungsunterricht geben.

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Bereits am Freitag in einer Woche endet in Wien und Niederösterreich für die Schulen das Semester. (In den restlichen Bundesländern passiert das eine Woche später.) Ein Zeugnis, also konkret eine Schulnachricht, wird es auch diesmal, trotz Corona, geben. Verteilt soll es aber erst später werden. Diese Pläne hat das Bildungsministerium auf Nachfrage der „Presse“ bestätigt.

Das Distance Learning wurde bis zu den Semesterferien verlängert. Die Schüler befinden sich derzeit also im Heimunterricht. Für das Abholen des Zeugnisses sollen sie auch nicht extra in die Schulen gebeten werden. Deshalb wird die Schulnachricht erst in den ersten zwei Tagen nach den Ferien verteilt. So will es das Ministerium. (In mancher Bildungsdirektion dürfen aber auch noch andere Pläne kursieren.)

Ein paar Ausnahmen gibt es aber. Schüler, die vor einem Schulwechsel stehen und das Zeugnis

für die Anmeldung an einem anderen Standort benötigen, dürfen sich die Schulnachricht sehr wohl vor den Ferien abholen. Gleiches gilt für jene Schüler, die sich für Lehrstellen oder andere Jobs bewerben wollen. Grob gesagt macht man für die vierte, achte und neunte Schulstufe eine Ausnahme.

Doch auch sie können am eigentlichen Zeugnistag nicht alle gleichzeitig in die Schule kommen. Hier sollen die Standorte eine vernünftige Vorgehensweise wählen.

Was ist eine „milde“ Benotung?

An die Vernunft hat der Bildungsminister zuletzt auch bei der Notengebung appelliert. „Derzeit ist nicht die Zeit der Härte, sondern die Zeit der Milde“, sagte Heinz Faßmann (ÖVP) in Richtung der Lehrer. Sie sollten bei der Beurteilung Nachsicht haben.

Der Lehrgewerkschaft ist diese Aussage etwas zu wenig. „Milde ist schwer zu definieren“, sagt Lehrervertreter Paul Kimberger zur „Presse“. Er wünscht sich konkretere Handlungsanweisungen, unter

welchen Gesichtspunkten und nach welchen Schwerpunkten die Beurteilung in einer Situation ohne Präsenzunterricht stattfinden soll. Eine schriftliche Vorgabe wird es aber offenbar nicht geben. Viel eher versuche man, wie es aus dem Ministerium heißt, in vielen Gesprächen mit den Stakeholdern ein Bewusstsein für eine milde Benotung zu schaffen.

Die im Distance Learning erbrachten Leistungen müssen jedenfalls sehr wohl berücksichtigt werden. Zuletzt hat das Ministerium in einer Beilage zu einem Erlass für den Schulbetrieb von 18. bis 24. Jänner hervorgehoben, dass Schüler, die während des Distance Learnings keine Leistungen erbringen, sehr wohl mit Nicht genügend beurteilt werden sollen.

Sobald der Präsenzunterricht wieder losgeht, sollen die Lehrer übrigens gezielte „Kompetenzchecks“ durchführen. So will man feststellen, in welchen Teilbereichen des Gegenstandes die Lernziele während des Fernunterrichts nicht erreicht wurden.

"Salzburger Nachrichten" Nr. 39 vom 17.02.2021 Seite: L10 Ressort: Lokal Von: Sn

Entwicklungsplan wurde fixiert

Fakultäten

Der Entwicklungsplan der Uni für 2022 bis 2027 wurde kürzlich sowohl von Senat als auch Unirat goutiert. Neu ist: Die Kultur- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät wird in zwei Fakultäten geteilt. Zudem werden aus der Naturwissenschaftlichen Fakultät einige Fachbereiche herausgelöst, um künftig eine neue Fakultät für Digitale und Analytische Wissenschaften zu bilden. Die geplanten Fachbereichsfusionen kommen hingegen nicht. Fix ist dafür eine Evaluation aller Fachbereiche.

Uni-Gesetz

Seit Dienstag stehen auch die Eckpunkte der Reform des Universitätsgesetzes (UG) fest: Die geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft. Statt 24 ECTS in den ersten beiden Jahren sollen ab Herbst 2022 nur 16 ECTS nötig sein. Wird das Ziel nicht erreicht, wird man für zwei Jahre gesperrt. Die Senate dürfen auch weiter bei der ersten Wiederbestellung der Rektoren mitbestimmen. Das geplante Alterslimit von 70 Jahren für Rektoren ist vom Tisch. Ihre Amtszeit wird aber auf drei Perioden beschränkt. Fix sind schärfere Beschränkungen für Ghostwriting.

Entwicklungsplan
wurde fixiert

Fakultäten

Der Entwicklungsplan der Uni für 2022 bis 2027 wurde kürzlich sowohl von Senat als auch Unirat goutiert. Neu ist: Die Kultur- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät wird in zwei Fakultäten geteilt. Zudem werden aus der Naturwissenschaftlichen Fakultät einige Fachbereiche herausgelöst, um künftig eine neue Fakultät für Digitale und Analytische Wissenschaften zu bilden. Die geplanten Fachbereichsfusionen kommen hingegen nicht. Fix ist dafür eine Evaluation aller Fachbereiche.

Uni-Gesetz

Seit Dienstag stehen auch die Eckpunkte der Reform des Universitätsgesetzes (UG) fest: Die geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft. Statt 24 ECTS in den ersten beiden Jahren sollen ab Herbst 2022 nur 16 ECTS nötig sein. Wird das Ziel nicht erreicht, wird man für zwei Jahre gesperrt. Die Senate dürfen auch weiter bei der ersten Wiederbestellung der Rektoren mitbestimmen. Das geplante Alterslimit von 70 Jahren für Rektoren ist vom Tisch. Ihre Amtszeit wird aber auf drei Perioden beschränkt. Fix sind schärfere Beschränkungen für Ghostwriting.

36-jähriger Salzburger zählt zu den Top-Forschern weltweit

MICHAEL MINICHBERGER

SALZBURG. Der Psychologe Fabio Richlan findet sich in einem erlauchten Kreis wieder. Die US-Universität Stanford bewertet für ihre Liste der bedeutendsten Forscher vor allem die Anzahl der weltweiten Zitierungen in wissenschaftlichen Arbeiten. „Ein wesentliches wissenschaftliches Qualitätskriterium“, sagt Richlan. Es stehen auch weitere Kollegen der Uni Salzburg auf der Liste, vor allem ältere, zum Teil bereits emeritierte Forscher. Es sei schön, zu dieser Ehre zu kommen, überbewerten wolle er das aber nicht.

Ausgeprägten Ehrgeiz legt der gebürtige Stadt-Salzbürger nicht nur in wissenschaftlichen Belangen an den Tag. Als Triathlet zählte Richlan zu den besten Amateuren im Land. Der Sport ist dem 36-Jährigen bis heute wichtig: „Wenn ich nicht regelmäßig zum Trainieren komme, dann weiß ich, dass ich zu viel arbeite.“

Die Pandemie inspirierte Richlan zu mehreren Projekten. In einer Arbeit widmete er sich den Auswirkungen von längerer Schulabwesenheit auf die Lesekompetenz von Erst- und Zweitklässlern. In Zusammenarbeit mit Verena Hawelka (Pädagogische Hochschule) testete er vor und nach den Sommerferien 2020 zwölf Kinder.

Die erste Erkenntnis untermauerte eine US-Studie: Kinder,



Fabio Richlan (36) will seine Studie zur Lesekompetenz von Volksschülern länderübergreifend fortsetzen.

BILD: SN/ANDREAS KOLARIK

die sich beim Lesenlernen ohnehin schwertun, werden durch längere Absenzen vom Unterricht leistungsmäßig stark zurückgeworfen und können die Defizite nur schwer aufholen. „Auch wenn es individuell große Unterschiede gibt, ist das Ergebnis alarmierend“, sagt Richlan.

Zusätzlich untersuchten er und seine Kollegin die Wirkung eines individuell abgestimmten häuslichen Lernprogramms (Lesikus). „Die Eltern sollten drei bis fünf Mal in der Woche je 20 Minuten mit den Kindern üben.“ Das Resultat der abschließenden Tests überraschte die Forscher. Die Kinder hatten ihr Niveau nicht nur gehalten, sondern zum Teil sogar massiv verbessert. Richlan sieht das als klares Indiz für das Potenzial sinnvoller digitaler Lerninstrumente.

Er plant, zu untersuchen, welche weiteren Faktoren wie die Persönlichkeit des Kindes, die Lesegewohnheiten in der Familie oder der sozioökonomische Status für den Erfolg eines Lesetrainings wichtig sind. Das Projekt soll deutlich größer und länderübergreifend fortgesetzt werden.

Neben der Leseforschung ist die Sportpsychologie ein Arbeitsschwerpunkt des in Obertrum lebenden Vaters zweier Kinder. Die Studie zu Geisterspielen im Fußball, die er jüngst mit seinem Kollegen Michael Leitner publizierte, bekam viel Aufmerksamkeit. Zentrales Ergebnis: Matches ohne Zuschauer bringen weniger Streit und mehr Tore. Das mediale Interesse war groß, selbst die BBC berichtete. Richlan schmunzelt: „Gegen Fußball hat die Leseforschung nur wenig Chance.“

ÜBER DEN DÄCHERN VON SALZBURG

36 spannende Skitouren im Umkreis von 36 Kilometern.

Holen Sie sich den Skitourenführer für den Zentralraum Salzburg um nur 7,95 statt 9,95 Euro (zzgl. 2,- Euro Versandkosten)

Bestellung & Info unter:
Tel. +43 662/8373-222
oder shop.SN.at

Salzburger Nachrichten
WENN SIE MEHR WISSEN WOLLEN



BILD: HEUGL

"Der Standard" vom 27.02.2021 Seite: 22 Ressort: Karrieren Bundesland Abend, Bundesland

Neuer Hochschultyp ohne Doktorat

Mit den Privathochschulen gibt es eine weitere Differenzierung im tertiären Sektor. Vergleiche zwischen Unis und FHs können nicht gezogen werden. Bei den privaten Institutionen mache die Forschungsintensität den Unterschied aus. Gudrun Ostermann

Mit den sogenannten Privathochschulen gibt es in Österreich seit diesem Jahr einen neuen Hochschultypus. Die Anforderungen dafür sind ein Mindeststudienangebot von zwei mindestens dreijährigen Bachelorstudien sowie zwei weiterführende zweijährige Masterstudiengänge. Darüber hinaus muss eine Privathochschule dem „internationalen Standard entsprechendes, wissenschaftliches oder wissenschaftlich-künstlerisches ausgewiesenes Lehr- und Forschungspersonal verpflichten“, heißt es dazu im Gesetz.

Während der öffentliche Hochschulsektor sehr klar nach den jeweiligen Schwerpunkten zwischen Universitäten und Fachhochschulen differenziert, gab es im privaten Hochschulbereich bisher nur die gesetzliche Möglichkeit zur Gründung einer Privatuniversität. Universitäten zeichnen sich dabei besonders durch ihre Grundlagenforschung aus und besitzen das Promotionsrecht. „Aber nicht bei allen Privatuniversitäten ist diese Forschung oder ein Doktoratsstudium auch tatsächlich ein Thema“, sagt Elmar Pichl, Leiter der Hochschulsektion im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Aber anders als die FHs, wo praxisnahe Studiengänge die Wesensmerkmale sind, sei das wichtigste Unterscheidungskriterium zwischen Privathochschulen und Privatuniversitäten die Forschungsintensität, sagt Pichl. Um als Privatuniversität akkreditiert zu werden, brauchen Hochschulen künftig mindestens ein Doktoratsstudium sowie eine Mindestzahl an hauptberuflich und nach internationalen, kompetitiven Standards besetzten Professuren, einen Nachweis der Forschungsleistung sowie konkrete Strukturen zur Förderung des wissenschaftlichen und wissenschaftlich-künstlerischen Nachwuchses. Von den 16 Privatuniversitäten in Österreich haben derzeit neun Einrichtungen auch Doktoratsstudien in ihrem Portfolio.

Noch keine Anträge

Bei der AQ Austria, die für die Akkreditierung der privaten Hochschulen zuständig ist, gibt es bis jetzt noch keine Anträge für eine institutionelle Zulassung als Privathochschule. Einige Privatuniversitäten hätten aber noch im Dezember die Anträge für die Reakkreditierung gestellt, sagt Jürgen Petersen, Geschäftsführer der AQ Austria. Für sie gelten noch die alten Regelungen, aber auch alle anderen bestehenden Einrichtungen haben bis 2023 eine Übergangsfrist. Alle sechs Jahre müssen sich private Hochschulen einem Reakkreditierungsverfahren stellen. Die Reakkreditierung erfolgt auch für sie bis dahin nach den alten Bestimmungen.

Mit dem Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt – derzeit eine postsekundäre Bildungseinrichtung – gibt es aber bereits einen konkreten Interessenten für den Titel Privathochschule. Derzeit bietet das Konservatorium unterschiedliche Musikausbildungen in Komposition, Gesang und für verschiedenste Instrumente, aber außerhalb der Bologna-Struktur an. Bis spätestens Ende des Sommers soll der Antrag zur Akkreditierung eingereicht werden. Das Studienjahr 2022/23 soll bereits als Privathochschule gestartet werden. Damit werde es in Zukunft möglich sein, Bachelor- und Masterabschlüsse nach Bologna-Kriterien am Konservatorium anzubieten.

Wie viele private Institutionen als Privathochschulen auf dem tertiären Bildungsmarkt sein werden, lasse sich schwer prognostizieren, sagt Pichl. Mit dem neuen Hochschultypus sei jedenfalls ein entspannteres Setting geschaffen worden. „Private Anbieter haben nun die Möglichkeit, als Privathochschule zu starten und sich dann zur Privatuniversität weiterzuentwickeln.“

Und für die Studierenden ändere sich nichts – auch „wenn marketingtechnisch Uni vielleicht sexyer klingt“, die Qualitätskriterien für die jeweiligen Programmakkreditierungen müssen von allen Bildungseinrichtungen erfüllt werden.

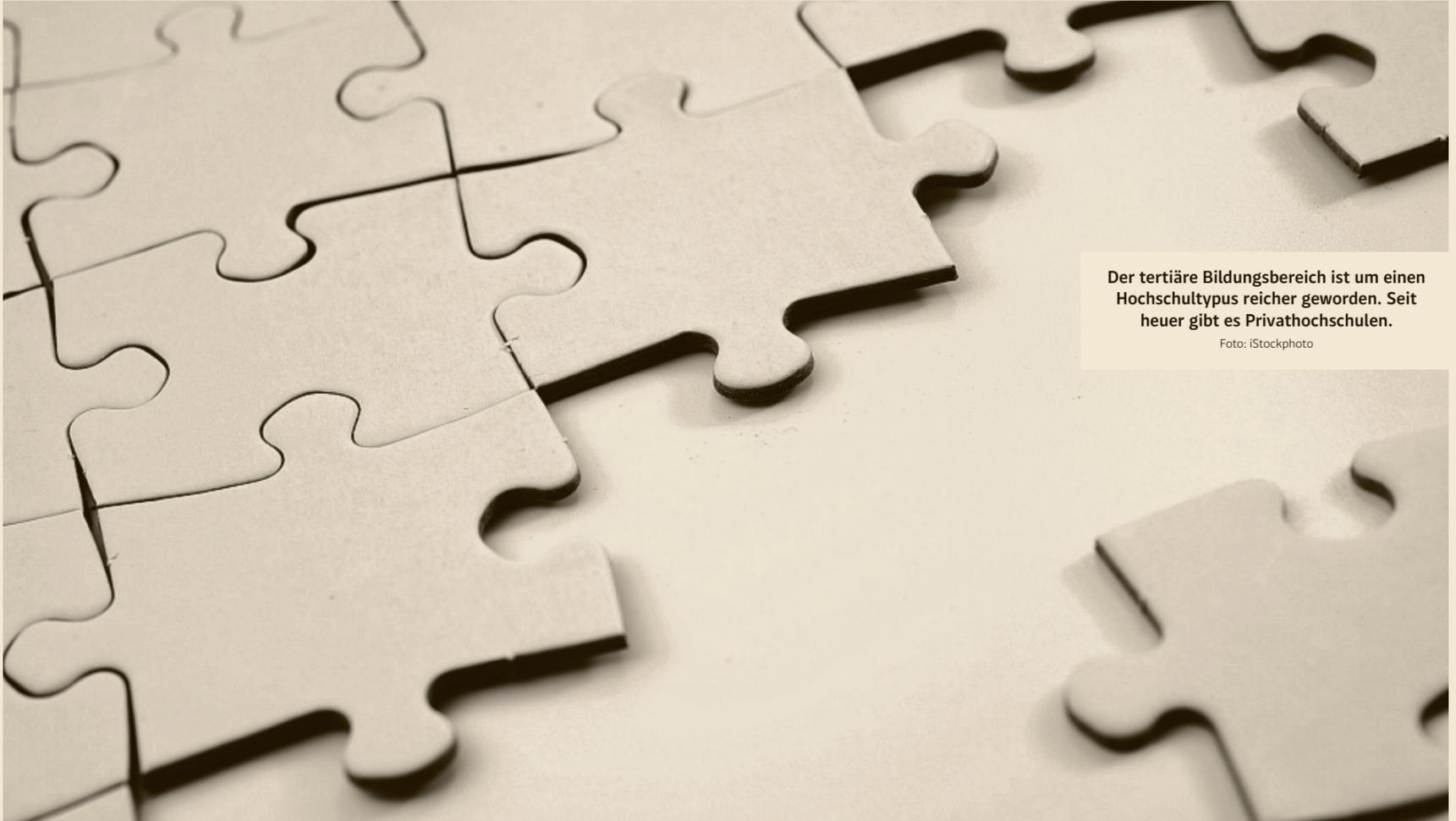
Bild: Der tertiäre Bildungsbereich ist um einen Hochschultypus reicher geworden. Seit heuer gibt es Privathochschulen.

Bild: Foto: iStockphoto

Neuer Hochschultyp ohne Doktorat

Mit den Privathochschulen gibt es eine weitere Differenzierung im tertiären Sektor. Vergleiche zwischen Unis und FHs können nicht gezogen werden. Bei den privaten Institutionen mache die Forschungsintensität den Unterschied aus.

Guðrun Ostermann



Der tertiäre Bildungsbereich ist um einen Hochschultypus reicher geworden. Seit heuer gibt es Privathochschulen.

Foto: iStockphoto

Mit den sogenannten Privathochschulen gibt es in Österreich seit diesem Jahr einen neuen Hochschultypus. Die Anforderungen dafür sind ein Mindeststudienangebot von zwei mindestens dreijährigen Bachelorstudien sowie zwei weiterführende

zweijährige Masterstudiengänge. Darüber hinaus muss eine Privathochschule dem „internationalen Standard entsprechendes, wissenschaftliches oder wissenschaftlich-künstlerisches ausgewiesenes Lehr- und Forschungspersonal verpflichten“, heißt es dazu im Gesetz.

Während der öffentliche Hochschulsektor sehr klar nach den jeweiligen Schwerpunkten zwischen Universitäten und Fachhochschulen differenziert, gab es im privaten Hochschulbereich bisher nur die gesetzliche Möglichkeit zur Gründung einer Privathochschule. Universitäten zeichnen sich dabei besonders durch ihre Grundlagenforschung aus und besitzen das Promotionsrecht. „Aber nicht bei allen Privathochschulen ist diese Forschung oder ein Doktoratsstudium auch tatsächlich ein Thema“, sagt Elmar Pichl, Leiter der Hochschulsektion im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Aber anders als die FHs, wo praxisnahe Studiengänge die Wesensmerkmale sind, sei das wichtigste Unterscheidungskriterium zwischen Privathochschulen und Privathochschulen die Forschungsintensität, sagt Pichl. Um als Privathochschule akkreditiert zu werden, brauchen Hochschulen künftig mindestens ein Doktoratsstudium sowie eine

Mindestzahl an hauptberuflich und nach internationalen, kompetitiven Standards besetzten Professuren, einen Nachweis der Forschungsleistung sowie konkrete Strukturen zur Förderung des wissenschaftlichen und wissenschaftlich-künstlerischen Nachwuchses. Von den 16 Privathochschulen in Österreich haben derzeit neun Einrichtungen auch Doktoratsstudien in ihrem Portfolio.

Noch keine Anträge

Bei der AQ Austria, die für die Akkreditierung der privaten Hochschulen zuständig ist, gibt es bis jetzt noch keine Anträge für eine institutionelle Zulassung als Privathochschule. Einige Privathochschulen hätten aber noch im Dezember die Anträge für die Reakkreditierung gestellt, sagt Jürgen Petersen, Geschäftsführer der AQ Austria. Für sie gelten noch die alten Regelungen, aber auch alle anderen bestehenden Einrichtungen haben bis 2023 eine Übergangsfrist. Alle sechs Jahre müssen sich private Hochschulen einem Reakkreditierungsverfahren stellen. Die Reakkreditierung erfolgt auch für sie bis dahin nach den alten Bestimmungen.

Mit dem Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt – derzeit eine postsekundäre Bildungseinrichtung – gibt es aber bereits einen konkreten Interessenten für den Titel Privathochschule. Derzeit bietet das Konservatorium unterschiedliche Musikausbildungen in Komposition, Gesang und für verschiedenste Instrumente, aber außerhalb der Bologna-Struktur an. Bis spätestens Ende des Sommers soll der Antrag zur Akkreditierung eingereicht werden. Das Studienjahr 2022/23 soll bereits als Privathochschule gestartet werden. Damit werde es in Zukunft möglich sein, Bachelor- und Masterabschlüsse nach Bologna-Kriterien am Konservatorium anzubieten.

Wie viele private Institutionen als Privathochschulen auf dem tertiären Bildungsmarkt sein werden, lasse sich schwer prognostizieren, sagt Pichl. Mit dem neuen Hochschultypus sei jedenfalls ein spannenderes Setting geschaffen worden. „Private Anbieter haben nun die Möglichkeit, als Privathochschule zu starten und sich dann zur Privathochschule weiterzuentwickeln.“

Und für die Studierenden ändere sich nichts – auch „wenn marketingtechnisch Uni vielleicht sexier klingt“, die Qualitätskriterien für die jeweiligen Programmakkreditierungen müssen von allen Bildungseinrichtungen erfüllt werden.

Anmeldefristen in beschränkten Studienfächern beginnen

Am Montag (1. März) starten an den Universitäten die Anmeldefristen vieler zugangsbeschränkter Studien für das Studienjahr 2021/22. Das gilt etwa für Interessenten an einem Medizin- oder Psychologiestudium, an vielen Unis gibt es außerdem unter anderem Beschränkungen in den Wirtschaftswissenschaften, in der Informatik, der Biologie, der Architektur und bei Rechtswissenschaften.

Die größten Aufnahmeverfahren gibt es nach wie vor an den medizinischen Universitäten bzw. der Medizinischen Fakultät der Uni Linz: Registrierungsstart ist hier ebenfalls der 1. März. Noch länger Zeit haben dagegen Interessenten an der Veterinärmedizin bzw. der Biomedizin und der Biotechnologie an der Veterinärmedizinischen Universität – hier beginnt die Registrierung erst am 3. Mai. Das Maturazeugnis muss erst bei der eigentlichen Inskription nach erfolgreichem Durchlaufen des gesamten Verfahrens vorliegen. (APA)

Im Fokus

Online-Veranstaltungen der Donau-Universität Krems

Online-Infoveranstaltungen

Informieren Sie sich via Zoom über unsere berufsbegleitenden Master-Lehrgänge:

eEducation / Educational Leadership

2. März, 18:00 Uhr

Migration und Globalisierung

4. März, 17:00 Uhr

Ernährung und Sport / Klinische Ernährungsmedizin

13. März, 10:00 Uhr

Music for Applied Media

15. März, 17:00 Uhr

Wirtschaftspsychologie, Sozial- und Freizeitwirtschaft

16. März, 18:00 Uhr

Lockdown für die Gleichstellung!?

8. März, 10:30 Uhr. Online-Veranstaltung anlässlich des Weltfrauentags. Moderation: Andrea Eckert.

BeSt³ digital 2021

4.–7. März. Die Donau-Universität Krems präsentiert ihr Studienangebot auf der Online-Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung.

Nähere Informationen unter www.donau-uni.ac.at/veranstaltungen

Donau-Universität Krems
Die Universität für Weiterbildung



KURZ GEMELDET

Bildungsmesse BeSt findet heuer digital statt

Die von Bildungsministerium und Arbeitsmarktservice (AMS) organisierte Berufsinformationsmesse geht von 4. bis 7. März unter www.bestinfo.at digital über die Bühne. Die Vorträge werden aus der Halle E der Wiener Stadthalle gestreamt, Besucher können sich via Live-Chats direkt an die Aussteller wenden und sich persönlich beraten lassen. (APA)

Virtuelle Female-Founders-Konferenz ab 4. März

„Lead Today. Shape Tomorrow“ – unter diesem Motto treffen einander vom 4. bis 5. März Gründerinnen, Studierende, Investorinnen und Unternehmen aus dem Tech-Bereich zum Netzwerken und um Best Practices kennenzulernen. Der Fokus liegt auf der Finanzierung für frauengeführte Unternehmen und Female Talents im Tech-Bereich. www.leadtodayshapetmrw.org/

Neue Online-Kurse für angehende Wissenschaftler

Zwei neue Massive Open Online Courses (MOOCs) von Nikolaus Forgó, Vorstand des Instituts für Innovation und Digitalisierung im Recht an der Uni Wien, geben einen Überblick darüber, welche rechtlichen Herausforderungen wissenschaftliche Forschung mit sich bringt und wie man am besten mit diesen umgeht. Die Kurse sind unter imoox.at kostenlos verfügbar. (red)

Neues Beatles-Studium ab Herbst an der Uni Liverpool

Ab September wird an der Universität Liverpool, der Heimatstadt der Beatles, der weltweit erste Master-Studiengang zu den „Fab Four“ angeboten. „The Beatles: Music Industry and Heritage“ richtet sich an Interessenten aus der Musik- und Kreativwirtschaft, aber auch an Beschäftigte von Museen, Galerien sowie aus der Tourismus- und Freizeitindustrie. (APA)

"Tiroler Tageszeitung" vom 16.02.2021 Seite 10 Ressort: Nachrichten Von: kale Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Unis: Geringere Mindeststudienleistung

Wien-Die im Uni-Gesetz geplante Neuerung der Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft. Statt der anfangs fixierten so genannten 24 ECTS in den ersten beiden Studienjahren sind 16 ECTS nötig. Vorgesehen war: Wer diese Punktezahl nicht schafft, soll an dieser Uni in diesem Fach für zehn Jahre gesperrt werden. Das ist kritisiert worden, auch von uniko-Präsidentin Sabine Seidler im TT-Interview. Die zehnjährige Sperre missfiel ihr: "Das ist zu lang. Zwei Jahre genügen." Nun kommt das, was sie begehrt hat-eine Sanktion von zwei Jahren.

Zudem gelten die Novitäten nicht schon im Oktober, sondern erst im Studienjahr 2022/23. Weitere Änderungen: Die Senate dürfen weiterhin bei der ersten Wiederbestellung der Rektoren mitbestimmen. Im Begutachtungsentwurf war dies den Uni-Räten vorbehalten. Anders als bisher soll es für die Wiederbestellung von Rektoren nicht einer Zweidrittelmehrheit im Senat und im Uni-Rat bedürfen, sondern je einer einfachen. Gelassen wird von der Altersbeschränkung von 70 Jahren für Rektoren. Die Amtszeit wird auf drei Perioden begrenzt. (kale)



Nach Ausbruchversuchen aus der Grazer Justizanstalt Karlau wird rascher als vorgesehen umgebaut. Der Mauerzustand ist schlecht. Foto: APA/Scheria

Sanierung der Karlau früher als geplant

Graz – Nach zwei Ausbruchversuchen aus der Grazer Justizanstalt Karlau gibt es Bauaktivitäten – schneller als angenommen. Vergangene Woche hatte es geheißt, die Planung sei angelaufen. Mittlerweile sind Dutzende Insassen in andere Anstalten verlegt worden. Bei der Überprüfung hat sich herausgestellt: Der Zustand des Mauerwerks ist schlechter als gedacht. Vize-Leiter Gerhard Derler sagt, dass wegen der neuen Erkenntnisse einzelne Bau- und Sicherheitsmaßnahmen der Generalsanierung vorgezogen werden. Welche, werde nun eruiert.

Damit die Bauarbeiten früher beginnen können als avisiert, sind 35 Insassen umquartiert worden. „Innerhalb der nächsten Wochen werden auf Vorschlag der Anstaltsleitung und nach Prüfung durch die Generaldirektion bis zu 60 weitere Insassen in andere Justizanstalten verlegt“, heißt es. Eigentlich hätte das im Herbst geschehen sollen.

Dass einfach und leise ein Loch in die Wand gestemmt werden konnte, dürfte bei einem „Selbstversuch“ der

Aufsicht augenscheinlich geworden sein. Eine „intensive Prüfung“ habe der baulichen, technischen und organisatorischen Sicherheit gegolten. „Im Zuge dessen wurde das Mauerwerk des Zellenhaustraktes durch die Justizanstalt auf die Sicherheit überprüft, zudem ein Gutachten eingeholt. Die Generalsanierungsmaßnahmen wurden als notwendig befunden.“ Die Überprüfungsergebnisse sollen in die Generalsanierung des Zellenhaustraktes der Justizanstalt einfließen.

Im Oktober 2020 und Anfang Februar hatten je drei Insassen ein Loch in die Zellenwand geschlagen; sie waren so auf das Außengelände der Karlau gelangt. Teils schafften es die Ausbrecher über die Außenzäune. Alle Insassen wurden geschnappt, ehe sie sich davonmachen konnten. Ein 26-Jähriger war bei beiden Ausbruchversuchen dabei. In beiden Fällen gingen die Häftlinge gleich vor. Sie stemmten das Loch in die Zellenaußenwand, knüpften Leintücher zu einer Art Seil zusammen, über das sie hinunterkletterten. (APA, TT)

Hochverrat-Prozess wegen rechtsextremen Netzwerks

Die „Europäische Aktion“ strebte laut Staatsanwältin „politische Parallelgesellschaft“ an. Einige Proponenten inzwischen verstorben.

Wien – Am Wiener Landesgericht für Strafsachen hat der Prozess gegen fünf frühere Mitglieder der – mittlerweile angeblich aufgelösten – „Europäischen Aktion“ (EA) begonnen. Bei der Organisation handelte es sich um ein länderübergreifendes rechtsextremes Netzwerk, das Ziele vertrat, „die dem

Parteiprogramm der NSDAP nachempfunden wurden“, wie Staatsanwältin Susanne Kerbl-Cortella darlegte.

Die „Europäische Aktion“ habe eine „politische Parallelgesellschaft“ angestrebt, „um einen Umsturz auf ein außerparlamentarisches System zu erreichen“, sagte Kerbl-Cortella. Die Anklage lautet auf

Vorbereitung eines Hochverrats (§ 244 Absatz 2 StGB) und nationalsozialistische Wiederbetätigung im Sinn des § 3a Ziffer 2 Verbotsgesetz. Im Fall von Schuldsprüchen drohen den Angeklagten zehn bis 20 Jahre oder – sollten die Geschworenen von einer besonderen Gefährlichkeit ausgehen – dem Verbotsgesetz

zufolge lebenslange Haft.

Bei den Angeklagten im Alter zwischen 29 und 70 Jahren handelt es sich nicht um die führenden Proponenten der Vereinigung, deren Wurzeln in der Schweiz liegen. Diese sind inzwischen größtenteils nicht mehr am Leben. Hans B., der Kopf des heimischen Zweigs der Neonazi-Gruppierung, der als „Landesleiter Österreich“ fungierte, ist im August 2018 77-jährig an einem Herzleiden in der Justizanstalt Wien-Josefstadt verstorben, wo er seit Dezember 2016 in U-Haft war. Der vormalige „Gebietsleiter Wien“, gegen den ebenfalls ermittelt wurde, ist auch bereits tot.

Unter den Angeklagten ist allerdings der Ex-„Gebietsleiter Tirol“, der im Jänner 2014 in Rum (Bezirk Innsbruck-Land), später in einer Pizzeria im niederösterreichischen Bezirk Mistelbach Veranstaltungen abgehalten haben soll, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Mit 29 Jahren ist er mit Abstand der Jüngste des Quintetts, die anderen sind 42, 50, 65 und 70 Jahre alt. Sie sind alle auf freiem Fuß. (APA, TT)



Einer der Angeklagten. Die Anklage lautet auf Vorbereitung eines Hochverrats. Foto: APA/Fohringer

Unis: Geringere Mindeststudienleistung

Wien – Die im Uni-Gesetz geplante Neuerung der Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird entschärft. Statt der anfangs fixierten sogenannten 24 ECTS in den ersten beiden Studienjahren sind 16 ECTS nötig. Vorgeesehen war: Wer diese Punktzahl nicht schafft, soll an

dieser Uni in diesem Fach für zehn Jahre gesperrt werden. Das ist kritisiert worden, auch von uniko-Präsidentin Sabine Seidler im TT-Interview. Die zehnjährige Sperre missfiel ihr: „Das ist zu lang. Zwei Jahre genügen.“ Nun kommt das, was sie begehrt hat – eine Sanktion von zwei Jahren.

Zudem gelten die Novitäten nicht schon im Oktober, sondern erst im Studienjahr 2022/23. Weitere Änderungen: Die Senate dürfen weiterhin bei der ersten Wiederbestellung der Rektoren mitbestimmen. Im Begutachtungsentwurf war dies den Uni-Räten vorbehalten. An-

ders als bisher soll es für die Wiederbestellung von Rektoren nicht einer Zweidrittelmehrheit im Senat und im Uni-Rat bedürfen, sondern je einer einfachen. Gelassen wird von der Altersbeschränkung von 70 Jahren für Rektoren. Die Amtszeit wird auf drei Perioden begrenzt. (kale)

Hunderte Festnahmen in der Türkei

Ankara – Die türkische Polizei hat gestern in 40 Städten mehr als 700 Menschen wegen mutmaßlicher Kontakte zu kurdischen Aktivisten festgenommen. Das Innenministerium in Ankara teilte mit, unter den Festgenommenen seien auch führende Vertreter der prokurdischen HDP-Partei. Die HDP ist die zweitgrößte türkische Oppositionspartei. Den insgesamt 718 Festgenommenen werden Verbindungen zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) zur Last gelegt. Die Regierung in Ankara hatte der PKK am Sonntag vorgeworfen, sie habe im Nordirak 13 gefangen gehaltene Türken „exekutiert“. Die PKK wies dies zurück und erklärte, die 13 Türken seien bei einem türkischen Bombenangriff im Irak getötet worden. Bei den meisten Getöteten handelte es sich um Soldaten und Polizisten, die von der PKK entführt worden waren. Vor einer Woche startete die Türkei eine Offensive gegen die PKK im Nordirak. (dpa, APA, Reuters, AFP, TT)

+++ CORONA INTERNATIONAL IN KÜRZE +++

Frankreich warnt Deutschland vor Grenzschließungen. Angesichts verschärfter Kontrollen Deutschlands an seinen Grenzen zu Tirol und Tschechien drängt Frankreich auf Absprachen. Europa-Staatssekretär Clément Beaune konferierte mit den Regierungschefs der drei benachbarten Bundesländer Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, um „böse Überraschungen“ an der gemeinsamen Grenze mit Deutschland zu verhindern. Eine komplette Schließung der deutsch-französischen Grenze soll verhindert werden. So müsse es möglichst weitgehende Ausnahmen für Grenzpendler geben. Auch der Straßengüterverkehr müsse

weiterlaufen. Die Grenzschließungen Deutschlands zu Tirol und Tschechien bezeichnete Beaune als „harte Entscheidung“. Die Regierung in Paris hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt, es gebe im grenznahen ostfranzösischen Département Moselle vergleichsweise viele Fälle, die auf die brasilianische und südafrikanische Virus-Variante zurückgehen.

Skigebiete im Piemont trotzten Verboten. Einige italienische Skigebiete trotzten dem Beschluss der Regierung, die für gestern geplante Öffnung der Skipisten zu stoppen, und haben die Skianlagen gestern in Betrieb genommen. „Noch am Freitag wurde uns versichert,

dass wir öffnen könnten, und wir haben alle Vorschriften erfüllt, um in Sicherheit starten zu können. Das haben wir getan“, so Luca Mantovani, Betreiber der Skilift-Anlagen im piemontesischen Ort Piana di Vigizzo an der Grenze zum Schweizer Tessin. „Wir wollen ein Signal senden: Man kann sich nicht so verhalten. Auch uns liegt die öffentliche Sicherheit am Herzen, man kann jedoch nicht 24 Stunden vor der Öffnung der Skianlagen einen Rückzieher machen“, sagte Mantovani. Die Regierung habe zwar Berggemeinden Stützungsgeleider versprochen. „Bisher habe wir aber noch keinen Euro erhalten“, klagte Mantovani.

Zahl der Neuinfektionen in den USA rückläufig. In den USA geht die Zahl der täglich erfassten Corona-Neuinfektionen weiter zurück. Die Behörden meldeten am Sonntag 64.194 neue Fälle. Am Sonntag der Vorwoche wurden noch 89.581 neue Infektionen gemeldet. Der bisherige Tagesrekord wurde am 2. Jänner mit 300.282 neuen Infektionen binnen 24 Stunden verzeichnet. Auch die Zahl der täglichen Todesfälle im Zusammenhang mit einer Corona-Ansteckung ging im Wochenvergleich zurück. Sie lag laut der Johns-Hopkins-Universität am Sonntag bei 1084. (dpa, APA, TT)



Teststation in New York City. In den USA geht die Zahl der Corona-Neuinfektionen zurück. Foto: AFP/Weiss

Uganda: Erzbischof warnt vor Diktatur

Kampala – Nach Ansicht des katholischen Erzbischofs von Kampala, Cyprian Kizito Lwanga, droht Ugandas Regierung in die Fußstapfen ihrer diktatorischen Vorgänger zu treten. Bereits unter den Gewaltherrschern Idi Amin und Milton Obote hätten die Sicherheitskräfte des ostafrikanischen Landes Menschen entführt, gefoltert und getötet, sagte er laut Kathpress in der Zeitung *The Monitor*. An die Regierungspartei NRM appellierte Lwanga, sich zu ihren Idealen zu bekennen.

1985 unterstützte die ehemalige Rebellenbewegung NRM den Putsch gegen den damaligen Diktator Obote. Im Jahr darauf ergriff deren Anführer Yoweri Museveni die Macht und regiert seither als Präsident. „Ich erinnere mich, dass der Präsident nach dem Amtsantritt betonte, man wolle sich der Politik und dem Führungsstil der Amin- und Obote-Regime widersetzen“, so Lwanga. Beobachter werfen Museveni eine zunehmend autoritäre Führung vor. Vor den Wahlen



Präsident Museveni: zunehmend diktatorische Züge. Foto: AFP/Katumba

im Jänner kam es zu Ausschreitungen und Gewalt gegen Oppositionelle und Journalisten. Mindestens 50 Menschen wurden getötet. Museveni erneuert Wahlsieg gilt als äußerst umstritten. Museveni hat enge Beziehungen zu Österreich. Die Machtergreifung plante er mit seinen engsten Mitstreitern im Gasthaus „Zum Grünen Jäger“ in Untertalberndorf im Weinviertel. Auf dem dort beschlossenen „Untertalberndorfer Manifest“ beruht seither die Verfassung Ugandas. (APA, TT)

"Tiroler Tageszeitung" vom 29.01.2021 Seite 12 Ressort: Nachrichten Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

SPÖ fordert Stopp für Uni-Gesetz

Wien-Die SPÖ fordert von der türkis-grünen Koalition einen Neustart bei der geplanten Novelle zum Universitätsgesetz. Der vorliegende Entwurf stoße auf breiten Widerstand an den Hochschulen, sei in vielen Punkten rechtswidrig und führe verstärkt zu sozialen Problemen, kritisiert SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

Besonders umstritten ist eine von Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) geplante Mindestleistung in den ersten beiden Studienjahren. Außerdem werden die Spitzengremien neu geordnet: Die Senate verlieren Kompetenzen zu Gunsten von Rektoraten und Uniräten.

Reformwünsche hat aber auch die SPÖ. Kuntzl fordert ein Teilzeitstudium, einen Beurlaubungsgrund für Berufstätigkeit, höhere Beihilfen und eine Verlängerung der Regelstudienzeit.

Gerade in der Corona-Krise würde es Unterstützung brauchen, meinte Kuntzl. Von Faßmann komme aber genau das Gegenteil. (APA)

SPÖ fordert Stopp für Uni-Gesetz

Wien – Die SPÖ fordert von der türkis-grünen Koalition einen Neustart bei der geplanten Novelle zum Universitätsgesetz. Der vorliegende Entwurf stoße auf breiten Widerstand an den Hochschulen, sei in vielen Punkten rechtswidrig und führe verstärkt zu sozialen Problemen, kritisiert SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

Besonders umstritten ist eine von Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) geplante Mindestleistung in den ersten beiden Studienjahren. Außerdem werden die Spitzengremien neu geordnet: Die Senate verlieren Kompetenzen zu Gunsten von Rektoren und Uniräten.

Reformwünsche hat aber auch die SPÖ. Kuntzl fordert ein Teilzeitstudium, einen Beurlaubungsgrund für Berufstätigkeit, höhere Beihilfen und eine Verlängerung der Regelstudienzeit.

Gerade in der Corona-Krise würde es Unterstützung brauchen, meinte Kuntzl. Von Faßmann komme aber genau das Gegenteil. (APA)

Strache und das „Komplott“

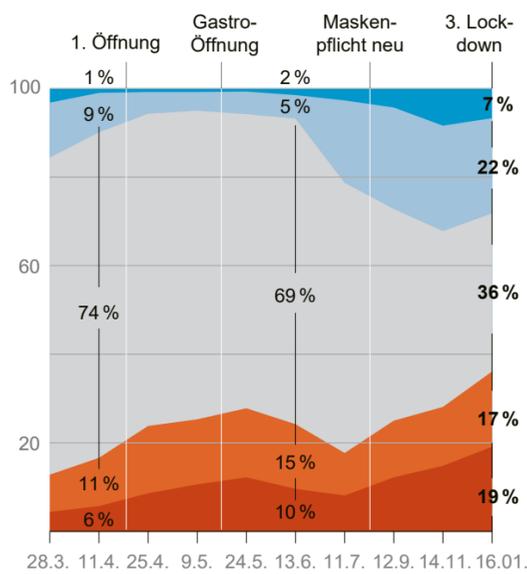
Wien – Als „schiefer unglaublich“ bewertet der frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache jüngste Hinweise, dass das Umfeld des Bundespräsidenten vorab über das Ibiza-Video informiert gewesen sein könnte. Die Präsidentschaftskanzlei bestätigt, ein Mail mit vagen Andeutungen bekommen zu haben. Man habe es aber nicht weiter beachtet. Ein Treffen mit einem Mitarbeiter von Bundespräsident Alexander Van der Bellen – wie vom mutmaßlichen Drahtzieher des Videos in Interviews behauptet –, habe es aber nicht gegeben.

Strache bleibt dabei: Hinter dem Video, dessen Veröffentlichung ihn zu Fall brachte, stecke die „jahrelange kriminelle Energie eines Komplotts“. (APA)

Bewertung der Corona-Maßnahmen

Umfragen, wie angemessen Regierungsmaßnahmen sind

zu extrem zu stark angemessen
eher nicht ausreichend gar nicht ausreichend



Zirka 1.500 Befragte, Rundungsdifferenzen
Quelle: Universität Wien; Grafik: Austria Presse Agentur APA

Vertrauen in die Regierung sinkt

Wien – Die Menschen in Österreich verlieren zunehmend das Vertrauen in die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Forscher der Uni Wien erheben für ihr „Austrian Corona Panel Project“ regelmäßig die Stimmung. Mitte Jänner hat diese einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht. Für fast 40 Prozent der rund 1500 Befragten sind die Maßnahmen nicht oder überhaupt nicht effektiv. 26,1

Prozent bewerten die Einschränkungen als „eher stark“ bzw. „zu extrem“.

Umgekehrt wollen 28,2 Prozent strengere Maßnahmen. Sie halten die bestehenden Beschränkungen für „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ ausreichend.

35,7 Prozent halten die Beschränkungen für angemessen – auch das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Pandemie. (APA, TT)

Antithesen zur Corona-Politik

FPÖ unterstützt eine Großdemo. Eine andere Initiative versucht es mit Demo ohne Menschen.

Wien – Die nächste Großdemonstration in Wien gegen die Corona-Maßnahmen wirft ihre Schatten voraus. Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) fordert von der Polizei eine strengere Überwachung der Einhaltung von Abstands- und Maskenpflicht. Als prominentester Redner ist FPÖ-Klubchef Herbert Kickl angesagt: Der blaue Parteichef Norbert Hofer unterstützt den Auftritt, Kickl sei die „Antithese zur Politik der Bundesregierung“.

Vor zwei Wochen waren 10.000 Menschen in Wien marschiert, unter ihnen Größen der rechtsextremen Szene, aber auch FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz. Für Kritik an der Polizei sorgte, dass Verstöße gegen die Corona-Maßnahmen nur wenig geahndet wurden.

Dieses Mal erwartet Hofer ein anderes Bild: Vor zwei Wochen seien die Beamten noch „sehr einfühlsam“ vorgegangen, beschreibt er die Ereignisse aus seiner Sicht. Nun gebe es aber eine „politische Weisung“ Nehammers, schneller vorzugehen. Gemeint ist die Ankündigung des Innenministers, dass die Polizei ihre Taktik „grundlegend“ ändern und auch gegen Verwaltungsübertretungen

vorgehen soll.

Hofer erwartet für Sonntag offenbar eine angespannte Lage. „Tappen Sie nicht in die Falle, die der Innenminister Ihnen stellt“, richtet er den Demonstranten aus: „Machen Sie Ihrem Unmut Luft, aber halten Sie die Gesetze ein.“

Den Lockdown möchte Hofer rasch lockern. In einem anderen Punkt ist er mit der Regierung aber einig: Hofer will sich gegen Corona impfen lassen. Er begründet diesen Schritt mit den Berufen seiner Frau und seiner Tochter, die im Gesundheitswesen tätig sind. Hofer war im November aber positiv auf das Virus getestet worden.

Tirols FPÖ-Obmann Mar-

kus Abwerzger wird Hofer bei diesem Schritt „wahrscheinlich“ folgen. Einen Zwang zur Impfung lehnen beide ab.

Eine andere Form des Protests gegen die Corona-Maßnahmen wählt eine andere Gruppe. Unter dem Motto „Es reicht jetzt“ planen sie für heute eine „menschelose Demo“ vor dem Bundeskanzleramt in Wien. 30 Nachrichten von Bürgern – darunter vom Public-Health-Experten Martin Sprenger – sollen per Lautsprecher abgespielt werden. An Ort und Stelle werden nur drei Personen sein, denn eine Demonstration mit vielen Leuten wäre angesichts der Pandemie „verantwortungslos“, heißt es. (TT, APA)



Sich selbst impfen lassen ja, Impfzwang nein, Protest ja: FPÖ-Chef Norbert Hofer erläutert die Corona-Politik der FPÖ. Foto: APA/Schlagler

+++ CORONA INTERNATIONAL IN KÜRZE +++

Impfabstand einhalten. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat die Richtlinien für die Anwendung des BioNTech/Pfizer-Impfstoffs verschärft. Danach muss die zweite Dosis innerhalb von drei Wochen gespritzt werden. Zuvor hatten die Experten empfohlen, dass zwischen der ersten und zweiten Impfdosis „mindestens 21 Tage“ liegen sollten. Nun wird klar von drei Wochen gesprochen, und es wird davon abgeraten, die Zeitspanne zu verlängern.

Unter 100. Der harte Lockdown in Deutschland zeigt Wirkung: Inner-

halb eines Monats haben sich die deutschen Infektionszahlen in der Pandemie halbiert. So gab das Robert Koch-Institut die 7-Tage-Inzidenz – Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche – am Donnerstagmorgen mit 98 an. Der bisherige Höchstwert wurde am 22. Dezember mit 198 erreicht. Erklärtes Ziel in Deutschland ist es, die 7-Tage-Inzidenz auf unter 50 zu drücken. Schnelle Lockerungen der Maßnahmen halten einige Wissenschaftler aber auch dann für fatal. Mehr Freiheiten für alle winken aus deren Sicht erst, wenn die Inzidenz auf oder unter 10 gedrückt werde.

Einreisestopp für Japaner. Wegen deutlich gestiegener Corona-Infektionszahlen gelten künftig auch für Japan die schon zu Beginn der Pandemie eingeführten Einreisebeschränkungen in die Europäische Union. Somit bleiben nur sechs Länder weltweit, aus denen Bürger normal in die EU einreisen dürfen: Australien, Neuseeland, Ruanda, Singapur, Südkorea und Thailand.

Portugal schlägt Alarm. Portugal befindet sich nach den Worten von Ministerpräsident Antonio Costa in der schwersten Phase der Corona-

virus-Pandemie. Die portugiesische Regierung hat die EU-Partner bereits um Hilfe gebeten. Das Land braucht vor allem Ärzte und Pflegepersonal. Die 7-Tage-Inzidenz und die Zahl der Toten pro eine Million Einwohner sind in Portugal derzeit die weltweit höchsten. Costa führt dies auf die zu großen Lockerungen zwischen Weihnachten und Silvester zurück. Zudem habe sich die zuerst in Großbritannien aufgetretene Variante in Portugal schnell verbreitet.

Produktionsstart Totimpfstoff. Das französisch-österreichische Biotechunternehmen Valneva

beginnt mit der Produktion seines Wirkstoffs „VLA2001“ in Großbritannien. Darüber hinaus bereitet die Firma, die in Wien einen großen Forschungsstandort unterhält, eine erste klinische Studie am Menschen („Phase-1/2“) mit 150 Teilnehmern vor. Die ebenfalls in Großbritannien durchgeführte Untersuchung soll von Wien aus gemanagt werden. Der Impfstoff-Kandidat ist ein so genannter Totimpfstoff, das heißt, er basiert auf inaktivierten, ganzen Coronaviren. Man starte nun in Schottland parallel zu den klinischen Studien mit der Produktion. (TT, dpa, APA)

Johnson-Besuch erzürnt Schottland

Britischer Premier appellierte an Einheit Großbritanniens. Sturgeon verurteilte den Besuch.

Edinburgh – Gegen den Willen der Regionalregierung hat der britische Premierminister Boris Johnson gestern dem nach Unabhängigkeit strebenden Landesteil Schottland einen Besuch abgestattet. Der Besuch, der kurzfristig angekündigt wurde – ohne Begleitung von Medienvertretern –, war auch als Appell an die Einheit des Landes geplant.

Entgegen aller Gepflogenheiten wurde kein Treffen Johnsons mit der schottischen Regierungschefin Nicola Sturgeon eingeplant. Sturgeon treibt die Lösung Schottlands von Großbritannien voran und fordert ein neues Unabhängigkeits-Referendum. Aus London kommt dazu freilich eine klare Absage.



Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon will London den Rücken kehren – und liegt im Clinch mit Johnson. Foto: AFP/Buchanan

Sturgeon betonte im Vorfeld des Besuchs, der Trip aus London in die Hunderte Kilometer entfernten Städte Glasgow und Edinburgh während der Pandemie sei „nicht notwendig“ und Johnson diene

damit nicht als Vorbild. In Schottland gelten wie in anderen Landesteilen scharfe Ausgangs- und Reisebeschränkungen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen. Dass Johnson dennoch fahre,

zeige, dass der Premierminister „in Panik“ sei, hieß es aus Sturgeons Schottischer Nationalpartei. In Schottland befürwortet Umfragen zufolge seit Monaten eine Mehrheit der Menschen die Unabhängigkeit. Ein Grund ist der Brexit: Bei der Abstimmung über den EU-Austritt im Juni 2016 hatten die Schotten deutlich für den Verbleib in dem Staatenbund gestimmt. Sturgeon will Schottland nun zurück in die EU führen. In einem ersten Unabhängigkeitsreferendum hatte sich 2014 eine knappe Mehrheit der Schotten für die Einheit ausgesprochen. Doch mit dem Brexit haben sich laut Sturgeon die Voraussetzungen geändert. (TT, dpa, APA)

Berlin prescht mit Einreiseverboten vor

Berlin, Brüssel – Deutschland will nicht mehr auf eine EU-weite Regelung warten. Schon in den nächsten Tagen könnten dort für Länder, in denen neue Varianten des Coronavirus besonders verbreitet sind, Einreiseverbote beschlossen werden. Das kündigte Innenminister Horst Seehofer (CSU) vor der gestrigen EU-Innenministerkonferenz an.

Die Einreiseverbote würden derzeit Portugal, Großbritannien, Südafrika und Brasilien treffen, erläuterte Seehofer. Die Liste sei aber jederzeit erweiterbar. „Wir müssen präventiv Maßnahmen treffen, damit das Virus sich bei uns nicht stärker entfalten kann“, sagte Seehofer. Ausnahmere-

gelungen berate man noch. Kontrolliert werden sollten die neuen Regeln so, dass die Menschen damit rechnen müssten, in eine Kontrolle zu geraten. Stationäre Grenzkontrollen werde es nicht geben. Stattdessen setze man im Straßenverkehr auf die Schleierfahndung, die deutlich verdichtet worden sei.

Die EU-27 hatten sich vergangene Woche darauf verständigt, den Reiseverkehr in Europa weitgehend auszubremsen. Es sei aber nicht damit zu rechnen, dass es in absehbarer Zeit zu einer europäischen Lösung komme, die den deutschen Vorstellungen entspreche. „Deshalb bereiten wir das jetzt national vor.“ (TT, dpa)

"Tiroler Tageszeitung" vom 14.01.2021 Seite 10 Ressort: Nachrichten Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Massive Kritik an neuem Uni-Gesetz reißt nicht ab

Die Innsbrucker Verfassungsjuristin Anna Gamper hat rechtliche Bedenken-sie ortet eine "gravierende Schwächung des Senats".

Wien-Die geplante Novelle des Universitätsgesetzes (UG) sorgt weiter für Unmut. Morgen endet die Begutachtungsfrist für den umstrittenen Gesetzesentwurf. Als besonders problematisch sehen es die Kritiker, dass Studienanfänger künftig in den ersten beiden Studienjahren eine Mindestleistung nachweisen müssen, dass die (von Professoren, Mittelbau, Studenten und allgemeinem Personal beschickten) Senate an Einfluss verlieren und gleichzeitig die Rektorate mehr Mitsprache bei den Studienplänen bekommen sollen.

"Die Einführung einer Mindeststudienleistung als Erhöhung der Verbindlichkeit vonseiten der Studierenden ist seit Langem eine Forderung der uniko", heißt es von der Universitätenkonferenz (uniko). Im Entwurf wird dafür die Grenze von 24 ECTS in den ersten beiden Jahren festgelegt. Die als Sanktion bei Nichterfüllung vorgesehene zehnjährige Sperre ist der uniko aber zu lang-sie sollte stattdessen auf zwei Jahre heruntergesetzt werden.

Rechtliche Bedenken hat die Verfassungsjuristin und Vorsitzende der Professorenkurie im Senat der Uni Innsbruck, Anna Gamper. So sei etwa die geplante "gravierende Schwä-

chung des Senats" mit der verfassungsrechtlich abgesicherten Universität als autonomer "Stätte freier wissenschaftlicher Forschung und Lehre" unvereinbar, heißt es in ihrer Stellungnahme. "Soll die Universität ihrem Verfassungsauftrag nach eine selbstverwal-

tungsähnliche Anstalt sein, an der die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet wird, ist eine maßgebliche demokratische Partizipation der Universitätsangehörigen an allen universitären Kernaufgaben unabdingbar und sachlich geboten."

Auch die Begrenzung der Amtsperiode der Rektoren mit dem 70. Lebensjahr erscheine sowohl unionsrechts-als auch verfassungswidrig, sagt Gamper. Dabei handle es sich um eine "offene Altersdiskriminierung, die aus verschiedenen Gründen sachlich nicht gerechtfertigt ist". So würden etwa schon jetzt Rektoren über 70 an den Unis tätig und offenbar amtsfähig sein. Darüber hinaus gebe es für andere wichtige Managementfunktionen-vom Bundespräsidenten bis zum Unternehmensführer-eben keine solche Altersbeschränkung.

Die Gewerkschaft konzentriert ihre Kritik vor allem auf die Neuregelung der Kettenverträge. Ursprünglich sei in den Verhandlungen geplant gewesen, dass Unterbrechungen von aufeinanderfolgenden Befristungen, durch die unbefristete Beschäftigungsverhältnisse verhindert werden, rechtsunwirksam und alle Arbeitsverhältnisse zusammengerechnet werden. Nach sechs bzw. bei Drittmittelfinanzierungen acht Jahren sollte nur noch eine unbefristete Anstellung möglich sein. Diese Ziele erreiche die Novelle aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen nicht, so die Personalvertreter. (TT, APA)

Hunderte Studenten haben am Dienstag in mehreren Städten gegen die anstehende UG-Novelle demonstriert.



Notwehr oder Notwehrexzess? In diesem Haus in Wien-Hietzing erschoss ein Polizist eine 67-Jährige, die mit einem Messer drohte. Foto: APA/Punz

Frau erschossen: Fragen an Polizei

Wien – Wäre der Tod einer 67-jährigen Wienerin zu verhindern gewesen, die am 5. Jänner durch die Kugel eines Polizisten starb? Dieser Frage muss sich die Wiener Polizei stellen. Strafrechtlich lautet die Frage Notwehr oder Notwehrexzess, berichtet die Wiener Stadtzeitung *Falter*. Die Abgeordnete Stephanie Krisper (NEOS) fordert in Anfragen an Innen- und Justizministerium Aufklärung.

Die Pensionistin hatte zunächst ihre Heimhilfe mit einem Messer bedroht. In der Folge rückte die Polizei an, darunter Beamte der Spezialeinheit Wega. Die Frau öffnete die Wohnungstür – mit einem Messer in der Hand. Ein Polizist setzte den Elektroschocker ein. Ein anderer schoss mit der Pistole. Er traf die Frau tödlich.

Der *Falter* konfrontierte Polizisten mit dem Fall und

holte Meinungen ein. Die Befragten stimmen überein, dass der Sachverhalt genau rekonstruiert werden müsse. Sie beklagen, dass es noch keine Bodycams gebe, die solche Einsätze auf Video dokumentieren. Ein Beamter spekuliert, dass möglicherweise unklar gewesen sei, ob sich in der Wohnung eine weitere Person aufgehalten habe. Ein weiterer Beamter meinte, entscheidend seien die Minuten vor dem Schuss: „War es notwendig, dass es zu der Situation kommen musste?“

Ein dritter Beamter wird in der Zeitung so zitiert: „Wenn die Wega zu einem Einsatz gerufen wird, bei dem eine Heimhilfe mit einem Messer bedroht wurde, hätte ich schon erwartet, dass sie nicht überrascht sind, wenn die Tür aufgeht und die Frau mit dem Messer in der Hand rauskommt.“ (APA, TT)

Massive Kritik an neuem Uni-Gesetz reißt nicht ab

Die Innsbrucker Verfassungsjuristin Anna Gamper hat rechtliche Bedenken – sie ortet eine „gravierende Schwächung des Senats“.

Wien – Die geplante Novelle des Universitätsgesetzes (UG) sorgt weiter für Unmut. Morgen endet die Begutachtungsfrist für den umstrittenen Gesetzesentwurf. Als besonders problematisch sehen es die Kritiker, dass Studienanfänger künftig in den ersten beiden Studienjahren eine Mindestleistung nachweisen müssen, dass die (von Professoren, Mittelbau, Studenten und allgemeinem Personal beschickten) Senate an Einfluss verlieren und gleichzeitig die Rektorate mehr Mitsprache bei den Studienplänen bekommen sollen.

„Die Einführung einer Mindeststudienleistung als Erhöhung der Verbindlichkeit vonseiten der Studierenden ist seit Langem eine Forderung der uniko“, heißt es von der Universitätenkonferenz (uniko). Im Entwurf wird dafür die Grenze von 24 ECTS in den ersten beiden Jahren festgelegt. Die als Sanktion bei Nichterfüllung vorgesehene zehnjährige Sperre ist der uniko aber zu lang – sie sollte stattdessen auf zwei Jahre heruntersetzt werden.

Rechtliche Bedenken hat die Verfassungsjuristin und Vorsitzende der Professorenkurie im Senat der Uni Innsbruck, Anna Gamper. So sei etwa die geplante „gravierende Schwächung des Senats“ mit der verfassungsrechtlich abgesicherten Universität als autonomer „Stätte freier wissenschaftlicher Forschung und Lehre“ unvereinbar, heißt es in ihrer Stellungnahme. „Soll die Universität ihrem Verfassungsauftrag nach eine selbstverwal-



Hunderte Studenten haben am Dienstag in mehreren Städten gegen die anstehende UG-Novelle demonstriert. Foto: APA/Pfarrhofer

lung des Senats“ mit der verfassungsrechtlich abgesicherten Universität als autonomer „Stätte freier wissenschaftlicher Forschung und Lehre“ unvereinbar, heißt es in ihrer Stellungnahme. „Soll die Universität ihrem Verfassungsauftrag nach eine selbstverwal-

tungsähnliche Anstalt sein, an der die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet wird, ist eine maßgebliche demokratische Partizipation der Universitätsangehörigen an allen universitären Kernaufgaben unabdingbar und sachlich geboten.“

Auch die Begrenzung der Amtsperiode der Rektoren mit dem 70. Lebensjahr erscheine sowohl unionsrechts- als auch verfassungswidrig, sagt Gamper. Dabei handle es sich um eine „offene Altersdiskriminierung, die aus verschiedenen Gründen sachlich nicht gerechtfertigt ist“. So würden etwa schon jetzt Rektoren über 70 an den Unis tätig und offenbar amtsfähig sein. Darüber hinaus gebe es für andere wichtige Managementfunktionen – vom Bundespräsidenten bis zum Unternehmensführer – eben keine solche Altersbeschränkung.

Die Gewerkschaft konzentriert ihre Kritik vor allem auf die Neuregelung der Kettenverträge. Ursprünglich sei in den Verhandlungen geplant gewesen, dass Unterbrechungen von aufeinanderfolgenden Befristungen, durch die unbefristete Beschäftigungsverhältnisse verhindert werden, rechtsunwirksam und alle Arbeitsverhältnisse zusammen gerechnet werden. Nach sechs bzw. bei Drittmittelfinanzierungen acht Jahren sollte nur noch eine unbefristete Anstellung möglich sein. Diese Ziele erreiche die Novelle aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen nicht, so die Personalvertreter. (TT, APA)

Gebet kostete über 10.000 Euro

Wien – Die Anfang Dezember im Parlament abgehaltene Gebetsfeier hat mehr als 10.000 Euro gekostet. Das bestätigte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) in Beantwortung zweier parlamentarischer Anfragen der NEOS. Für die Veranstaltung wurde neben dem Personal

der Parlamentsdirektion auch auf externe Dienstleister zurückgegriffen.

Die Kosten dafür beliefen sich auf 10.352,84 Euro. Davon entfielen 5796 Euro auf die Produktion der Zuspieler, Herstellung des Livestreams sowie die Distribution des Streams, 336 Euro auf Foto-

dienstleistungen und 4220,84 Euro auf die Sicherheit wie etwa Zutrittskontrollen. Hinzu kommen die Kosten der 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion, die in die Vor- und Nachbereitungen sowie bei der Umsetzung der Veranstaltung involviert waren. (APA)

Estland sucht neue Regierung

Tallinn – Estlands Ministerpräsident Jüri Ratas ist nach Korruptionsvorwürfen gegen seine Partei gestern zurückgetreten. Der 42-jährige Regierungschef des baltischen EU- und NATO-Landes will nach eigenen Angaben die politische Verantwortung übernehmen und die Mög-

lichkeit bieten, die Vorwürfe aufzuklären zu können. Die Justizbehörden hatten wegen eines staatlichen Corona-Hilfskredits an ein Immobilienprojekt Ermittlungen gegen Ratas' linksgerichtete Zentrumsparterie eingeleitet.

Ratas' Schritt führt gemäß estnischer Verfassung auto-

matistisch zum Rücktritt der gesamten Regierung. Staatschefin Kersti Kaljulaid muss nun binnen zwei Wochen einen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs benennen. Sie kündigte an, die Oppositionsführerin Kaja Kallas mit der Regierungsbildung beauftragen zu wollen. (APA, dpa)

CORONA INTERNATIONAL IN KÜRZE

Papst Franziskus ist am Mittwoch geimpft worden. Dies berichtete die gut informierte argentinische Tageszeitung *La Nación* unter Berufung auf Quellen im Vatikan. Der Papst hatte zuletzt in einem Sonntagabend ausgestrahlten TV-Interview gesagt, es sei eine „moralische Pflicht“, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen.

Schweiz reagiert auf Variante. Nach wochenlangem Zögern verschärft die Schweiz ihre Corona-Maßnahmen deutlich: Von Montag an bleiben alle Geschäfte geschlossen, die keine Güter des täglichen Bedarfs verkaufen. Zudem müssen Arbeitgeber Home-Office anordnen, wo immer dies möglich ist. Grund sei die Ausbreitung der neuen Virusvarianten, die deutlich ansteckender sind als die früheren Varianten, sagte Präsident Guy Parmelin in Bern.

Grenzübergänge zu. Tschechien verzeichnet massive Neuinfektionszahlen mit dem Coronavirus. Die Sieben-Tages-Inzidenz liegt derzeit bei 795, die der Slowakei bei 374. In der Slowakei gibt es zudem

den Verdacht auf zahlreiche Fälle der neuen Virusmutation B.1.1.7. Österreich hat deshalb um Mitternacht 45 kleinere Grenzübergänge zu Tschechien und der Slowakei geschlossen.

Freies Reisen mit Impfpass. Der EVP-Fraktionschef im EU-Parlament, Manfred Weber, ist für ein EU-Zertifikat für Corona-Geimpfte, das freies Reisen im Schengenraum ermöglicht. „Wenn die Menschen geimpft sind, müssen sie mit einem entsprechenden Papier in der EU reisen können“, sagte er am Mittwoch.

Krematorium überfordert. Übereinandergestapelte Holzsärgen in Andachtsräumen, teils nachlässig umwickelt mit Plastikfolie; auf einigen stehen die Schriftzüge „Covid“ oder „Corona“ – mit Kreide oder Edding geschrieben, manche verwischt: Diese Bilder aus der sächsischen Stadt Meißen erschütterten Deutschland. Doch in dem Corona-Hotspot kommt das kommunale Krematorium mit der Einäscherung der Verstorbenen nicht mehr hinterher.

Monsterprozess gegen Mafia-Krake

Hunderte Angehörige der kalabrischen 'Ndrangheta und ihre Helfer vor Gericht.

Lamezia Terme – Einer der größten Mafia-Prozesse der vergangenen Jahrzehnte hat gestern in der süditalienischen Stadt Lamezia Terme begonnen. Mehr als 350 mutmaßliche Mitglieder und Helfer der Verbrecherorganisation 'Ndrangheta müssen sich wegen zahlreicher Vorwürfe verantworten. Es geht um Mafia-Zugehörigkeit, Mord, versuchten Mord, Erpressung, Drogenhandel, Geldwäsche und vieles mehr. Unter den Beschuldigten in dem Mega-Verfahren in Kalabrien sind auch ehemalige Politiker, Unternehmer und Polizisten.

„Mit diesem Prozess zeigen wir, wie sich die 'Ndrangheta entwickelt hat. Sie ist nicht nur für Erpressungen und Wucher verantwortlich, sondern ist auch eng mit der öffentlichen Verwaltung verstrickt. Die 'Ndrangheta ist nicht mehr eine Hirten-Mafia, sondern eine moderne



Der eigens eingerichtete Gerichtssaal füllt sich kurz vor Prozessbeginn Mittwochmorgen langsam mit den Angeklagten. Foto: AFP/Chininea

Holding des Verbrechens“, sagte Oberstaatsanwalt Nicola Gratteri.

Das Verfahren ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit der Justiz. Im Dezember 2019 hatten rund 2500 Polizisten bei einer Großaktion mehr als 334 Menschen festgenom-

men. Auch in Deutschland, der Schweiz und Bulgarien kam es zu Festnahmen.

Aus den Ermittlungen gingen enge Verstrickungen der 'Ndrangheta mit der Politik hervor. Die „Rinascita Scott“ genannte Untersuchung erstreckte sich bis nach Nord-

italien. „Die Mafia ist eng mit den Machtzentralen verstrickt, daher wird sie immer stärker“, sagte der Präsident der Anti-Mafia-Kommission im Parlament, der aus Kalabrien stammende Senator Nicola Morra.

Erwartet werden etwa 900 Zeugen. Rund 90 Angeklagte haben Medienberichten zufolge Vorwürfe zugegeben und sich für ein Schnellverfahren entschieden. Für sie soll es am 27. Jänner vor Gericht losgehen. Für weitere Mord-Beschuldigte sei eine andere Verhandlung ab Februar vorgesehen.

Die 'Ndrangheta gehört zu den weltweit mächtigsten Mafia-Organisationen. Sie dominiert den internationalen Drogenhandel, verdient aber auch mit Waffen, Geldwäsche und durch Korruption. Experten schätzen, dass sie jährlich einen weltweiten Umsatz zwischen 50 und 100 Milliarden Euro macht. (TT, APA dpa)

"Tiroler Tageszeitung" vom 13.01.2021 Seite 11 Ressort: InterNational Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Studenten-Proteste gegen das neue Uni-Gesetz

In Innsbruck, Wien, Graz und Linz demonstrierten mehrere Hundert Studierende für einen freien Zugang zur Bildung.

Wien, Innsbruck-Die Initiative "Bildung brennt" hat gestern zu Demonstrationen gegen die geplante Reform des Universitätsgesetzes (UG) aufgerufen. In mehreren Städten folgten trotz Lockdowns und eisiger Temperaturen Hunderte Studenten dem Aufruf.

In Innsbruck gingen rund 150 Personen gegen die UG-Novelle und für einen freien Zugang zur Bildung auf die Straße. Die Versammlung verlief ohne Probleme, sagte ein Polizeisprecher. Der Demozug führte vom Haus der Musik unter anderem über die Maria-Theresien-Straße zum Landhausplatz. In Wien und Graz nahmen laut APA jeweils ein paar Hundert Menschen an der Kundgebung teil. In Linz haben sich rund 200 Teilnehmer vor dem Landhaus versammelt.

Die Demo-Organisatoren hatten sich vorher von "Verschwörungsmystikern" distanziert, die im Internet ebenfalls zur Teilnahme an den Protestveranstaltungen aufgerufen hatten. Die Demonstranten trugen, wie von den Initiatoren gefordert, fast durchgehend Mund-Nasen-Schutz, Ordnerdienste stellten bei Bedarf zusätzliche Masken zur Verfügung.

Worum geht es? "Bildung brennt" kritisiert an der UG-Novelle vor allem, dass Studenten in den ersten beiden Studienjahren künftig eine Mindestleistung nachweisen müssen, dass die Senate an Einfluss verlieren und gleichzeitig die Rektorate mehr Mitsprache bei den Studienplänen bekommen sollen.

Am Freitag endet die Begutachtungsfrist für den umstrittenen Gesetzesentwurf. Zusätzlich zu dem österreichweiten Aktionstag hatte die von Studierenden und Lehrenden getragene Initiative unter dem Motto "Bildung darf nicht weiter prekariert werden" eine Petition gegen die geplante UG-Novelle gestartet, die bis Dienstagnachmittag knapp 23.000 Unterschriften zählte. (APA, TT)

Vor dem Bildungsministerium in Wien versammelten sich Hunderte Studenten und taten ihren Unmut kund.



„Landesverteidigung ist Kernaufgabe“

Generalstabschef Robert Brieger will bis zu seinem Pensionsantritt im November die Ausrüstung der Miliz verbessern. Die Einsätze in der Corona-Krise haben für ihn Priorität. Die Luftraumüberwachung sieht er grundsätzlich gewährleistet.

Das Bundesheer muss in der gegenwärtigen Corona-Pandemie allorts aushelfen – bei der Verteilung der Impfstoffe, bei Massentests, bei der Post, in Lagern von Lebensmittelhändlern. Das Bundesheer wird und wurde oft „lediglich“ als Katastrophenhilfe wahrgenommen. Wird jetzt diese Wahrnehmung in der Bevölkerung einzementiert?

Robert Brieger: Ja, wir haben während der Corona-Krise in einem sehr hohen Umfang Assistenzen und Unterstützungsleistungen erbracht und tun das immer noch. Das hat uns bei der Bevölkerung einen hohen Grad an Anerkennung gebracht. Das ist sicher auf der positiven Seite zu vermerken. Natürlich hat aber das Bundesheer militärische Kernaufgaben, die wir nicht vernachlässigen dürfen. Wenn sich jedoch die Republik – so wie leider weite Teile des Planeten – in einer pandemischen Krise befindet, hat das für mich Priorität. Das bedeutet: Auch ein Assistenz-einsatz ist ein Einsatz und hat Vorrang vor anderen Aufgaben. Man muss zunächst diese naheliegende Aufgabe bewältigen, dann kann man sich wieder den Kernaufgaben widmen.

Der Bundesvoranschlag zum Heeresbudget sieht Auszahlungen in der Höhe von 2,673 Milliarden Euro vor. Im Vergleich zu 2020 bedeutet dies einen Anstieg um 127,1 Millionen Euro oder fünf Prozent. Reicht diese Erhöhung für die zusätzlichen Aufgaben, die das Heer im Zuge der Covid-Pandemie übernimmt?

Brieger: Für Covid gibt es ja einen eigenen Budgettopf, den auch das Bundesheer ansprechen konnte. Wir haben also diesbezügliche Investitionen weitgehend vom Finanzressort zur Verfügung gestellt bekommen. Mein Bestreben ist es natürlich, diese schrittweise Budget-Erhöhung in den weiteren Jahren



„Nahezu alle Waffengattungen benötigen qualitativ und teils quantitativ massive Verbesserungsschritte“, konstatiert Brieger.

Foto: APA/Jäger

dieser Legislaturperiode fortzusetzen.

Es gab eine rege Debatte über die Heeresreform – dabei ging es um die Kernaufgabe des Heeres. Wird die militärische Landesverteidigung die Kernaufgabe des Bundesheeres bleiben?

Brieger: Das steht für mich außer Frage. Die militärische Landesverteidigung ist die von der Verfassung und vom Wehrgesetz dem Bundesheer zugeordnete Aufgabe. Sie ist die originäre Aufgabe – alle anderen sind Subsidiäraufgaben. Diese militärische Landesverteidigung muss aber in einer zeitgemäßen Art und Weise interpretiert werden. Wir befinden uns nicht mehr im Kalten Krieg. Die Bedrohungen sind wesentlich vielschichtiger, sie sind nicht mehr eindimensional und

es gilt eine gesamtstaatliche Antwort zu finden. Zudem sind große Herausforderungen nicht mehr rein national zu bewältigen, auch ein neutraler Staat wie Österreich ist angehalten, internationale Kooperationen – dort, wo es gesetzlich möglich und sinnvoll ist – zu nutzen.

Sie gehen heuer in Pension. Wann konkret?

Brieger: Ich vollende im November mein 65. Lebensjahr und bin daher in den Ruhestand zu versetzen.

Sie haben bei Ihrem Amtsantritt gefordert, dass das Heeresbudget auf ein Prozent des BIP – etwa vier Milliarden Euro – steigen sollte. Wie sehr ärgert es Sie, dass das nicht vor Ihrem Pensionsantritt passiert ist?

Brieger: Diese Forderung ist aus meiner Sicht noch aktu-

ell – und aufrechtzuerhalten. Ich sehe die Budgetsteigerung 2020/21 auf jeden Fall als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Frau Bundesminister (Klaudia Tanner/ÖVP) hat mehrfach angekündigt, auch weiterhin Budgetverhandlungen jährlich führen zu wollen. Wir sind uns also darin einig, dass wir die notwendigen Investitionen für unsere Schwergewichtsbereiche einfordern werden. Dass man einen so großen (Budget-)Sprung nicht binnen eines oder auch zweier Jahre realisieren kann, ist für mich logisch und auch nachvollziehbar. Es erscheint mir aber sehr wohl möglich, mit einer schrittweisen Annäherung an diese Richtwerte die kontinuierliche Qualitätsverbesserung in den Streitkräften voranzutreiben.

Was wollen Sie bis zu Ihrem Pensionsantritt noch unbedingt umgesetzt sehen?

Brieger: Ein wesentliches Anliegen ist etwa eine Verbesserung der geschützten Mobilität und eine bessere Ausrüstung der Milizverbände. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es natürlich viele andere Anliegen gibt, die ich hier nicht taxativ aufzählen möchte. Es ist allgemein bekannt, dass das Bundesheer in den letzten 20 Jahren unter massiven Einsparungen gelitten hat. Nahezu alle Waffengattungen benötigen qualitativ und teils quantitativ massive Verbesserungsschritte. Zudem müssen neue Domänen ausgebaut werden – etwa die Cyberabwehr, die vor allem personell, aber auch technisch entspre-

chende Entwicklungsschritte erfordert. Da gibt es einen großen Nachholbedarf, der wohl auch meinen Nachfolger beschäftigen wird.

Die Saab 105 sind mit Jahresende in Pension gegangen. Wie geht es mit der Luftraumüberwachung nun weiter?

Brieger: Die aktive Luftraumüberwachung bleibt ein Bestandteil unserer Neutralitäts- und Sicherheitspolitik – und sie ist nun mit dem Ausscheiden der Saab ausschließlich mit den Eurofightern durchzuführen. Ich möchte aber anmerken, dass die Saab schon in den letzten Jahren aus technischen Gründen weniger an der Luftraumüberwachung beteiligt waren als zuvor. Nachdem die Entscheidung gefallen ist, diese Flugzeuge unmittelbar nicht zu ersetzen, müssen wir die Pilotenausbildung mit ausländischen Partnern intensivieren und auch die notwendigen Flugstunden mit dem Eurofighter gewährleisten. Eine andere Lösung sehe ich kurzfristig nicht. Die Fragen einer langfristigen Kooperationslösung oder allfällige Geschäfte mit Indonesien sind noch offen und ungelöst.

Ist die Luftraumüberwachung noch gewährleistet?

Brieger: Sie ist grundsätzlich gewährleistet – mit den bekannten Einschränkungen, dass der Eurofighter aufgrund der Abrüstungsmaßnahmen in der Ära eines früheren Verteidigungsministers nicht nachidentifikationsfähig ist. Für den Eurofighter-Piloten ist es in der Nacht möglich zu fliegen, aber er kann eine eindeutige Identifizierung eines unbekanntes Luftfahrzeuges nicht durchführen. Das würde entsprechende Nachrüstungen erfordern, die wir uns erspart hätten, wenn damals nicht dieser Deal mit Airbus stattgefunden hätte. Das ist aber schon Geschichte.

Das Gespräch führte Serdar Sahin

Studenten-Proteste gegen das neue Uni-Gesetz

In Innsbruck, Wien, Graz und Linz demonstrierten mehrere Hundert Studierende für einen freien Zugang zur Bildung.

Wien, Innsbruck – Die Initiative „Bildung brennt“ hat gestern zu Demonstrationen gegen die geplante Reform des Universitätsgesetzes (UG) aufgerufen. In mehreren Städten folgten trotz Lockdowns und eisiger Temperaturen Hunderte Studenten dem Aufruf.

In Innsbruck gingen rund 150 Personen gegen die UG-Novelle und für einen freien Zugang zur Bildung auf die Straße. Die Versammlung verlief ohne Probleme, sagte ein Polizeisprecher. Der De-

mozug führte vom Haus der Musik unter anderem über die Maria-Theresien-Straße zum Landhausplatz. In Wien und Graz nahmen laut APA jeweils ein paar Hundert Menschen an der Kundgebung teil. In Linz haben sich rund 200 Teilnehmer vor dem Landhaus versammelt.

Die Demo-Organisatoren hatten sich vorher von „Verschwörungsmystikern“ distanziert, die im Internet ebenfalls zur Teilnahme an den Protestveranstaltungen

aufgerufen hatten. Die Demonstranten trugen, wie von den Initiatoren gefordert, fast durchgehend Mund-Nasen-Schutz, Ordnerdienste stellten bei Bedarf zusätzliche Masken zur Verfügung.

Worum geht es? „Bildung brennt“ kritisiert an der UG-Novelle vor allem, dass Studenten in den ersten beiden Studienjahren künftig eine Mindestleistung nachweisen müssen, dass die Senate an Einfluss verlieren und gleichzeitig die Rektorate mehr Mit-

sprache bei den Studienplänen bekommen sollen.

Am Freitag endet die Begutachtungsfrist für den umstrittenen Gesetzesentwurf. Zusätzlich zu dem österreichweiten Aktionstag hatte die von Studierenden und Lehrenden getragene Initiative unter dem Motto „Bildung darf nicht weiter prekariert werden“ eine Petition gegen die geplante UG-Novelle gestartet, die bis Dienstagmorgen knapp 23.000 Unterschriften zählte. (APA, TT)



Vor dem Bildungsministerium in Wien versammelten sich Hunderte Studenten und taten ihren Unmut kund.

Foto: APA/Pflahofer

"Tiroler Tageszeitung" vom 10.01.2021 Seite 22 Ressort: Österreich Sonntags Ausgabe

Abgeschrieben: Die Uni holte schon viele ein

Wien-Christine Aschbacher ist nicht die erste Spitzenpolitikerin, die von Vorwürfen mangelnder wissenschaftlicher Qualität zum Studienabschluss eingeholt wird. Rücktritte sind aber selten. Eine Ausnahme war Aschbachers steirischer Landsmann Christian Buchmann (ÖVP), nachdem ihm sein akademischer Titel entzogen worden war. Buchmann ist derzeit Präsident des Bundesrates.

Beim damaligen Wissenschaftsminister und heutigen EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) wurde nach einer Prüfung kein wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt. Hahns Glück: Die Doktorarbeit lag so lange zurück, dass nicht klar war, ob sie damals den Standards an der Uni Wien entsprochen hatte.

Auch bei Ex-Minister Thomas Drozda (SPÖ) und Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ/ÖVP) wurde bei Prüfungen keine Voraussetzungen für eine Aberkennung des Titels gefunden.

Anders in Deutschland: Dort wurden mehrmals Titel aufgrund von Plagiaten entzogen. Am prominentesten sind die Fälle von Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Ex-Bildungsministerin Annette Schavan (CDU).

Derzeit kämpft die deutsche Familienministerin Franziska Giffey (SPD) mit einer Plagiatsaffäre: Sie verzichtete nach einer Rüge ihrer Uni auf ihren Titel, blieb aber Ministerin.

In der Slowakei wählte die dortige Regierung nach Plagiatsvorwürfen unter anderem gegen Ministerpräsident, Bildungsminister und Parlamentspräsident einen besonders originellen Weg: Ende November wurde ein Gesetz erlassen, wonach erschwindelte Titel behalten werden dürfen. Erst ab 2021 erworbene Grade können wieder aberkannt werden. (APA)

Karl-Theodor zu Guttenberg galt als Hoffnungsträger der bayerischen CSU. Er verlor seinen Titel, weil er andere für sich arbeiten ließ.

Österreich

„Die Arbeit ist eine einzige



Karl-Theodor zu Guttenberg galt als Hoffnungsträger der bayerischen CSU. Er verlor seinen Titel, weil er andere für sich arbeiten ließ.

Foto: AFP/Kneffel

Abgeschrieben: Die Uni holte schon viele ein

Wien – Christine Aschbacher ist nicht die erste Spitzenpolitikerin, die von Vorwürfen mangelnder wissenschaftlicher Qualität zum Studienabschluss eingeholt wird. Rücktritte sind aber selten. Eine Ausnahme war Aschbachers steirischer Landsmann Christian Buchmann (ÖVP), nachdem ihm sein akademischer Titel entzogen worden war. Buchmann ist derzeit Präsident des Bundesrates.

Beim damaligen Wissenschaftsminister und heutigen EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) wurde nach einer Prüfung kein wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt.

Hahns Glück: Die Doktorarbeit lag so lange zurück, dass nicht klar war, ob sie damals den Standards an der Uni Wien entsprochen hatte.

Auch bei Ex-Minister Thomas Drozda (SPÖ) und Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ/ÖVP) wurde bei Prüfungen keine Voraussetzungen für eine Aberkennung des Titels gefunden.

Anders in Deutschland: Dort wurden mehrmals Titel aufgrund von Plagiaten entzogen. Am prominentesten sind die Fälle von Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Ex-Bildungsministerin Annette Schavan (CDU).

Derzeit kämpft die deutsche Familienministerin Franziska Giffey (SPD) mit einer Plagiatsaffäre: Sie verzichtete nach einer Rüge ihrer Uni auf ihren Titel, blieb aber Ministerin.

In der Slowakei wählte die dortige Regierung nach Plagiatsvorwürfen unter anderem gegen Ministerpräsident, Bildungsminister und Parlamentspräsident einen besonders originellen Weg: Ende November wurde ein Gesetz erlassen, wonach erschwandelte Titel behalten werden dürfen. Erst ab 2021 erworbene Grade können wieder aberkannt werden. (APA)

Plagiat

Arbeitsministerin tritt nach Vorwürfen des Plagiatsexperten Weber zurück. Die Nachfolge blieb gestern offen.

Wien – In der türkis-grünen Koalition kommt es ein Jahr nach der Angeloebung zum ersten Wechsel auf Ministerebene: Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) trat am Samstag zurück, nachdem der Plagiatsexperte Stefan Weber schwere Mängel sowohl an der Diplomarbeit als auch an der Dissertation der Steirerin gefunden hatte. Am Freitag hatte Aschbacher noch ausrichten lassen, sie habe „nach bestem Wissen und Gewissen“ gearbeitet. Der Bundeskanzler will morgen ihren Nachfolger präsentieren.

Aschbachers Diplomarbeit stammt aus dem Jahr 2006, vorgelegt an der Fachhochschule Wiener Neustadt. Mit ihrer Dissertation startete sie 2012 an der Technischen Universität Bratislava. Heuer im Mai – schon als Ministerin, während der Corona-Krise – gab sie die Arbeit ab. Im August 2020 trat sie zur mündlichen Prüfung an.

FPÖ und SPÖ forderten wegen der Plagiatsvor-

würfe Aschbachers Rücktritt als Ministerin.

Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) verweist am Samstagvormittag noch auf die von der Fachhochschule Wiener Neustadt angekündigte Überprüfung der Diplomarbeit. Faßmann erinnerte aber auch schon an die deutschen Fälle Karl-Theodor zu Guttenberg und Annette Schavan: Beide mussten wegen Plagiatsvorwürfen als Minister abtreten.

Am Abend schließlich verkündete Aschbacher mit einer schriftlichen „persönlichen Erklärung“ ihren Rücktritt. Sie weise alle „Unterstellungen“, sie habe vorsätzlich plagiiert, zurück. Sie hätte sich ein „faires Verfahren“ zur Überprüfung der Vorwürfe gewünscht, wie dies vor ihr auch schon Ex-Minister Thomas Drozda, Staatsoperndirektor Bogdan Roscić und EU-Kommissar Johannes Hahn zugestanden worden sei.

Aber: „Die Anfeindungen, die politische Aufgeregtheit und die Un-

Reue nach Eskalation bei Kindesabnahme

Wien – Gestern tat einem 31-Jährigen in Wien leid, was am Freitag geschehen war, berichtete eine Sprecherin der Polizei: Beamte des Magistrats und der Polizei waren gekommen, um ihm und seiner Frau die drei Kinder abzuneh-

men. Die Situation eskalierte. Der Mann setzte sich ins Auto, beschädigte ein Polizeifahrzeug, verletzte zwei Beamte und fuhr davon. Dabei schleifte er auch Polizisten mit. Erst Warnschüsse konnten ihn stoppen. (APA, TT)



Der Schauplatz der spektakulären Aktion.

Foto: APA/Neubauer

Todeslenker fuhr davon

Wien – Nach einem tödlichen Verkehrsunfall in Wien-Donaustadt am Freitagabend sucht die Exekutive nach einem schwarzen BMW, einem Coupé-Cabrio mit Metallfaltdach. Der Wagen dürfte auch erheblich beschädigt

sein, vermutet die Polizei. Bei dem Unfall wurden eine 70-Jährige getötet und ein 62-Jähriger schwer verletzt. Der Lenker hielt jedoch nicht an. Wie genau es zu dem Unfall gekommen ist, stand zunächst nicht fest. (TT)

"Tiroler Tageszeitung" vom 07.01.2021 Seite 12 Ressort: Nachrichten Von: APA Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Demos gegen Uni-Gesetz

Wien-Die Initiative "Bildung brennt" ruft für Dienstag österreichweit zu Demonstrationen gegen die geplante Novelle des Universitätsgesetzes auf. Die Aktivisten wehren sich gegen die "Neoliberalisierung der Hochschule und die Erhöhung des Leistungsdrucks auf Studierende". (APA)

„Wir stehen uns oft selbst im Weg“

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) wundert sich, warum beim Heer sogar die Beschaffung neuer Zelte lang dauern kann. Sie hofft, rasch Klarheit zu haben, ob Indonesien die Eurofighter kaufen will.

Das Bundesheer sammelte bei der Organisation der Corona-Massentests Pluspunkte. Die Anerkennung für Hilfeinsätze ist groß. Aber wo bleibt die Kernaufgabe, die militärische Landesverteidigung?

Klaudia Tanner: Wir müssen sowohl das eine als auch das andere tun. Gerade im vergangenen Jahr hat man die Notwendigkeit und die Vielfalt des Bundesheeres gut gesehen, von der Bekämpfung des Cyberangriffs auf das Außenministerium bis hin zu den vielen Einsätzen zur Bekämpfung der Pandemie und dem Objektschutz in Wien nach dem Terroranschlag Anfang November.

Das Heer leidet seit Langem unter Budgetnöten. Die Opposition fordert mehr Geld, auch Ihr Vorgänger Thomas Starlinger forderte mehr. Ist das Heer ausreichend dotiert?

Tanner: Uns ist 2020 eine zweimalige Erhöhung bis zum historisch höchsten Budget gelungen. Dazu kommen Sonderinvest-Pakete, etwa für Hubschrauber. Im Vergleich zu 2018 konnten wir das Investitionsbudget verdoppeln.

An die Forderungen Ihres Vorgängers kommen Sie aber nicht heran. Waren dessen Zahlen übertrieben?

Tanner: Ich bin nicht dazu da, um die Arbeit meiner Vorgänger zu bewerten, sondern um umzusetzen und zu tun.

Sie wollen mittelfristig die Hercules-Transportflugzeuge ersetzen. Wie viel wird das kosten?

Tanner: Das muss sich eine Arbeitsgruppe anschauen. Ich will jedenfalls nicht, dass wir Gerät ausphasen müs-



Ministerin Klaudia Tanner (ÖVP) will auch in den Schulen verstärkt für das Bundesheer werben.

Foto: APA/Kolb

sen, ohne auf eine Nachfolge geschaut zu haben. Und wir müssen eine Beschaffungsform finden, die uns freispielt von der Unterstellung, nicht transparent zu sein.

Ein Anbieter für Transportflugzeuge ist auch der Airbus-Konzern, mit dem Sie

wegen der Eurofighter ein gespanntes Verhältnis haben. Kommt Airbus trotzdem in Frage als Lieferant?

Tanner: Es scheidet niemand von vornherein aus. Der Konzern Airbus ist aber sicher nicht der Partner, dem ich das größte Vertrauen ent-

gegenbringe. Es ist für mich nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum viele Staaten Schadenersatzzahlungen bekommen und Österreich nicht.

Apropos Eurofighter: Zuletzt hat die Justiz Verfahren eingestellt. Haben Sie noch Hoffnung, die Kampfjets auf rechtlischem Weg loszuwerden?

Tanner: Wir werden alle offenen Gerichtsverfahren weiter betreiben. Es gibt aber auch das Angebot des indonesischen Verteidigungsministers, die Flugzeuge zu kaufen. Im Frühjahr soll eine Delegation die Maschinen in Österreich besichtigen. Ich gehe davon aus, dass wir dann rasch wissen, ob hier eine Chance besteht.

Sie haben dann auch rasch einen Ersatz für die Eurofighter zur Hand?

Tanner: Das gab es ja schon einmal (2004 bis 2008 mit geleasteten F5-Jets aus der Schweiz, Anm.). Wir werden die Luftraumüberwachung jedenfalls sicherstellen.

Sie wollen in einer Enquete des Parlaments über die Zukunft der Luftraumüberwachung nachdenken. Was erhoffen Sie sich davon?

Tanner: Man sollte nicht nur von einem Tag auf den anderen denken, sondern mittel- und längerfristig, auch einmal über eine Gesetzesperiode hinweg. Das dürfte im Verteidigungsressort bisher nicht so gewesen sein, sonst wären nicht alle Gerätschaften 50 Jahre alt.

Noch nicht ganz so alt sind die Leopard-Kampfpanzer des Bundesheeres. Sie wollen diese jetzt modernisieren. Warum? In den ver-

gangenen Jahren hieß es immer, eine Panzerschlacht sei nicht mehr zu erwarten.

Tanner: Im Regierungsprogramm steht, dass die Reduzierung der schweren Waffen fortzusetzen ist. Es soll aber gleichzeitig der Erhalt dieser Fähigkeiten sichergestellt werden. Derzeit wären aber nur sehr wenige Panzer überhaupt einsatzfähig. Wir gehen das ganze Bundesheer durch und überprüfen den Zustand, zu Land, in der Luft, in den Kasernen, am Mann.

Haben Ihre Vorgänger ein schlecht bestelltes Haus hinterlassen?

Tanner: Ich würde das anders formulieren. Früher ist das Bundesheer nur unter dem Gesichtspunkt des budgetären Mangels diskutiert worden. Man hat aber viel zu wenig betont, wie großartig das Bundesheer mit seinen Soldaten und Zivilbediensteten ist. Das wollen wir unter Beweis stellen. Und jetzt haben wir auch das Geld dafür.

Im Sommer gab es Aufregung um Ihre Pläne für die Heeresstruktur. Wann kommt die Umsetzung?

Tanner: Wir haben schon viel gemacht. Ich weiß aber nicht, warum sich immer alle so auf die Strukturen konzentrieren. Mein Schwergewicht liegt auf der Truppe. Ich sehe leider immer wieder, wo der Truppe das Leben schwermgemacht wird. Wir stehen uns da das eine oder andere Mal auch selbst im Weg.

Zum Beispiel?

Tanner: Wenn ich bei einem Truppenbesuch in der Watterer Lizum erfahre, dass dringend Zelte gebraucht werden – und wir sehen, dass die Beschaffung Jahre dauert.

Zweites Beispiel: Die Pioniere in Melk brauchen ein Notstromaggregat, ich glaube, da geht es um 5000 Euro. Warum dauert die Beschaffung so lange? Wir müssen diese Wege verkürzen. Das glaubt man nicht, wenn man so wie ich auch in der Wirtschaft tätig war. Wir müssen unterstützen und nicht behindern.

Sie haben die Teiltauglichkeit vorgestellt, um mehr Männer zu Heer und Zivildienst zu bekommen. Die Probleme sind damit aber nicht auf Dauer behoben, die jungen Männer werden nicht mehr. Könnten Sie sich vorstellen, auch junge Frauen zu verpflichten, etwa zu einem Sozialdienst?

Tanner: Ich halte nichts von einer Verpflichtung für Frauen. Ich will lieber daran arbeiten, die Begeisterung für das Heer zu heben, bei Burschen und bei Mädchen. Dafür wollen wir bei den Informationsoffizieren ansetzen, die auch in die Schulen gehen. Wir haben österreichweit 600, die eine Ausbildung haben. Aktiv sind aber nur 300.

Sie haben angekündigt, die Kooperationen mit sicherheitspolitischen Vereinen zu evaluieren. Nach dem Ibiza-Video stehen diese im Verdacht der versteckten Parteienfinanzierung.

Tanner: Der Vertrag mit einem Institut (Institut für Sicherheitspolitik, FPÖ-nahe, Anm.) ist ohnehin ausgelaufen. Die anderen werden evaluiert. Die Frage ist, ob unser Ressort einen Nutzen hat. Wo es Sinn macht, werden wir die Zusammenarbeit fortsetzen.

Das Gespräch führte Wolfgang Sablatnjak.

Frau vertrieb bewaffneten Einbrecher

Wien – Ein Angreifer ist am Dienstagmittag in Wien-Döbling an ein alles andere als wehrloses Opfer geraten: Der maskierte und mit einer Pistole bewaffnete Mann drang durch eine offen stehende Tür in die Küche eines Einfamilienhauses ein. Dort stieß er auf die Frau des Hauses, die beim Kochen war – und den Einbrecher im Reflex mit einem Küchenmesser an der Schulter verletzte. Darauf suchte der mit einer schwarzen Daunenjacke und einer schwarzen Hose bekleidete Mann das Weite. Die Fahndung lief. (APA)

Demos gegen Uni-Gesetz

Wien – Die Initiative „Bildung brennt“ ruft für Dienstag österreichweit zu Demonstrationen gegen die geplante Novelle des Universitätsgesetzes auf. Die Aktivisten wehren sich gegen die „Neoliberalisierung der Hochschule und die Erhöhung des Leistungsdrucks auf Studierende“. (APA)



Rechtsextreme mobilisieren bei Demos gegen die Corona-Maßnahmen, sagt der Verfassungsschutz. Foto: APA/Scheriaw

Nehammer will gegen Corona-Leugner einschreiten

Wien – Die Juristen im Innenministerium arbeiten an einer internen Richtlinie für den Umgang mit Versammlungen von Kritikern der Corona-Maßnahmen. Die Mitarbeiter in den Landespolizeidirektionen sollen damit Vorgaben und eine Entscheidungshilfe bekommen, wenn es darum geht, derartige Aktionen zu untersagen und aufzulösen. Anlass sind Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, dass die Szene der Corona-Leug-

ner von Neonazis, Rechtsextremen und Identitären als Plattform für die Mobilisierung benutzt werde.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) berichtet von antidemokratischer Agitation unter dem Mantel der Corona-Leugnung. Ziel sei, die rechtsstaatlichen Strukturen auszuhebeln und im Hintergrund ihre Ideologie zu transportieren: „Das Ziel dieser Grup-

pierungen ist die nachhaltige Schwächung unserer demokratischen Strukturen.“

Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) will mit der Richtlinie für die Beamten Handlungssicherheit in einem „sensiblen Bereich“ schaffen: „Einerseits gilt es, das Recht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und zu gewährleisten, andererseits darf dies nicht als Schutzschirm von Extremisten und Radikalen missbraucht werden.“ (sabl)

WWF fordert mehr Tempo für die Umwelt

Wien – Die Umweltschutzorganisation WWF fordert von der türkis-grünen Bundesregierung, den Neustart aus der Corona-Krise „klima- und naturverträglich“ zu gestalten. Nur so könne Österreich langfristig krisensicher werden, sagt WWF-Programmliterin Hanna Simons. Als „zentrale Messlatte“ für die Regierung nennt sie eine Offensive für den Bodenschutz sowie eine ökosoziale Steuerreform. Diese solle auch eine Bepreisung für den Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ bringen. Umweltschädliche Subventionen wie das steuerliche Dieselprivileg müssten abgebaut werden.

Simons nimmt mit ihren Forderungen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in die Pflicht. Dieser müsse seiner „Gesamtverantwortung“ nachkommen: „Bisher hat die Bundesregierung noch nicht schlüssig erklärt, wie die von ihr versprochene Klimaneu-

tralität 2040 erreicht werden soll.“

Voraussetzung für eine Energiewende sei eine Verringerung des Verbrauchs. Der WWF fordert daher ein verbindliches Klimaschutzgesetz mit konkreten Verantwortlichkeiten – vom Verkehr über die Gebäude bis zur Landwirtschaft.

Ein weiterer Punkt auf der Forderungsliste der Umweltschützer ist eine Strategie für die Erhaltung der Biodiversität. Diese müsse konkrete Ziele und eine angemessene Finanzierung beinhalten, damit sie nicht zum Papiertiger werde. Die Experten des WWF weisen dabei auf einen Bericht der EU-Umweltagentur. Demnach wiesen 83 Prozent der in diesem Report bewerteten heimischen Arten einen mangelhaften oder schlechten Zustand auf. Österreich liege damit nur auf dem vorletzten Platz von 28 untersuchten Ländern. (TT)

"Tiroler Tageszeitung" vom 04.01.2021 Seite 11 Ressort: Nachrichten Von: Gabriele Starck Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Vieles rechtswidrig im neuen Uni-Gesetz

Walter Obwexer, Senatsvorsitzender der Uni Innsbruck, lehnt Entwurf für die UG-Novelle aus vielen Gründen ab.

Innsbruck-Der Senatsvorsitzende der Universität Innsbruck, Walter Obwexer, hat an den Regierungsplänen für eine Novelle des Universitätsgesetzes viel auszusetzen. Nicht nur, dass er einige Vorschläge als unverhältnismäßig bürokratisch ansieht und andere als Verlängerung prekärer Arbeitsverhältnisse. In manchen Punkten kritisiert er den Entwurf auch als legislativ mangelhaft und einzelne Vorschläge schlicht als rechtswidrig in verfassungs-als auch EU-rechtlicher Hinsicht.

In seiner offiziellen Stellungnahme zum Gesetzesentwurf begrüßt der Europarechtsexperte, der sonst die Bundesregierung in EU-Rechtsfragen berät, zwar die Intention der Novelle, Dropout-Raten zu senken und die Studiendauer zu verkürzen. Die grundsätzliche Ausrichtung allerdings "wird mit Nachdruck abgelehnt". So beschneide der Entwurf die Autonomie der Universitäten sowie das "Gleichgewicht der Leitungsorgane Rektorat, Senat und Universitätsrat zu Lasten des Senats". Und dieser vertrete ja alle Uni-Angehörigen. Auch bringe die Novelle eine weitere Verschulung der Universität und eine Reduktion der Mitbestimmungsmöglichkeiten mit sich.

Als Ausbildungs- und Bildungsorte der künftigen intellektuellen Führungsschicht einer Gesellschaft hätten Universitäten nicht nur berufsvorbereitend zu wirken. Vielmehr seien sie Lernorte, an denen "Eigenverantwortung, offener Diskurs und demokratische Mitgestaltung sowohl reflektiert als auch eingeübt werden müssen. Die Möglichkeiten dafür sind in der Struktur der Universität und ihrer Studienorganisation zu schaffen." Weitere Schritte in Richtung Zentralisierung und Hierarchisierung liefen dem zuwider, kritisiert Obwexer.

Insgesamt 14 Passagen im Entwurf qualifiziert der Jurist als verfassungs- und/oder EU-rechtswidrig. Dazu gehört auch die beabsichtigte Lockerung der Unvereinbarkeitsbestimmungen für Uni-Räte. Wie wichtig die Unvereinbarkeitsregeln seien, um den politischen Einfluss von den Unis fernzuhalten und deren Autonomie zu garantieren, habe der Verfassungsgerichtshof schon 2004 festgestellt.

Verfassungs- und EU-rechtswidrig sei auch, dass die Novelle das Ende einer Funktionsperiode eines Rektors mit dessen 70. Lebensjahr verknüpfe. "Es handelt sich dabei um eine offene Altersdiskriminierung, die sachlich nicht rechtfertigbar ist." Die Altersbeschränkung für Mitglieder des VfGH sei nicht vergleichbar, weil diese ja nicht nur auf vier Jahre bestellt seien und zudem ganz andere Anforderungen zu erfüllen hätten. Dies würde in der Form übrigens die Amtsperioden beider Innsbrucker Rektoren, sowohl der Uni Innsbruck als auch der Medizin-Uni, vorzeitig beenden.

Als Alternative schlägt Obwexer eine Beschränkung auf maximal drei Funktionsperioden eines Rektors vor.

Unis sind Lernorte, an denen Eigenverantwortung, offener Diskurs und demokratische Mitgestaltung sowohl reflektiert als auch eingeübt werden müssen."

Walter Obwexer (Senatsvorsitz der Uni Innsbruck) Foto: APA/Punz

Nicht nur Österreichs Studierende lehnen die geplante Novelle ab. Auch von der Führung der Uni Innsbruck kommt einiges an Kritik. Foto: APA/Neubauer

Vieles rechtswidrig im neuen Uni-Gesetz

Walter Obwexer, Senatsvorsitzender der Uni Innsbruck, lehnt Entwurf für die UG-Novelle aus vielen Gründen ab.

Von Gabriele Starck

Innsbruck – Der Senatsvorsitzende der Universität Innsbruck, Walter Obwexer, hat an den Regierungsplänen für eine Novelle des Universitätsgesetzes viel auszusetzen. Nicht nur, dass er einige Vorschläge als unverhältnismäßig bürokratisch ansieht und andere als Verlängerung prekärer Arbeitsverhältnisse. In manchen Punkten kritisiert er den Entwurf auch als legislativ mangelhaft und einzelne Vorschläge schlicht als rechtswidrig in verfassungs- als auch EU-rechtlicher Hinsicht.

In seiner offiziellen Stellungnahme zum Gesetzesentwurf begrüßt der Europarechtsexperte, der sonst die Bundesregierung in EU-Rechtsfragen berät, zwar die

Intention der Novelle, Drop-out-Raten zu senken und die Studiendauer zu verkürzen. Die grundsätzliche Ausrichtung allerdings „wird mit Nachdruck abgelehnt“. So beschneide der Entwurf die Autonomie der Universitäten sowie das „Gleichgewicht der Leitungsorgane Rektorat, Senat und Universitätsrat zu Lasten des Senats“. Und dieser vertrete ja alle Uni-Angehörigen. Auch bringe die Novelle eine weitere Verschulung der Universität und eine Reduktion der Mitbestimmungsmöglichkeiten mit sich.

Als Ausbildungs- und Bildungsorte der künftigen intellektuellen Führungsschicht einer Gesellschaft hätten Universitäten nicht nur berufsvorbereitend zu wirken. Vielmehr seien sie



„Unis sind Lernorte, an denen Eigenverantwortung, offener Diskurs und demokratische Mitgestaltung sowohl reflektiert als auch eingeübt werden müssen.“

Walter Obwexer (Senatsvorsitz der Uni Innsbruck) Foto: APA/Punz

Lernorte, an denen „Eigenverantwortung, offener Diskurs und demokratische Mitgestaltung sowohl reflektiert als auch eingeübt werden müssen. Die Möglichkeiten dafür sind in der Struktur der Universität und ihrer Studi-

enorganisation zu schaffen.“ Weitere Schritte in Richtung Zentralisierung und Hierarchisierung liefen dem zuwider, kritisiert Obwexer.

Insgesamt 14 Passagen im Entwurf qualifiziert der Jurist als verfassungs- und/oder EU-rechtswidrig. Dazu gehört auch die beabsichtigte Lockerung der Unvereinbarkeitsbestimmungen für Uni-Räte. Wie wichtig die Unvereinbarkeitsregeln seien, um den politischen Einfluss von den Unis fernzuhalten und deren Autonomie zu garantieren, habe der Verfassungsgerichtshof schon 2004 festgestellt.

Verfassungs- und EU-rechtswidrig sei auch, dass die Novelle das Ende einer Funktionsperiode eines Rektors mit dessen 70. Lebensjahr verknüpfe. „Es handelt

sich dabei um eine offene Altersdiskriminierung, die sachlich nicht rechtfertigbar ist.“ Die Altersbeschränkung für Mitglieder des VfGH sei nicht vergleichbar, weil diese ja nicht nur auf vier Jahre bestellt seien und zudem ganz andere Anforderungen zu erfüllen hätten. Dies wür-

de in der Form übrigens die Amtsperioden beider Innsbrucker Rektoren, sowohl der Uni Innsbruck als auch der Medizin-Uni, vorzeitig beenden.

Als Alternative schlägt Obwexer eine Beschränkung auf maximal drei Funktionsperioden eines Rektors vor.



Nicht nur Österreichs Studierende lehnen die geplante Novelle ab. Auch von der Führung der Uni Innsbruck kommt einiges an Kritik. Foto: APA/Neubauer

Jetzt LIFE RADIO TIROL App downloaden!

JETZT BEI Google Play

Laden im App Store

HIER SPIELT SICH'S APP!

Die neue LIFE RADIO TIROL App ist da!
Jetzt kostenfrei für Android und iOS downloaden.

Life RADIO

Alles neu macht das E-Rezept

Der Pilotversuch zur dauerhaft papierlosen Rezeptübermittlung startet in Kärnten.

Wien – Nachdem sich in der Corona-Krise die elektronische Übermittlung von Rezepten an die Apotheken bewährt hat, machen sich die Sozialversicherungsträger und die Apothekerkammer nun daran, diesen Service zu institutionalisieren. Man wolle den gesamten Prozess vom Erstellen über die Abgabe und die Abrechnung voll digitalisieren, erläutert Peter Lehner, seit Jahresbeginn für ein halbes Jahr Vorsitzender der Konferenz der Sozialversicherungsträger.

Mit dem so genannten E-Rezept soll es im Frühjahr 2021 bei einem ersten Pilotprojekt losgehen, das im Laufe des Jahres 2021 schrittweise ausgebaut wird. Auf diese Weise soll ein nahtloser Übergang von der für die Corona-Krise eingesetzten E-Medikation ermöglicht werden. „Das E-Rezept bringt Sicherheit und Service. Missbrauch, Mehrfacheinlösen oder Fälschungen können damit effektiv unterbunden werden“, betonte Lehner.

Beginnen will man in ausgewählten Apotheken in den Kärntner Bezirken Völkermarkt und Wolfsberg, so Christian Wurstbauer, Vizepräsident der Österreichischen Apothekerkammer. Dabei soll überprüft werden, ob alle Services des E-Rezepts einwandfrei funktionieren. (APA)

14-Jähriger borgte sich Auto aus und fuhr in den Graben

Neunkirchen – Ein 14-jähriger Niederösterreicher hat in der Nacht auf Sonntag den Pkw des Lebensgefährten seiner Oma in Betrieb genommen und damit einen Unfall gebaut. Der Jugendliche wollte laut Polizei seine 13-jährige Freundin nach Hause bringen. Als er auf der Südautobahn (A2) im Bezirk Neunkirchen einem Tier ausweichen wollte, kam er mit dem Pkw von der Fahrbahn ab und landete im Straßengraben. Die beiden Jugendlichen blieben unverletzt. Am Pkw entstand Sachschaden. Er wurde von der Feuerwehr Neunkirchen aus dem Straßengraben gezogen. Ein Alkoltest verlief negativ. Der 14-Jährige wird bei der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt angezeigt. (APA)

"Vorarlberger Nachrichten" vom 16.01.2021 Ressort: VN-D

Bildung doch nicht für alle

Kommentar

Zu unserer Jugendzeit, in den siebziger Jahren, kam es zu einer Bildungsexplosion. Bruno Kreisky hatte zu seinem politischen Credo erhoben, dass möglichst viele junge Menschen einen möglichst hohen Ausbildungsstand erreichen sollten. Österreich hinkte damals – wie übrigens heute wieder – im Ausbildungsgrad der Menschen international hinterher. Kreisky führte mit Unterrichtsminister Fred Sinowatz und Wissenschaftsministerin Herta Firnberg gratis Schulbücher und freie Schulbusse ein, schaffte Studiengebühren ab, setzte Stipendien für Studierende ein, die den Namen auch verdienten, weil sie doch einen erheblichen Teil des Studiums finanzierten. Es kam, kurz gesagt, Schwung in die Bildungspolitik, und plötzlich war auch Menschen aus schwierigen finanziellen Verhältnissen oder auch Werkstudenten ein Studium möglich. Es gab eine Art Goldgräberstimmung an den Schulen und Universitäten.

Damit ist es längst vorbei. Die Universitäten sind inzwischen chronisch unterfinanziert, es fehlt Geld für Lehrende und Lernende, für Forschung und Lehre. Die Stimmung an den höchsten Ausbildungsstätten des Landes ist entsprechend. Und nun will die Regierung auch noch eine Unireform, die sonst niemand will, um „den Studierenden dabei zu helfen, ihr Studium von Beginn an gut zu planen und es auch in der Regelstudienzeit abschließen zu können“. Doch – entgegen der Meinung der Regierenden – wird das neue Gesetz, für das gestern die Begutachtungsfrist endete, keine Verbesserung, sondern vielmehr eine Verschlechterung für die Studierenden bringen.

Nicht nur Studentinnen und Studenten kritisieren die geplanten Neuerungen, sondern etwa auch die Arbeiterkammer: „Viel wichtiger wären Maßnahmen für eine Verbesserung der Studienbedingungen, insbesondere für jene, die sich ein Vollzeitstudium nicht leisten können.“ Das ist ein zentraler Vorwurf auch der Studenten: Ein erheblicher Teil der Studierenden muss neben der Uni auch noch arbeiten, um sich überhaupt ein Studium leisten zu können. Zudem seien immer mehr Studierende Mütter und Väter, sie hätten Kinder in einem Alter, das Betreuung erfordert. Eine ausschließliche Konzentration auf das Studium sei unter solchen Umständen nicht möglich – und das sei im neuen Gesetz nicht berücksichtigt. Die Protestbewegung gegen das neue Gesetz – „Bildung brennt“ – meint: Nur ein freier Bildungszugang könne eine „befreite, offene, kritische, solidarische, respektvolle und vielfältige Gesellschaft schaffen“. Genau so ist es. Die Regierung sollte also noch einmal über das neue Unigesetz nachdenken.

Walter Fink walter.fink@vn.at Walter Fink ist pensionierter Kulturchef des ORF Vorarlberg.

„Den Respekt muss man sich verdienen“

Sophia Juen alias Nika liefert Musik zum Mitnicken und Mitfühlen.

ZWISCHENWASSER, BERLIN Dass Hip-Hop-Musik aussagekräftig ist und auch fernab von Klischees funktionieren kann, zeigt Sophia Juen (22). In jungen Jahren beteiligte sie sich intensiv am Aufbau einer Poetry-Slam Szene in Vorarlberg. Es folgten zahlreiche Auftritte und Erfolge bei Redewettbewerben. In Berlin studiert die Kulturschaffende Publizistik, Kommunikations- und Theaterwissenschaft. Bei einem Poetry-Slam Workshop lernte sie ihren Freund, den 22-jährigen Rapper D.A.R.I.O., kennen, der sich bereits international einen Namen gemacht hat und eng mit der Vorarlberger Musikszene verknüpft ist.

„In unserem Wohnzimmer haben wir ein Studio aufgebaut. Dadurch, dass sämtliche Veranstaltungen ins Wasser gefallen sind konnte ich nicht mehr auf der Bühne stehen, weder bei Poetry-Slams noch als Moderatorin. Folglich habe ich mich intensiv mit der Musikrichtung Hip-Hop auseinandergesetzt“, sagt Juen. Ihre Leidenschaft zum Schreiben von kreativen Texten lebt sie nun musikalisch voll aus. „Der Prozess bis zum fertigen Werk unterscheidet sich sehr. Bei Slam-Texten ist man komplett frei, während es im Hip-Hop-Bereich klare Vorgaben gibt. Der Text, die Stimme, der Beat und der Takt, alles muss miteinander harmonisieren.“

Stimmung auffangen

Mit D.A.R.I.O. veröffentlichte die Vorarlbergerin ihren ersten Song „Keep Going“ samt professionellem Musikvideo. Der soulige Rap-Pop Mix wurde auf YouTube bereits über 30.000-mal abgespielt. Mit ihrem neuen Werk „Dystopie“ möchte Sophia Juen, die den Künstlernamen Nika trägt, tiefer in das Rap-Genre eintauchen. „Wenn alles nach Plan läuft, erfolgt die Veröffentlichung im Februar. Der Song beschäftigt sich mit meiner Gefühlswelt und Dingen, die



Die junge Vorarlberger Musikerin Sophia Juen hat viele Talente, die eng mit der Affinität zum Wort verknüpft sind.

F. MÜLLER

mich beschäftigen. Ich möchte die Stimmung auffangen, die wir momentan auf der Welt wahrnehmen.“ Auf ihrem Instagram-Kanal „thisis nika“ veröffentlicht sie regelmäßig einzelne Abschnitte ihrer musikalischen Kompositionen, die in der Hip-Hop Welt als „Bars“

„Es ist wünschenswert, dass sich mehr Rapperinnen im Musikbusiness durchsetzen.“

Sophia Juen, alias Nika
Musikerin

bezeichnet werden. „Der Vorteil an der Social-Media-Präsenz liegt darin, dass ohne großen Produktionsaufwand, Musiker ihre Kunst präsentieren können. Die positiven Rückmeldungen motivieren mich weiterzumachen.“

Frauen vor den Vorhang

Aus Sicht der Künstlerin gibt es zahlreiche Klischees in Zusammenhang mit Musikerinnen im Business, die es zu hinterfragen gilt. „In der Hip-Hop Szene sind noch wenige Frauen aktiv, es werden zwar mehr, aber vergleichsweise gibt es noch sehr wenige. Mir fehlt die Reflexion, die Musik kann sehr aussagekräftig sein.“ Die Wortakrobatin

möchte auch anderen jungen Frauen Mut machen, Talente zu nutzen. „Die Szene ist speziell, den Respekt muss man sich verdienen. Es ist wünschenswert, dass sich mehr Rapperinnen im Musikbusiness durchsetzen.“ In der Zukunft kann sich die Musikerin gut vorstellen, ihre Erfahrungen an Interessierte weiterzugeben. „Durch das Schreiben von Raptexten wird das Selbstbewusstsein gestärkt und man wird taffer.“ Abseits der Musikwelt ist die 22-Jährige als Workshopleiterin für kreatives Schreiben in Vorarlberg im Einsatz. „Durch diese Tätigkeit wird viel bewegt. Die Teilnehmer können sich außerhalb ihrer Komfortzone kreativ ausprobieren.“ Gesellschaftlichen Themen geht sie auch in ihrem Podcast „Street Salon“ auf den Grund. „Im Form von Interviews werden Diskurse aufgearbeitet und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.“ Egal, ob taffe Rapperin, Moderatorin oder Podcasterin, Sophia Juen hat viele Talente, die eng mit ihrer Affinität zum Wort verknüpft sind.

MIRIAM SORKO
redaktion@vn.at
05572 501-225

VIDEO
Nika - Dystopie
<http://VN.AT/sukzpr>

ZUR PERSON

SOPHIA JUEN
GEBOREN 1998
AUSBILDUNG Freie Universität Berlin
TÄTIGKEIT Moderatorin, Studentin, Musikerin
HOBBYS Serien, Musik hören, Podcasts
WOHNORT Berlin und Zwischenwasser

„Es gibt keinen Grund, Museen geschlossen zu lassen“

Für Musik, Theater etc. spricht Bernhard Weber (Grüne) von Perspektiven ab Mitte/Ende Februar.

BREGENZ Sobald es eine schrittweise differenzierte Öffnung des allgemeinen Handels gibt, sieht Bernhard Weber, Kultursprecher der Grünen in Vorarlberg, keinen Grund, die Museen generell noch länger geschlossen zu lassen. Wenn man die Schließungen mit der Gesundheit argumentiere, was völlig nachvollziehbar sei, dann sei es aber auch wichtig, in sicheren Räumen Angebote zu schaffen, die der seelischen Gesundheit der Menschen dienen, meinte Weber im Gespräch mit den VN.

Als Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag, der die Szene aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit



Bernhard Weber: „Kommunikation ist weiter zu verbessern.“

STIPLOVSK

als Musiker kennt, sei er in letzter Zeit häufig von Veranstaltern, Theaterdirektoren und Museumsleitern darauf angesprochen worden, welche Aussichten es angesichts der ursprünglich angedachten Be-

endigung des Lockdowns am 24. Jänner gibt. Auch nach Gesprächen im Kulturministerium könne er nicht konkret werden. „Das Thema Virus-Mutation ist ein gravierendes, bereitet große Sorgen und macht nun alles viel schwieriger.“ Ab Mitte/Ende Februar zumindest mit Perspektiven für Konzerte, Theater und Veranstaltungen zu rechnen, erachtet er aber als möglich.

Gute Präventionskonzepte

„Ich war selbst mit Mund-Nasenschutz im Landestheater und weiß deshalb, wie penibel alle Auflagen von den Besuchern und der Theaterleitung eingehalten werden“, lobt er die Veranstalter für deren Präventionskonzepte. Für ihn stehe auch fest, dass die Situation in den Museen aber eigens zu berücksichtigen ist. Sie stelle sich anders dar. In die Überlegungen zu differenzierten Öffnungsschritten seien solche Kunst- und Kultureinrich-



Kommentar
Walter Fink

Bildung doch nicht für alle

Zu unserer Jugendzeit, in den siebziger Jahren, kam es zu einer Bildungsexplosion. Bruno Kreisky hatte zu seinem politischen Credo erhoben, dass möglichst viele junge Menschen einen möglichst hohen Ausbildungsstand erreichen sollten. Österreich hinkte damals

„Die Universitäten sind inzwischen **chronisch unterfinanziert**, es fehlt Geld für Lehrende und Lernende, für Forschung und Lehre.“

– wie übrigens heute wieder – im Ausbildungsgrad der Menschen international hinterher. Kreisky führte mit Unterrichtsminister Fred Sinowatz und Wissenschaftsministerin Herta Firnberg gratis Schulbücher und freie Schulbusse ab, setzte Stipendien für Studierende ein, die den Namen auch verdienten, weil sie doch einen erheblichen Teil des Studiums finanzierten. Es kam, kurz gesagt, Schwung in die Bildungspolitik, und plötzlich war auch Menschen aus schwierigen finanziellen Verhältnissen oder auch Werkstudenten ein Studium möglich. Es gab eine Art Goldgräberstimmung an den Schulen und Universitäten.

Damit ist es längst vorbei. Die Universitäten sind inzwischen chronisch unterfinanziert, es fehlt Geld für Lehrende und Lernende, für Forschung und Lehre. Die Stimmung an den höchsten Ausbildungsstätten des Landes ist entsprechend. Und nun will die Regierung auch noch eine Unireform, die sonst niemand will, um „den Studierenden dabei

zu helfen, ihr Studium von Beginn an gut zu planen und es auch in der Regelstudienzeit abschließen zu können“. Doch – entgegen der Meinung der Regierenden – wird das neue Gesetz, für das gestern die Begutachtungsfrist endete, keine Verbesserung, sondern vielmehr eine Verschlechterung für die Studierenden bringen.

Nicht nur Studentinnen und Studenten kritisieren die geplanten Neuerungen, sondern auch die Arbeiterkammer: „Viel wichtiger wären Maßnahmen für eine Verbesserung der Studienbedingungen, insbesondere für jene, die sich ein Vollzeitstudium nicht leisten können.“ Das ist ein zentraler Vorwurf auch der Studenten: Ein erheblicher Teil der Studierenden muss neben der Uni auch noch arbeiten, um sich überhaupt ein Studium leisten zu können. Zudem seien immer mehr Studierende Mütter und Väter, sie hätten Kinder in einem Alter, das Betreuung erfordert. Eine ausschließliche Konzentration auf das Studium sei unter solchen Umständen nicht möglich – und das sei im neuen Gesetz nicht berücksichtigt. Die Protestbewegung gegen das neue Gesetz – „Bildung brennt“ – meint: Nur ein freier Bildungszugang könne eine „befreite, offene, kritische, solidarische, respektvolle und vielfältige Gesellschaft schaffen“. Genau so ist es. Die Regierung sollte also noch einmal über das neue Unigesetz nachdenken.

WALTER FINK
walter.fink@vn.at

Walter Fink ist pensionierter Kulturchef des ORF Vorarlberg.

„Maskenball“ in Pountney-Regie

ZÜRICH Während des Lockdowns bietet das Zürcher Opernhaus (opernhaus.ch) laufend Streaming-Angebote. Ab 16. Jänner steht Verdis Oper „Un ballo in maschera“ auf dem Programm. Inszeniert hat diesen „Maskenball“ der für seinen schwarzen Humor bekannte britische Regisseur David Pountney.

Der frühere Intendant der Bregenzer Festspiele entwirft dabei ein tödliches Spiel im Spiel: Gustavo scheint die Weltpolitik mit einer gigantischen Theateraufführung wechselt zu haben. Unter der musikalischen Leitung von Fabio Luisi agieren u. a. Otar Jorjikia, George Petean und Sondra Radvanovsky.

Großveranstalter richten Forderungen an die Politik

WIEN, BREGENZ Die großen Kulturinstitutionen Österreichs (Staatsoper, Burgtheater Salzburger und Bregenzer Festspiele, Landes Bühnen etc.) haben sich am Freitag in Richtung der Politik verbündet und lassen mit einem Positionspapier aufhorchen. Darin fordern sie einen zeitlichen Stufenplan zur Wiederöffnung, finanzielle Kompensation, nachvollziehbare Höchstgrenzen für die Besucherzahlen und die Anerkennung erstellter Präventionskonzepte. Letztere seien überdies eine Alternative zu den verpflichtenden Tests.

Demnach dürften die Kultureinrichtungen angesichts ihrer ausgefeilten Präventionskonzepte in der Frage des Reintestens keinesfalls schlechter als die Gastronomie gestellt werden. Entscheidend sei auch, dass der Austausch mit dem Kulturminister und der Staatssekretärin regelmäßig erfolgt.

tungen für ihn deshalb unbedingt einzubeziehen.

Kommunikation verbessern

Durchaus hörbare Kritik übt Bernhard Weber an der Kommunikation

„Es ist genauso wichtig, ein Angebot für die seelische Gesundheit zu schaffen.“

Bernhard Weber
Kultursprecher der Grünen

des Kulturministeriums. Dass es diesbezüglich nicht optimal läuft, zeigten am Freitagnachmittag auch die Leiter der großen Kulturbetriebe Österreichs durch eine gemeinsame Aussendung auf. Man wehrt sich gegen die Ungleichbehandlung und fordert professionellen Austausch im Hinblick auf praxistaugliche Verordnungen. **VN-CD**

"Wiener Zeitung" vom 16.02.2021 Seite: 5 Ressort: Politik Abendausgabe, Morgenausgabe

Uni-Gesetz-Novelle

Die in der Novelle zum Universitätsgesetz geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird deutlich entschärft: Statt der ursprünglich vorgesehenen 24 ECTS-Punkte in den ersten beiden Studienjahren sollen nur 16 ECTS notwendig sein. Die als Sanktion beim Nichterreichen vorgesehene Zehn-Jahres-Sperre für das betreffende Studium wird außerdem auf zwei Jahre herabgesetzt. Außerdem tritt die neue Vorgabe nicht schon im Oktober in Kraft, sondern erst für das Studienjahr 2022/23. Zur Orientierung: Ein Bachelor-Studium umfasst im Regelfall 180 ECTS. Bei einer Studienleistung von 16 ECTS alle zwei Jahre würde die Absolvierung in diesem Tempo etwas mehr als 22 Jahre dauern.

Kurzt notiert

Uni-Gesetz-Novelle. Die in der Novelle zum Universitätsgesetz geplante Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger wird deutlich entschärft: Statt der ursprünglich vorgesehenen 24 ECTS-Punkte in den ersten beiden Studienjahren sollen nur 16 ECTS notwendig sein. Die als Sanktion beim Nichterreichen vorgesehene Zehn-Jahres-Sperre für das betreffende Studium wird außerdem auf zwei Jahre herabgesetzt. Außerdem tritt die neue Vorgabe nicht schon im Oktober in Kraft, sondern erst für das Studienjahr 2022/23. Zur Orientierung: Ein Bachelor-Studium umfasst im Regelfall 180 ECTS. Bei einer Studienleistung von 16 ECTS alle zwei Jahre würde die Absolvierung in diesem Tempo etwas mehr als 22 Jahre dauern.

Impfungen. Vergangene Woche sind in Österreich erstmals über 100.000 Corona-Schutzimpfungen durchgeführt und in den elektronischen Impfpass eingetragen worden. Damit haben nun 245.209 Menschen (2,8 Prozent der Einwohner) zumindest eine erste Dosis erhalten und 145.161 die zweite (1,6 Prozent). Am höchsten ist die Durchimpfungsrate bei den gut 226.000 über 85-Jährigen: Hier haben knapp 18 Prozent zumindest eine erste und elf Prozent die zweite Dosis erhalten. Mit 104.077 wurden im Impfregister um ein Viertel mehr Impfungen registriert als in der Woche davor (81.804).

Südafrika-Mutation. Die Anzahl der durch Voll- oder Teilsequenzierung bestätigten Fälle der Südafrika-Mutation in Tirol hat sich am Montag auf insgesamt 318 erhöht. 176 davon waren bereits vollsequenziert und weitere 142 teilsequenziert, teilte das Land mit. Zudem gab es weitere 187 Fälle, bei denen ein PCR-Verdacht auf die Südafrika-Mutation (B.1.351) vorlag, sieben neue waren hinzugekommen.

Armut. In der EU waren im Jahr 2019 rund 6,9 Prozent der Menschen nicht in der Lage, ihre Wohnung ausreichend zu heizen, wie eine EU-Erhebung ergeben hat. In Österreich und Finnland (je 1,8 Prozent) waren verhältnismäßig am wenigsten Bürger betroffen. In Schweden waren es 1,9 Prozent, in Deutschland 2,5 Prozent. Am häufigsten mussten Bulgaren (30,1 Prozent) und Litauer (26,7 Prozent) im Kalten sitzen.

Jugendliche zunehmend überfordert

Dass der Ausgleich durch Freizeitaktivitäten und persönliche Kontakte fehlt, erschöpft junge Menschen. In vielen wächst zudem eine innere Angst.

Von Petra Tempfer

Es scheint paradox, trifft aber vielleicht bei tieferer Selbstreflexion sogar auf viele persönlich zu: Das Lockdown-bedingte Fehlen des morgendlichen Aus-dem-Haus-Gehens, der „echten“ sozialen Kontakte und der Freizeitaktivitäten erschöpft, laugt aus, macht müde. So anstrengend ein langer Tag außer Haus mit einem ausklingenden Abend unter Freunden auch sein mag, so wichtig ist er doch für das Aufladen seiner symbolischen Batterien.

Vor allem Jugendliche sind durch den Wegfall all dessen zunehmend überfordert, hat nun eine aktuelle Studie des Instituts für Jugendkulturforschung ergeben. Die Studie, für die das Institut 400 repräsentativ ausgewählte 11- bis 17-Jährige befragt hat, zeichnet das Bild einer in der Covid-19-Pandemie mittlerweile erschöpften Jugend, für die die richtige Freizeitgestaltung ein wichtiger Beitrag zu psycho-emotionaler Stabilität wäre.

Engagement für Ältere

82 Prozent der Befragten sehnen sich demnach nach gemeinsamen Unternehmungen mit ihren Freunden und Freundinnen – abseits des meist schon alltagsbestimmenden Kontaktes über Soziale Medien. Für 66 Prozent ist es allerdings auch wichtig, sich auszuklinken und nichts zu tun. „Es ist schon erstaunlich, wie wichtig ‚chillen‘ derzeit für Jugendliche ist, und zwar trotz der Ereignislosigkeit und Monotonie des Pandemie-Alltags, mit dem viele ringen“, sagt Studienautorin Beate Großegger. Grund dafür dürfte sein, dass der Fernunterricht, aber auch der familiäre Alltag, also das ständige Zusammensein mit den Eltern und Geschwistern, als extrem energieraubend erlebt werde. Die Balance sei gestört. Dadurch wachse das Bedürfnis nach Loslassen und Nichtstun.

In diesem Szenario gewinne daher „eine an den individuellen Bedürfnissen orientierte Freizeitgestaltung für die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ungemein an Bedeutung“, so Großegger. Die Frage ist nur: Wie die Freizeit gestalten, wenn so vieles nicht möglich ist? Wenn zwischen



Foto: adobe.stock / Red Riding Hood

20 und 6 Uhr Ausgangsbeschränkungen gelten und einander untertags nur zwei Haushalte treffen dürfen? Wie so oft geht es um die Kunst, sich – und in diesem Fall die Freizeitbedürfnisse – anzupassen. Bereits zu Beginn der Corona-Krise ab Mitte März des Vorjahres hat sich laut dem Institut für Jugendkulturforschung zum Beispiel gezeigt, dass sich vor allem Mädchen für ältere Menschen engagieren. Sie gehen für die Nachbarn einkaufen oder Gassi mit dem Hund.

Die Bereitschaft, sich täglich für ein längeres Telefonat mit den Großeltern Zeit zu nehmen, habe

allerdings nachgelassen, heißt es. „Diejenigen, die helfen wollen, konzentrieren sich darauf, in Alltagsdingen praktische Unterstützung anzubieten, und vermeiden Gespräche über die Tristesse des Alltags in der Pandemie“, sagt Großegger.

Motivation schwierig

Vor allem nämlich sei über die vielen Monate der Krise hinweg bei zahlreichen Jugendlichen eine innere Angst gewachsen, durch die sie sich immer mehr zurückgezogen haben, ergänzt der Kinder- und Jugendpsychologe Roland Bugram im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

Meist jene, die schon vor der Krise eher wenige soziale Kontakte hatten, „sind jetzt noch ruhiger, noch inaktiver“. Unter anderem auch deshalb, weil sie sich streng an die Regeln halten wollen. Diese müsste man motivieren, dass sie – im Rahmen der Ausgangsbeschränkungen – hinausgehen, weil es der körperlichen und psychischen Erholung diene. Aufgrund deren Zurückgezogenheit seien aber gerade hier die Kommunikation und damit Motivation schwierig, sagt Bugram. Ein Teufelskreis.

„Hat auf Junge vergessen“

„Ein grundsätzliches Problem bei all dem ist, dass man von Beginn der Pandemie an auf die jungen Erwachsenen vergessen hat“, so Bugram. Kaum jemand sei auf deren Bedürfnisse eingegangen, weil freilich die Gesundheit der Älteren und der Risikogruppen im Vordergrund stand. Während die Kriegsgenerationen allerdings mit der Situation des Lockdowns und der Krisenbewältigung an sich vertrauter seien, sei diese für Jüngere um vieles problematischer. Allein deren Zukunftsplanung gestalte sich zunehmend schwierig und aussichtslos: Laut Arbeitsmarktservice sind derzeit um 10.000 mehr junge Menschen arbeitslos als vor einem Jahr.

Tatsache ist: Kinder und Jugendliche leiden anders unter der Corona-Krise als ältere Menschen. Im schlimmsten Fall können Depressionen, Angstzustände oder Essstörungen die Folge sein, warnen auch Kinder- und Jugendpsychiater. „Umso wichtiger ist es, sich im Kontext von Covid-19 mit den Freizeitbedürfnissen und den in die Freizeit verlagerten Recharging-Strategien junger Menschen zu beschäftigen“, sagt Großegger vom Institut für Jugendkulturforschung. Denn es gehe darum, Jugendliche in der Bewältigung der Krisenerfahrung bestmöglich zu unterstützen. ■

Wie sich die Corona-Krise auf Österreichs Kinder und Jugendliche auswirkt, war am 15. Februar Thema der Diskussionsendung „Politik am Ring“. Diese wird jeweils ab 21 Uhr aus dem Dachfoyer der Wiener Hofburg übertragen. Der Link zur Mediathek: <https://bit.ly/3rVYOPs>

Die Fallzahlen stagnieren, weitere Öffnungen gibt es nicht

Die Entwicklung der Corona-Infektionen ist nicht einfach zu deuten. Die vielen Tests könnten sich aber bereits auswirken.

Ende Jänner lag die Zahl der durchschnittlichen Neuinfektionen bei 1.369 Fällen, am Montag bei 1.364. Es tut sich also wenig in Österreich. Weder sinken die Fallzahlen wie in Deutschland und der Schweiz, noch steigen sie wie in Tschechien.

Die Interpretation dieser Entwicklung ist nicht trivial. Es gibt mehrere Wirkmechanismen, doch welche wie stark wirken, lässt sich nicht so einfach berechnen. Klar ist nur: Der Immunitätsstatus in der Bevölkerung und die Saisonalität, also wärmere Temperaturen, spielen noch gar keine Rolle, und für den möglichen Effekt des Wechsels in den Teil-Lockdown vor genau einer Woche ist es wohl auch noch zu früh.

Negativ wirkt auch die zunehmende Verbreitung infektiöserer Virusvarianten sowie die deutlich erhöhte Anzahl der Tests. Letzteres ist freilich nur ein statistisch negativer Wert, für das Infektionsgeschehen erwartet man sich vielmehr positive Effekte, da asymptomatische, potenzielle Superspreader früh entdeckt werden können. Wie viele Personen durch die Schultests, Eintrittstests und Heimtests tatsächlich entdeckt werden, wird aber nicht erhoben.

In Wien hat man bereits einen deutlichen Anstieg des Anteils symptomloser Infizierter registriert, das könnte ein Hinweis auf diesen grundsätzlich gewünschten Effekt sein. Ein weiteres Indiz ist die weiterhin abnehmende Zahl

hospitalisierter Erkrankter. Ende Jänner lagen noch rund 1.400 Covid-Patienten auf Normalstationen in Spitälern, am Montag waren es knapp 1.000, Tendenz derzeit weiter stabil fallend.

Apotheken bieten Selbst-Tests kostenlos an

Die Bundesregierung hat sich am Montag erst mit Fachleuten über die jüngste Entwicklung und ihre Deutungen beraten und sich danach wieder mit der Opposition sowie mit den Landeshauptleuten besprochen. Schon vor den Gesprächen hieß es: keine Öffnungen geplant, keine weiteren Verschärfungen nötig.

Der Plan der Regierung sah die nächsten Lockerungsschritte frü-

hestens im März vor, nun wurde der Teil-Lockdown bis „rund um Ostern“ verlängert. Das hat den Vorteil, dass die Osterferien noch mitgenommen und quasi als Kurzzeit-Lockdown auch noch einmal die Fallzahlen absenken könnten, da ja auch die Schulen geschlossen sind.

Ab April könnten dann zwei positive Effekte langsam und immer stärker ihre Wirkung entfalten, nämlich die Saisonalität sowie auch die Impfungen. In Wien dürften bis Anfang April rund 400.000 Personen ihre erste Impfung erhalten haben. Das reicht zwar noch nicht für Herdenimmunität, aber – theoretisch – um alle Personen über 70 Jahre zu immunisieren. Viele schwere Erkrank-

kungen würden dadurch vermieden werden.

Dass die Gastronomie-Betriebe bereits ab 1. März öffnen werden, ist nahezu ausgeschlossen, davon geht auch der Gastro-Fachverband aus. Ab jenem Tag wird es dafür kostenlose Tests für daheim in den Apotheken geben. Jede und jeder kann maximal fünf Selbst-Tests pro Monat beziehen. Diese Antigentests gelten zwar nicht als Eintrittstests, etwa vor dem Friseurtermin, aber sie können das Risiko einer Ansteckung reduzieren, etwa vor dem Verwandtenbesuch. Mit regelmäßigen und vielen Tests habe man „gute Chance, das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu halten“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz. ■ (sir)

"Wiener Zeitung" vom 07.01.2021 Seite: 5 Ressort: Politik Abendausgabe, Morgenausgabe

Kurz notiert: Demos gegen neues Uni-Gesetz.

Die Initiative „Bildung brennt“ hat den 12. Jänner zum Aktionstag gegen die geplante Novelle des Universitätsgesetzes ausgerufen. Drei Tage vor Ende der Begutachtungsfrist sollen in ganz Österreich Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Reform stattfinden, die sich laut Initiatoren negativ auf Studierende, Lehrende und die Demokratie an den Unis auswirken würde. Ihre Petition gegen die Novelle hat bereits mehr als 21.000 Unterstützer.

Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) ändert einmal mehr seine Pläne im Kampf gegen die Corona-Epidemie. Nach den ersten Corona-Impfungen am 27. Dezember wird jetzt doch nicht bis 12. Jänner mit der zweiten Runde zugewartet. Seit dem gestrigen Mittwoch wird wieder geimpft. Der Grund dafür ist der stark gestiegene Druck, weil bereits Zehntausende weitere Impfdosen nach Österreich geliefert wurden, diese aber nicht eingesetzt worden waren.

Seit Dienstag können Alten- und Pflegeheime sowie Trägerorganisationen beim E-Shop der Bundesbeschaffungsagentur für Heimbewohner und Mitarbeiter Impfdosen bestellen. Laut Gesundheits- und Verteidigungsministerium sollen noch in dieser Woche mehr als 21.000 Impfdosen verwendet werden. Bis kommenden Dienstag seien zudem rund 43.000 weitere Dosen eingemeldet worden. Mit den bisher rund 6.800 Geimpften lautet das bis Dienstag kommende Woche angepeilte Ziel somit, knapp 71.000 Personen gegen das Coronavirus zu impfen. Auch die in der kommenden Kalenderwoche eintreffenden 60.000 Impfdosen sollen rasch benutzt werden.

Zu Wochenbeginn hatte die türkisch-grüne Bundesregierung noch bekräftigt, einheitlich mit dem bundesweiten Start der zweiten Runde der Corona-Impfungen in den Pflegeheimen am 12. Jänner zu beginnen. Die neue Sektionschefin für öffentliche Gesundheit, Katharina Reich, hatte am Dienstagabend in der „ZiB 2“, stellvertretend für den Gesundheitsminister, noch den bisherigen Impfplan ab 12. Jänner verteidigt und betont, man sei „genau im Plan“.

Pläne über den Haufen geworfen

Am Mittwoch wurde dieser nun aber über den Haufen geworfen. „Wir ziehen die Impfungen vor und warten nicht auf den 12. Jänner“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Bisher waren seit 27. Dezember rund 6.800 Impfungen erfolgt. Bei der ersten Impfung an der Wiener MedUni waren Kanzler Kurz und Gesundheitsminister Anschober vor den laufenden TV-Kameras öffentlichkeitswirksam noch selbst mit im Bild gewesen. Nachrichten, dass andere Länder bereits in Relation zur Bevölkerungszahl viel mehr Impfungen vorgenommen haben, haben die türkisch-grüne Bundesregierung zuletzt aber unter Zugzwang gebracht.

Hintergrund dafür ist, dass in Österreich weiter jeden Tag Dutzende Corona-Infizierte sterben. Darunter ist ein großer Anteil von



Foto: apa/LPD/Fritzpress/Walter Fritz

Frühere Impfungen nach enormem Druck

In Pflegeheimen wird seit Mittwoch nun doch sofort weiter geimpft.

Menschen, die in Pflege- und Seniorenheimen wohnen. Damit war offenkundig ein weiteres Zuwarten mit der zweiten Runde der Corona-Impfungen für Regierung und Gesundheitsminister nun nicht mehr haltbar.

„Beim Impfen geht es um Schnelligkeit und um Menschenleben. Daher gibt es keinen Grund, dass Impfdosen über Wochen zwischengelagert werden“,

sagte Bundeskanzler Kurz. Diese müssten nun rasch ausgeliefert und verimpft werden.

Die SPÖ sieht die Corona-Impfaktion durch „das Chaos, das Zögern und die Pannen“ der türkisch-grünen Regierung gefährdet und wird am Donnerstag eine Sonder-sitzung des Nationalrats beantragen. Die Impfung sei der „Schlüssel im Kampf gegen die Coronapandemie“, so SPÖ-Chefin Pamela

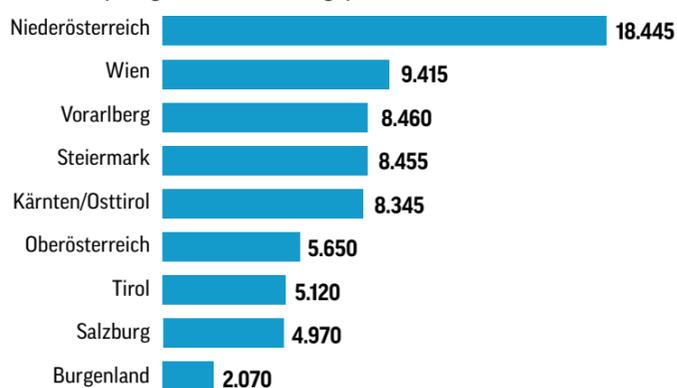
Rendi-Wagner. Wichtig sei, dass die Menschen Vertrauen haben und die Regierung mit einem klugen Plan vorgeht. Danach sehe es derzeit aber nicht aus, kritisierte sie. „Ein Zögern schwächt die Impfbereitschaft und erhöht das Risiko von Virusmutationen. Deshalb muss Geschwindigkeit aufgenommen und der Impfturbo eingeschaltet werden.“

FPÖ sieht Versagen der Regierung

Auch die FPÖ lässt kein gutes Haar an der Regierung. Es vergehe kein Tag, ohne dass das Versagen der österreichischen Regierung im Kampf gegen die Pandemie sichtbar werde, sagt FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer. Als Beleg dafür führte Hofer an, dass in Österreich seit Tagen zehntausende Impfdosen lagern, der Start der Impfung in Altenwohn- und Pflegeheimen aber erst für den 12. Jänner geplant gewesen sei. Und nach einer „Welle des Entsetzens“ gehe es nun offenbar doch, in dieser Woche 21.000 Dosen zu verabreichen, so der FPÖ-Chef. ■ (ett/red)

Corona-Impfungen in Österreich

70.930 Impfungen bis 17. Jänner geplant



Grafik: wz, apa, Quelle: BML/BMGSK

WIENER ZEITUNG ■

Kurz notiert

2.469 Neuinfektionen. Gesundheits- und Innenministerium haben am Mittwoch 2.469 Neuinfektionen und 68 Todesfälle gemeldet. Österreichweit sind bisher 6.525 Personen an den Folgen des Coronavirus gestorben, 344.974 wieder genesen. Von den Neuinfektionen entfallen 82 auf das Burgenland, 80 auf Kärnten, 451 auf Nieder- und 502 auf Oberösterreich. Salzburg meldete 210, die Steiermark 382, Tirol 200, Vorarlberg 119 und Wien 443.

1,5 Prozent Positive an Schulen.

Die zweite Runde der Corona-Monitoringstudie an den heimischen Schulen zeigte 1,5 Prozent positive Tests. Damit war zum Testzeitpunkt Mitte November die Prävalenz unter Schülern und Lehrern um mehr als das Dreifache höher als in der ersten Runde (bis 22. Oktober). Der Wert habe eine „ähnliche Größenordnung“, wie es ihn zu diesem Zeitpunkt in der Gesamtbevölkerung gab, erklärten die Studienautoren.

Neue Richtlinie für Demos. Das Innenministerium will bis Donnerstag eine Richtlinie für Sicherheitsbehörden bei Versammlungen von „Corona-Leugnern“ erarbeiten, wie Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) am Mittwoch ankündigte. Es gelte das Recht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten, dieses dürfe aber nicht als „Schutzschirm von Extremisten und Radikalen“ missbraucht werden.

Demos gegen neues Uni-Gesetz.

Die Initiative „Bildung brennt“ hat den 12. Jänner zum Aktionstag gegen die geplante Novelle des Universitätsgesetzes ausgerufen. Drei Tage vor Ende der Begutachtungsfrist sollen in ganz Österreich Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Reform stattfinden, die sich laut Initiatoren negativ auf Studierende, Lehrende und die Demokratie an den Unis auswirken würde. Ihre Petition gegen die Novelle hat bereits mehr als 21.000 Unterstützer.

Andrang am Semmering.

Auf dem Semmering (Bezirk Neunkirchen) hat auch am Dreikönigstag kontinuierlicher Besucherstrom geherrscht. Von den verfügbaren Online-Tickets für die Skilifte wurden allerdings nur 65 Prozent verkauft. Im Vergleich zu den Tagen davor habe sich der Andrang am Vormittag „in Grenzen“ gehalten, sagte Bürgermeister Hermann Doppelreiter (ÖVP). Durch die erhöhten Polizeipräsenz sei der Ort aktuell „die bestbewachte Gemeinde in ganz Österreich“.

Weg für zweiten Corona-Impfstoff in der EU frei

EMA empfiehlt bedingte Zulassung von Vakzin des US-Pharmakonzerns Moderna, das auch schon in USA, Kanada und Israel zugelassen ist.

Amsterdam/Brüssel. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat die bedingte Zulassung des Corona-Impfstoffes des US-Pharma-Unternehmens Moderna in der EU empfohlen. Er soll für Personen ab 18 Jahren zugelassen werden, teilte die EMA am Mittwoch in Amsterdam mit. Die endgültige Entscheidung, die nur als Formsache galt, verkündete die EU-Kommission bereits wenige Stunden später.

Damit ist nach der Zulassung des Präparats der Unternehmen Pfizer und Biontech der Weg frei für den zweiten Impfstoff gegen

Covid-19 in der EU. Der Moderna-Impfstoff ist bereits in den Vereinigten Staaten, Kanada und Israel zugelassen. Die EU hat 160 Millionen Dosen bei dem US-Hersteller bestellt.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen begrüßte die Empfehlung. „Gute Nachrichten für unsere Bemühungen, mehr Covid-19-Impfstoff zu den Europäern zu bringen“, schrieb sie auf Twitter. Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte: „Die Zulassung des Impfstoffs von Moderna ist ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen die Pandemie. Da-

mit haben wir mehr Impfstoff in der EU zur Verfügung und können die Pandemie schneller bekämpfen.“

3,2 Millionen Dosen für Österreich

Die EU kann insgesamt 160 Millionen Dosen von Moderna abrufen. Für Österreich, dem stets in etwa zwei Prozent zustehen, sind 3,2 Millionen Dosen vorgesehen. Im ersten Quartal würden laut Kurz 200.000 Dosen von Moderna geliefert. Damit könnte Österreich mit den Impfstoffen von Biontech/Pfizer sowie Moderna über

500.000 Menschen im ersten Jahrsviertel impfen.

In Deutschland hat sich Gesundheitsminister Jens Spahn gegen eine Ausdehnung des Zeitraums zwischen Erst- und Zweitimpfung gegen das Coronavirus gestellt. Die Hinweise der Ständigen Impfkommission sprächen dafür, dass man bei den Zulassungsbestimmungen des Stoffs von Biontech bleibe, sagte Spahn am Mittwoch. Diese verlangten eine Zweitimpfung innerhalb von drei bis maximal sechs Wochen.

Kritik wurde in Deutschland am schleppenden Impfstart und

fehlenden Vakzinen geübt. Auch die Zulassung des Moderna-Impfstoffs wird an der Knappheit vergleichsweise wenig ändern. Bis Ende März werde es knapp zwei Millionen Dosen geben. Kanzlerin Angela Merkel verteidigte sowohl ihren Gesundheitsminister als auch den europäischen Weg der Beschaffung: „Wenn ich mal auspacke, was wir schon für Fehler gemacht haben...“, sagte Merkel.

Spahn erneuerte am Mittwoch seine Zusage, wonach sich „bis zum Sommer“ jeder Mensch in Deutschland impfen lassen könne, der wolle. ■



ÖH-Wahlkampagne 2021

Konzept

–

Vorgelegt von

Juliette Glas

Interim. Referentin

Öffentlichkeitsreferat

In Kooperation mit

FHWien WKW



Projektbeschreibung

Als Österreichische Hochschul_innenschaft (ÖH) haben wir seit Jahrzehnten mit einer stets sinkenden Wahlbeteiligung von Seiten der Studierenden zu kämpfen – das reiche Serviceangebot der Bundes ÖH wird zur Selbstverständlichkeit und die Organisation mobilisiert nur schwach. Angesichts der bevorstehenden Wahl im Mai 2021 wollen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit auf das Thema fokussieren und eine „Awareness“-Kampagne für unsere Organisation auf die Beine stellen.

Eine bestehende Kooperation mit den Studierenden der FHWien der WKW (Praxisprojekt im Wintersemester 2020) lieferte bereits erste Ankerpunkte für die bevorstehende Kampagne. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden innerhalb unserer Gremien bereits positiv aufgenommen und erste Feedbackschleifen eingeholt. Folgende **Eckpfeiler** können nach dieser Zusammenarbeit festgemacht werden:

- Start der Kampagne: Anfang April 2021, Höhepunkt zur ÖH-Wahl von 18.-20. Mai 2021
- Strategie: integrierter Kommunikationsansatz, eingebettet in digitalen sowie analogen Medien
- Emotionaler Grundton, Personifizierung und klare Bedürfniskommunikation als Fundament
- Hauptkommunikationskanäle wurden die Social-Media-Kanäle der ÖH sein, außerdem liegt der Fokus auf neuen, kreativen Werbeplatzierung kurz vor und während der Wahl.

Folgende Leistungen werden ergänzend von einer eigens engagierten Kommunikationsagentur beigesteuert:

- Feinschliff des Wahlkampagnenkonzepts angepasst an unsere Ressourcen
- Erarbeitung einer CI für die Wahlkampagne, Erarbeitung von Design-Vorlagen zur freien Umsetzung durch das ÖffRef
- Betreuung bis zu Wahl im Mai 2021 bezüglich Contentplanung und Advertising

Da der Fokus unserer Wahlkampagne (nicht zuletzt aufgrund der derzeitigen Gesundheitskrise) auf digitalen Medien liegt, möchten wir diese regelmäßig mit Informationen rund um die Wahl bespielen. Folgende **Kanäle** werden derzeit bespielt und sollen während der Wahlkampagne zum Einsatz kommen:

- Social Media: Facebook (/bundesoe), Instagram (bundesoe), Twitter (@bundesoe), Youtube (Österreichische Hochschul_innenschaft). LinkedIn Account vorhanden, aber (noch) nicht bespielt.



- Main-Homepage (oeh.ac.at), Wahlinfo-Homepage www.oehwahl2021.at (muss noch aufgebaut werden, Ressourcen in House vorhanden) gekoppelt mit wahlresultate2021.at.
- Das ÖH-Magazin *Progress* (halbjährliche Auflage von 45 000 Stück) und dessen Social-Media-Kanäle (Facebook, Instagram)
- Unser Newsletter

Die Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe und aktuellen Statistiken zeigen, dass ein Durchbruch unserer Inhalte zur relevanten Zielgruppe nur mit intensiver, gut ausgerichteter Online-Werbung möglich ist.

Das **Hauptziel** dieser Wahlkampagne ist es die Wahlbeteiligung langfristig zu steigern. Konkret arbeiten wir in diesem Jahr an einer Steigerung von 2% im Vergleich zum Vorjahr.

Weitere **Unterziele** dieser Kampagne sind:

- Die ÖH soll als der relevanter, politischer Partner erkannt werden, der er geworden ist - sowohl für Studierende als auch in der Öffentlichkeitswahrnehmung
- Verbesserung des Images, Steigerung der Bekanntheit der gesamten Institution und vor allem dessen breites Service-Angebots

Besondere Rücksicht soll auf die lokalen Studienvertretungen an den einzelnen Hochschulen genommen werden. Diese punkten durch ebenfalls gesonderte Personen-Wahlkämpfe, die ÖH-Wahlkampagne mit Schwerpunkt Information und Wahlmobilisierung soll diese thematisch und werbetechnisch nicht in den Schatten stellen.

Im **Anhang** findet der Leser:

Informationsblatt Ausarbeitung Wahlkampagne vom Gewinnerteam der FHW WKW

Deine Stimme.

Deine Wahl.



Praxisprojekt 01 // Gruppe 03

Ziele

Die zu erstellende Kampagne soll Fokus auf die Professionalität und die Nahbarkeit der agierenden Personen an der Österreichischen HochschülerInnenschaft legen, um die Institution bestmöglich zu präsentieren. Aufmerksamkeit soll durch ein frisches und dynamisches Auftreten erregt werden und so nachhaltig die bestehende Wahrnehmung der ÖH verbessern.



Steigerung der
ÖH-Bekanntheit



Positionierung der ÖH
(Imageverbesserung)



Interaktive öffentliche
Diskussion



Erhöhung der
Wahlbeteiligung um 2 %

Herausforderungen



Vorteile der ÖH (ÖH-Versicherung, kostenlose Beratung, etc.) müssen mehr in den Vordergrund gerückt werden, um das Interesse zu wecken.



Da StudentInnen in ihrem Alltag sehr viel zu tun haben, fehlt es ihnen an Zeit, sowie auch an Motivation, um Interesse an den ÖH-Wahlen zu entwickeln.



Die ÖH als Institution wird von vielen als "Kindergartenpolitik" angesehen und wird somit nicht ernst genommen

Strategie

Integrierter
Kommunikationsansatz



Maßnahmen

Einsatz von Kommunikationsmultiplikatoren

- Bekannte ehemalige ÖH-Funktionäre
- Sie zeigen die Vorteile auf
- Wahlauf Ruf

„Moodle“-Takeover, Social Media und 00H

- Beim Öffnen von Lernportalen wird während den drei Wahltagen auf die Wahl hingewiesen
- Wichtigste Informationen: Ort der Wahl, Zeiten, Call to Action
- Gleiches Sujet für Wiedererkennungswert
- Wahl ein Gesicht geben

Briefwahl, Gewinnspiel & Merchandising

- Soll Studierenden einen weiteren Anreiz geben, sich an der Wahl zu beteiligen